C21734 E



Arbeiterkampf

Jg. 2 Nr. 26 März 73

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

50Pf.

Der Streik bei Hoesch

Vom 8.2. – 11.2. beteiligten sich etwa 20 000 Arbeiter der drei Hoesch-Hütten in Dortmund, „Westfalenhütte", „Union" und „Phoenix" an einem spontanen Streik. Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Konzernleitung nach mehr Lohn waren auch vier Wochen nach dem Tarifabschluß nicht einen Schritt weiter gekommen.

Trotz der großen Bereitschaft, diesen Streik zu führen, endete er nach drei Tagen für die Arbeiter mit einer Niederlage. Sie konnten ihre Forderung nicht durchsetzen und mußten sich dem Druck der Konzernleitung beugen.

Stahlarbeiter besonders benachteiligt

Große Empörung hat bei den Stahlarbeitern im Ruhrpott der diesjährige Tarifabschluß Anfang Januar entfacht. 46 Pf. mehr für 13 Monate bedeutete zum Beispiel für die Arbeiter der Hoesch-Werke eine durchschnittliche Tariferhöhung von 6,4 %. Im Urabstimmungsergebnis von 66,5 % Ablehnung kommt diese Empörung deutlich zum Ausdruck.

Schon beim Tarifabschluß 1971/72 sind die Stahlarbeiter schlechter weggekommen als die übrigen Metallarbeiter. 6 % über 14 Monate hieß im Januar 1972 der Abschluß, der drei Monate nach Aufnahme der Verhandlungen zustandegekommen war. Darauf war es zu Warnstreiks und Demonstrationen bei Hoesch in Dortmund gekommen.



Schon seit einem Jahr bereiten die Stahl-Kapitalisten den großen Aufschwung vor, nachdem 1971 einen Rückgang in Umsatz und Produktion gebracht hatte. Besonders jetzt, vor und während der Tarifrunde, nahm ihr Gejammer von roten Zahlen und Verlusten zu. Die Legende von den roten Zahlen maßen diese Herren allerdings an den Rekordumsätzen des Jahres 1970. Bei ihrem Gejammer hatten sie allerdings alle Mühe, pralle Auftragsbücher und wiedersteigende Gewinne dahinter zu verstecken.

Was vorher verschwiegen wurde, veröffentlichte das „Handelsblatt" nur drei Tage nach dem Tarifabschluß unter der Überschrift „Mehr Stahl als erwartet". Die Produktion 1972 ist höher als erwartet gestiegen, die Aussichten für 1973 sind sehr günstig. Hinzu kommt: in den letzten zwei Jahren sind in der Stahlindustrie verstärkt Kosten- und Arbeitskräfte sparende Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt worden. Tausende von Stahlarbeitern wurden im Ruhrpott auf die Straße gesetzt, durch Einführung innerbetrieblicher Punkt- und Prämiensysteme wurden die Löhne gesenkt, mit Einführung der Konti-Schicht (Arbeit rund um die Uhr und Sieben-Tage-Woche) fielen besondere Bezahlung von Nacht- und Feiertagsschichten weg; für die Arbeiter bedeutet sie zudem die Einschränkung der üblichen Freizeit.

Die Lage bei Hoesch

Der Hoesch-Konzern mit einer Jahresproduktion von 7 Millionen Tonnen Stahl und einem Umsatz von 6,5 Milliarden beschäftigt zur Zeit etwa Stahl und einem Umsatz von 6,5 Milliarden beschäftigt zur Zeit etwa 52 000 Arbeiter und Angestellte. Noch Ende 1968 sind es mehr als 62 000 gewesen. In den drei Dortmunder Betrieben sind es 22 000, wobei die Belegschaft 1972 um 1200 Arbeiter verringert wurde.

Die 1966 mit dem holländischen Hüttenwerk Hoogovens begonnene Zusammenarbeit und schließliche Fusion endete mit der Gründung einer gemeinsamen Aktiengesellschaft ESTEL N.V. in den Niederlanden. Ziel der Fusion ist die Standortverlagerung der Stahlproduktion an die holländische Küste nach Rotterdam (geplanter Bau eines neuen Hüttenwerkes), die Kostensenkung durch Rationalisierung und Programmabstimmung der beiden Konzerne auf Kosten der Arbeiter, schließlich die Erhaltung der internationalen Konkurrenzfähigkeit.

Den Dortmunder Arbeitern gegenüber versuchte Hoesch allerdings immer eine Garantie für gesicherte Arbeitsplätze vorzuspiegeln. Als im August letzten Jahres jedoch der Investitionsstop für ein in Dortmund geplantes neues Blasstahlwerk bekannt wurde, kam es zu einer Demonstration der Hoesch-Arbeiter zur Hauptverwaltung. Sie forderten die Erhaltung ihrer Dortmunder Arbeitsplätze.

Widerstand gegen den Tarifabschluß

Als am Morgen des 5.1.73 der Abschluß der Tarifverhandlungen mit den Kapitalisten bekannt wurde, reagierten die Hoesch-Arbeiter empört. Nur 5 Stunden nach Bekanntgabe des Ergebnisses traten Kranfahrer und Arbeiter der Verkehrsbetriebe vom Werk „Phoenix" aus Protest gegen den niedrigen Abschluß in den Streik.

Die Dortmunder Mitglieder der am selben Vormittag zusammengetretenen IGM-Tarifkommission lehnten einmü-

Forts. Seite 3



„Kommt nicht mehr Geld, wird die Arbeit eingestellt!"

Vietnam: Der Kampf geht weiter

In Vietnam ist Ende Januar ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet worden. Dieses Abkommen legt u.a. folgende Punkte fest:

- 1. Die Einstellung aller militärischen Aktionen in Vietnam
- 2. Den umgehenden Abzug aller Truppen der USA und ihrer Satelliten (z.B. Südkorea und Thailand).
- 3. Die schrittweise und gleichzeitige Freilassung der Kriegsgefangenen aller Seiten.
- 4. Die Gewährleistung der demokratischen Rechte des Volkes.
- 5. Baldige Durchführung von Wahlen und die friedliche Wiedervereinigung des Landes.

Das Zustandekommen dieses Abkommens wird von der südvietnamesischen Befreiungsfront FNL und von der DRV in Hanoi als bedeutender Sieg angesehen. Die US-Imperialisten, die vorübergehend bis zu 500 000 Soldaten in Südvietnam stationiert hatten, sind zum Eingeständnis ihrer Niederlage und zum Rückzug ihrer Truppen gezwungen worden. Die US-Imperialisten und ihre Saigoner Marionetten haben ein Abkommen unterschreiben müssen, dessen Konsequenzen ein freies, unabhängiges und wiedervereinigtes Vietnam sein müßten.

Wodurch wurde dieser Erfolg möglich?

Die vietnamesischen Genossen sagen, daß dieser Sieg an drei Fronten erkämpft wurde – nämlich an der militärischen, an der politischen und an der diplomatischen Front.



Vietnamesische Bauern beim Straßenkampf

Ohne den militärischen Kampf, das heißt ohne den Volkskrieg, den die Vietnamesen seit nunmehr 30 Jahren führen, wäre überhaupt kein Erfolg erreicht worden. Der militärische Kampf bildet die Grundlage, auf der es möglich wurde, erfolgreiche Verhandlungen zu führen.

Das Waffenstillstands-Abkommen ist zugleich ein Erfolg aller Kräfte, die den Kampf des vietnamesischen Volkes unterstützen: vor allem der sozialistischen Staaten und der internationalen antiimperialistischen Bewegung.

Die Imperialisten haben große Anstrengungen unternommen, um diesen Erfolg, um die Freiheit und Unabhängigkeit Vietnams zu verhindern. Auch wenn ihnen jetzt das Waffenstillstands-Abkommen aufgezwungen werden konnte, so haben sie doch ihre Ziele nicht aufgegeben. Deshalb machen die vietnamesischen Genossen nicht den Fehler, nach dem Friedensabkommen in einen Siegestaumel zu verfallen. Vielmehr sind die Genossen bemüht, die revolutionäre Wachsamkeit des Volkes aufrecht zu erhalten.

Das Ziel, das der US-Imperialismus seit nahezu 20 Jahren mit wechselnder Taktik verfolgt, bleibt bestehen: eine Marionetten-Regierung als Werkzeug für die Verwirklichung des amerikanischen Neokolonialismus aufzubauen und aufrecht zu erhalten.

Bereits seit längerer Zeit haben die US-Imperialisten umfassende Vorbereitungen für die Zeit nach dem Abzug ihrer Truppen aus Südvietnam getrof-

Forts. Seite 2

Erneute Währungskrise

Am 13. Februar wurde der amerikanische Dollar erneut abgewertet, diesmal um 10%. Der Abwertung war eine riesige Spekulationswelle vorausgegangen, bei der die Deutsche-Bundesbank fast 20 Mrd. Mark (in US-Dollar) zur Stützung aufkaufte. Eine so große Spekulationswelle hat es bisher in der Geschichte der Währungskrisen nach 1945 noch nicht gegeben.

Was ist der eigentliche Hintergrund der Währungskrisen, wer verdient daran und auf wessen Kosten werden sie ausgetragen?

Einige bürgerliche Ökonomen geben als Gründe dafür an: die Unausgeglichenheit der Zahlungsbilanzen (besonders der der USA) und die Überbewertung des Dollar gegenüber von DM und Yen. Dies ist jedoch nur die äußere Erscheinungsform, erklärt aber nicht, warum die Wechselkurse falsch sind und warum noch auf solchen falschen Kursen bestanden wird.

In Wirklichkeit geht es hier um ökonomische und politische Machtfragen, um den Anteil am Weltmarkt, um Einflußsphären.

Die Ursachen der dauernden, seit der Pfundabwertung von 1967 sich immer schneller wiederholenden Währungskrisen sind die Änderungen im Kräfteverhältnis zwischen den entscheidenden imperialistischen Großmächten (USA, Japan und die westeuropäischen Imperialisten). Die Änderungen im Kräfteverhältnis (wegen des ungleichmäßigen Wachstums) führen zu einer Verschärfung der Konkurrenz.

Anzeichen dafür sind die Währungskrisen. Das Ergebnis der jeweiligen Krisen zeigt auch recht deutlich das Kräfteverhältnis der daran beteiligten Mächte an. Die immer schnellere Abfolge der Krisen spiegelt die zunehmende Krisenanfälligkeit des gesamten kapitalistischen Weltwährungs- und Weltwirtschaftssystems bei verschärfter imperialistischer Konkurrenz wider. Sie straft alle die Lügen, die – wie US-Präsident Nixon – die letzte umfassende Wechselkurskorrektur vom Dezember 1971 in den Himmel hochgejubelt haben und von der „größten Währungsreform der Geschichte" sprachen. Sie hielt nur 14 Monate.

Die viel beschworene „umfassende Reform des Weltwährungssystems", von der fast alle Zeitungsschreiber sich ein Ende der Währungskrisen erhoffen, wird unter diesen Bedingungen auch nicht viel länger halten. Ob sie überhaupt zustande kommt, ist ebenfalls nicht gewiß.

Das jetzige Weltwährungssystem wurde 1944 in Bretton Woods vereinbart und hat – selbst nach Angaben bürgerlicher Ökonomen – nur wenige Jahre wirklich funktioniert. Es wurde zu einem Zeitpunkt errichtet, als die USA fast auf dem Höhepunkt ihrer Macht waren. Sie besaßen über die Hälfte der Wirtschaftskraft der gesamten Welt und hatten überdies als einzige einen intakten Produktionsapparat. Die USA erzwangen daher ein völlig auf ihre Interessen zugeschnittenes Währungssystem:

Alle kapitalistischen Staaten mußten sich verpflichten, den Dollar zu einem festgesetzten Preis zu kaufen, der zudem noch stark überhöht war. Das heißt, der Dollarpreis ergab sich nicht mehr aus Angebot und Nachfrage, sondern war durch Vertrag festgesetzt und durch die politische, ökonomische und militärische Macht der US-Imperialisten abgesichert.

Dieser überhöhte und lange Zeit unanfechtbare Dollarpreis ermöglichte den US-Imperialisten einen billigen Kapitalexport (Kapitalanlagen im Ausland waren billiger – in anderen Währungen ausgedrückt – als in den USA selbst) und billigen Warenimport (für einen Dollar konnten mehr Waren im Ausland eingekauft werden, als in den USA selbst).

Die US-Imperialisten aber beschränkten sich nicht auf diese wirtschaftlichen Vorteile:

Als Weltpolizist schickten sie ihr Militär und ihre Waffen in alle Erdteile, stürzten mit Hilfe des CIA viele Regierungen in der Dritten Welt und finanzierten Kriege gegen antikoloniale Befreiungsbewegungen. „Militär- und Wirtschaftshilfe" nannten sie das. Riesige Kapitalien – von der amerikanischen Arbeiterklasse erarbeitet – steckten die US-Imperialisten in die Kriege gegen die Völker der Welt.

Inzwischen aber – seit dem 2. Weltkrieg – hat sich das Kräfteverhältnis zwischen den kapitalistischen Großmächten verschoben: während in den USA geringe Produktivität, hohe Ar-

Forts. Seite 2

Forts. VIETNAM

fen. Die Saigoner Militär-Clique verfügt heute – dank der massiven Unterstützung aus den USA – über eine der größten Luftwaffen der Welt, über ein Heer von „Polizisten" – alles gelenkt von amerikanischen „Beratern". Zur „Unterstützung" werden die US-Militärstützpunkte in Thailand ausgebaut; hier lagern auch große Mengen amerikanischen Kriegsmaterials.

Es ist offensichtlich: der US-Imperialismus zieht sich nicht aus Vietnam zurück, er bleibt „präsent" – und sollte die Saigoner Clique es nicht schaffen, allein eine Friedensregelung und die Durchführung freier Wahlen zu verhindern, so wird der US-Imperialismus sich nicht scheuen, auch wieder direkt militärisch in Vietnam einzugreifen.

teilweise noch gezielt verstärkt worden. Diese Angriffe sind vor allem darauf ausgerichtet, noch nach dem Waffenstillstand Hauptverkehrs-Straßen „frei" zukämpfen und Dörfer in den umkämpften Zonen des Landes zu besetzen bzw. zu zerstören.

Obwohl das Militär-Regime inzwischen diese militärischen Vorstöße gar nicht mehr verheimlicht (z.B. wurde offen der Versuch bekannt gegeben, ir Raum von Danang die Nord-Süd-Verbindung zu erobern), wird an der Lüge festgehalten, das Abkommen würde durch Aktionen der Befreiungsfront gebrochen. Im Schatten des Waffenstillstandsabkommens will das Regime erreichen, was im offenen Kampf nicht möglich war: die Zurückdrängung der FNL und die Abschnürung der Befreiten Gebiete.

soll das von der FNL kontrollierte Gebiet scheinbar eingeschränkt werden, denn diese Frage ist von Bedeutung bei einer endgültigen Friedensregelung.

Es kann auch keine Rede davon sein, daß das Saigoner Regime die demokratischen Freiheiten des Volkes gewährleisten würde, wie es das Waffenstillstandsabkommen vorschreibt.

Besonders schwer ist die Lage der über 200 000 politischen Gefangenen in Südvietnam. Das Militär-Regime hat diese Gefangenen noch unmittelbar vor dem Waffenstillstand zu „Kriminellen" erklärt, um sie der Kontrolle durch internationale Institutionen wie „Rotes Kreuz" u.ä. zu entziehen. Viele politische Gefangene werden ermordet.

Es ist völlig klar, daß weder die US-Imperialisten noch ihre Marionetten



Bewaffneter Kampf und Entwicklung der Landwirtschaft bilden eine Einheit

Entsprechend dieser Politik hat die US-Regierung offen erklärt, daß sie die Saigoner Clique als „einzige rechtmäßige Regierung" in Südvietnam betrachtet. Diese Erklärung steht bereits im Widerspruch zum Waffenstillstandsabkommen, das den USA jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Vietnams untersagt.

Dazu kommt, daß die US-Imperialisten jede Möglichkeit wahrnehmen, um mit ihren sogenannten „Beratern" weiter die politische, militärische und wirtschaftliche Entwicklung Südvietnams entscheidend zu bestimmen.

Das Saigoner Militär-Regime hat durch Worte und Taten immer wieder gezeigt, daß es nicht bereit ist, das Waffenstillstandsabkommen zu respektieren.

Die Angriffe der Marionetten-Truppen gegen Befreite Gebiete in Südvietnam dauern nicht nur an, sondern sind

Unterhalb der „Schwelle" offener militärischer Aggressionen führt das Saigoner Regime sogenannte „Polizei-Aktionen" durch, um z.B. anti-imperialistische Menschen aus den Befreiten Gebieten und den umkämpften Zonen zu verschleppen, um die Gebiete unter Kontrolle des Regimes auszuweiten etc.

Diese Maßnahmen verstoßen natürlich gegen das Waffenstillstandsabkommen. Überdies unternimmt das Regime größte Anstrengungen, um die Bevölkerung daran zu hindern, sich offen zur Befreiungfront zu bekennen. So wurde schon einige Wochen vor Abschluß des Abkommens der Verkauf von Stoffen in den Farben Rot und Blau verboten, weil dies Farben der Fahne der Befreiungsfront sind. Das Hissen von Fahnen der FNL ist ebenfalls verboten; Dörfer, die trotzdem die Fahne der FNL zeigen, müssen damit rechnen, bombardiert zu werden. So

vorhaben, gemäß dem Waffenstillstandsabkommen die Durchführung freier Wahlen in Südvietnam zu dulden. Ebenso wie sie das Genfer Abkommen über Indochina von 1954 brachen, wollen sie nun das Waffenstillstandsabkommen zunichte machen. Ihr Ziel ist erreicht, wenn sie vorübergehend die internationale Bewegung gegen die US-Aggression schwächen können, wenn es ihnen im Schatten des Abkommens gelingt, Befreite Gebiete in Südvietnam wieder unter Kontrolle zu bringen und so viele Oppositionelle wie möglich abzuschlachten.

Das ist der Grund, warum es auch in den nächsten Monaten noch keinen Frieden in Vietnam geben wird. Deshalb müssen auch die anti-imperialistischen Kräfte, die überall auf der Welt in der Vergangenheit das kämpfende Vietnam unterstützt haben, weiterhin aktiv bleiben. ■

Forts. Währungskrise

beitslosigkeit, Inflation und Massenelend das düstere Bild des sterbenden Kapitalismus zeichnen und die politisch-militärischen Niederlagen der USA in Indochina den Verfall des amerikanischen Imperialismus anzeigen, sind die westeuropäsichen Imperialisten erstarkt und stellen – allen voran die BRD – ernst zu nehmende Konkurrenten dar. (vgl. der Artikel „Großmachtpläne der europäischen Imperialisten", in ARBEITERKAMPF Nr. 24 und 25)

In den Währungskrisen der letzten Jahre ging es darum, diesem veränderten Kräfteverhältnis auf dem Gebiet des Währungssystems Rechnung zu tragen. Ein neues Währungssystem mußte her, das alte von Bretton Woods funktionierte nicht mehr, denn die Grundlage, auf der es aufgebaut war – die absolute Vormachtstellung der USA – hatte sich verändert.

Vereinfacht ausgedrückt – der Dollar entwertete in dem Maße, in dem der Verfall des US-Imperialismus deutlich wurde. Die anderen Staaten der westlichen Welt waren nicht mehr bereit, sich an den Zwangsvertrag von Bretton Woods zu halten und den Dollar zu überhöhten Preisen zu kaufen. Das erste Mal waren die USA im Dezember 71 gezwungen, den Dollar offiziell abzuwerten.

Die 10 %-ige Abwertung des Dollar im Februar dieses Jahres hat darüberhinaus gezeigt:

1.) Die USA haben zum zweiten Mal zugeben müssen, daß ihre größte Zeit vorbei ist.

2.) Die Konkurrenz unter den Imperialisten hat sich weiter verschärft. Notwendige Folgen dieses verschärften Konkurrenzkampfes werden sein: Zollerhöhungen bzw. Importzuschläge, Behinderungen im internationalen Kapitalverkehr, Erschwerung des Devisenaustauschs. Die Tendenz geht in Richtung Abbau des zur Zeit noch relativ freien Welthandels und Devisenzwangswirtschaft.

Nach dem ersten Weltkrieg führte die Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz zum weitgehenden Zusammenbruch des Welthandels und zur Weltwirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit.

3.) Die BRD ist andererseits noch nicht an einer krassen Zuspitzung des Widerspruchs zwischen den US-Imperialisten und der EWG interessiert.

Sie hat versprochen, in den Zollauseinandersetzungen zwischen EWG und USA für den US-Standpunkt „Verständnis zu zeigen" und will den USA beim Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz „helfen".

4.) In Währungsfragen entscheiden in der EWG nicht der Ministerrat, in dem alle Mitglieder sitzen, sondern die „Großen Drei", die Finanzminister der BRD, Frankreichs und Englands. Die kleineren Mitgliedsländer haben sich unterzuordnen.

Die Währungskrisen werden regelmäßig von der bürgerlichen Presse dazu ausgenutzt, einen Propagandafeldzug für neue arbeiterfeindliche Maßnahmen – wie weitere Preistreiberei, Entlassung von Arbeitern, Steuererhöhungen oder „Stabilitätsopfer" bei Lohnforderungen – zu starten. Es soll der Eindruck erweckt werden, nur durch „äußere Ursachen" sei man dazu „gezwungen", aber eigentlich wolle man ja gar nicht. Ebenso wird in solchen Fällen regelmäßig die „Einheit der Nation" gegenüber dem Ausland beschworen – etwa nach dem Motto: jeden triffts etwa gleich, alle müssen den Gürtel enger schnallen.

Bereits wenige Tage nach der Abwertung beschloß die SPD-Regierung Steuererhöhungen. Im Rahmen der sogenannten „Abschöpfung flüssiger Mittel" wurden mehrere Steuern erhöht, die Mineralölsteuer gar um 5 Pfennig je Liter. Sie sind vom Autofahrer zu zahlen. Die Kapitalisten müssen sie zwar auch zahlen, sie haben jedoch schon erklärt, daß sie diese auf die Preise weitergeben werden. Also noch ein Schub Preiserhöhungen.

Um das Gesicht zu wahren, erhöhte die SPD-Regierung auch einige Steuern für „Großverdiener" (also Unternehmer, hohe Angestellte usw.). Auch diese zusätzlichen Abgaben werden auf die Preise aufgeschlagen werden. Die Profite werden dadurch nicht beeinträchtigt werden. Solange diese Herren die Preise bestimmen können, wie sie wollen, sitzen sie in solchen Angelegenheiten immer am längeren Hebel.

Die konkreten Folgen der jetzigen Währungskrise werden also den Lohnabbau durch verschärfte Inflation vergrößern. Die Arbeiter sind auf alle Fälle die Verlierer. Gewinner ist das Großkapital. ■

Berichtigung

Im letzten Artikel „Zentrale Demonstration in Bonn" in der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF ist uns in der Anordnung der Absätze leider ein Fehler unterlaufen. Die beiden Absätze in der zweiten Spalte mit den Anfängen „Entscheidend ist aber. . ." und „Die aktuelle Hauptaufgabe. . ." sind die Schlußabsätze, während der letzte Absatz des Artikels, der mit „Das Modell der zentralen Demonstration. . ." anfängt, an die Stelle der beiden obengenannten Absätze gehört.

Vietnam: Demonstration in Oldenburg

DKP und Jusos mit Sonderinteressen

Bericht der KB-Gruppe Oldenburg

Am 18. Januar demonstrierten etwa 600 Menschen in Oldenburg gegen die Vietnam-Politik der Nixon-Regierung und solidarisierten sich mit den Forderungen des vietnamesischen Volkes: Sofortige Unterzeichnung des „Neun-Punkte-Abkommens", Bombardierungsstop, Amis raus aus Indochina!

Weil das Thieu-Regime in Südvietnam Zig-Tausende Demokraten und andere Oppositionelle in Gefängnissen und Internierungslagern festhält und viele umbringen läßt, wurde auch „Freiheit für die Opposition!" und „Schluß mit der Liquidierung der politischen Gefangenen in Südvietnam!" gefordert.

Parteiborniertes Auftreten von SPD und DKP

Während auf der Kundgebung im Anschluß an die Demonstration ein Sprecher der Junglehrer in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft eine fortschrittliche Rede hielt, die in einfachen Worten die Verwerflichkeit des US-Terrors in Vietnam und die Empörung der Demonstrationsteilnehmer darüber zum Ausdruck brachte und auch kurz die Bedeutung des Kampfes des vietnamesischen Volkes anschnitt, nutzten die Redner der „Jungsozialisten in der SPD" und der DKP die Kundgebung für parteipolitische Propaganda aus. Der Vorsitzende der Oldenburger Jungsozialisten putzte die SPD als eine führende Kraft in der „Vietnam-Solidarität" heraus. Völlig unerklärlich schien es ihm, daß Willy Brandt den Vietnam-Krieg der USA noch nicht verurteilt habe, obwohl ihm doch der Friedensnobelpreis verliehen worden war. Man sollte den Eindruck gewinnen, Willy Brandt und einige wenige andere Sozialdemokraten würden von der „antiimperialistischen Linie" der SPD „abweichen", was zwar bedeuernswert sei, aber doch ja kein falsches Bild von der SPD hervorrufen dürfe. Insgesamt ging es in seiner Rede mehr um die SPD als um die Interessen des vietnamesischen Volkes.

Mit ähnlicher Masche – nicht ganz so aufdringlich – versuchte es auch der DKP-Redner, der seine frühere SPD-Mitgliedschaft (ehemaliger Vorsitzender der Jungsozialisten) ins Spiel brachte und die Werbetrommel für die DKP rührte. Er forderte ebenso wie der Juso-Redner zur Teilnahme am Dortmunder Vietnam-Kongreß und der damit verbundenen Demonstration am 20. Januar auf, die von DKP und Jusos unterstützt wurde. So entstand der Eindruck, daß ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Oldenburger und der Dortmunder Aktion bestände, obwohl sich in Oldenburg auch einige Gruppen beteiligten, die sich für die vom NRF initiierte Demonstration in Bonn am 14. Januar einsetzten.

Dieses parteibornierte Auftreten ist auch von etlichen Kollegen und anderen Demonstrationsteilnehmern kritisiert worden. DKP und Jungsozialisten hatten allzu dick aufgetragen.

Rote Fahnen verboten

Besonders albern und peinlich war die auf der Kundgebung vom AStA der PH (in Absprache u.a. mit der DKP) vorgetragene Distanzierung von Demonstranten, die rote Fahnen mit sich trugen. Zu Beginn der Demonstration sollten die Fahnen einkassiert werden, was aber nicht klappte.

Während auf der 1. Mai-Demonstration der Oldenburger DGB-Jugend von 1971, an deren Vorbereitung auch die DKP und der AStA beteiligt waren, rote Fahnen zum allgemeinen Demonstrationsbild gehörten, hat diese Leute jetzt völlig die Angst übermannt, „die Bevölkerung irgendwie zu verschrekken".

Bei den „Bündnisverhandlungen" zur Vorbereitung dieser „gemeinsamen Demonstration" wurden eine Reihe Parolen beschlossen, sowie ein Aufruf, mit dem sich eine Vielzahl von Organisationen solidarisierte, u.a. auch die Gruppe des Kommunistischen Bundes.

Erst als das Flugblatt bereits gedruckt war, setzten mehrere Gruppen unter Federführung bzw. maßgeblicher Unterstützung von Sozialdemokraten und Revisionisten während einer organisatorischen Besprechung durch: Verbot roter Fahnen, keine Sprechchöre, stattdessen Fackeln und Schweigemarsch. Die gesamte Aktion lag schließlich in Händen von Sozialdemokraten und Revisionisten, die die Kundgebung dann ja auch reichlich als Plattform für ihre Parteiladen-Propaganda benutzten. Der KB und andere Gruppen durften unterschreiben und mitlaufen.

Gleich während der Demonstration teilte ein führendes DKP-Mitglied einem KB-Genossen mit, daß „unsere Partei mit Organisationen eurer Couleur" keine Aktionsbündnisse mehr eingehen wolle. Als Vorwand diente ihm ein Vietnam-Flugblatt des KB, das zwei Tage vor der Demonstration in Oldenburg verteilt worden war. Der gemeinsame Demonstrationsaufruf enthielt einen Appell „an die Bundesregierung, alles zu tun, um die US-Regierung zur sofortigen Unterzeichnung zu bewegen". In unserem eigenen Flugblatt begründeten wir, warum solche Appelle „ziemlich nutzlos" sind, was von Anfang an klar war und sich auch bestätigt hat. Derartige Appelle kommen überaus häufig – ohne kritische Einschränkungen – von der DKP und sind geeignet, Illusionen über die Bereitschaft der Bundesregierung zur Verurteilung des US-Terrors in Vietnam zu erzeugen und vorzuspiegeln, die Nixon-Regierung könnte durch „Einflußnahme" der Bundesregierung zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens „bewegt" werden. Daß der KB diesen Appell an die Regierung kritisch kommentiert hat, hielt jener DKP-Führer für einen Verstoß gegen das Aktionsbündnis; 10 Minuten später ließ er dann vom Prodium aus Parteipropaganda los. ■

tig das ausgehandelte Ergebnis in der Abstimmung ab.

Bei den anschließenden Diskussionen in den Betrieben wurde scharfe Kritik an der IGM-Tarifpolitik geübt. Die Vertrauensleute der „Westfalenhütte" traten offen für eine Ablehnung des Ergebnisses in der Urabstimmung am 11./12.1. auf. Daraufhin stimmten die Dortmunder Arbeiter mit 75,3 % gegen das Ergebnis, auf der „Westfalenhütte" waren es 83,7 % aller organisierten Kollegen.

Die Forderung hieß Streik zur Durchsetzung der aufgestellten 60 Pf. Forderung.

Die Arbeiter kritisieren eine Tarifpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Kapitalisten, nicht aber an den Forderungen der Arbeiter orientiert. Diese Politik, die ihren Ausdruck in der zentralen Verhandlungsführung und der alleinigen Entscheidungsvollmacht des Gewerkschaftsvorstandes findet, stößt zunehmend auf Widerstand. Forderungen nach mehr Entscheidung der Basis der Gewerkschaft werden aufgestellt:

- satzungsmäßige Rechte der Vertrauensleute,
- Wahl und nicht Ernennung der Mitglieder von Tarifkommissionen,
- bindender Charakter von Urabstimmungen,
- keine Verhandlung nach Streikbeschluß, unverzügliche Durchführung des Streiks,
- kein Ergebnis, ohne daß es durch Abstimmung genehmigt ist,
- Herabsetzung der 75 % Klausel auf 66 %.

Dazu meinte ein Kollege: „Dem Vorstand reichen 25 % Ja-Stimmen, um seine Politik durchzusetzen, von uns verlangt man aber 75 % Nein-Stimmen, erst dann heißen wir Mehrheit."

Innerbetrieblich verlangten die Hoesch-Arbeiter eine zusätzliche Erhöhung zu den 46 Pf. Die Betriebsräte nahmen hierfür die Verhandlungen auf. Vier Wochen lang wurde verhandelt, ohne daß etwas dabei heraussprang. Die Geduld und das Vertrauen in die Verhandlungen waren erschöpft.

Der Streik beginnt

Noch gut in Erinnerung ist den meisten Arbeitern der September 1969, als es den damals 27 000 Hoesch-Stahlwerkern in einem zweitägigen Streik gelang, den Kapitalisten eine Erhöhung der Löhne von 30 Pf. abzuringen. In diesem Streik gelang es sogar, die zu Streikbeginn erhobene Forderung nach 20 Pf. mehr während des Streiks noch zu erhöhen.



September 1969: 27 000 Hoesch-Arbeiter demonstrieren

Am Donnerstag dem 8.2.73 um vier Uhr früh ist es dann so weit: Arbeiter der „Westfalenhütte" legen die Arbeit nieder. Innerhalb kurzer Zeit breitet sich der Streik im gesamten Werk aus. Die Werke „Phoenix" und „Union" schließen sich an. Bis zum Mittag sind etwa 12000 Arbeiter im Streik.

In Versammlungen wird die Forderung aufgestellt: 14 Pfennig mehr. Demonstrationszüge durch das Werk mit eiligst gemalten Pappschildern unterstreichen die Forderung. Die Kollegen der Mittagsschicht in allen drei Werken nehmen die Arbeit erst gar nicht auf. Die Produktion der Hoesch Hüttenwerke ist eingestellt.

Als um 17 Uhr bekannt wurde, daß der Konzern statt der geforderten linearen Erhöhung vorschlug, eine nach dem Punktsystem gestaffelte Erhöhung von 0-21 Pf. vorzunehmen, wurde schnell nachgerechnet. Das wären durchschnittlich 5 Pf. mehr. Über die Hälfte der Kollegen, durchweg aus den niedrigeren Lohngruppen, läge damit unter 5 Pfennig, ein großer Teil davon würde 0 Pf. Erhöhung erhalten. Nur wenige, sowieso schon hohe Lohngruppen, würden 21 Pf. erhalten.

Empört demonstrieren die Arbeiter durch die Werke. Auf Transparenten heißt es: „14 Pfennig" und „Dieses Angebot ist ein Hohn – unsere Forderung heißt höherer Lohn!"

Mit der Aufstellung der linearen 14-Pfennig-Forderung und dem Ablehnen der spalterischen Prozentaufteilung strafen die Arbeiter bei Hoesch die Behauptungen, die von Gewerkschaftsführern und Kapitalisten nach der Urabstimmungsniederlage aufgestellt wurden, Lügen, die lineare Forderung, einheitlicher Geldbetrag für alle, sei schuld an der Unzufriedenheit der Stahlarbeiter.

Die Aktion der Hoesch-Arbeiter hingegen macht deutlich, daß sich die Proteste gegen einen Lohnabschluß richten, der faktisch Abbau des Reallohns bedeutet, und das für alle Arbeiter, egal in welcher Lohngruppe sie eingestuft sind.

Alle Räder stehen still

Während die Streikfront mit nahezu 20 000 Streikenden immer breiter wurde und am Freitag die Produktion total stillag (nur ein Notdienst wurde aufrecht erhalten), weigerten die Kapitalisten sich, ein weitergehendes Angebot zu machen. Über seinen Pressesprecher läßt der Konzernvorstand erklären: „Die Arbeitsniederlegung nach dem Tarifabschluß ist völlig unverständlich. Arbeitsniederlegungen während laufender Tarifverträge sind ungesetzlich! Das Angebot wird auf keinen Fall erhöht, die Streikzeit nicht bezahlt und die Möglichkeit rechtlicher Schritte überprüft."

Die Arbeiter aber stehen zu ihren Forderungen. Drei Marschsäulen aus den einzelnen Hoesch-Werken demonstrieren am Freitag um 10 Uhr in der Dortmunder Innenstadt. Sprechchöre und Parolen während der Demonstration unterstreichen die Forderungen: „14 Pfennig! 14 Pfennig!" und „Wir brechen einen alten Brauch: Preise runter, Löhne rauf!"

Mehr als 6000 Kollegen, die gesamte Frühschicht der drei Werke, versammelten sich auf dem Alten Markt zu einer machtvollen Protestkundgebung. Mit dem vielstimmigen Chor „46 Pfennig sind für'n Arsch, 60 Pfennig heißt unser Marsch" protestierten sie gegen den miesen Tarifabschluß.

Einige Kollegen hielten Ansprachen und begründeten die Forderungen der Arbeiter. „Letztes Jahr hat Hoesch 1200 Arbeiter eingespart, die Produktion ist aber trotzdem gesteigert worden. Unsere Forderung nach mehr Lohn ist gerechtfertigt!" rief ein Sprecher, und sofort setzten Sprechchöre ein: „4 Pfennig sind für'n Arsch, 14 Pfennig heißt der Marsch!"

Ein weiterer Kollege prangerte die Spaltungstaktik der Kapitalisten an: „Kollegen! Es wird in allen Betrieben gestreikt! Glaubt nicht den Betriebsleitern und Meistern, die traditionell auf der anderen Seite stehen. Wir machen weiter, bis unsere Forderungen akzeptiert werden!" Sprechchöre unterstützten ihn: „Solange der Arsch inne Hose paßt, wird keine Arbeit angefaßt!"

Ein anderer Sprecher wies darauf hin, daß es den Kapitalisten vor allem darauf ankommt, zu verhindern, daß die Arbeiter sich in selbständigen Aktionen ihre Rechte erkämpfen. Denn ... Es geht den Herren nicht nur um's Geld. Die Hüttenwerke haben durch den Streik schon mehr Geld verloren, als die Lohnerhöhung für das ganze Jahr gekostet hätte." Auch hier wieder Beifall und einsetzende Sprechchöre der versammelten Arbeiter: „Solange Abs nicht in die Hose faßt, wird keine Arbeit angefaßt." (Abs ist Aufsichtsratsvorsitzender bei Hoesch)

Im Anschluß an die Kundgebung marschierten die Kollegen in die Werke zurück. Streiklieder und Kampfparolen begleiteten den Marsch. „Aber eins, aber eins das ist gewiß, 14 Pfennig für uns möglich ist!" Mit Sprechchören „4 Pfennig sind für'n Hund, 14 Pfennig sind gesund" und dem Ruf „Harders wir kommen!" (Harders ist der Vorstandsvorsitzende bei Hoesch) erreichte der Zug die „Westfalenhütte". In einer abschließenden Ansprache sagt ein Sprecher: „Kollegen! Geht jetzt zurück in die Betriebe und aktiviert die Mittagsschicht. Wir leben von der Solidarität! Keiner darf zu Hause bleiben! Wenn die Verhandlungen nicht zum gewünschten Erfolg führen, machen wir weiter, auch am Wochenende!"

Auf der „Westfalenhütte" versammeln die Arbeiter sich ständig in der alten Kantine und in der Waschkaue, diskutieren den Streik und warten auf neue Nachrichten. Auch am dritten Tag wird weitergestreikt. Aber die Unsicherheit der Arbeiter nimmt zu. Die unnachgiebige Haltung, die Spaltungsmanöver der Kapitalisten und die scharfe Distanzierung vom Streik durch die Gewerkschaftsführung bewirken, daß besonders bei „Phoenix" und „Union" der Streik immer wieder abbröckelt. Am Nachmittag nimmt erstmals auch wieder eine Abteilung auf der „Westfalenhütte" die Arbeit auf.

Trotzdem kommt es am Samstag-Vormittag zu einer weiteren Demonstration in Dortmund, an der sich fast 1000 Kollegen beteiligen.

Am frühen Abend kommt es dann zur entscheidenden Versammlung: die Vertrauenskörper-Leitung verkündet nach fast vier Stunden Beratung: „Der Streik hat keine Basis mehr, geht wieder an die Arbeit zurück."

Auf der Versammlung kommt es zu harten Auseinandersetzungen zwischen Kollegen, die weiterstreiken wollen, und den Vertrauensleuten. Das Abbröckeln der Streikfront ist aber nicht mehr aufzuhalten. Es dauert allerdings bis zum Sonntagmittag, bis in allen Abteilungen wieder gearbeitet wird.



Januar 1972: Hoesch-Arbeiter demonstrieren gegen 6 % Tarifabschluß

Die Organisation des Streiks

Die Kampfformen ähnelten denen von 1969. Ständig wurden Stoßtrups aufgestellt, die in andere Abteilungen zur Verbreitung des Streiks geschickt wurden.

Streikzentrale war die alte Kantine, die ständig von mehreren hundert Arbeitern besetzt war, in der Reden gehalten und die neuesten Nachrichten diskutiert wurden. Die stattfindenden Demonstrationen wurden spontan organisiert, so waren bei der großen Demonstration in der Dortmunder Innenstadt fast ausschließlich die Arbeiter der gerade anwesenden Schichten beteiligt, während die übrigen gar nichts davon wußten.

Eine Streikleitung ist nicht gewählt worden, sondern die Vertrauenskörper-Leitung übernahm diese Funktion. Das erwies sich in der kritischen Situation am Samstag als entscheidender Nachteil. Durch ihr Verbindungsnetz im gesamten Betrieb, durch die aktive Zusammenarbeit, spielten die Vertrauensleute eine wesentliche Rolle für die Organisierung des Streiks. Als aber der Druck der Kapitalisten und der Gewerkschaftsführung zunahm, als die Gewerkschaftsführung die Warnungen an ihre Funktionäre, das gewerkschaftliche Gremium Vertrauenskörper, verstärkten, fügten sich diese im entscheidenden Augenblick diesem Druck. Ihre Aufforderung, wieder an die Arbeit zu gehen, bewirkte, daß eine weitere Durchführung des Streiks, wie er auf der letzten Versammlung von vielen Kollegen gefordert wurde, nicht möglich war.

Gerade für solche Kämpfe ist es wichtig, daß die Streikenden sich in solchen Auseinandersetzungen Kampforgane wählen müssen. Ein gut arbeitender VK ist für so einen Kampf wichtig, er ist aber kein Ersatz für ein solches Organ.

Nach 3 Tagen Streik: Niederlage ist perfekt

Trotz der großen Kampfbereitschaft der Arbeiter, trotz des dreitägigen Streiks gelang es nicht, die Forderungen durchzusetzen. Im Gegenteil, die Kapitalisten wehrten den Streik erfolgreich ab und konnten zum Schluß das Ergebnis diktieren. Widerstandslos stimmte der Betriebsrat 2 Tage nach dem Streik folgendem Abschluß zu:

- 5 Pfennig mehr linear –
- keine Bezahlung der Streikzeit –
- keine neuen Forderungen während der Laufzeit des Tarifvertrages.

Die Niederlage analysieren

Wie konnte es zu diesem Ausgang des Kampfes kommen?

Der größte Teil der Streikenden hatte auch schon an den Septemberstreiks vor 4 Jahren teilgenommen. Für viele war der Erfolg dieser Streiks Ansporn, auch in diesem Jahr für eine weitergehende Lohnerhöhung zu kämpfen.

Doch die Septemberstreiks lassen sich nicht einfach schematisch auf die jetzige Situation übertragen.

Damals befand sich die Stahlindustrie in einem 3/4 Jahr ununterbrochenen Aufschwungs, im Gegensatz zu heute, wo der Aufschwung erst bevorsteht. Darüberhinaus sind die Kapitalisten zur Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen entschlossen, was sich gerade auch an den Lohnabschlüssen der letzten 1 1/2 Jahre zeigt. Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft hat die Bildung über die nationalen Grenzen hinausgehender Monopole beschleunigt und zu stärkeren Rationalisierungen, Produktionsverlagerungen und Fusionen in großem Umfang geführt, von denen z.B. auch Hoesch betroffen ist. Die Rücksichtslosigkeit, mit der sich die Kapitalisten über die Interessen der Arbeiter hinwegsetzen, ist von den Hoesch-Arbeitern unterschätzt worden.

Ein entscheidendes Moment, das 1969 für den Erfolg der Streiks sprach, war in diesem Jahr nicht vorhanden: der Überraschungseffekt, einen „wilden" Streik durchzuführen, den die Kapitalisten zu dieser Zeit nicht für möglich gehalten haben. Mittlerweise waren sie aber auf solche Aktionen vorbereitet.

Die Veränderung der Situation seit 1969, die Tatsache, daß Kapitalisten und Gewerkschaftsführung aus den 69er Aktionen gelernt haben, ist den Arbeitern nicht bewußt gewesen.

Die Illusion, daß die Kapitalisten ähnlich wie 1969, zum schnellen Nachgeben zu zwingen sind, daß die Gewerkschaftsführung den Kampf, wenn nicht unterstützen, so doch dulden wird, war bei den Streikenden vorhanden und hat, als sich das Gegenteil erwies, die Streikbereitschaft gemindert.

Der Funke ist nicht auf andere Betriebe übergesprungen. Dieser in der Bundesrepublik bisher einmalige Versuch, so kurz nach einem Tarifabschluß durch selbständige Aktionen ein besseres Ergebnis zu erkämpfen, kam für viele Betriebe zu früh. Noch waren die konkreten Auswirkungen des Abschlusses nicht überall klar, vielfach wurden innerbetriebliche Auseinandersetzungen zur Abwehr von Kürzungen geführt.

Die Reaktion der Gewerkschaftsführung verhinderte Solidaritätsaktionen.

Die Hoesch-Arbeiter standen mit ihrem Streik isoliert da.

Die Hoesch-Konzernleitung

Die Kapitalisten waren über die ganze Dauer des Streiks offensichtlich nicht zum Nachgeben bereit. Vom ersten vorgeschlagenen Angebot gingen sie nur insofern noch ab, daß sie in der letzten Verhandlung der Zahlung der 5 Pfennig linear statt der Staffelung zustimmten.

Als besonderen Trumpf hielten sie die ungeklärte Lage der Dortmunder Arbeitsplätze durch die Fusion mit Hoogovens in der Hand. Die Drohung aller arbeitsrechtlichen Konsequenzen, der fehlende Versicherungsschutz (wobei die IGM für beides von vornherein ebenfalls die Unterstützung versagte), schließlich der Brief an alle Arbeiter am dritten Streiktag, in dem auf die Gefährdung der Arbeitsplätze hingewiesen wird, verfehlten ihre Wirkung zur Verunsicherung der Kollegen nicht.

Auch der Einsatz von Betriebsleitern, Ingenieuren und Meistern zum Verbreiten von Gerüchten (die anderen Werke streiken nicht, nur 3000 insgesamt im Streik, nur 1000 demonstrierten) und zur Unterzeichnung von „Arbeitswilligkeits"-Listen hinterlassen Spuren. Zur Isolierung der fortschrittlichen Kollegen werden auch nach dem Streik noch Listen rumgegeben, in die die Arbeiter nachträglich ihre Bereitschaft zur Arbeit eintragen können. Wer unterschreibt, erhält die Streikzeit bezahlt.

Doch noch auf anderem, für Streiks bei Hoesch sehr wichtigem Gebiet haben die Kapitalisten gelernt. Ihr Wissen, daß in den Werken „Phoenix" und „Union" die Kampfbereitschaft nicht so groß ist wie auf der „Westfalenhütte", benutzten sie in diesen Betrieben besonders zur Verunsicherung der Kollegen. Die Stoßtrupps der „Westfalenhütte" wurden an den Toren der beiden Werke schon vom gut organisierten Werkschutz abgefangen. Delegationen durften die Werke nur in kleiner Zahl und mit Bewachung betreten. So war in diesen beiden Werken die Streikbewegung auch ständig im Schwanken und kippte am ehesten um.

Die IGM-Führung

Der Streik der Hoesch-Arbeiter wurde von den Gewerkschaftsführern zu recht auch als Angriff auf die Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung angesehen. Ein Erfolg der Hoesch-Arbeiter mußte auch in ihrem Interesse verhindert werden. So ein Erfolg hätte schlagend für die Arbeiterklasse verdeutlicht, daß die heutige Politik der Gewerkschaftsführung im Interesse der Kapitalisten auf die Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse verzichtet. So haben seit 1969 die Widerstände der Arbeiterklasse gegen diese Politik zugenommen. Die Hoesch-Arbeiter haben immer in der ersten Reihe dieser Auseinandersetzungen gestanden: so 1969, als die selbständigen Aktionen der Arbeiter dem Vertrauen in die Gewerkschaftsführung einen nachhaltigen Knacks verpaßten.

So auch in der Auseinandersetzung um die Rolle der Vertrauensleute, als Arbeitsdirektoren und IGM-Vorstandsmitglieder forderten, die Vertrauensleute stärker unter Kontrolle der Gewerkschaftsführung zu nehmen und sie zu Anhängseln der Betriebsräte zu machen (geheimes Strothmann-Protokoll). Einer der Wortführer, der sein „Leid" klagte, war Hoesch-Arbeitsdirektor Sieber.

So auch in der Urabstimmung in diesem Jahr und in dem „wilden" Streik.

Von Anfang an machte die Gewerkschaftsführung ihre Haltung zu dem Streik deutlich. Auch hier handelte sie anders als 1969, wo sie, um die spontanen Aktionen in den Griff zu bekommen, sich nicht offen distanzierte.

Das Interview von Eugen Loderer mit dem WDR, in dem er den Streik als illegal bezeichnete, den Streikenden warf: „Der wilde Streik der Dortmunder Stahlarbeiter ist eine Gefahr für die Aktionsfähigkeit der IG Metall. Die Mitglieder müssen einsehen, daß sie mit derartigen Aktionen der Gewerkschaft und sich schaden" war eine deutliche Kampfansage an die Arbeiter.

Die von der Essener Bezirksleitung unterstrichene Ablehnung des Streiks, die öffentlich betonte Verweigerung jeglicher Unterstützung in sozialen und Rechtsfragen trugen zusätzliche Unsicherheit unter die Arbeiter. Sie verfehlten auch nicht ihre Wirkung auf andere Betriebe, die mit dem Hoesch-Streik sympathisierten.

Die IGM-Führung wollte bei Hoesch gemeinsam mit den Kapitalisten ein deutliches Exempel statuieren. Die Gewerkschaftsführer gehen in der Diffamierung der Arbeiter mittlerweile schon so weit, daß sie diese auf Versammlungen als „extreme Eiferer", „Kommunisten" und „Spinner bezeichnen. Ihre Sprachrohre in den Betrieben, die Betriebsräte, reagieren bei Diskussionen um den Hoesch-Streik mit „diese Idioten" und ähnlichen Beleidigungen.

Entsprechend stark war auch der Druck der Gewerkschaftsführer auf die IGM-Vertrauensleute, die nach anfänglicher konsequenter und aktiver Unterstützung des Streiks schließlich gezwungen wurden, für die sofortige Beendigung einzutreten. Die harte und öffentlich vertretene Ablehnung des Hoesch-Streiks (Loderers Auftreten in Rundfunk und Fernsehen) war ein entscheidender Faktor für die Niederlage. ■



August 1972: Hoesch-Arbeiter demonstrieren gegen drohende Entlassungen

Nach dem Metall- und Stahlabschluß:

Spontane Streiks gegen zusätzlichen Lohnraub!

Dem diesjährigen Tarifabschluß für die Stahl- und Metallindustrie folgte in vielen Betrieben der Versuch der Kapitalisten, die Erhöhung durch Abbau übertariflicher Leistungen, durch Streichung von Sonderzulagen und Aufkündigung von Betriebsvereinbarungen eine Umgehung der Tariferhöhung zu erreichen.

Nicht genug damit, daß es den Kapitalisten in dieser Lohnrunde gelang, eine erhebliche Reallohnsenkung durchzusetzen, jetzt wird auf diesem Wege versucht, Kosten zu sparen und die Lage der Arbeiter zu verschlechtern.

Genauso wie diese Versuche der Kapitalisten nichts Neues sind, genauso wenig kann es überraschen, daß sie die für sie günstige Konjunkturlage schon jetzt zur Vergrößerung ihrer Profite benutzen. Die Erhöhung der Automobilpreise von durchschnittlich 5 % und das Heraufsetzen der Stahlpreise sind nur die Vorläufer der zu erwartenden Preis- und Profitschinderei.

Es ist ein Hohn, wenn IG-Metall-Chef Eugen Loderer sich jetzt hinstellt und die Preissteigerungen der Kapitalisten im Stil eines ahnungslosen Biedermanns als „schamlos" und „empörend" bezeichnet. Den Mitgliedern der Gewerkschaften wird jetzt eine Schau von „ja, hätten wir das gewußt!" vorgespielt. Im Angesicht der Stahlstreiks werden dann auch wieder große, radikale Worte geschwungen: Loderer verspricht bei zu hohen Steigerungen „Überprüfung" der Tarife während der Laufzeit. Noch weiter geht Vorstandsmitglied Arno Schwarting, als er vor Hamburger IGM-Funktionären verspricht: wenn die Unternehmer nicht vernünftig sind, werde es einen heißen Sommer geben, dann „werden wir unsere Mitglieder auf die Straße schikken". Ähnliche Sprüche sind hinlänglich bekannt. In den Auseinandersetzungen sieht die Sache jedoch wesentlich anders aus:

So behauptet Eugen Loderer in der IGM-Zeitung „Metall" Nummer 2, daß die diesjährigen Abschlüsse in Betrieben und Büros im allgemeinen volle Zustimmung fänden. Warnstreiks, Proteste in vielen Betrieben und vor allem das Ergebnis der Urabstimmung in Nordrhein-Westfalen beweisen das Gegenteil.

Noch am Tage der Verhandlungen kommt es bei Krupp in Hohenlimburg zu einem Warnstreik. Als das Stahlergebnis schon bekannt ist und nacheinander die Verhandlungen für die Metallverarbeitung laufen, treten im Saarland und Baden-Württemberg zehntausende Arbeiter in kurze Warnstreiks. Im Saarland sind es an drei aufeinander folgenden Tagen über 20 000, davon allein 6 000 bei Ford in Saarlouis. In Baden-Württemberg streiken an zwei Tagen etwa 40 000 Arbeiter u.a. bei Bosch – Photokino und R. Stahl-Aufzüge in Wangen, bei Bosch in Waiblingen, bei Bauknecht – Klingenmühle und 4 500 Arbeiter in der Maschinenfabrik Hesser in Bad Cannstatt.

In den Rheinstahlwerken in Witten und Duisburg, im Hoesch-Werk Phönix in Dortmund finden Warnstreiks der Stahlarbeiter gegen das Verhandlungsergebnis statt.

Das Ergebnis der Urabstimmung mit 66,5 % Nein-Stimmen ist deutlichster Ausdruck der Ablehnung. Dieses Ergebnis kam zustande, obwohl die Gewerkschaftsführung eifrig bemüht war, die Stahlarbeiter zur Annahme zu überreden, was soweit ging, daß selbst auf die Stimmzettel noch die Empfehlung des Vorstandes zur Annahme des Ergebnisses gedruckt war.

Die Verhinderung einer nach der IGM-Satzung erforderlichen 75 % - Mehrheit gelang der Gewerkschaftsführung denn auch in den kampfschwächeren Bezirken Köln und Münster, während vor allem im Essener Bezirk die Ablehnung am größten war (etwa 70 %, der Bezirk Essen umfaßt 80 % der Stahlarbeiter). In nahezu allen Großbetrieben lag die Entscheidung über 75 %: 75,4 % bei Hoesch (allein 83,7 % im Werk „Westfalenhütte"), 84,5 % bei den Gelsenkirchener Rheinstahlwerken, über 80 % in Duisburg und Witten bei Rheinstahl.

In vielen Betrieben haben die Kapitalisten versucht, den Tarifabschluß auf innerbetriebliche Zulagen, Prämien, Akkordrichtsätze usw. „anzurechnen"; d.h., daß die effektive Lohnerhöhung geringer sein sollte als im Tarifabschluß vorgesehen. Gegen diese Versuche ist es vielfach zu spontanen Streiks gekommen, von denen wir hier Beispiele wiedergeben.

In all diesen Fällen hat sich die IGM-Führung von den Streikenden entweder offen „distanziert" oder sie hat einfach geschwiegen. Obwohl es sich nur um Abwehrkämpfe handelte, die sich im Rahmen des Tarifabschlusses bewegten, sind sie von der IGM-Führung nicht unterstützt worden. Das macht erneut deutlich, daß das Gerede der IGM-Führer vom „heißen Sommer" (den sie machen wollen, falls die Kapitalisten die Preise „unvernünftig" steigern) nur Demagogie ist, die darauf abzielt, den unzufriedenen Metallern gegenüber den „starken Mann" zu spielen.



Warnstreik gegen 8% Abschluß

Streik auf der Kremer-Werft Lohnkürzung erfolgreich abgeschlagen

Am Montag, den 22. Januar legten die 300 Arbeiter der Kremer-Werft in Elmshorn und des Zweigbetriebes in Glückstadt geschlossen die Arbeit nieder. Damit antworteten die Werft-Arbeiter auf die Ankündigung des Betriebsleiters Nehls, die innerbetriebliche Stundenlohnzulage von 20 Pfennig zum 31.12.72 zu streichen und gleichzeitig die Betriebsvereinbarung zwischen Elmshorn und dem Glückstädter Werk zu streichen.

Innerhalb eines halben Jahres war das der zweite Versuch der Kremer-Betriebsleitung, diese Leistungen zu streichen. Schon im August 1972 traten die Werftarbeiter in den Streik, weil die Betriebsleitung diese Vereinbarungen ersatzlos wegfallen lassen wollte.

Nach zwei Tagen Streik zwangen die Arbeiter die Werftkapitalisten zur Zahlung der Zulagen rückwirkend ab Juli.

Nach dem Metall-Tarifabschluß versuchten die Kapitalisten erneut, die Streichung vorzunehmen. Sie hatten aber die Bereitschaft der Arbeiter zur Verteidigung dieser Zulagen unterschätzt.

Dem Streikbeginn am Montag folgen Versammlungen der Arbeiter auf dem Werftengelände. Jeden Morgen Punkt 7 Uhr versammeln sie sich und diskutieren die Streiklage. Ihre Forderung heißt: volle Zurücknahme der Maßnahmen.

Die Betriebsleitung versucht sich zunächst in harter Ablehnung. Nach der anfänglichen Weigerung, überhaupt zu verhandeln, erklärt sie dann in den Verhandlungen, daß sie nicht bereit ist, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Noch am vierten Tag des Streiks erklärt Nehls, die Kremer-Werft lasse sich „durch die illegalen Aktionen der Werft-Arbeiter nicht unter Druck setzen".

Sie mußten sich aber beugen, zum Zorn des Werft-Konsuls Johann Hinrich Kremer. Nach einer Woche Vollstreik erklärt er sich bereit, für weitere zwei Jahre die Zulagen zu zahlen.

Am 29. Januar gingen die Kollegen wieder an die Arbeit. Neben ihrem Streikerfolg mußten sie aber auch die Erfahrung machen, daß sie sich in ihrem Kampf nicht auf die Gewerkschaftsführung verlassen können. Diese distanzierte sich vom Streik und bot allein ihre Bereitschaft an, die Auseinandersetzung zu „schlichten". IGM-Bezirkssekretär Otto vom Steeg ging denn auch auf eine Forderung der Kapitalisten sofort ein: „Die Tarifparteien bekennen sich nachdrücklich zur Friedenspflicht, die eine Arbeitsniederlegung während der Laufzeit von Tarifverträgen ausschließt", heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme.

Die Kremer-Arbeiter konnten allerdings den Krieg der Kapitalisten gegen ihre Lohntüte nicht durch die Friedenspflicht, sondern allein durch ihre solidarische Streikaktion verhindern.



Streik auf der Kremer-Werft
Lohnkürzung erfolgreich abgeschlagen

Pohlschröder – Dortmund

Am 18.1. verhindert die Belegschaft der Büromaschinenfabrik Pohlschröder in Dortmund durch einen zweitägigen Warnstreik und eine Protestdemonstration den Versuch der Firmenleitung, übertarifliche Zulagen mit auf die tarifliche Erhöhung anzurechnen, um so statt 8,5 % nur etwa 6,3 % zu zahlen.

Hoesch – Hamm

Auch die Geschäftsleitung der Hoesch-Röhrenwerke in Hamm versuchte die Zulagen zu streichen. Daraufhin traten am 25.1. 400 Arbeiter und 200 Angestellte für 5 Stunden in den Streik. Die Geschäftsleitung wurde zur Rücknahme und zur Bezahlung von zwei Streikstunden gezwungen.

Hoesch – Barop

In den Röhrenwerken erreichte ein einstündiger Streik der Arbeiter, die Abwehr einer geplanten zusätzlichen Lohnkürzung: die Anrechnung der Tariferhöhung auf die Prämienstaffelung und die Schaffung eines schlechteren Lohnfindungssystems wurde verhindert.

Jagenberg – Düsseldorf und Neuß

Mit einem eineinhalbstündigen Streik protestierten die Arbeiter in Düsseldorf und Neuß gegen die Anrechnung der Tariferhöhung auf den Effektivlohn. Sie erreichten die Rücknahme dieser Lohnkürzung und erkämpften zusätzlich eine Anhebung der Lehrlingsvergütungen auf 40 bis 45 Mark, statt der tariflichen Erhöhung von 30 bis 40 Mark. Die Angestellten beteiligten sich nicht an dem Streik, sie starteten aber eine Solidaritätssammlung für den erfolgten Lohnausfall.

Schiess-Werke – Oberkassel

Als der Werksvorstand ankündigte, alle außertariflichen Zulagen zu überprüfen und die 8,5 % hierauf nicht anzurechnen, trat die Belegschaft am 29. 1. spontan in den Streik. Als der Streik auch am 30.1. fortgesetzt wurde, gab der Werksvorstand nach. Die Forderung der Kollegen nach Bezahlung der Streikzeit konnte ebenfalls durchgesetzt werden. Jeder Streikende erhielt für die Streikstunden 50 Mark.

Varta – Hagen

800 Arbeiter setzten sich in einem Streik am 29.1. erfolgreich durch. Die Rückstufung von 300 Kollegen in niedrigere Lohngruppen mußte von der Unternehmensleitung zurückgenommen werden.

Eylert-Fahrzeugwerke, Wuppertal

Die Unternehmensleitung kündigte nach dem Tarifabschluß die Erhöhung der Akkordrichtsätze an.

Wer auch nur seinen alten Lohn erhalten wollte, mußte jetzt doppelt ranklotzen. Auf einer daraufhin einberufenen Betriebsversammlung wurde ein mehrstündiger Streik beschlossen. Die Unternehmensleitung gab nach und versprach, die Akkorde nicht anzutasten.

Klöckner - Hütte – Bremen

Dem geringen Tarifabschluß auf der Hütte folgten Forderungen der Arbeiter nach Erhöhung der innerbetrieblichen Zulage um 25 Pfennig je Stunde.

Als die Verhandlungen scheiterten, trat die Spätschicht am 29.1. in einen zweistündigen Streik. Die Nachtschicht und die Frühschicht führten ebenfalls Kurzstreiks durch, die auch am nächsten Tag fortgesetzt wurden.

Am 31.1. fand eine spontane Demonstration durch die Hütte zum Warmwalzwerk statt. Dort wurde eine Betriebsversammlung durchgeführt, auf der die Hütten-Leitung Zugeständnisse machen mußte.

Am 2.2. wurde das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Kapitalisten vorgelegt:

- Erhöhung der Prämien um 6 Pfennig,
- Erhöhung der übertariflichen Zulagen um 5 Pfennig,
- garantierte Mindest-Stundenlohnerhöhung von 56 Pfennig.
- Erhöhung der übertariflichen Leistungen für Angestellte um 17 Mark. ■

Kalkuliertes Risiko

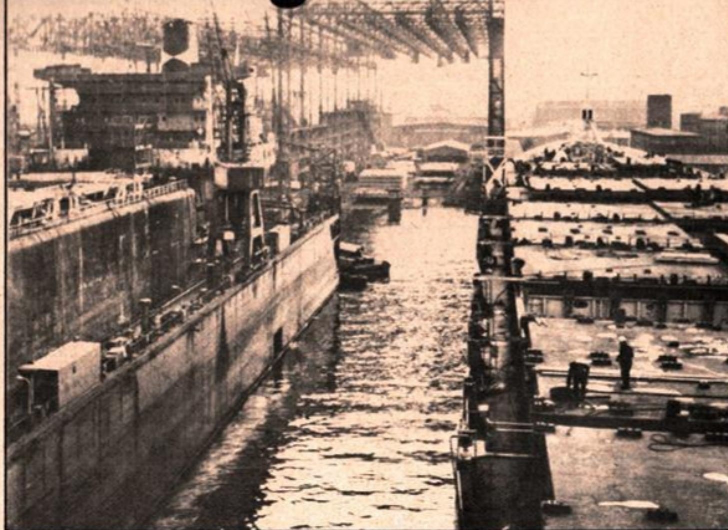
Nach einer vor kurzem gefällten Entscheidung des höchsten westdeutschen Gerichts, des Bundesverfassungsgerichts, erhält ein Arbeiter nach einem Arbeitsunfall keinerlei Schmerzensgeld. Weder die Unfallversicherung, die an sich zu Ausgleichszahlungen von Unfallfolgen da ist, noch der Kapitalist, in dessen Betrieb sich der Unfall ereignet hat, müssen Schmerzensgeld zahlen. Der entsprechende Paragraph der Reichsversicherungsordnung ist vom Gericht ausdrücklich für verfassungsgemäß erklärt worden. Die Verfassungsrichter meinen zur Begründung, daß ein Schmerzensgeldanspruch im Bereich der Unfallversicherung „systemwidrig" sei. Im übrigen sollen **„sachliche Gründe" für die Ausschließung des Schmerzensgeldes sprechen. Nur so sei das finanzielle Risiko von Arbeitsunfällen für den Unternehmer kalkulierbar.** In der BRD verunglücken allein in der gewerblichen Wirtschaft an jedem Arbeitstag durchschnittlich 10 000 Arbeiter und Angestellte. Jeder 30. Unfall hat mit einer Erwerbsminderung von über 20% schwere und schwerste Folgen. 15 Arbeiter zahlen täglich an ihrem Arbeitsplatz mit dem Leben. Es ist bekannt, was die Hauptursache für die vielen Unfälle sind: mangelnde Sicherheitsvorrichtungen am Arbeitsplatz, Nichteinhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen und vor allem die ständige Erhöhung der Arbeitshetze durch die Kapitalisten. Die Folgen müssen die Arbeiter tragen. Denn das Risiko der Verminderung der aus den Arbeitern dadurch herausgepreßten Profite durch die Unfallfolgen soll für die Kapitalisten „kalkulierbar" bleiben.

Über das Risiko der Arbeiter, ob sie abends wieder gesund nach Hause gehen können, machen sich die Verfassungsrichter keine Gedanken. Die Kalkulation der Unternehmer steht ihnen offenbar näher als Leben und Gesundheit von zig-tausend Arbeitern.

Vom bürgerlichen Standpunkt aus ist das allerdings nur konsequent. Denn in den Augen der Kapitalisten sind es die „unordentlichen", „nachlässigen" und „leichtsinnigen" Arbeiter selbst, die die anwachsende Zahl von Arbeitsunfällen zu verantworten haben. So schrieb das deutsche Industrieinstitut schon 1961 angesichts steigender Arbeitsunfälle: „Persönliche Mängel verursachten 77% der von der Gewerbeaufsicht näher untersuchten 64295 Arbeitsunfälle. Besonders stark trugen die 10287 Fälle von Unordnung, Nachlässigkeit und Nichtbeachtung der Verhaltensvorschriften zur Unfallhäufigkeit bei. Weitere 18827 Unfälle beruhten auf Unachtsamkeit, Leichtsinn und Unfug". Und dann müssen die Arbeiter natürlich auch für die Folgen ihres Leichtsinns einstehen . . .

Angesichts der in Zukunft zu erwartenden weiteren Verschärfung der Arbeitshetze und der damit verbundenen erhöhten Unfallgefahr für die Arbeiter entpuppt sich dieses Urteil als ein Musterbeispiel von Klassenjustiz zugunsten der Kapitalisten. ■

Die Lage bei HDW



Zur Abwechslung mal aus der Sicht der Arbeiter

Am 12.1.1973 hat der Aufsichtsrat der Howaldtswerke – Deutsche Werft Hamburg und Kiel (die HDW befindet sich zu 74,9 % im Besitz des staatlichen Salzgitter-Konzerns und zu 25,1 % im Besitz des Landes Schleswig-Holstein) einstimmig beschlossen, das Hamburger Werk Finkenwerder mit dem Abschluß der letzten Bautätigkeiten am Containerschiff „City of Edinburgh" stillzulegen.

Der Betriebsrat der HDW-Hamburg hatte bereits am 20.12.72 (!) einer „möglichen" Stillegung zugestimmt.

Vorerst sind von dieser Maßnahme 1600 Arbeiter und Angestellte direkt betroffen. Davon sollen 300 Angestellte und – entgegen den Behauptungen der Geschäftsleitung und des Betriebsrates keine „produktiv Tätigen" zu kündigen – auch Arbeiter entlassen werden. Schon seit längerem liegt dem Betriebsrat gleichzeitig eine Kündigungsliste mit weiteren 600 Namen vor.

Aber auch für die restlichen 1300, die bei HDW einen neuen Arbeitsplatz bekommen, wird die Zukunft zum Teil erhebliche Verschlechterungen bringen: Vor allen Dingen jüngere und ausländische Kollegen sollen oder sind schon nach Kiel „umgesetzt" worden. Ist ein Kollege nicht bereit, sich nach Kiel abschieben zu lassen, wird er von den Kapitalisten entlassen und „verwirkt das Recht auf Interessenausgleich" („Sozialplan"), auf den ohnehin nur Belegschaftsmitglieder mit 10jähriger Betriebszugehörigkeit Anspruch haben.

Damit hat sich die Geschäftsleitung geschickt eine „Hintertür" offengelas-

geschickt eine „Hintertür" offengelas-sen, ohne Sozialplan zu entlassen. Ihr Vorgehen bei den Angestellten – die plötzlich durch einige lapidare Sätze an der Anschlagtafel von ihrer Umsetzung nach Kiel erfahren – deutet darauf hin, daß die HDW-Kapitalisten sich dieser „Hintertür" auch bedienen wollen.

Außerdem ist die Geschäftsleitung nicht verpflichtet nach der Umsetzung von Finkenwerder den gleichen Lohn zu zahlen, da nicht die Ausübung der früheren Tätigkeit garantiert wird. Schon heute spricht der Betriebsrat von Umschulungen.

Die Kapitalisten verfolgen langfristige Pläne

Der Beschluß kam für die meisten Arbeiter auf der HDW nicht überraschend. Tatsächlich ist die Stillegung Finkenwerders schon seit Jahren von den Kapitalisten geplant und Schritt für Schritt durchgeführt worden.

Die westdeutschen Kapitalisten verfolgen mit den anderen EWG-Kapitalisten das Ziel, über den Aufbau europäischer Schiffbaumonopole eine Neuaufteilung des von Japan beherrschten Weltmarktes zu ihren Gunsten zu erzwingen.

Vorerst bewegt sich der Aufbau europäischer Monopole noch im Rahmen nationaler Konzentrationsprozesse. Besonders die westdeutschen Kapitalisten treiben diese Monopolisierung schnell voran, die sie hauptsächlich in 3 Formen durchsetzen:

In Kiel und Bremen entstehen 2 Großschiffbauzentren. HDW baut in Kiel durch Investitionen (u.a. jetzt 120 mio.) die Kapazitäten aus. Der Aufsichtsrat hat Pläne für den Bau von 600 000 t-Schiffen „in der Tasche". (Schiff und Hafen, Juni 1972)

Im Bremer Raum soll durch Fusion der Großwerften „AG WESER" und „BREMER VULKAN" das 2. Monopol entstehen, das „zu den fünf (!) größten Werften der Welt zählen würde". (Werftenquete, S. 91) Schon heute könnten dort ohne hohe Investitionen 600 000 t Schiffe gebaut werden.

Die Rheinstahl-Nordsee-Werke in Emden werden dagegen nur Schiffe bis 150 000 t bauen.

Zum anderen soll die g e s a m t e Schiffbauindustrie durch die kartellmäßige Aufteilung des Marktes nach Schiffsgrößen und durch sog. „Kooperationen" profitabler strukturiert werden.

„Kooperationen" – darunter verstehen die Kapitalisten die „Ausgliederung bestimmter Fertigungen in einen gemeinsamen Betrieb" (Werftenquete, S. 97) „um den Bedarf an Fach(?)arbeitern zu verringern."

Die 3. Form der Monopolisierung, die die Kapitalisten besonders in Hamburg durchsetzen wollen und bisher konsequent durchgeführt haben, ist die Stillegung oder Einstellung ganzer Fertigungsbereiche.

Den Großschiffbau haben die Kapitalisten für Hamburg abgeschrieben. „Eine Anpassung der Werftanlagen an den Großschiffbau sollte im Hamburger Raum nicht erfolgen" (Werftenquete, S. 85). „Eine gewisse (!) Schiffsneubaukapazität" wird bestenfalls im Bau einiger Spezialschiffe (Kühlschiffe usw.) und den Bohrinseln „bei B+V (!) erhalten werden." (S.86)

Nicht einmal die Erhaltung der Schiffbaunebenfertigung (Kessel, Motoren, Lagerbau usw.) ist gesichert: Sie „sollte darauf hin überprüft werden, inwieweit u.a. durch Zusammenfassung mit Fertigungen anderer Werften ... Rationalisierungsmöglichkeiten (d.h. Entlassungen – die Red.) genutzt werden können." (S. 88)

„Arbeitsplätze (sollten) im Hamburger Schiffbau nur insoweit erhalten werden, als dies zur Sicherung seine komplementären (ergänzenden – die Red.) Funktion gegenüber dem Hafen und der Schiffahrt notwendig ist." (S. 109)

Dieses Konzept wurde in Hamburg konsequent von den Kapitalisten verfolgt: Blohm + Voss schluckte die Stülcken- und Schlickerwerft und stellt die Produktion zunehmend auf Rüstung (Panzerbau u.a.) und andere Fremdfertigungen um, während der Schiffsneubau nur noch „Komplementärfunktion" hat. (Hansa, 9/1972)

1972 wurden 1,3 Mio. DM (!) im Neubau investiert und nur für weitere Rationalisierung eingesetzt. (Hansa)

Staatskonzern besorgt Stillegung

Das Werk Finkenwerder war bis 1968 im Besitz der „Deutschen Werft", deren Hauptaktionäre die „Gutehoffnungshütte" und die AEG waren.

„Bereits 1962 (!) war dem Vorbesitzer des Werkes Finkenwerder, der GHH, die Situation klar; schon damals wurde an eine Schließung gedacht." (Harburger Anzeigen und Nachrichten v. 5.1.73)

Auch der Vorstandsvorsitzende der HDW, Lennings, sagte auf der Vertrauensleutesitzung im Werk Ross am 16.10.72: „Die entscheidende Weichenstellung für die Werftschließung ist vor 10 Jahren gelegt worden."

Da die Kapitalisten die Stillegung geplant hatten, investierte die GHH auf der „Deutschen Werft" bis zur Fusion keinen Pfennig mehr, schöpfte nur die Profite ab und ließ so die Werft praktisch „ausbluten".

Die Kapitalisten und ihre Presse wollen die Notwendigkeit der Stillegung Finkenwerders durch HDW gerade mit den „Versäumnissen" und „unzureichender Investitionspolitik" der GHH beweisen, die aus reiner Profitgier nicht investierte. Hiermit soll vor den Arbeitern nur verschleiert werden, daß die Stillegung schon damals beschlossen war: Die ständige Profitgier ist es ja gerade, die die Kapitalisten zwingt, immerfort neue Anlagen zu errichten, zu investieren – es sei denn eine Einstellung der Produktion ist geplant.

Die direkte Stillegung Finkenwerders überließen allerdings die „Deutsche Werft"-Kapitalisten wohlweislich dem staatlichen Salzgitter-Konzern. 1968 wurde „Howaldt" (Salzgitter) mit der „Deutschen Werft" zur HDW fusioniert. 1972 wurde Salzgitter alleiniger Besitzer der HDW.

Die „Deutsche Werft"-Kapitalisten machten dabei das „Geschäft des Lebens" (IGM Bezirksleiter Scholz): Die Aktien wurden ihnen zum Kurs von 350 % abgekauft, zusätzlich wurde ihnen ein Bonus von 60,– DM pro Aktie bezahlt aus „nichtverwendeten Rückstellungen" (!) – das alles bezahlt von einem staatlichen Konzern.

Im Tausch gegen den 50 %-Anteil der GHH bei der „Deutschen Werft" (seit 1968 Anteilseigner bei HDW) erhielt MAN (Hauptaktionär GHH) die zweite Hälfte des Aktienkapitals des ehemals im Besitz von Salzgitter befindlichen und sanierten Büssing Konzerns. „Außer den schon (von Salzgitter) reingesteckten 485 Mio. verpflichtete der Bund sich im weiteren, noch 5 weitere Jahre alle Verluste (des Büssing-Konzerns) zu decken ... das sind die Millionensteuergeschenke für die Kapitalisten, während allenthalben die Arbeiter auf die Straße fliegen." (vgl. „Arbeiterkampf" Nr. 20/1972)

Für die Werftarbeiter und ihre Familien brachte die Fusion tausende von Entlassungen. Insgesamt „verringerte" sich die Belegschaft seit 1968 bis Ende 1972 um 4 500 auf 7 600.

durchgreifende (!) Rationalisierung zu erreichen ... mit der Möglichkeit beträchtlicher (!) Personalreduzierungen." (S. 85/86)

Eine besondere Rolle kommt hier dem Hamburger Senat zu, der schon seit langem das „Konzept der Zusammenfassung der Hamburger Werften" (SPD-Wirtschaftssenator Kern) aktiv verfolgt.

In einem Schreiben Kerns vom Februar 1972 an die Vertrauensleuteleitung der Werke Ross und Reiherstieg hieß es: „Es ist für die Belegschaften, auch für die HDW-Belegschaft in Hamburg, mit großer Wahrscheinlichkeit besser, wenn man zusammengeht."

Es käme darauf an, „aus dem, was vorhanden ist, e i n e n (hervorgehoben von uns) Betrieb zu schaffen."

Die Frucht der hamburgischen Vorschläge (war) der Kooperationsvertrag zwischen HDW und Blohm + Voss." (Kern in der Bürgerschaft am 18.10.72). Dieser Vertrag, der ein Schritt zum Zusammengehen der beiden Werften ist, sieht eine „vertiefte Zusammenarbeit" auf dem Gebiet der „Strukturveränderungen" (Rationalisierung), Koordination im Stahlwasser-, Kessel- und Turbinenbau, Aufbau eines gemeinsamen Großlagers, und Absprachen bei Investitionen vor.

Das Ziel dieser Zusammenarbeit gab der Aufsichtsratsvorsitzende von Blohm + Voss, Cordes, an: „Es kommt darauf an, zunächst ... eine vernünftige wirtschaftliche Konzeption zu erarbeiten, dann wird man auch eine passende juristische Form finden." (Hansa, 9/72)



Seit Jahren buchstäblich verschaukelt

Was bringt die Zukunft den Hamburger Werftarbeitern?

Mit größter Sicherheit ist für die Zukunft ein Zusammengehen der Hamburger Werften zu einem Betrieb zu erwarten. Die bisherige Entwicklung spricht eindeutig dafür:

In der Werftenquete wird dies „für eine grundlegende Verbesserung" der Lage der Hamburger Werften als notwendig angesehen. Die Kapitalisten sagen auch warum: Nur so sei „eine

Dabei ist nicht mehr zu übersehen, daß die Position B + V's im Hamburger Schiffbau immer stärker wird. Sowohl in seinem Produktionsprogramm (Rüstung, Fremdfertigung) als auch anlagemäßig ist es gegenüber HDW in einer weitaus besseren Stellung. Eine seit mehreren Monaten laufende Anzeigenkampagne, mit der B + V gezielt die qualifiziertesten Facharbeiter aus dem HDW-Bereich abwirbt, bestätigt, daß B + V offensichtlich systematisch seine Position gegenüber den staatlichen HDW-Konzern ausbaut.

Aus der Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Werften erscheint eine Übernahme der HDW-Werke auf p r i v a t e r Ebene durch Blohm + Voss realistischer als eine Fusion.

Entscheidender allerdings, als die Frage, welche „passende juristische Form" die Kapitalisten nun durchsetzen werden, ist, daß davon das Konzept der Kapitalisten in keiner Weise berührt wird, auf den Hamburger Werften keinen Neubau zu betreiben, sondern nur noch Reparatur-, Neben- und Fremdfertigung.

Es ist klar, daß dieses Konzept keine 3 Werke mit zusammen über 14 000 Arbeitern und Angestellten erfordert. Schon heute ist auf den HDW-Werken Ross und Reiherstieg zu wenig Arbeit. Die Stillegung eines weiteren der völlig veralteten HDW-Werke ist durchaus wahrscheinlich. Hieraus wird deutlich, was die Zukunft den Hamburger Werftarbeitern bringt: **Die Entlassungen von 300 Angestellten und einigen Arbeitern auf Finkenwerder ist bloß ein Anfang, erscheint als die Spitze eines Eisberges. Die Zukunft bringt den Werftarbeitern Massenentlassungen.**

Das hat nicht nur Bedeutung für die direkt betroffenen Werftarbeiter und -angestellten, sondern für die gesamte Hamburger Arbeiterschaft. Eine Rationalisierungswelle, deren Ausmaß heute noch nicht zu überblicken ist, rollt gegenwärtig in allen Bereichen an. Die Industrieneuansiedlungen (HSW, Reynolds) werden kaum in der Lage sein, der gesamten Hamburger Arbeiterschaft gesicherte Arbeitsplätze zu ga-

schaft gesicherte Arbeitsplätze zu ga-rantieren.

zum Thema: Mit welchen Mitteln haben die HDW-Kapitalisten ihr Konzept durchgesetzt

Um ihre Pläne zu verschleiern und die Kollegen nicht die wirklichen Absichten der Werftkapitalisten erkennen zu lassen, benutzten sie über Jahre hinweg die vielfältigsten Mittel der Täuschung und des Betrugs an den Weftarbeitern!

Während auf der einen Seite jeder weitere Schritt bei der Verwirklichung ihres Konzepts als ein Schritt zur Sicherung der Arbeitsplätze dargestellt wurde, stehen auf der anderen Seite tausende von Kollegen, die in den letzten Jahren die Werft verlassen haben.

So hieß es z.B. anläßlich der Fusion zwischen der HW und der DW im September 67 in einem Schreiben „An alle Mitarbeiter": *„Mit Hilfe der Mitarbeiter der drei genannten Werften* (gemeint sind die Deutsche Werft und die Howaldtswerke Hamburg und die Howaldtswerke Kiel, die vorher noch getrennt voneinander gewirtschaftet haben, d. Red.) *hoffen wir, ein Unternehmen zu werden, das auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sein wird, und das vor allem auch den Mitarbeitern einen sicheren Arbeitsplatz gewährleisten kann."*

Wie sicher die Arbeitsplätze bei der HDW nun waren, kann man daran sehen, daß von 12.000 Arbeitern und Angestellten, die 1968 in den drei Hamburger Werken Ross, Reiherstieg und Finkenwerder beschäftigt waren, am Ende des Jahres 1972 noch 7.500 (!) übrig waren.

Das Besondere hieran ist jedoch, daß die Zahl der Beschäftigten nicht durch spektakuläre Massenentlassungen reduziert worden ist, sondern die Kollegen aufgrund der ständig geschürten Unsicherheit und Einschüchterung gegangen sind oder viele auch systematisch rausgegrault wurden – aus Altersgründen ausgeschiedene Kollegen wurden nicht ersetzt.

Ein beliebtes Mittel, um die Kollegen zu verwirren, war hierbei, daß den Kollegen in regelmäßigem Abstand irgendein neues Unternehmenskonzept vorgelegt wurde. Es wurden die dollsten Luftschlösser und Millionenprojekte ca. halbjährlich vor den Kollegen wortreich ausgewalzt, nur verwirklicht wurde nie ein Stück. Im Gegenteil, die Anlagen verrotteten immer mehr und die Aufträge wurden immer weniger.

Ein Kollege drückte es auf einer Betriebsversammlung so aus: „Wenn wir auch im Handel mit Schiffen nicht so recht mithalten können, so haben wir doch im Handel mit Unternehmenskonzepten alle Chancen – davon haben wir in den letzten Jahren reichlich gehabt!"

Forts. nächste Seite

Ein anderes beliebten Mittel der Geschäftsleitung war die Umsetzung von Kollegen oder ganzen Abteilungen von Finkenwerder nach Ross oder umgekehrt. So gibt es Abteilungen oder Kolonnen, die seit der letzten Fusion schon zwei bis drei Mal von einem Werk ins andere umgesetzt wurden – und wenn das noch nicht reichte, um die Kollegen mürbe zu machen, wurde ihnen schließlich das „Angebot" gemacht, nach Kiel zu fahren.

Beim Umsetzen oder Zusammenlegen von Abteilungen wurde dann besonders darauf geachtet, daß Abteilungsleiter von Finkenwerder mit Abteilungsleitern von Ross in eine Abteilung gesteckt wurden, so daß dann auf dem Rücken der Kollegen in dieser Abteilung ein heftiger Konkurrenzkampf zwischen den beiden darum entstand, wer nun seinen Posten behaupten kann.

Damit bewirkte die Geschäftsleitung zweierlei:
1. wurden die Bedingungen für viele Kollegen so unerträglich, daß sie von sich aus gingen,
2.konnte häufig dadurch eine Spaltung zwischen den ehemaligen Finkenwerder Kollegen bzw. den ehemaligen Ross Kollegen erzeugt werden, was sich bei den Kollegen dann so niederschlug, daß gesagt wurde: „Seit die von Finkenwerder da sind, ist es hier so unerträglich!"

Besonders infam, aber auch sehr wirkungsvoll für die Werftkapitalisten beim Versuch der Einschüchterung und Verwirrung der Werftarbeiter, ist der planmäßige Einsatz der bürgerlichen Presse in Hamburg. Über zwei Jahre lang wurden die Kollegen mit den widersprüchlichsten Meldungen an der Nase herumgeführt. Wir geben hier nur eine kleine Kostprobe, denn Meldungen wie diese sind für die Werftarbeiter auf der Tagesordnung:

„DAS GELD FÜR HAMBURGS NEUE SUPERWERFT IST SCHON DA" („Bild", 21.8.71)

„VORERST KEINE GROSSWERFT. . .EIN TRAUM IST ZERRONNEN" („Abendblatt", 28.8.71)

„KEINE GEFAHR FÜR WERFTARBEITER" („Mopo"; 9.9.71)

„HOWALDT: VIELE TAUSEND ARBEITSPLÄTZE IN GEFAHR" („Bild", 16.11.71)

„MILLIONENSPRITZE AUS KIEL" („Bild"; 9.2.72)

„NUR NOCH EIN SCHIFF – UND DANN IST .SENSE" („Mopo" 20.9.72)

„1.500 WERFTARBEITER MÜSSEN IN HAMBURG ENTLASSEN WERDEN" („Abendblatt" 15.2.72)

Ihren absoluten Höhepunkt erlangte diese Kampagne anläßlich der Bekanntgabe der Stillegung Finkenwerders durch Dr. Lennings (Vorstandsvorsitzender der HDW) am 10. Oktober 72: Lennings: „Wir werden schließen!". Birnbaum vom Salzgitterkonzern dementierte einen Tag später. „Wir machen weiter!" lautete die Schlagzeile im Hamburger „Abendblatt" am 11.10.72.

Wenn man sich vor Augen hält, daß gleichzeitig mit diesen Meldungen große Anzeigen von Blohm & Voss in den Hamburger Tageszeitungen erschienen, in denen Schiffbauer und qualifizierte Schiffbauhelfer gesucht wurden, wird schnell klar, wozu diese Pressekampagne diente.


Arbeiter auf Finkenwerder
Mindestens 200 werden entlassen

Einerseits wurden die Kollegen dadurch immer mehr verunsichert, was dazu führt, daß sie nicht richtig erkennen können, was auf sie zukommt, andererseits führte diese Unsicherheit dazu, daß viele Facharbeiter HDW verließen und bei Blohm & Voss anfingen, wodurch die B+V-Bosse in die Lage kommen, daß sie eine Belegschaft schaffen können, in der sich nur die Besten und Schnellsten durchsetzen können und der Lohn gedrückt werden kann, da ein Überangebot an guten Facharbeitern vorhanden ist.

Das kann zwar kurzfristig für die HDW-Herren gewisse Schwierigkeiten mit sich bringen, da ja die letzten Aufträge noch erledigt werden müssen (insofern sind sie auch auf ein geschicktes Taktieren angewiesen) – in Blick auf eine Werft in Hamburg unter Vorherrschaft Thyssens ist dieses Vorgehen jedoch langfristig auch für die HDW-Herren von Nutzen. So kann, gemäß dem Motto von Salzgitter-Boss Birnbaum, der eine Fusion von HDW und B+V nur dann für sinnvoll hält, „wenn die Rechnung: eins plus eins mehr als zwei ergibt", aus zwei Belegschaften eine Belegschaft geschaffen wird, die in der Lage ist, den Werfthaien ein Höchstmaß an Profit zu schaffen.

Böse Nachricht für Hamburgs Schiffbau

Endgültig: HDW schließt Werft Finkenwerdei!

1600 Arbeiter sollen „umgesetzt" werden

gs. Hamburg, 12. Oktober Schlechte Nachricht für 1600 Werftarbeiter und den Hamburger Schiffbau: 1973 wird das Werk Finkenwerder von Howaldt/Deutsche Werft geschlossen. Das wurde gestern auf einer Betriebsversammlung mitgeteilt. Die Beschäftigten sollen in andere Werke „umgesetzt" werden. [redacted]

Eine der zahlreichen Schlagzeilen

Vorgehen des BR und der IG-Metall - Führung

Einen westenlichen Anteil bei der Absicherung des Konzepts der Werftkapitalisten gegenüber den Arbeitern und bei der Verhinderung eines organisierten Widerstandes der Kollegen gegen die ständigen Angriffe trägt die örtliche IG-Metall-Führung sowie der fast ausschließlich von SPD-Mitgliedern getragene Betriebsrat.

Man kann davon ausgehen, daß die Gewerkschaftsführung von Anfang an in die Machenschaften der Werft-Bosse eingeweiht war. So äußerte der Bezirksleiter der IG-Metall Hamburg und Aufsichtsratsmitglied Heinz Scholz gegenüber den „Harburger Anzeigen und Nachrichten":

„Bereits 1962 war der Vorbesitzerin des Werks Finkenwerder, der GHH, die Situation auf der Werft klar: Schon damals wurde an eine Schließung gedacht. Es besteht aber mit der Schliessung des Teilbetriebes der HDW keine Veranlassung, an einen Niedergang der Deutschen Werftindustrie zu denken. Eine Umstrukturierung im Schiffsbau ist seit langem geplant. Wer investiert, bleibt auch in Zukunft bestehen. Die HDW sind bereit zu investieren."

– und auf einer Sitzung der Vertrauensleute von HDW, nachdem der Betriebsrat im Vorgriff auf einen Beschluß des Aufsichtsrates „einer möglichen Stillegung Finkenwerders" zugestimmt hatte, wußte Heinz Scholz zu berichten, daß es für ihn schon bei der Fusion 67 klar war, daß Finkenwerder dabei draufgehen würde!

Auf die Fragen einiger empörter Vertrauensleute, warum denn die IG-Metall überhaupt die Fusion 67 unterstützt hat, wenn schon klar war, daß Finkenwerder stillgelegt wird und warum Heinz Scholz das nicht damals schon gesagt hat, gab es keine Antwort.

Die Forderung einiger Vertrauensleute, Kampfmaßnahmen zu organisieren, blockte der IGM-Sekretär Prehm ab, indem er sagte: „Von Kampfmaßnahmen kann ich nur abraten, sowas muß sich irgendwie von selbst regeln!" Auf den Protest der Kollegen erwiderte er dann, er wolle sie ja nur auf die rechtliche Seite der Sache aufmerksam machen.

Welche Politik dahintersteht, wurde auf der 6. Nationalen Schiffbaukonferenz der IG-Metall am 20./21. Oktober 72 in Hamburg deutlich. Hier, wo die „großen Arbeitnehmervertreter" mal unter sich waren (geladen waren: Helmut Schmidt, einige andere Bonner und Landespolitiker aus überwiegend SPD und z.T. CDU und auserwählte Betriebsratsfürsten und Gewerkschaftssekretäre, aber keine Werftarbeiter!), begann man im Stile der Werftkapitalisten über die „schlechte Lage im Schiffbau", „die ständigen roten Zahlen" und „die harte Konkurrenz der Japaner" zu jammern!

Es wurde gefordert, die Konzentrations- und Rationalsalisierungsbestrebungen der Werftunternehmer weiter zu unterstützen und in diesem Zusammenhang an die Regierung appelliert, durch Subventionen und Investitionshilfen diesen Kurs zu unterstützen.

Der „Wirtschaftsexperte" des Internationalen Metallarbeiterbundes Casserini kam besonders ins Schwärmen, als er von den Arbeitsbedingungen japanischer Schiffbauer auf voll durchrationalisierten Werften berichtete, für die „Zeit Geld ist" und die deswegen nicht wie hier zu Fuß ihre Arbeit aufsuchen, sondern die auf Fahrrädern von Gewerk zu Gewerk flitzen!

Es wird klar, daß „Arbeitnehmervertreter", die solchen Träumen der Kapitalisten nachhängen, kein Stück dafür tun, Kampfmaßnahmen der Werftarbeiter zu unterstützen, sondern im Gegenteil, Ansätze dazu ersticken! Und es wird klar, daß die Vertreter dieser Linie im Betrieb sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß die Kapitalisten ihre Pläne ungestört verwirklichen können!

In diesem Sinne war der Betriebsrat auf der HDW in den letzten Jahren aktiv:

Zur Fusion '67 wurden in allen Abteilungen und Gewerken Versammlungen durchgeführt, um die Kollegen zu beruhigen. Noch heute sind die Betriebsräte stolz darauf, daß sie damit dem Betr.VG von 1972 voraus waren.

Im Februar '72 wurde von der SPD-Betriebsgruppe (BR- und VK-Führer) anläßlich einer Sitzung des Aufsichtsrats, auf dem HDW-Werk Ross eine „spontane" Arbeitsniederlegung mit Marsch zum Verwaltungsgebäude organisiert.

Es wurden noch nicht mal alle Gewerke informiert, sondern nur die Gewerke, wo sie ihre Leute drin haben, wurden einbezogen. Das führte dazu, daß sich nur ca. 600 Kollegen an dieser Aktion beteiligten und daß nur vom VK-Vorstand dort die Forderung vorgebracht wurde, mit Blohm & Voss nicht zu fusionieren. Die „Arbeitnehmer"-Vertreter im Aufsichtsrat, Heinz Scholz, Hans Apel (MdB) und der damalige BR-Vorsitzende Karl Richter waren dann auch schnell einverstanden mit dieser Forderung und erklärten, sie wollten jetzt mit den Unternehmern „zäh darum ringen", diese Forderung durchzusetzen. Auf dieser Aufsichtsratssitzung wurde die Fusion dann dann ja auch nicht beschlossen.

Noch nicht!

Die „Hamburger Morgenpost", die ja Aktionen der Arbeiter gewöhnlich totschweigt oder höchstens mal drei Zeilen dafür hergibt (s. Hoesch-Streiks), berichtete in diesem Falle in großen Lettern von einer „spontanen Aktion auf HDW" und wußte sogar von 3000 (!) HDW-Arbeitern zu berichten, die sich daran beteiligt hätten.

Das gehört auch mit in die Trickkiste der SPD- und Gewerkschaftsführer bei der Fehlorientierung der Kollegen.


Gemeinsam anpacken – gemeinsam kämpfen!

Wenn es ihnen ins Konzept paßt, „dürfen" die Kollegen mal für ein bis zwei Stunden die Arbeit niederlegen, ihren „Vertretern" den Rücken stärken und sich radikale Töne der Gewerkschaftsführer anhören, abschliessend wird die Aktion in der sozialdemokratischen Presse aufgebauscht und bejubelt. Alles um selbständige Kämpfe der Kollegen zu verhindern.

Wenn es dann wirklich drauf ankommt, wie bei Stillegungen, wie beim Lohnabbau, wie beim Abbau von Sozialleistungen, sind diese „Arbeitnehmervertreter" diejenigen, die versuchen, den Kollegen derartige Schläge der Kapitalisten noch schmackhaft zu machen. Sie sind dann auch diejenigen, die Kollegen, die dazu aufrufen, Kampfmaßnahmen zu organisieren, „auf die rechtliche Seite hinweisen" oder sie schlicht als „Störenfriede" und „Radikalinskis" beschimpfen und die Kapitalisten dabei unterstützen, sie aus dem Betrieb zu schmeißen (wie das z.B. in Kiel mit Helmut Schlüter geschehen ist!).

Es ist klar, daß die Kollegen zu solchen Leuten kein unbegrenztes Vertrauen haben, sondern im Gegenteil dem Betriebsrat und der Gewerkschaftsführung gegenüber zutiefst mißtrauisch geworden sind. Das äußert sich dann in Sprüchen wie: „Die vom Betriebsrat haben doch ihre Beine bei der Geschäftsleitung mit unter'm Tisch!" oder: „Die versuchen doch nur uns hinzuhalten!"

Allerdings steckt dort häufig sehr viel Resignation dahinter. So drohten z.B. die Kollegen in der Maschinenfabrik, als die Kapitalisten das Tonnagegeld streichen wollten, „wenn die Gewerkschaft sich hier wieder nicht für uns einsetzt, schmeißen wir die Gewerkschaftsbücher hin." **Oder anläßlich der BR-Wahlen 72 wählten einige Abteilungen geschlossen aus Protest gegen die bisherige BR-Politik die Liste des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes (CMV), anstatt der IGM-Liste.**

Hieran zeigt sich besonders deutlich der Mangel einer politischen Alternative für die Werftarbeiter.

Es gibt zwar in einigen Gewerken und einigen Abteilungen hin und wieder spontane Aktionen und Ansätze eines organisierten Widerstandes, jedoch verpuffen diese Aktionen schnell wieder ins Leere, da die Kollegen am anderen Ende der Werft gar nichts von dem Kampf wissen und auch keine einigende, anleitende Kraft da ist, die diese Kämpfe zusammenfassen und zu einem Kampf machen könnte.

Die Aufgaben der KB – Betriebsorganisation

Die Betriebszellen-Organisation des KB auf den Hamburger Werften hat die Aufgabe, den Kampf der Werftarbeiter gegen die ständigen Angriffe der Werftbosse auf die Existenz und die Arbeitsbedingungen der Kollegen bisher nicht unterstützen, geschweige denn anleiten können (rein zahlenmäßig gehört die Betriebsorganisation auf den Werften zu den stärksten der Hamburger Organisation).

Darin kommt neben der allgemeinen Unerfahrenheit und Unsicherheit ein zentraler Mangel zum Ausdruck, der auch bis heute noch nicht aufgehoben werden konnte:

Der Mangel an wissenschaftlicher Untersuchung über die wirklichen Entwicklungsprozesse, deren Erscheinungen die Lage der Werftarbeiter fortwährend verschlechtern. Mangel an Klarheit über die bewußte Klassenpolitik von „oben" – deren kurz und langfristige Ziele.

Die Tatsache, daß auf diesem Gebiet von uns nicht vorgearbeitet worden war, verurteilte die Zellen in den entscheidenden Monaten des letzten Jahres und Anfang dieses Jahres zur Untätigkeit in der betrieblichen Agitation. Jedenfalls waren die besonderen Probleme, die sich aus der Fusions- und Stillegungspolitik der Werftbosse ergaben, nur am Rande Gegenstand unseres Handelns.

Dieses Hinterherhinken hinter der Entwicklung und den Erfordernissen aktueller Ereignisse haben wir dadurch z.T. wettmachen können, daß wir Untersuchungen durchgeführt haben, die es uns in Zukunft gestatten werden, qualifiziert (weil wissenschaftlich erarbeitet) zu konkreten Fragen Stellung zu nehmen. Allerdings wird es in den nächsten Monaten noch einiger Arbeit bedürfen, die von nur wenigen Genossen erarbeiteten Untersuchungsberichte zum „Gemeingut" aller Zellen zu machen – sodann die erreichte Klarheit in den eigenen Reihen, planmäßig unter den Werftarbeitern zu verankern.

Es wird in Zukunft besonders darauf zu achten sein, daß die Politik von jedem einzelnen Genossen mitgetragen und mitentwickelt wird – daß jedes Mitglied eine Aufgabe hat, die es kontrolliert durchführt. Das ist bisher nicht geschehen, so daß bestimmte Zellen ihre wertvolle Zeit in fruchtloser und nicht mehr kontrollierbarer Debattiererei vergeudet haben und andere im engen Praktizismus der „Abteilungsprobleme" aufzugehen drohten.

Die Unsicherheit über das, was die Zukunft bringen wird, ist nicht geringer als die Resignation bei fortschrittlichen Kollegen. Wir werden beides nur aufheben können, wenn es uns gelingt, umfassende politische Klarheit über die Pläne der westdeutschen Monopolbourgeoisie und den damit verbundenen Maßnahmen des Werftkapitals unter den Kollegen dauerhaft zu verankern. Erst aus dem berechtigten Mißtrauen, daß viele Werftarbeiter gegen die Kapitalisten und ihren Staat hegen, aber auch gegen die Politik der Gewerkschaftsführung, ein Vertrauen in die eigene Kraft erwächst, werden sie in der Lage sein, den Stillegungs-, Konzentrations- und Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten etwas entgegenzusetzen.

Leitung der Zellen bei HDW und B & V
KB-Gruppe Hamburg ■

IG-Metall-Vorstand startet Offensive gegen Kritiker

Am 10.2.1973 hatte die Ortsverwaltung der IG Metall Hamburg die Leitungen der Vertrauenskörper, die Betriebsratsvorsitzenden und die Mitglieder der „Wahlausschüsse zu den Vertrauensleute-Neuwahlen" in das Hamburger Gewerkschaftshaus geladen.

Laut Einladungsschreiben sollte über

- die Lohnbewegung 72/73,
- die Vertrauensleutewahlen, (sowie deren „Beeinflussung von außen")

beraten werden.

Es liegt auf der Hand, daß beide Fragenkomplexe eigentlich auf die Konferenz aller Vertrauensleute im Bereich der Verwaltungsstelle (Funktionärsversammlung) gehören, die nach den Richtlinien des IGM-Vorstandes einmal im Vierteljahr stattfinden soll.

Mit dem Ausschluß der übrigen Vertrauensleute verfährt die Ortsverwaltung in Hamburg zwar „satzungsgemäß" (denn es heißt in den „Richtlinien", daß die Ortsverwaltung zu solchen Konferenzen „alle . . . oder jeweils Vertrauensleute bestimmter Bereiche bzw. Betriebe einladen . . ." kann; Punkt 7), den Zweck ihres Vorgehens wird sie jedoch nicht verbergen können.

Über das schmähliche Vorgehen der IGM-Führer in der Lohnrunde 72/73 soll zunächst Gras wachsen, und die Vertrauensleutewahlen sollen längst passé sein, wenn am 13. April Eugen Loderer zur nächsten „Großen Funktionärsversammlung" in Hamburg erscheint und zur „Tarifbewegung und zur allgemeinen Situation" sprechen wird.

Daß ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt mit dem Gastredner Arno Schwarting vom Vorstand und mit Loderer im April zwei Vertreter vom Hauptvorstand aufkreuzen, daß Schwarting zudem noch vor diesem ausgewählten Kreis von Funktionären sprach, ist nicht etwa Zufall, sondern steht in engstem Zusammenhang mit den Ereignissen der kürzlich abgelaufenen Tarifrunde 72/73. Eugen Loderer hatte nach der Urabstimmungsschlappe in der Stahlindustrie angekündigt, „über die Vertrauensleute und Bevollmächtigten der Verwaltungsstellen in gezielten Einsätzen das Gespräch mit der Basis zu intensivieren" und mit „unseren eigenen extremen Eiferern aufzuräumen.

Das linke Gespenst

Schwarting begann das Aufräumen auf der Hamburger Versammlung denn auch gleich mit den etwa 20 000 „extremen Eiferern" der Hoesch-Werke in Dortmund.

In schöner Weiterführung der Hetzkampagne, die die Dortmunder Kapitalisten gegen die Arbeiter gestartet haben, führt er aus, daß sie sich mit dem Streikbeschluß „außerhalb des Gesetzes begeben" haben. Mehr noch, sie streiken eigenmächtig und setzen sich damit über die Führung der IGM hinweg, aber hinterher, da „kommen sie dann an und wollen Rechtsschutz von uns haben, dann können wir auch nicht mehr helfen".

So stellt es ein Gewerkschaftsführer dar: streikende Arbeiter sind Gesetzesbrecher, die von der Organisation nicht unterstützt werden können. Da wird schon mal vergessen, auch ein Wort über die berechtigten Forderungen zu verlieren!

Konsequent verfolgt er dann auch in der Darstellung der diesjährigen Tarifprobleme dieselbe Taktik, Verdrehungen und Auslassungen.

- Unzufriedenheit über den Abschluß wegen linearer Forderungen (und die haben ja vor allem radikale Vertrauensleute gewollt, der Vorstand war von Anfang an dagegen),
- die Urabstimmung als Druckmittel allein genügte, um die Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen (schließlich hatten sie ja zuerst nur 5,6 % geboten),
- für 1 % mehr lohnt ein Streik nicht,
- zudem hat die Streikbereitschaft gefehlt.

Auf diese Formeln gebracht, ist der diesjährige Tarifablauf von ihm analysiert worden.

Da ist es dann ein leichtes, von dieser Analyse ausgehend die Schuldigen zu finden:

Es sollen vor allem die Vertrauensleute sein, die sich in solchen Tarifrunden nicht bedingungslos den Anweisungen der Führung beugen, stattdessen sogar Kritik an der zentralistischen, undemokratischen Verhandlungsführung des Vorstandes üben.

(In der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle" Nr. 2/73 ist als einer der wesentlichen Gründe für die Unzufriedenheit der Stahl- und Metallarbeiter angegeben: „...Kommunikationslücken vor und während der Tarifbewegung, zum Beispiel zwischen Mitgliedern und Vertrauensleuten." S. 67).

Die angeblichen Verfehlungen der gewerkschaftlichen Basis, das „Versagen" der Vertrauensleute müssen herhalten, um jede Kritik an mangelnder Demokratie in der IGM vom Tisch zu wischen. Denn laut Schwarting hat allein der Vorstand den großen Überblick und genügend Erfahrung z.B. in der Tarifpolitik, um wichtige Entscheidungen zu fällen. Deshalb gebührt ihm die „oberste Entscheidungsbefugnis".

Die Frage der gewerkschaftlichen Demokratie reduziert sich dann ganz einfach auf das entweder . . . oder.

Entweder den jetzigen „demokratischen" Zustand (mit der zentralen Vorstands„demokratie") oder die Machtübernahme durch einige Gruppen von außerhalb (genannt werden „rote Zellen", KB usw.; die DKP nimmt er ausdrücklich in Schutz).

„Schon formiert sich wieder eine sogenannte ‚Revolutionäre Gewerkschaftsopposition'..." malt er das vielseitig verwendbare kommunistische Schreckgespenst an die Wand (als wenn von einigen träumerisch veranlagten Himmelsstürmern, die sich „RGO" nennen, irgendeine Gefahr drohte!), um damit die Kritik der Arbeiter in eine bestimmte Ecke zu drängen, wo man sich nicht mehr mit ihr auseinanderzusetzen braucht, sondern sie einfach ignorieren oder unterdrücken kann.

Das Vorgehen hat Methode. Der Kreis schließt sich nämlich, wenn Schwarting formuliert, was er von Vertrauensleuten erwartet:

„Der VK ist die Vertretung der Gewerkschaft im Betrieb. Er muß ihre Politik glaubwürdig vertreten."

„Die Organisation muß wissen, daß sie mit ihren Vertrauensleuten jederzeit durch dick und dünn ihre Politik durchsetzen kann."

„Über die VKs müssen wir erreichen, das starke IGM-Betriebsräte gewählt werden." „Es darf keine Zweigleisigkeit Betriebsrat – VK geben, der VK muß exakt an der Seite der Betriebsräte stehen."

Statt linker und extremer Eiferer also Vertrauensleute, die bedingungslos die Anweisungen der Zentrale befolgen, die sich zu Helfershelfern der Betriebsräte machen, sich damit der Arbeitsfriedensbindung, die den Betriebsräten durch das Betriebsverfassungsgesetz verordnet ist, voll und ganz unterwerfen.

Die Marschroute ist klar. Loderer hat sie mit seinem Wort von den „internen Konsequenzen" festgelegt: Die Kritiker an die Leine legen oder wenn nötig, sie rausschmeißen.

Wir dürfen Versammlungen wie die geschilderte nicht unterschätzen. Hier wird ein ausgewählter Kreis von Funktionären auf Linie getrimmt, um sie hernach in den Betrieben zu verfechten.

Daß das Vorgehen der Gewerkschaftsführung Wirkung zeigt, beweisen Diskussionen in Vertrauenskörpern der Hamburger Betriebe, in denen es vor allem führungstreue Betriebsräte sind, die Gruselgeschichten über die Hoesch-Arbeiter verbreiten und den Buhmann „lineare Forderungen" versuchen systematisch aufzubauen. ■

Nicht mit uns!

Seit eh und je ist es üblich, daß auf den Veranstaltungen des Kommunistischen Bundes die verschiedensten kommunistischen Organisationen ihre Agitations- und Propagandamaterialien vertreiben. Da es sowohl zwischen uns einerseits und den Superlinken und der DKP andererseits grundsätzliche politische Differenzen gibt, halten wir die allgemeine politische Diskussion „quer durch die Organisationen" prinzipiell für förderlich.

So ist es niemals vorgekommen, daß irgendjemand aus unseren Reihen die Superlinken oder die DKP am Verkauf ihrer Zeitungen behinderte. Konsequenterweise umfaßt das „Arbeiterbuch" das Spektrum der gesamten linken Presse, von der revisionistischen DKP bis zu den Linkschaoten. Dieses Prinzip ist weder bei der DKP noch bei den Superlinken irgendwo aufzuspüren!

Welchen Grund sollten wir auch haben, z.B. den Vertrieb der „UZ" innerhalb unserer Reihen zu fürchten? – Im Gegenteil – es gehört zur politischen Praxis aller Einheiten unserer Organisation, sich mit den verschiedensten Strömungen der kommunistischen Bewegung auseinanderzusetzen.

Die DKP allerdings hat seit langer Zeit den genau gegensätzlichen Standpunkt in ihrer Praxis eingeschlagen – mag sie in ihren „Thesen" oder anderswo auch das Gegenteil behaupten! Offensichtlich fürchtet die Führung den politischen Einfluß des ARBEITERKAMPF auf ihre eigene Basis.

Hier einige Beispiele: Als am 30. November vorigen Jahres die SDAJ-Hamburg eine Veranstaltung mit der Polit-Rock-Gruppe Floh de Cologne durchführte, verkauften einige Sympathisanten des KB den ARBEITERKAMPF vor den Toren von Planten un Blomen. Wie auch sonst versuchte die SDAJ wieder, den Verkauf des ARBEITERKAMPF an ihre eigenen Genossen zu verhindern. Diesmal gingen die SDAJler soweit, einer Verkäuferin Zeitungen aus den Händen zu reißen und ihr, als sie sich dennoch nicht einschüchtern ließ, mit der Faust mehrfach ins Gesicht zu schlagen. Daß es sich hierbei um sechs bis sieben (!) SDAJler handelte, verdient eine besondere Beachtung!

Wenn man zentrale Veranstaltungen der DKP besucht, könnte man glauben, die Organisation hätten CDU-Ordnertrupps bzw. Faschisten übernommen. Nicht, daß wir es der DKP nicht zubilligen, sich gegen eventuelle Versuche des Sprengens ihrer Veranstaltungen mit geeigneten Mitteln zu schützen. Aber hier ging es ausschließlich darum, von vornherein in ihrer Veranstaltung Verhältnisse zu schaffen, die garantieren, daß nur der DKP-Führung wohlgesonnene Beiträge geleistet werden konnten.

So organisierte die Landesleitung der DKP in Hamburg im vergangenen November ihre zentrale Wahl-Veranstaltung folgendermaßen: an den Eingängen zum Audimax führten Ordnertrupps der DKP sog. „Gesichtskontrollen" durch. Nach Gutdünken und Willkür wurde verschiedensten Linken der Einlaß verweigert.

Innerhalb des Saals gab es mehrere „mobile Ordnertrupps". Sie drohten allen oppositionellen Zwischenrufern, diese im Wiederholungsfall aus dem Saal zu werfen. Verschiedene Fotografen konzentrierten sich ausschließlich auf diese Zwischenrufer und machten Fotos von ihnen. Es wäre interessant zu erfahren, was die DKP-Führer mit solchen Karteien beabsichtigen . . .

Zunehmend greifen die DKP-Führer zum Mittel der politischen Diffamierung. So ließen sie vor einiger Zeit innerhalb und außerhalb ihrer Reihen verbreiten, daß ein leitender Genosse des damaligen SALZ ein Sohn eines Direktors bei Blohm & Voss sei, der im Auftrag seines Vaters Opposition gegen die DKP machen sollte und das auch täte: so würden Publikationen des SALZ sowohl im Auftrag als auch auf Rechnung von Blohm & Voss hergestellt und dann vor dem Betrieb verteilt!

Vor einiger Zeit wurde von DKP-Studenten in Harburg das Gerücht verbreitet, daß ein Genosse des KB, der als Kundgebungs- und Demonstrationsredner bekannt ist, ein Agent des Verfassungsschutzes und ein CDU-Mann sei.

Am 14. Februar d. J. zeigte der Hamburger Landesvorstand der DKP im Altonaer Filmtheater „Spiegel" den Film „Das Lied der Matrosen".

Als an den Anschluß des Films einige Genossen von uns den ARBEITERKAMPF vor dem Kino verkauften, versuchten mehrere DKP- und SDAJ-ler, sie abzudrängen, um sie zur Aufgabe des Verkaufs zu zwingen. Als das nicht den gewünschten Erfolg hatte, entriß ein führender DKP- oder SDAJ-ler, der das Eingangsreferat gehalten hatte, einem Verkäufer 9 Zeitungen und zerriß diese. Vielleicht veranstalten diese Herren beim nächsten Mal ja eine öffentliche Bücherverbrennung . . .

Am nächsten Abend besuchten einige Genossen der ARBEITERKAMPF - Vertriebsorganisation das Kreisbüro der DKP/SDAJ in HH-Altona, um die Verantwortlichen derartiger antikommunistischer Provokationen vor weiteren Versuchen zu warnen.

Wer die eigentlich Verantwortlichen für diese Schweinereien sind, wissen wir genau. Es ist nicht irgendein SDAJ- oder DKP-ler; es ist der führende Kern.

Es ist die konsequente Folge der Hetzpolitik der DKP-Führung gegen alles, was ihre Parteiladenpolitik gefährden könnte. Diese Machenschaften richten sich dementsprechend fast ausschließlich gegen den KB!

Wir müssen feststellen, daß es für viele DKP/SDAJ-ler bei dieser antikommunistischen Hetze und Propaganda in ihren Organisationen nur als „logisch" erscheint, wenn sie die politische Auseinandersetzung auf derartige Weise führen. Wenn man – wie die DKP-Führung – den politischen Einfluß einer anderen Organisation fürchtet, diesem aber nichts Inhaltliches entgegenzusetzen hat, entspricht es nur einer allgemeinen Gesetzmäßigkeit, mit schließlich antikommunistischen bis hin zu faschistischen Praktiken sich vor solchen Einflüssen „schützen" zu wollen.

Hier wird die tiefe innere Widersprüchlichkeit der DKP-Organisation offenkundig: die Angst der Führung vor der politischen Auseinandersetzung überhaupt, die Angst vor jeglicher Selbstkritik und das Wissen, wie sehr man (in jeder Hinsicht) auf „Sand gebaut" hat – was andererseits die DKP-Führung in ihrem reaktionären Kurs immer weiter vorantreiben wird.

Als wir an diesem Mittwoch das Kreisbüro der DKP verließen, traf gerade die Polizei ein: die DKP hatte sie wegen „Hausfriedensbruch" kommen lassen. Wo waren wir eigentlich gewesen? Beim Klassenfeind?

Leitung der Hamburger Stadtteil-Organisation ■



Hinweis

Aus Platzgründen haben wir den 3. Teil des Artikels „EWG – Großmachtpläne der europäischen Imperialisten" nicht in diese Nummer des ARBEITERKAMPF aufnehmen können. Er erscheint dann in der nächsten Nummer.

AK-Redaktion

IMPRESSUM



Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag Arbeiterkampf, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers, Verlagsadresse, presserechtlich verantwortl.: Kai Ehlers, Verlagsadresse Auflage: 18.000, Erscheinungsweise: monatlich, Verkaufspreis: 50 Pfg. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595 J. Reents

Kontaktadressen des KB

BREMERHAVEN: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, Bürger 198, tgl. 12.30 – 18.30 Uhr, Tel. 41 24 54

EUTIN: H. Lankau, 242 Eutin-Großmeinsdorf

FLENSBURG: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlagerkarte A022583

FRANKFURT: K. Scholz, 6232 Bad Soden, Postfach 1408, Tel. 0611/30 61 71, Mo. 18 – 21 Uhr, Do. 18 – 21 Uhr

HAMBURG: Postadresse: J. Reents, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35

KIEL: W. D. Scheel, 23 Kiel 1, postlagernd

OLDENBURG: D. Seidel, 29 Oldenburg, Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des Arbeiterkampf

GÖTTINGEN: KAG im Buchladen „Rote Straße", 34 Göttingen, Rote Straße 10, Di. 17 – 19 Uhr

LÜBECK: W. Blankschein, 24 Lübeck, Postlagerkarte 082332A

WESTBERLIN: Florian Geyer üb. Sozialistisches Zentrum, 1 Berlin 21, Stephanstr. 60

Lohndiktat und Streikverbot

England auf dem Weg in die EWG



Massenversammlung in England gegen die Politik der konservativen Regierung

Die englische Kapitalistenklasse ist zum Großangriff auf die politischen Rechte und die wirtschaftliche Existenz der Arbeiterklasse übergegangen. Das „Antiinflationsgesetz", das die konservative Regierung Mitte Januar vorlegte und das bald vom Parlament verabschiedet werden soll, stellt den bisherigen Höhepunkt einer Angriffswelle dar, die seit rund einem Jahr in bisdahin nicht gekannter Härte die Grundrechte der Arbeiterklasse und ihren Lebensstandard Stück für Stück zu zerstören versuchte!

Anfang 72 wurde das Antistreikgesetz verabschiedet. Mit diesem Gesetz (s. ARBEITERKAMPF Nr. 17 und 18) hat die konservative Regierung die Möglichkeit im Auftrag der Kapitalisten, jeden Streik zu verbieten, die Streikführer zu verfolgen, sie ins Gefängnis zu werfen oder sie mit immensen Geldstrafen zu ruinieren.

Für die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten wurden Lohnleitlinien von 7-8% festgelegt. Die Unternehmer dagegen erhielten dicke Steuergeschenke von ihrer Regierung: im Finanzplan 72 ist unter anderem vorgesehen, daß Investitionen 100%ig abgeschrieben werden dürfen, daß der Staat die ersten 5 Jahresmieten für neugemietetes Fabrikgelände in sog. „industriell unterentwickelten Gebieten" bezahlt! Bei Investitionen in Nordengland übernimmt der Staat – also der Steuerzahler auch noch 20% der Kosten direkt! usw., usf....

Mitte Oktober 72 verfügte die kon-
der Steuerzahler auch noch 20% der Kosten direkt! usw., usf....

Mitte Oktober 72 verfügte die konservative Regierung schließlich einen „Lohn- und Preisstop": während die Preise aber fleißig weiter stiegen, wurden seitdem keine Lohnerhöhungen mehr zugelassen, mehr noch – bereits vor diesem Zeitpunkt ausgehandelte Lohnerhöhungen wurden gar nicht mehr ausbezahlt!

Und jetzt das sog. „Antiinflationsgesetz": Es setzt fest, daß die Löhne und Gehälter höchstens um etwa 6% (!) steigen dürfen, und droht für jeden Streik, der für höhere Löhne durchgeführt wird, harte Strafen an.

Dieses „Antiinflationsgesetz" kennzeichnet eine neue Qualität in den Angriffen der Kapitalistenklasse auf die englische Arbeiterklasse: Während „Lohnleitlinien" zwar einen Eingriff in die Tarifautonomie der Gewerkschaften darstellen, so bleibt doch noch die Möglichkeit für die Arbeiterklasse, durch Kampf Lohnabschlüsse über diesen Leitlinien durchzusetzen.

Das neue „Antiinflationsgesetz" aber setzt keine Lohnleitlinien mehr, es setzt die Löhne und Gehälter direkt fest!

In England ist somit das staatlich verordnete und staatlich durch Strafen abgesicherte Lohndiktat eingeführt worden. Die Streikfreiheit – im letzten Jahr, wurde sie durch das Antistreikgesetz eingeschränkt – ist praktisch abgeschafft worden.

Lohnstop für drei Jahre

Das „Antiinflationsgesetz" legt fest, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht höher liegen dürfen als 4 Pfund pro Monat plus 4% des bisherigen Lohns (Gehalts) ohne die Überstunden.

Zu den Preisen ist im Gesetz festgelegt: „Fabrikbesitzern wird nicht erlaubt, ihre Preise zu erhöhen, außer in dem Ausmaß, in dem sie unabwendbaren Kostenerhöhungen (!) begegnen müssen." Zahlenangaben über dieses „Ausmaß" – wie es für Löhne und Gehälter peinlich genau festgelegt ist – werden nicht gemacht.

Für diejenigen, die gegen das Gesetz handeln – für „Manager, die höhere Löhne zugestehen" (!) oder Arbeiter, die zum Streik für höhere Löhne aufrufen z.B. – sind empflindliche Strafen vorgesehen: Im „Schnellverfahren" können Geldstrafen bis zu 400 Pfund (ca. 3 000 DM) verhängt werden, ein Gericht dagegen kann unbegrenzte Geldstrafen aussprechen.

Für Gewerkschaftsfunktionäre, die im Auftrag der Gewerkschaftsführung zu einem Streik für höhere Löhne aufrufen, haftet die Gewerkschaft. „Andere Leute, Direktoren, Manager und auch auch einzelne militante Arbeiter werden individuell verfolgt," schreibt die englische Zeitung „Daily Telegraph".

Dies Ermächtigungsgesetz soll für 3 (drei !) Jahre Gültigkeit haben. Darüber hinaus ist eine besondere Klausel vorgesehen, die es ermöglicht, das Gesetz durch einen einfachen Parlamentsmehrheitsbeschluß um ein Jahr zu verlängern. Diese Verlängerung kann beliebig oft vorgenommen werden. Der „Daily Telegraph" schreibt dazu lakonisch: „Alles was man dazu braucht, ist die Zustimmung des Parlaments ohne die unangenehme und zeitraubende Pflicht, ein neues Gesetz einzuleiten und dies durch alle Instanzen durchzubringen."

4 Pfund + 4 Prozent = Lohnraub

4 Pfund + 4 Prozent = Lohnraub

Was bedeutet diese Formel „4 Pfund plus 4%" für die englischen Arbeiter? Die Springerzeitung „Welt" schreibt in Anlehnung an englische Pressemeldungen: „Das entspricht etwa einer Erhöhung der Lohneinkommen um 7-8%."

Das stimmt nun aber so allgemein gesprochen nicht: Nur die schlechtest bezahlten Arbeiter mit einem Monats-Lohn von umgerechnet etwa 750 DM kommen bei dieser Methode auf eine Lohnerhöhung von 8% (siehe Tabelle). Die Durchschnittslöhne der englischen Arbeiter und Angestellten liegen bei 160-175 Pfund (1 200 - 1 300 DM). Bei diesen Monatslöhnen kommt man mit der Formel „4 Pfund plus 4%" auf Erhöhungen von 6-6,5%!

Dazu kommt, daß diese 4% nicht vom ganzen Lohn ausgehend berechnet werden: Die Überstunden, ohne die ein englischer Arbeiter mit seinem Lohn überhaupt nicht auskommen würde, werden vor der Errechnung der 4% vom Lohn abgezogen. Auf diese Weise schrumpfen die 4 % zu 3,2 % bis 3,5 % des tatsächlichen Lohns zusammen.

In dem Gesetzentwurf der konservativen Regierung wird außerdem betont, die 4% seien jeweils für ganze Arbeiter(Angestellten-)-Gruppen gedacht; wie diese 4% aufgeteilt würden, sei Sache der Verhandlungen, und man hoffe, daß die bisher niedrig bezahlten Arbeiter und Angestellten bei der Aufteilung besonders gut wegkämen!

Hier kommt die ganze Infamie und der arbeiterfeindliche Charakter dieses Gesetzes besonders zum Ausdruck: Den Arbeitern wird durch ein Gesetz verboten, den Kapitalisten durch Streik die höchstmögliche Lohnerhöhung abzukämpfen. Das Einzige, worum sie noch „kämpfen" dürfen, ist die „Verteilung des zugestandenen Happens **unter ihnen selbst**. Die Kapitalistenklasse und ihre Handlanger in der Regierung versuchen damit, die Kampflinie weg von der Klassenfront zwischen Arbeiter und Kapitalisten in die Arbeiterklasse selbst zu legen. Das würden sie am liebsten sehen: Statt einer einheitlich gegen die Kapitalistenklasse kämpfenden Arbeiterklasse – **verschiedene Arbeitergruppen, die sich untereinander um den größten Bissen schlagen!**

Das „Antiinflationsgesetz" ist nicht nur ein schwerer ökonomischer, sondern auch ideologisch-politischer Angriff der herrschenden Klasse.

Preisstop – eine Illusion

Schon immer hat man es der Arbeiterklasse schmackhaft gemacht, einen Lohnstop – eine der schärfsten wirtschaftlichen Waffen im Arsenal der Kapitalistenklasse – hinzunehmen, indem zusätzlich ein „Preisstop" angeboten wurde.

Schon immer allerdings war es eine Illusion, diesem „Angebot" zu trauen. Für die Kapitalisten und ihre Regierung ist es kein Problem, in ihrem Staat den Lohnstop tatsächlich zu überwachen: Die Löhne werden zentral verhandelt und in Tarifverträgen festgelegt. Die Preise allerdings macht jeder Unternehmer selbst, ohne daß er darüber mit irgendeinem Arbeiter verhandeln müßte. Wie aber soll es da für die Arbeiterklasse möglich sein, den „Preisstop" zu überwachen? Diese Aufgabe bleibt natürlicherweise der Kapitalistenklasse selbst überlassen. So heißt es dazu auch in Springers „Welt": „Schätzungen laufen darauf hinaus, daß für die Überwachung der Preise und Löhne höchstens 1 000 Beamte zusätzlich erforderlich sind. Im Regierungs-Weißbuch" (eine Schrift, in der die konser-

vative Regierung ihre Maßnahmen er-
forderlich sind. Im Regierungs-Weiß-
buch" (eine Schrift, in der die konser-

vative Regierung ihre Maßnahmen erklärt) „heißt es ausdrücklich, die Regierung wolle sich im höchst möglichen Maße auf eine freiwillige (!) Mitarbeit aller Gruppen der Gesellschaft verlassen."

Die „1 000 Beamten" sind nicht mehr als ein schlechtes Alibi – es soll wenigstens so aussehen, als tue die Regierung etwas für die Kontrolle der Preise. Wie das aber in Wirklichkeit aussieht, wenn die Unternehmer sich „freiwillig" selbst kontrollieren, haben die englischen Arbeiter in den vergangenen Monaten des „Preisstops" erlebt: Im November und Dezember stiegen die Preise so stark, daß es aufs Jahr berechnet eine Rate von mehr als 6% ausmachen würde. Einige Lebensmittel sind sogar noch viel stärker gestiegen, wie z.B. der Preis für Rindfleisch, der im letzten Jahr um rund 60 (sechzig!)% stieg.

Auch wenn wir mal annehmen, daß die Kapitalisten sich an den „Preisstop" halten und die Preise ihrer Waren tatsächlich nicht steigern würden – wer kann sie dann daran hindern, ihre Profite dadurch weiter zu erhöhen, daß sie die Bänder schneller stellen, die Akkorde raufsetzen usw.? Durch die Steigerung der Arbeitshetze erhöhen sie die Produktivität und damit ihre Profite.

Die englischen Arbeiter und Angestellten haben damit bereits ihre Erfahrungen gemacht: Im Juli 66 erließ die damalige Labour-Regierung einen einen Lohn- und Preisstop. Dies hatte zur Folge, daß, während die Löhne in dieser Zeit um nur 2% stiegen, die Produktivität der englischen Betriebe im Durchschnitt auf das Doppelte hochschnellte – d.h. um 100% anstieg!

1972 Friedenspflicht durchgesetzt, 1973 Streikverbot!

Wenn das „Antiinflationsgesetz" im Parlament verabschiedet wird – und alles spricht dafür – dann ist damit in England das Streikrecht für mindestens 3 Jahre abgeschafft: Jeder Arbeiter, der zum Streik aufruft für Lohnerhöhungen über 6,5% kann mit einer „unbegrenzten Geldstrafe" dafür bestraft werden. Jedem Streikführer und seiner Familie droht der lebenslängliche wirtschaftliche Ruin!

Die englische Kapitalistenklasse versucht gegenwärtig, in einem Eilmarsch den Vorsprung der anderen europäischen Kapitalistenklassen aufzuholen, den diese auf dem Gebiet der Knebelung ihrer Arbeiterklassen haben.

Vor allem die westdeutschen Kapitalisten verfügen hier – gerade was die Erfahrungen mit der faschistischen Diktatur über die Arbeiterklasse angeht – über einen großen „Vorsprung" vor den englischen Kapitalisten.

Sie haben dem deutschen Proletariat – das damals zu den bewußtesten und stärksten Arbeiterklassen in Europa zählte – sowohl politisch-ideologisch als auch wirtschaftich und organisatorisch mit der Errichtung des Faschismus, der Auflösung der Gewerkschaften, dem Verbot der KPD usw. das Rückgrat gebrochen.

1952 fesselten sie die ehemals revolutionären Organe der Arbeiterklasse – die Betriebsräte – mit dem Betriebsverfassungsgesetz, das den Betriebsräten die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" und die „Friedenspflicht" aufzwingt.

1956 setzten sie das Verbot der KPD durch, Tausende von kommunistischen Arbeitern wurden wieder in die Gefängnisse geworfen.

Durch entsprechende Paragraphen im Arbeitsrecht und in den Notstands-

Durch entsprechende Paragraphen im Arbeitsrecht und in den Notstandsgesetzen haben sich die westdeutschen Kapitalisten die rechtliche Handhabe geschaffen, jeden Streik zu illegalisieren und die Beteiligten zu hohen Geldstrafen zu verurteilen oder ins Gefängnis zu werfen (siehe der Artikel „Dritte Gewalt des Kapitals" im ARBEITERKAMPF 25).

Diese Gesetze und Maßnahmen zur Fesselung der Arbeiterklasse haben den westdeutschen Kapitalisten zu einem relativ ungestörten Profitaufschwung und „Wirtschaftswunder" verholfen.

Die englische Kapitalistenklasse dagegen war bis vor kurzem nicht in der Lage, derartige Angriffe auf die Rechte der Arbeiterklasse durchzusetzen: Erst mit dem Antistreikgesetz wurde auch in England im letzten Jahr die „Friedenspflicht" Gesetz. Es ist allerdings noch nicht entschieden, ob die bürgerlichen Parteien nicht durch die breiten politischen Kämpfe der englischen Arbeiter und Angestellten gegen dieses Gesetz gezwungen werden, es wieder zurückzunehmen. (Möglicherweise nach einer Neuwahl, bei der mit ziemlicher Sicherheit die Labour Party die Mehrheit zurückgewinnen wird.)

Die englischen Kapitalisten haben es mit einer bewußteren und kämpferischeren Arbeiterklasse zu tun als die westdeutsche Kapitalistenklasse. In der BRD haben es die Kapitalisten geschafft, die Lohnleitlinien von 7 - 8 % mit Hilfe der Gewerkschaftsführung bei formal unbeschränkter Tariffreiheit durchzusetzen.

In England haben die breiten politischen Kämpfe gegen Lohnleitlinien und Antistreikgesetz im letzten Jahr nicht nur die Gewerkschaftsführungen gezwungen, diese Kämpfe zu unterstützen, sondern auch zu Lohn- und Gehaltsabschlüssen geführt, die weit über den Lohnleitlinien lagen. So erkämpften sich z.B. die

Bergarbeiter 20 % im Februar 72,
Eisenbahner 13,5 % im April 72.

Für die englische Kapitalistenklasse aber ist es lebenswichtig, sich für die scharfe Konkurrenz innerhalb der EWG den Rücken freizuhalten: Also „Ruhe an der Heimatfront", Steigerung ihrer Profite und Senkung der Wa-

„Ruhe an der Heimatfront", Steigerung ihrer Profite und Senkung der Wa-

renpreise, auf dem Rücken der englischen Arbeiterklasse, auf Kosten ihrer politischen und gewerkschaftlichen Rechte und ihrer wirtschaftlichen Existenz.

Mit dem Antistreikgesetz haben die Kapitalisten das Streikrecht stark eingeschränkt. Aber das reichte ihnen noch nicht aus: Mit dem Anti-Inflations-Gesetz" haben sie es für drei Jahre vollständig abgeschafft!

Die gegenwärtige Entwicklung in England macht deutlich, was die europäischen Arbeiter in der „Gemeinschaft der Stabilität" in Zukunft erwartet!

Monatslohn in			
engl.Pfd.	DM	4 % plus 4 Pfund	tatsächliche Lohnerhöhung in %
100	750	4 plus 4 = 8 Pfund	= 8 %
120	900	4,8 plus 4 = 8,8 Pfund	= 7,14 % (!)
140	1050	5,6 plus 4 = 9,6 Pfund	= 6,85 % (!)
160	1200	6,4 plus 4 = 10,4 Pfund	= 6,5 % (!)



Landarbeiter demonstrieren für ihre Forderung 25 Pfund pro Woche, 40-Stunden-Tag und 5-Tage-Woche. Plakat: „Was wir jetzt fordern, haben andere seit Jahren!"

Spontane Massenaktionen gegen Lohnstop ...

Schon während der sogenannten „Ersten Phase" der „Anti-Inflations-Politik" seit Oktober letzten Jahres organisierten die Arbeiter und Angestellten Englands zahlreiche Proteststreiks, Massenversammlungen und Demonstrationen.

Auch nach der Veröffentlichung des Entwurfs des „Anti-Inflations-Gesetzes" im Januar traten spontan Tausende von Arbeitern in Warnstreiks und wurden Demonstrationen und Kundgebungen veranstaltet:

- 1.000 Arbeiter einer Schiffswerft in Southampton streikten einen Tag lang gegen die Regierungspläne.
- Die Gaswerker, die momentan in Tarifverhandlungen stehen, streikten in ganz England, organisierten Überstunden-Boykotts und Demonstrationen.
- In London waren Buchläden und Schreibwarengeschäfte geschlossen. aus Protest boykottierten die Verkäufer den Vertrieb des sog. „Weißbuchs", in dem die Regierung ihre Maßnahmen erklärt.
- 8.000 Arbeiter (vor allem Werft-, Stahl- und Metallarbeiter und ihre Familienangehörigen demonstrierten Ende Januar durch Liverpool, gegen den Lohnstop.
- 200.000 Bergleute beschlossen, ihre Lohnforderungen aufzustellen, ohne sich an den Lohnstop zu halten: Sie fordern 50,- DM mehr pro Woche, während die staatliche Kohlenbehörde ihnen nur 15,- DM „anbietet".
- Die Angestellten der englischen Krankenhäuser stimmten mit überwältigender Mehrheit für Streik, sie fordern rund 20 % mehr Gehalt.

Dies sind nur einige Beispiele für die Protestbewegung in England, die offensichtlich sehr breit ist und sogar in den relativ rückständigen und ärmsten Schichten des Proletariats, dem Landproletariat, Rückhalt hat: Die Landarbeiter fordern um die 20 % mehr Lohn.

Es gibt auch Bemühungen, diese Proteste und Streiks zusammenzufassen und zu koordinieren: Das „Komitee zur Verteidigung der Gewerkschaftsbewegung", das aus dem breiten Kampf gegen das Antistreikgesetz heraus entstand und in den Jahren 69 bis 72 die Kämpfe organisieren half, hat jetzt aufgerufen, am 1. Mai breiteste Proteststreiks und lokale Demonstrationen durchzuführen (der 1. Mai ist in England kein Feiertag).

Sozialdemokratie an der Spitze?

Labour Party und Gewerkschaftsführung versuchen, sich an die Spitze der Kämpfe zu setzen: Wilson, der Führer der sozialdemokratischen Labour Party, gab sich sehr radikal: Er – der als Regierungschef selbst in den 60iger Jahren einen Lohn- und Preisstop eingeführt hatte – läßt jetzt die wildesten Protestreden gegen das „Anti-Inflations-Gesetz" vom Stapel. Er wirft Heath vor, damit Gesetze einzuführen, die „an den faschistischen Korporativstaat erinnern". Ein anderer Labour-Führer erinnerte sich plötzlich an das „historische Recht der Arbeiter, in ihrem eigenen Interesse zu handeln." Von einer „tiefen Krise des kapitalistischen Systems" ist da die Rede usw. usf...

Aber die Regierung kann ganz beruhigt sein, daß es die Herren von der Opposition so radikal gar nicht meinen. So beruhigte der „Daily Telegraph", eine englische Tageszeitung: „Wichtig aber ist, daß die Opposition, obwohl sie auf ihrem Recht besteht, Änderungen vorzunehmen, öffentlich erklärt hat, daß sie das Gesetz – ist es erst einmal in Kraft – achten wird."

Auch über die Haltung der Gewerkschaftsführung, die (wie auch bei uns in der BRD) eng mit der Sozialdemokratie verfilzt ist, können die Kapitalisten und ihre Regierung unbesorgt sein. „Daily Telegraph": „Die Reaktion der Gewerkschaften auf die neuerlichen Restriktionen für Lohnerhöhungen gestern abend war ausgesprochen kritisch, aber relativ gemäßigt in Ton und Inhalt. Da gab es nichts, was der Regierung Unbehagen bereiten könnte..."

Vic Feather, der Generalsekretär des TUC (Dachverband der englischen Gewerkschaften), bemühte sich besonders, einen guten Eindruck bei Kapitalisten und Regierung zu machen: „Um fair (!) zu sein: Es ist zum Teil gut und zum Teil schlecht."

Die TUC-Führung war so „fair" den Kapitalisten gegenüber, daß sie geplante nationale Kampfmaßnahmen gegen die Regierungspläne in letzter Minute absagte.



8.000 Arbeiter und ihre Familienangehörigen demonstrieren durch Liverpool gegen den Lohnstop. Es sind viele Metallarbeiter der „Sholton Steel"-Fabrik darunter, die gegenwärtig gegen geplante Rationalisierungen um ihre Arbeitsplätze kämpfen.

Spiel mit verteilten Rollen

Es soll verhindert werden, daß in der Arbeiterklasse die Einsicht in die Notwendigkeit der Zerschlagung des kapitalistischen Systems wächst. Der Protest der Arbeiter soll wieder in parlamentarische sozialdemokratische Bahnen gelenkt werden. Als „Ziel" der Kämpfe wird der Sieg der Labour Party bei den nächsten Wahlen ausgegeben.

Ein Spiel mit verteilten Rollen. Regie führt die Kapitalistenklasse.

Welche Aussicht hat die englische Arbeiterklasse, diesen Angriff zurückzuschlagen? Wird es der Labour Party gelingen, die Kämpfe der Arbeiter zu kanalisieren und in parlamentarische Bahnen zu lenken?

Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Kommunistische Partei Englands?

Auf diese Fragen nach dem politisch-ideologischen Zustand der englischen Arbeiterbewegung werden wir in einer der nächsten Nummern des ARBEITERKAMPF eingehen.

Für die englische Kapitalistenklasse ist es im Moment sehr günstig, daß die Labour Party in der Opposition ist: Die konservative Tory-Regierung setzt in ihrem Auftrag die arbeiterfeindlichen Maßnahmen durch. Die Labour Party ihrerseits versucht, sich mit radikalen Reden an die Spitze des Protestes der Arbeiterklasse zu setzen und sich so als „linke Alternative" anzubieten

Auch bei der praktischen Organisierung der Kämpfe versucht sie, ihre Hände mit im Spiel zu haben. So beeilte sie sich, in London zusammen mit der Gewerkschaftsführung ein sogenanntes „Mai-Komitee" zu gründen und zu einer riesigen Demonstration am 1. Mai in London aufzurufen.

Auch in den Betrieben versucht die Labour Party, die Kämpfe auf ihre Mühlen zu lenken. So setzen Sozialdemokraten im Shop Steward Komitee (mit unserem Vertrauensleutekörper zu vergleichen) des Konzerns British Leyland Motor Corp. durch, daß in einer Resolution zum Kampf gegen die Regierungspläne empfohlen wird, sich jeweils an die lokale Parteiorganisation zu wenden.

Zum Teufel mit der Fairness

Brief eines englischen Arbeiters an die englische Zeitung „Guardian" zum Lohnstop.

Wenn ich auf mein langes Leben zurückblicke, stelle ich fest, daß es für die Arbeiter immer eine „Krise" war, wenn sie härter arbeiten mußten, um mehr zu produzieren, gleichzeitig aber zufrieden sein mußten mit weniger Lohn – und das alles nur, damit unser Land blühen und gedeihen kann und damit – wenn es gedeiht! – die Arbeiter an seinem Reichtum beteiligt werden können!

Ich erinnere mich aber nicht daran, daß die Herrschenden jemals gesagt hätten: „Jetzt sind wir wohlhabend, deshalb braucht ihr weniger hart zu arbeiten und bekommt mehr Lohn."

Jeder Erfolg, den die Arbeiter erzielt haben, war das Ergebnis von Protesten, Demonstrationen, Streiks und Bitterkeit.

Und nun – was ist mit unseren Herrschenden? Ihr Leben hat sich nicht geändert: Landhäuser und Häuser in der Stadt, verschwenderische Clubs, Hotels, Restaurants, die Covent Garden Oper, die vor lauter extravagant gekleideten und mit Juwelen behängten Frauen und ihrem Gefolge aus den Nähten platzt. Sie jagen, schießen, veranstalten Rennen, fischen und fahren während der Saison auf Yachten hin und her.

Dieselben Namen erschallen durch die Geschichte, in Shakespeares Stükken, „Bedford und Exeter, Salisbury und Gloucester, York und Norfolk usw." bis zum heutigen Tag, an dem diese Herrschaften immer noch absolut sicher auf ihren riesigen Ländereien sitzen.

Und was ist mit unserer kurzsichtigen Presse los, sieht die irgendetwas davon? Sieht sie die Arbeiter, wie sie unter Berufskrankheiten leiden, viel zu früh alt, ihre Frauen, die von der Sorge aufgerieben, entmutigt und besiegt sind? Oh, nein, sie sieht und fürchtet, wie Ihr Blatt heute schrieb, daß „Arbeitergruppen möglicherweise Groll oder sogar Habsucht hegen könnten" und die „Fairness" dieser Stunde zerstören würden! ...

Und was ist los mit den Geldern für Journalisten? Wir wissen, welche Summen sie dafür bekommen, daß sie Tag für Tag um das Howard-Hughes-Hotel 'rumhängen', um ein Foto zu schiessen, das keiner will, und für andere solcher „produktiver" Arbeiten!

Erzählt uns nichts über Fairness. „Das Spiel war von vornherein nicht fair verteilt zwischen denen und uns."

22.1.73 R. Minshall
(von uns übersetzt) ■

Solidarität mit Lebert, Hildebrandt und Fuchs

Justizterror gegen drei Heidelberger Studenten

Am Mittwoch, dem 14.2.73 hat ein Heidelberger Schöffengericht in „beschleunigtem Verfahren" drei Studenten, Mitglieder der Kommunistischen Hochschulgruppe/Heidelberg, zu 6, 5 bzw. 3 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Solche Strafen werden sonst (gegen nicht Vorbestrafte wie hier) bei „fahrlässiger Tötung", „gefährlicher Körperverletzung" oder „Erpressung" verhängt.

Alles, was den drei Verurteilten vorgeworfen wird, ist: Sie haben auf einer „verbotenen" Versammlung gesprochen und an der Besetzung des Rektorats der Heidelberger Universität teilgenommen. Sämtliche dieser Aktionen der Studenten hatten sich gegen die „Ruhe und Ordnung"-Politik des baden-württembergischen Kultusministers Hahn gerichtet, der mit Verbots- und Disziplinarmaßnahmen systematisch die freie politische Betätigung an den Universitäten zu unterbinden versucht. Was das Gericht am meisten empörte: Die Angeklagten zeigten „keine Reue" und waren „unverbesserlich".

An der Brutalität dieser Strafen – gemessen selbst an „normalen" bürgerlichen Maßstäben – wird deutlich, daß hier eindeutig ein politisches Urteil gefällt wurde, zu dem der konkrete Fall nur als Anlaß diente. Den Studenten sollte exemplarisch gezeigt werden, was eine „Harke" ist.

Die Bourgeoisie versucht die Isolierung des „harten Kerns" von der Masse der Studenten. Brutales Vorgehen gegen die „Rädelsführer" soll der Einschüchterung dienen, während andererseits schwankende und unsichere Studenten mit scheinheiligen Angeboten zu „konstruktiver Mitarbeit" geködert werden sollen. Gleichzeitig werden gezielt Gerüchte über die angebliche Isolierung der linken Hochschulgruppen verbreitet: „Die Ausschreitungen der Heidelberger Radikalen (sind) die letzten Ausläufer einer einstmals kraftvollen Studentenbewegung", brüstet sich der Prorektor der Heidelberger Uni. Daß hier der Wunsch der Vater des Gedanken ist, ist klar: Als im Dezember 72 die Heidelberger Alte Universität von Polizei besetzt und abgeriegelt wurde, demonstrierten spontan 4.000 Studenten durch die Innenstadt und ein anschließender Uni-Streik wurde von etwa der Hälfte der Studenten getragen.



Allerdings kann dieser Taktik der Bourgeoisie keineswegs durch super-„linke" Kraftmeierei wirksam entgegengetreten werden. Die studentischen Super-„Linken" versuchen krampfhaft, die Schläge der Bourgeoisie als „Beweis" für ihre These „Die Massen wollen nach links" auszulegen.

Demgegenüber sollte das Kräfteverhältnis realistisch eingeschätzt werden. Die fortschrittlichen Heidelberger Studenten verteidigen sich gegen die ständigen Übergriffe des Kultusministeriums und der reaktionären Professorenclique in der Uni-Bürokratie. Von den anderen Universitäten erhalten sie nur relativ geringe Unterstützung. Ihre Bewegung verläuft weitgehend unabhängig von den Kämpfen der werktätigen Bevölkerung und unterliegt daher um so mehr den Gesetzen kleinbürgerlicher Bewegungen: heute rrrevolutionäre Begeisterung, morgen völlige Apathie und Resignation; Umschwenken von einer „Modeströmung" zur anderen, ständige Schwankungen, Opportunismus usw. An den großartigen Sprüchen der super-„linken" Studenten, die sich für den Nabel der Welt halten, zeigt sich das ja gerade.

Stattdessen haben die linken Studenten die Aufgabe, unter ihren Kommilitonen massenhaft Bewußtsein über die gegenwärtig allseitige Offensive der Bourgeoisie zu schaffen und sich ernsthaft um eine Verbindung zur Arbeiterbewegung zu bemühen.

Das war wohl nichts, Herr Professor

Seit je her versucht die Bourgeoisie in der bürgerlichen Presse, die werktätige Bevölkerung gegen die („randalierenden", „faulen" usw.) Studenten aufzuhetzen. Den Knüller leistete sich dabei jetzt einer aus der reaktionären Heidelberger Professorenclique, die zumeist dem Bund „Freiheit der Wissenschaft" angehört. Der Herr Professor will gegebenenfalls „wirklich einmal die Arbeiter von den Druckmaschinen oder von Heidelberg-Zement an die Uni holen" – gegen die Studenten. Proleten gesucht, wenn mal hart zugepackt werden muß! Ausgerechnet die Arbeiter, die in dieser Gesellschaft von der Bildung – und erst recht von der „akademischen" – ausgeschlossen sind, sollen dieses Bildungssystem verteidigen!? Ausgerechnet die Arbeiter sollen den Studenten in die Fresse schlagen, die in der Heidelberger Altstadt mickrige Zimmer für sündhafte Mieten bewohnen? ! Um den Beifall der Herren Professoren zu erhalten, die gemeinsam mit den Unternehmern aus dem Industriegebiet Mannheim/Ludwigshafen die Villenviertel im Neckartal besiedeln? ! Den Beifall der Herren, die den Kapitalisten die Wissenschaft liefern, um die Arbeiter auszubeuten und zu unterdrücken? !

Wenn man die Arbeiter für so dumm hält, könnte es da nicht „passieren", daß „versehentlich" die „Falschen" Schläge beziehen? Der Herr Professor scheint wohl vergessen zu haben, daß es Mannheimer Betriebsräte waren, die sich 1970 den Protesten und Demonstrationen gegen das Verbot des Sozialistischen deutschen Studentenbundes (SDS) in Heidelberg anschlossen.

Freilich ist es notwendig, daß die Arbeiter den Studenten „den Kopf zurechtrücken". Aber in die Richtung, daß aus den verbalen Beteuerungen der linken Studenten, sich an der Arbeiterbewegung zu orientieren, eine konkrete Bestimmung der Aufgaben wird, die den fortschrittlichen Studenten im gemeinsamen Kampf gegen die Kapitalistenklasse zufallen. ■

Krise in der Lehrergewerkschaft

Wer 'manipuliert' in der GEW?

Aufsehenerregende Neuigkeiten in der GEW: Der Hamburger Vorstand mobilisiert zum ersten Mal die „schweigende Mehrheit" der Mitglieder. Leider nicht gegen die reaktionäre staatliche Bildungspolitik und gegen die Schulmisere. Sondern gegen einen Teil der Gewerkschaft selbst: „kleine dogmatische Gruppen" und „Kommunisten". Ebenfalls zum ersten Mal richtet der Hamburger GEW-Vorstand einen dringenden Appell an alle Mitglieder, die Hauptversammlung im kommenden April zu besuchen. Das soll allerdings auch das letzte Mal sein: Der Vorstand beabsichtigt, die Hauptversammlung abzuschaffen.

Nicht nur in den Industriegewerkschaften, sondern auch in der im DGB organisierten „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft" (GEW) nehmen die Gewerkschaftsführer den Kampf gegen aktive oppositionelle Gewerkschafter auf. Eigens für diesen Zweck wurde am 23.1.1973 vom Vorstand des Hamburger Landesverbandes der GEW eine Kommission gebildet, die am 30.1.1973 in einem Brief „An alle Mitglieder der GEW" beklagt, „daß kommunistische Gruppen der GEW ihre dogmatischen politischen Zielsetzungen aufzwingen wollen". Weiter jammert sie: „Immer wieder gelingt es kleinen dogmatischen Gruppen, durch manipulative Maßnahmen die Diskussion auf der Hauptversammlung zu behindern und dann einseitige Anträge durchzubringen." Und: „Der Vorstand betont, daß er alles tun wird, um die GEW als Verband aller Mitglieder zu erhalten. Er ist nicht bereit, ein Anwachsen des kommunistischen Einflusses hinzunehmen". Starke Worte für eine kleinbürgerliche Gewerkschaft. Ist es aber wirklich so, daß „kommunistische Gruppen" kurz vor der Machtübernahme in der GEW stehen? Was steckt in Wirklichkeit hinter diesem Vorstandsbrief?

Die GEW begreift sich als „Gesamtverband aller Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler". Der Hamburger Landesverband zählt ca. 9 000 Mitglieder. Entsprechend ihrer Mitgliedschaft vertrat die GEW bis vor einigen Jahren nur standespolitische Interessen.

Als die Bildungskrise Mitte der 60iger Jahre auch für die Bevölkerung immer sichtbarer wurde, begann sich die GEW in der Hauptsache mit bildungspolitischen Fragen zu befassen. Chancengleichheit, kleine Klassen, wissenschaftliche Ausbildung und Einstellung aller ausgebildeten Lehrer, Abschaffung der Studienplatzbeschränkung (Numerus Clausus), Bildungsurlaub, Ausbau der Vorschulerziehung und beruflichen Bildung, Demokratisierung von Schule und Hochschule, Abschaffung des Berufsverbotes u.s.w. sind die von der GEW-Führung aufgestellten Forderungen an die neue Bundesregierung.

Das sind an sich fortschrittliche, z.T. sogar „radikale" Forderungen. Wie aber sieht die Praxis aus, mit der die Gewerkschaftsführung diese Politik durchsetzen will?

„Radikalismus" in Worten – Abwiegeln in der Praxis

Im Bundestagswahlkampf hat sich die GEW-Führung als ausgezeichneter Wahlhelfer für die SPD erwiesen, indem man die Schuld für die Bildungsmisere dem Druck, der von außen auf die Bundesregierung ausgeübt wurde, zuschob. „Arbeitgeber, Großverdiener und die konservativen Bildungspolitiker" hätten der „Bundesregierung die Bildungsreform aus der Hand geschlagen".

Als nach der Wahl der GEW-Bundesvorsitzende Frister vorsichtig eine Steigerung der Bildungsausgaben forderte, wurde er von Bundeskanzler Brandt mit scharfen Worten wegen „Anmeldung gruppenegoistischer Interessen" abgekanzelt.

Anstatt sich nun auf die Basis zu stützen, um den aufgestellten Forderungen durch breiten Druck der Mitgliedschaft Gewicht zu verleihen, verfuhr die GEW-Führung genau umgekehrt und verhinderte mit allen Mitteln eine massenhafte Mobilisierung.

Noch am 16. November 1972, also 3 Tage vor der Wahl, rief Erich Frister in einem Brief zu einer Kundgebung in Bonn auf, bei der die „Regierung über ihre Vorstellung zur Bildungsfinanzierung" gehört werden und der Wille der GEW, „für die restlose Einstellung des Lehrernachwuchses zu kämpfen", demonstriert werden sollte. Weiter schrieb er: „Die Solidarität und das eigene Interesse an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen gebieten, daß unsere Kolleginnen und Kollegen sich zahlreich an der Kundgebung in Bonn beteiligen."
(Alle Unterstreichungen von uns.)

Ganz anders sah das Bild im Januar aus. Die Teilnehmerzahl für die Kund-



Bis vor kurzem noch Gewerkschaftsboß im Nebenberuf: GEW-Chef Erich Frister

gebung wurde begrenzt; der Landesverband Hamburg z.b. durfte nur 200 Mitglieder entsenden. Der ursprünglichen, spontanen Bereitschaft vieler Lehrer, ihren Protest über die Situation im Bildungswesen zu zeigen, war damit ein Riegel vorgeschoben. Den entrüsteten Mitgliedern antwortete der Hamburger LV-Vorsitzende Dieter Wunder, daß eine massenhafte Teilnahme in Bonn geradezu schädlich sei, denn der damit verbundene Unterrichtsausfall würde die Eltern verärgern.

Die Tatsache, daß sich der Hamburger Vorstand von der Schulbehörde mit der Freistellung von 1 - 2 Lehrern pro Schule abspeisen ließ, bewirkte, daß die von der GEW bestellten und bezuschußten Sonderwagen der Bundesbahn halb leer (!) nach Bonn fuhren.

Das ist aber nicht die einzige Schweinerei, die sich die Hamburger GEW-Führung in letzter Zeit leistete. In Hamburg gibt es das reaktionäre Projekt einer „Bundeswehrhochschule" (siehe ARBEITERKAMPF 25). Der Hamburger GEW-Vorstand hat im letzten Jahr in einer Erklärung dagegen protestiert – natürlich... Inzwischen beabsichtigt derselbe Vorstand, „kritische" Mitglieder zur „Mitarbeit" in den Gründungsausschuß dieses Unternehmens zu schicken. Politik mit doppeltem Boden! Damit fällt die GEW-Führung jeder Mobilisierung gegen die Errichtung einer „Bundeswehrhochschule" in den Rücken.

Dem Abwiegeln und Verhindern einer Mobilisierung durch die Gewerkschaftsführung entspricht die Lähmung der gewerkschaftlichen Basisarbeit. An den Schulen finden die Dienststellenversammlungen der gewerkschaftlichen Lehrer äußerst selten, vielfach überhaupt nicht statt, auf den Vertrauensleuteversammlungen ist nicht einmal die Hälfte aller Dienststellen vertreten. Aus demselben Grund werden auch die Hauptversammlungen (in Hamburg bestimmt die Hauptversammlung, die sich aus allen ordentlichen Mitgliedern zusammensetzt, die Richtlinien der gewerkschaftlichen Arbeit) nur von verhältnismäßig wenigen Mitgliedern (meist weniger als 10%) besucht. Dafür trägt aber der V o r s t a n d die Verantwortung und keineswegs „kleine dogmatische Gruppen"!

Wer ist an „schweigenden Mehrheiten" interessiert

Was die Kommunisten angeht, so haben sie an solchen Zuständen keinerlei Interesse. Sie haben noch nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie allein nichts erreichen können, daß sie daher die Mobilisierung der breiten Masse der Gewerkschaftsmitglieder anstreben und nicht etwa eine Politik über die Köpfe einer passiven Mitgliedschaft hinweg.

Darum bemühen sie sich auch – im Gegensatz zu und gegen den Widerstand der Gewerkschaftsführung – die aktivste gewerkschaftliche Basisarbeit zu leisten.

Der GEW-Vorstand hat allerdings sehr wohl ein Interesse an einer „lahmen" Mitgliedschaft und an schlecht besuchten Hauptversammlungen.

Während aus der vielfach angekündigten „Bildungsreform" der sozialliberalen Regierung offensichtlich nichts wird, präsentiert sich die GEW um so lauter als „ehrlich empörtes bildungspolitisches Gewissen" der SPD, um die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik zu retten. Dieser krasse Widerspruch zwischen verbalem „Radikalismus" und tatsächlicher Politik läßt sich aber nur aufrecht erhalten, wenn sich die GEW-Führung auf „schweigende Mehrheiten" berufen kann. Es ist doch bezeichnend, daß der Hamburger Vorstand zum erstenmal einen dringenden Appell an alle Mitglieder zum Besuch einer Hauptversammlung richtet, wenn er die Maßregelung eines Teils der eigenen Gewerkschaft beabsichtigt, nicht etwa wenn es gegen die reaktionäre Bildungspolitik des Staates geht.

Von welchen Beweggründen sich die GEW-Führung leiten läßt, darüber mag folgender Hinweis Aufschluß geben: Neckel, Landesschulrat, früher 1. GEW-Vorsitzender in Hamburg; Schlesiger, Oberschulrat, früher erster GEW-Vorsitzender; Kraft, Oberschulrat, früher zweiter GEW-Vorsitzender; Jensen, Oberschulrat, früher erster GEW-Vorsitzender; Wunder, heute erster GEW-Vorsitzender – morgen...? Der Hamburger GEW-Vorstand – Sprungbrett für eine Karriere in der Schulbehörde!

Die Hauptversammlung wird für den GEW-Vorstand unbequem

Der GEW-Vorstand bemüht sich, den Anschein zu erwecken, als sei die Hauptversammlung eine reine Angelegenheit der Kommunisten. Tatsache ist, daß die Kommunisten relativ schwach in der GEW vertreten sind und auch die DKP beileibe nicht die Mehrheit in der Hauptversammlung stellt. Diese Mehrheit setzt sich vielmehr aus reformerischen Kräften zusammen, zumeist jüngere, über die Mißstände an den Schulen empörte Lehrer, die eher dem Lager der linken Sozialdemokratie zuzurechnen sind. Allerdings kommen diese Gewerkschafter, die den aktivsten Teil der GEW bilden, nicht auf die Hauptversammlungen, um sich dort mit schönen Reden des Vorstands abspeisen zu lassen. Sondern sie kommen, weil es ihnen um die Sache geht. Diese aktiven Gewerkschafter sind aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Politik der Gewerkschaftsführung nicht mehr bereit, sich der Meinung und Taktik des Vorstands bedingungslos unterzuordnen. So standen die letzten Hauptversammlungen mehr und mehr im Zeichen der Kritik und des Versuchs, den Vorstand auf T a t e n zu verpflichten im Sinne einer gewerkschaftlichen Politik, die sich an den Ausbildungsinteressen der arbeitenden Bevölkerung orientiert. Dieses Aufkommen einer innergewerkschaftlichen Kritik ist es auch, worum es der GEW-Führung in ihrem Brief „An alle Mitglieder der GEW" geht.

Wunder hat die „Sorgen des Vorstands" in einem Rundfunkinterview unverblümt zum Ausdruck gebracht: „Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres werden vom Vorstand Beschlüsse der Hauptversammlung zurückgewiesen. Hier deutet sich eine Strukturkrise (!) der GEW an, die nach unserer Meinung nur dadurch gelöst werden kann, daß die Hauptversammlung durch eine Delegiertenversammlung ersetzt wird".

Bei den vom Vorstand „zurückgewiesenen" Beschlüssen handelt es sich um die Durchführung einer Demonstration zur Einstellung aller ausgebildeten Referendare im vergangenen Jahr, um die Verurteilung des US-Bombenterrors in Vietnam sowie die Einstellung der vom Berufsverbot betroffenen Lehrerin Elke Leppin im Januar 1973. Der Vorstand behauptet, daß diese Beschlüsse von einem – offenbar ‚speziellen' – Interesse „kleiner dogmatischer Gruppen" diktiert seien und daß die „GEW als Gesamtverband aller Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler gefährdet" sei.

Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie

Der Vorstand hat es bisher tunlichst unterlassen, für die Hauptversammlung zu mobilisieren. Daß gerade er jetzt mit



Bonn: von Dohnanyi voran – GEW hinterher?

Bonn: von Dohnanyi voran – GEW hinterher?

dem „Argument" aufwartet, dieses Gremium werde nur von einer Minderheit besucht, sei nicht repräsentativ für den Gesamtverband und gehöre daher abgeschafft – kann nur als Zynismus bezeichnet werden. Ganz ähnlich pflegen die DGB-Führer zu argumentieren, wenn es ihnen z.B. um die Abschaffung des 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse geht.

Der GEW-Vorstand redet von einer „Strukturkrise" des Verbandes. Er begründet das nicht etwa mit der weitgehenden Passivität der Mitgliedschaft, sondern schlicht mit der Tatsache, daß es Widersprüche zwischen ihm und der Hauptversammlung gibt. Daran wird deutlich, daß es ihm nicht etwa um die Heranziehung breiterer Teile der Gewerkschaft an den politischen Entscheidungsprozess geht, sondern um die Schaffung eines Akklamationsorgans, mit dem sich die Politik der GEW-Führung reibungsloser durchsetzen läßt. Daß es nicht um die Entfaltung der politischen Diskussion und Willensbildung im gesamten Verband, sondern um die Abschaffung eines Gremiums geht, das zur Tribüne für diese Diskussion und damit zu einem Kontrollorgan der Vorstandspolitik zu werden droht. Daß es nicht um mehr, sondern um weniger innergewerkschaftliche Demokratie geht. Der GEW-Vorstand rechnet damit, daß er in diesem Sinne mit einer Delegiertenversammlung besser fährt, und die Erfahrungen anderer Gewerkschaften zeigen, wie das in der Praxis aussieht (vergl. dazu: ARBEITERKAMPF Nr. 22, „David und Goliath – Heimliche Vorbereitung auf den IG-Chemie-Gewerkschaftstag '72").

In dieser Situation ist es Aufgabe der aktiven fortschrittlichen Gewerkschafter, auf Dienststellen- und Vertrauensleuteversammlungen breit die Diskussion über die Politik der GEW und ihres Vorstands und über die Lage im Verband zu entfalten, Bilanz zu ziehen und konkrete Vorschläge zur Verbesserung der gewerkschaftlichen Basisarbeit zu machen.

Die Eltern informieren

Bei allem Staub, den diese Diskussion auch in der Öffentlichkeit aufwirbelt, sollten die fortschrittlichen Lehrer jedoch die grundsätzliche Beschränktheit einer Debatte, die allein innerhalb einer kleinbürgerlichen Lehrergewerkschaft stattfindet, nicht aus dem Auge verlieren. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist es daher, die Eltern ihrer Schüler – und zwar vor allem die Arbeitereltern – exakt und detailliert über die Vorgänge in der GEW zu unterrichten, wo immer sich eine Gelegenheit hierfür bietet. Denn für den proletarischen Schulkampf ist es wichtig, den Charakter der GEW und ihrer „großartigen" bildungspolitischen Aufrufe einschätzen zu können. Die Stärke und der politische Einfluß der fortschrittlichen Teile der Lehrerschaft – und damit letzlich auch das Kräfteverhältnis in der GEW – hängt entscheidend davon ab, welche Kampfkraft und welchen Druck auf die Lehrer die Arbeiterbewegung in ihrem Schulkampf entwickelt. ■

Ein feiner Betriebsrat!

Von Entlassungen kämpferischer Kollegen aus politischen Gründen berichtet die „Wahrheit" Zeitung des KB Bremen, in ihrer Ausgabe vom Januar. Einer der dort geschilderten Fälle erscheint uns besonders beispielhaft.

Bei der Firma Atlas Elektronik, die zum Krupp-Konzern gehört, wurde der 19-jährige Kollege Manfred Stehmeier gekündigt, da er „persönlich schwierig" und „für den Betrieb nicht geeignet" sei. Die „Schwierigkeit" bestand offensichtlich darin, daß Manfred St. gewerkschaftlicher Vertrauensmann der IG-Metall ist und sich mehrmals für Belange der Kollegen eingesetzt hat.

Ein Mitglied des Betriebsrats, Rolf Weinert, unterrichtete den Kollegen Manfred St. daraufhin von der bevorstehenden Kündigung. Darin wollen die Kapitalisten, im trauten Verein mit dem reaktionären SPD-Betriebsrat, einen „Vertrauensbruch" und eine „empfindliche Störung des Betriebsfriedens" machen. Der von der Geschäftsleitung ausgesprochenen Kündigung des Kollegen Rolf W. stimmte der reaktionäre Betriebsrat zu.

Der eigentliche Grund der Entlassungen: Manfred St. und Rolf W. gelten bei Geschäftsleitung und SPD-Betriebsratsfürsten als Sympathisanten des KBB. Außerdem hat Rolf W. als Mitglied des Betriebsrats die SPD-Reaktionäre mehrmals arg in Schwierigkeiten gebracht. So pochte er z.B. auf den § 43 des BVG, wonach vier Betriebsversammlungen jährlich durchzuführen sind – der Betriebsrat machte nur zwei. Rolf W. stellte auch den Antrag, über die Sitzungen des Betriebsrats Protokolle anzufertigen und im Betrieb auszuhängen (soweit es nicht um Punkte geht, die unter die „Schweigepflicht" nach BVG § 79 und § 120 fallen). Es ist klar, daß die reaktionären SPD-Betriebsratsfürsten froh sind, einen solchen „Quälgeist" loszuwerden, um ungestört weiter kunkeln zu können. ■

Schritt halten!

In der theoretischen Zeitung der KPD „Die Internationale" erschien im Frühjahr 1930 in mehreren Folgen ein Artikel des Genossen Hermann Remmele unter dem Titel „Schritt halten!"

In der Einleitung schreibt Genosse Remmele: „Trotz unserer mehr als zehnjährigen Erfahrungen – bald im stürmischen Vormarsch, bald durch blutige Niederlagen und Rückzüge hindurch, bald wiederum geschüttelt und gerüttelt durch tiefgehende innere Krisen, durch wiederholten Führerwechsel usw. – müssen wir immer und immer wieder von neuem die Front ausrichten und verbessern. Trotz aller dieser reichsten Erfahrungen macht auch unsere Partei immer wieder von neuem Schwankungen politischer und strategischer Natur durch.

Das ist keine Schande, sondern das liegt begründet in dem ganzen Wesen revolutionärer Parteien, die einen neuen Weg gehen, unbekannte Gebiete betreten, auf denen sie tastend das Richtige suchen und finden müssen. Die Geschichte selbst der erfahrensten revolutionären Partei in der Komintern, die der KPDSU, ist erfüllt von ständigen Kämpfen gegen Abweichungen der verschiedensten Art. Trotz der hundertfältig reicheren Lehren und Erfahrungen, die die sieghafte russische Revolution der KPDSU gegeben hat, muß auch heute noch diese Partei den Weg des Kampfes gegen Abweichungen und Irrtümer einzelner Teile der Partei gehen. Wie sollte das für unsere Partei, die lange nicht die großen Erfahrungen der russischen Bruderpartei besitzt, anders sein?" –

Remmele behandelt in dieser Schrift Fehler des „links"sektiererischen „Vorauseilens" und des rechtsopportunistischen „Nachhinkens" gegenüber den Massen. Dabei liegt die Stoßrichtung von Remmeles Artikel vor allem gegen das „Vorauseilen". Das hat seine Ursache im damaligen Kampf gegen die „links"sektiererische sogenannte „Merker-Gruppe", die der KPD ihren Kurs vom „Hauptstoß gegen die SPD" aufzwingen wollte.

Heute gibt es in der kommunistischen Bewegung der BRD naturgemäß noch größere Schwankungen als in der KPD von 1930. Die kommunistische Bewegung verfügt bei weitem nicht über den praktischen Erfahrungsreichtum der damaligen KPD, und sie ist auch nicht wie diese eng mit den Massen verbunden.

Der folgende Artikel stellt sich die Aufgabe, die Diskussion über die politisch-ideologische und praktisch-organisatorsiche Ausrichtung unserer Organisation, des Kommunistischen Bundes, voranzubringen. Zugleich soll dieser Artikel auch ein Diskussionsbeitrag an die Adresse anderer kommunistischer Gruppen sein, in denen sich prinzipiell ähnliche Probleme stellen.

"Nicht vorauseilen!"

Die Gefahr des „Vorauseilens" war im Anfang der neueren kommunistischen Bewegung der BRD besonders groß. Die westeuropäische „ML"-Bewegung insgesamt begann im Wesentlichen als politisch-ideologischer „Import" aus China, statt sich aus der Arbeiterbewegung heraus zu entwik-

Wesentlichen als politisch-ideologischer „Import" aus China, statt sich aus der Arbeiterbewegung heraus zu entwik-

keln. Das heißt nicht, daß es nicht aus der Arbeiterbewegung heraus oppositionelle Strömungen gegen Sozialdemokratismus und Revisionismus gegeben hätte; diese Strömungen flossen aber in anderen Kanälen, die „ML"-Bewegung war zunächst fast vollständig isoliert von ihnen.

So vermochte die „ML"-Bewegung zunächst im Wesentlichen nur die Polemik der chinesischen Genossen gegen den modernen Revisionismus wiederzukäuen, aber konnte keine Antworten auf die Fragen des Klassenkampfes im eigenen Land geben (soweit diese Fragen nicht schon „stellvertretend" von den chinesischen Genossen beantwortet worden waren). Die Funktion einer proletarischen Vorhut, die in die Klassenkämpfe eingreift, hatte die „ML"-Bewegung zunächst kaum.

Für die westdeutsche „ML"-Bewegung ist darüberhinaus bestimmend, daß sie sich später als die vergleichbaren Bewegungen in anderen kapitalistischen Ländern entfaltete. In Belgien erfolgte die Gründung der ersten „ML"-Partei schon Ende 1963 (als Abspaltung von der revisionistischen Partei, was in Westeuropa ein Ausnahmefall war – in der Regel kamen nur sehr wenige Individuen aus den revisionistischen Parteien zur „ML"-Bewegung), in Italien im Oktober 1966 (nach zwei-dreijähriger Vorbereitung), in Österreich im Februar 1967, in Frankreich Ende 1967.

In der BRD erschien im Sommer 1967 die erste „ML"-Zeitung („Roter Morgen") in Auflage von wenigen hundert Stück; die erste „KPD/ML" wurde Ende 1968 gegründet (zum selben Zeitpunkt vollzog sich in der italienischen Partei schon die erste große Spaltung; die belgische Partei hatte sich schon im Herbst 1967 gespalten).

All das führte dazu, daß die westdeutsche „ML"-Bewegung gegenüber der Entwicklung der Arbeiterbewegung objektiv „nachhinkte", während subjektiv der Anspruch bestand, die Arbeiterbewegung führen zu müssen und führen zu können. Als mit den Septemberstreiks 69 die Arbeiterbewegung einen neuen Aufschwung nahm, gab es nur zwei „ML"-Organisationen, nämlich die „KPD/ML" („Roter Morgen") und den schwäbischen KAB/ML (jetzt KAB„D"), zusammen weniger als 1000 Mitglieder. Diejenigen Organisationen, die heute bestimmend sind – der Zirkelblock NRF/KBB, unser Kommunistischer Bund, auch die „KPD"-Studentenpartei bestanden noch nicht, sondern wurden erst nach den Septemberstreiks politisch aufgebaut.

noch nicht, sondern wurden erst nach den Septemberstreiks politisch aufgebaut.

Objektiv waren die westdeutschen Kommunisten gegenüber der internationalen Entwicklung und gegenüber dem Aufschwung der Klassenkämpfe auch in der BRD im „Nachhinken". Subjektiv dagegen bestand gerade als Ergebnis des „Nachhinkens" die Tendenz zum „Vorauseilen". Die läppische Gründung der „KPD/ML" ohne die geringsten politisch-ideologischen und praktisch-organisatorischen Voraussetzungen war ein solches „Vorauseilen", und diese Gründung zog einen ganzen Rattenschwanz von Nachahmern an, die nun ebenfalls aus dem Stand rasch eine „Partei gründeten", um den Anschluß nicht zu verpassen. Während es notwendig gewesen wäre, das „Nachhinken" durch sorgfältige Arbeit zu überwinden, wollten die Parteigründer sozusagen vier Schritte auf einmal machen, mit einem Riesensprung im Handumdrehen „an die Spitze" der Arbeiterbewegung gelangen. Oft bringt gerade das objektive „Nachhinken", ein Rückstand in der politisch-organisatorischen Arbeit, die Tendenz zum „Vorauseilen" hervor.

Von der revisionistischen DKP grenzte sich die „ML"-Bewegung natürlich ab. Indessen ist nicht zu übersehen, daß in der westdeutschen „ML"-Bewegung so gut wie keine konkrete Untersuchungsarbeit über die DKP und die verbotene KPD geleistet wurde. Wesen und Entstehung des Revisionismus blieben im Dunkeln (auch in dieser Frage mußten die chinesischen Genossen „stellvertretend" aushelfen). So kam die oberflächliche Tendenz auf, eben einfach „alles anders" zu machen als die DKP. Aus Opposition (manchmal auch eher bloß aus Trotz) gegen den modernen Revisionismus wurde nun von der „ML"-Bewegung „Links"-Sektierertum reinsten Wassers praktiziert.

Ein Ausdruck des Auseinanderklaffens von objektivem „Nachhinken" und subjektivem „Vorauseilen" ist das z.T. maßlose Geprahle mit der angeblichen „Stärke" der eigenen Organisation und das Verbreiten von übergeschnappten, pseudo-„revolutionären" Parolen, die keinerlei Bezug zur Realität haben. Gerade weil die „ML"-Bewegung so schwach war, versuchte sie den Arbeitern durch wilde Angeberei („Die KPD/ML wächst und erstarkt") und durch gefälschtes Zahlenmaterial über Mitglieder, örtliche Gruppen, Demonstrationen etc. zu imponieren. Gerade weil die „ML"-Bewegung im Grunde eine pessimistische Einschätzung der Wirklichkeit hatte, versuchte sie mit pseudo-„revolutionären" Parolen über die Wirklichkeit hinwegzu„jubeln" („Auch im Fichtelgebirge ist die Haupttendenz Revolution").

Ein besonders krasses Beispiel für die Arbeiterfeindlichkeit dieser Vorgehensweise findet sich im Maiaufruf der Hamburger „KPD/ML" (RM) 1971. Dort waren die Arbeiter in geradezu unglaublicher Weise angepöbelt worden: „Kollege, warum kämpfst Du nicht? Die Arbeiter in der Welt kämpfen und Du fährst ins Grüne oder hörst Dir das Geseibel der Arbeiterverräter an? . . . SPD, DKP, DGB oder KPD/ML, entweder – oder, wer nicht hier steht, steht dort!"

Wenn es in der KPD vor 1933 Tendenzen gab, sozialdemokratische und parteilose Kollegen in dieser Weise „anzublaffen", dann war das schon sehr schlecht. Remmele kritisierte z.B. im Artikel „Schritt halten" eine Stellungnahme zu den Betriebsrätewahlen 1930, in der es geheißen hatte: „Wer nicht den Kampf gegen die Sozialfaschisten (d.h. SPD und Gewerkschaften – d. Red.) führt, wer mit ihnen gemeinsam auf einer Liste kandidiert, unterstützt den Raubzug der Bourgeoisie gegen die Arbeiter und stellt sich außerhalb der revolutionären Front" (Remmele, S. 18).

Geradezu grotesk war es aber, die paar hundert Mitglieder der „KPD/ML" in feindseliger Weise gegen die Millionenmassen der westdeutschen Arbeiterklasse zu stellen, als stünden diese sozusagen „auf der anderen Seite der Barrikade", weil sie der „KPD/ML" keine Gefolgschaft leisten.

Ein anderes Beispiel bietet uns die

der Barrikade", weil sie der „KPD/ML" keine Gefolgschaft leisten.

Ein anderes Beispiel bietet uns die

„KPD/ML" (ZB–„Rote Fahne"). Die Führer dieser Gruppe schreiben anstelle einer konkreten Analyse der Gegenwart die Einschätzung der KPD aus den Jahren 1929 – 1932 ab. Da taucht dann eine „revolutionäre Flut" prompt auf, der westdeutsche Imperialismus bereitet unmittelbar einen Angriff auf die DDR und die Sowjetunion vor, die SPD wird vom „Sozialfaschismus" beherrscht, sogar der gute alte „Krautjunker" (d.h. die Großgrundbesitzer, die noch in den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. eine wichtige Rolle spielten) ist aus der Mottenkiste geholt worden.

Das ist auch eine Art von „Vorauseilen", wenn der Gegenwart einfach das Schema der Vergangenheit übergestülpt wird und eine „revolutionäre Flut" in der BRD ins Blaue hinein erfunden wird, weil die KPD 1929 davon gesprochen hat.

Auch die vom bürgerlichen Staat 1972 zerschlagene RAF („Baader-Meinhof-Gruppe") praktizierte eine Art des „Vorauseilens", indem sie sich selber anstelle revolutionärer bewaffneter Einheiten stellte und ihre isolierten Aktionen mit einem wirklichen Partisanen-Kampf verwechselte.

Eine andere, ähnliche Art des „Vorauseilens" hat die französische „Gauche Proletarienne" praktiziert, die z.B. Sabotage an Maschinen, das Zerstechen der Reifen von Kapitalisten-Kutschen und ähnlichen Kleinkram als „Partisanenkampf" ausgab. In Italien gibt die Organisation „Lotta Continua" mit Vorliebe Parolen aus, die mit der Wirklichkeit nicht im Einklang stehen wie etwa „Nehmen wir uns die Stadt" (unter dieser Parole werden in erster Linie Hausbesetzungen organisiert, die in der Regel von der Polizei nach kurzer Zeit gebrochen werden). „Lotta Continua" faßt auch parolenartig völlig unrealistische, super-optimistische Behauptungen zusammen wie etwa „Die bürgerliche Schule funktioniert nicht mehr!", „Die proletarische Klassenjustiz beginnt!" etc.

Solche Gruppen wecken falsche Vorstellungen über die wirkliche Aufgabe des bewaffneten Kampfes gegen einen hochorganisierten, mörderisch bewaffneten Feind (das bezieht sich vor allem auf die RAF, teilweise auch auf „Gauche proletarienne", nicht auf „Lotta Continua").

Solche Gruppen wecken falsche Vorstellungen über die wirkliche Schwere des Kampfes gegen einen hochorganisierten, mörderisch bewaffneten Feind. Es ist nicht zufällig, daß viele Menschen die solchen abenteuerlichen Tendenzen verfallen, zunächst lange in sozialdemokratischen, pazifistischen u.ä. Gruppen gearbeitet haben (z.B. Horst Mahler, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof). Die Mißerfolge in derartiger kleinbürgerlicher politischer Arbeit können ein Umkippen ins Abenteuertum hervorbringen. Umgekehrt können Super-„Linke" und und kleinbürgerliche Abenteurer bei Niederlagen in Apathie oder Opportunismus zurückfallen.

Die Geschichte der KPD zeigt, daß besonders von den „ultra-linken" Führern Fischer, Maslow etc. (20er Jahre) eine beträchtliche Zahl direkt zur Sozialdemokratie überlief.

Das kleinbürgerliche „Vorauseilen" der RAF drückte sich aus in der berüchtigten Parole „Die Partisaneneinheit entsteht aus dem Nichts. Jeder kann anfangen. Einige Dutzend Kämpfer, die wirklich beginnen und nicht nur endlos diskutieren, können die politische Szene grundlegend verändern, eine Lawine auslösen". („Der bewaffnete Kampf in Westeuropa", S. 43). Wenn es bloß darum geht, daß ein paar Leute von den Polizisten in den Kopf oder Bauch geschossen werden oder daß sie für Jahre im Knast vergraben werden – dann kann in der Tat „jeder anfangen". Der bürgerliche Staat wartet nur darauf. Wenn es aber um bewaffneten Kampf geht, dann müssen Voraussetzungen geschaffen werden, dann muß die Zielsetzung und Einschätzung klar sein. Jedes „Vorauseilen" ersetzt zwangsläufig den bewaffneten Kampf durch bloße Karikaturen, durch politisch „belanglose" Schießereien zwischen der Polizei und einigen Verzweifelten, die letzten Endes mit der Niederlage der „Revolutionäre" enden. So wird keine „Propaganda der Tat" für den bewaffneten Kampf gemacht, sondern geradezu gegen diesen Kampf.

Die hier geschilderten Beispiele des „Vorauseilens", die sich beliebig ergänzen ließen, sind dadurch gekennzeichnet, daß sie alle von vornherein die Isolierung von der Arbeiterklasse zur Voraussetzung haben und von der Realität völlig losgelöst sind.

Es gibt aber noch eine andere Art des „Vorauseilens", die mitunter sogar ganz „attraktiv" erscheinen kann und deshalb in gewisser Hinsicht nicht weniger gefährlicher ist als die erste Art.

Diese Form des „Vorauseilens" besteht darin, sich an momentane „linke" Stimmungen von Teilen der Massen anzuhängen.

Im ARBEITERKAMPF Nr. 25 findet sich ein sehr anschaulicher Bericht darüber, wie bei HDW Kiel versucht worden ist, mit unzureichenden Mitteln, bei einem ungünstigen Stand der Vorbereitungen, einen Abwehrstreik gegen das Kapital an der ökonomischen Front zu organisieren. Dieser Versuch endete mit einer Niederlage, nur ein kleiner Teil der Arbeiter beteiligte sich. Einer der Arbeiterführer im Betrieb, Helmut Schlüter (DKP), wurde gefeuert. DKP und „KPD/ML" hauten gemeinschaftlich voll in die Kerbe, unterstützten die falsche Einschätzung der Lage durch einige Gruppen der aktivsten Arbeiter, statt Klarheit zu schaffen. Diese Tendenz kann man so kennzeichnen: „Auf jeden Funken kräftig blasen, in der Hoffnung, daß ein Brand daraus wird!" Mitunter gibt es Situationen, wo wirklich nur noch etwas „geblasen" werden muß, damit es im Nu „brennt". Das zu erkennen setzt in jedem Fall eine „konkrete Analyse der konkreten Situation" voraus. Dabei können auch Situationen entstehen, wo die Kommunisten gegenüber den aktivsten Arbeitergruppen scheinbar die Rolle eines „Bremsers" übernehmen müssen, auf der Linie „Lieber etwas langsamer, aber dafür gründlicher". Es liegt auf der Hand, daß diese Aufgabe komplizierter ist und an die Kommunisten weit größere Anforderungen stellt als die Abgrenzung von primitiven Formen des „Vorauseilens" (wie z.B. der Phrasendrescherei der „ML"-Bewegung).

Forts. nächste Seite

Werber und Komödianten

Vielerorts scheint man sehr interessiert, sich gegenseitig Gruppen oder Genossen „abzuwerben". Die Oldenburger Gruppe des KB erhielt erst vor kurzem wieder einen „Denkanstoß" von P. Weinfurth, ehemals führender Mann der KPD/ML (ZB), dann der „Marxistisch-Leninistischen Kommunisten Deutschlands" (MLKD), jetzt des MLB-Bochum – haben wir was vergessen? Er schrieb an unsere Oldenburger Genossen:

„Uns würde interessieren, ob Ihr immer noch zum KB-Hamburg tendiert. Was haltet Ihr von der Initiative NRF/KBB? Wir sehen diesem Projekt mit großem Interesse zu und hoffen, daß der Programmentwurf die Bewegung voranbringen wird."

Einen ähnlichen „Vorstoß" hat die Oldenburger Gruppe schon einmal erlebt. Damals kam er aus den Reihen der Hamburger SSG; freilich nicht direkt, sondern über den Umweg des KB Wilhelmshaven, der sich selbst zur Gruppierung um NRF/KBB zählt. Damals steckte man den Oldenburgern einen „Hinweis" zu, daß in der Hamburger Gruppe des KB „die Kritik an der politischen Linie ziemlich unterdrückt wird" – einer der üblichen Schnacks aus der SSG-Gerüchteküche.

Die Oldenburger haben den Werbern indes damals wie heute widerstanden. Interessanter an dem letzten „Denkanstoß" ist dann auch die Richtung aus der er kommt: Offenbar findet die Gruppierung um NRF/KBB zunehmend Sympathien unter den Veteranen der ML-Bewegung.

Kein Wunder! Die alten ML-Parteien sind in ihrem Zerfall nicht mehr aufzuhalten. Doch ehe die Kulissen dieser super„linken" Komödie ganz abgeräumt und die Hauptdarsteller zum Abschminken in den Umkleideräumen verschwunden sind, drängt eine neue Schar spielfreudiger Gesellen auf die Bühne und probt einen zweiten Akt mit geringfügig geänderter Staffage. Für einige der alten Komödianten ist dies der Augenblick, wo sie an der Seite der neuen Komödianten die Chance eines Come-backs wittern. Im Grunde ist das nichts Neues, sondern das gesetzmäßige Werden und Vergehen in dieser Branche. Aus dem alten Theater ein neues zu machen ist für viele eben nur eine Frage der Dramaturgie, nicht der Veränderung des Inhalts. ■

'Nicht nachhinken!'

Gelegentlich hat es in der politischen Arbeit des Kommunistischen Bundes auch Tendenzen des „Vorauseilens" gegeben. So ist bei bestimmten Gelegenheiten das Schwergewicht zu sehr darauf gelegt worden, anhand von möglichst vielen Beispielen aufzuzählen, wo überall schon gestreikt, was für hohe Forderungen aufgestellt worden waren etc., während die politische Klarheit, Einschätzung des Kräfteverhältnisses auf der Strecke blieben. Es wurde also in erster Linie „mobilisiert", statt die politische Arbeit an die erste Stelle zu setzen. Das war auch bloß ein „Auf den Funken blasen. . ." Dies gilt z.B. für das Eingreifen in die Chemie-Tarifrunde 71 (dieser Mangel wurde damals rasch erkannt, und korrigiert) und auch für den Artikel „Eigenständige Klassenpolitik entwickeln!" in AK 23 zur Metall-Tarifrunde.

Es gibt auch noch andere Beispiele des „Vorauseilens" im KB. So hat die Flensburger Gruppe des KB anläßlich des CDU-Mißtrauensvotums im vorigen Jahr vorübergehend eine „links"sektiererische Haltung zur Massenbewegung eingenommen. Die Genossen unterzeichneten damals eine entsprechende Erklärung gemeinsam mit einer örtlichen super„linken" Gruppe. Dieser Fehler wurde wenig später korrigiert. Er zeigt aber doch, daß im Kommunistischen Bund auch „linke Schlenker" möglich sind, wenn die Situation rasche Entscheidungen erfordert und die Genossen nicht genügend politische Klarheit haben.

Insgesamt gesehen ist aber die Tendenz zum „Vorauseilen" in unserer Organisation relativ gering – verglichen mit Gruppierungen, die das „Vorauseilen" zum Grundzug ihrer gesamten Politik machen. Derartige Gruppierungen rufen bei den meisten Genossen nur noch Kopfschütteln oder gelegentlich auch Heiterkeit hervor. Gerade die Abschreckung, die von der Politik der Super-„Linken" ausgeht, begünstigt aber auch die Gefahr des Rechtsopportunismus. Man könnte sagen, daß wir mitunter so sehr darauf bedacht sind, nur ja nicht „voraus zu eilen", daß wir „ganz unbewußt" ins „Nachhinken" verfallen.

Es ist richtig, daß der „linke" Opportunismus immer noch die H a u p t e r s c h e i n u n g s f o r m des Opportunismus in der kommunistischen Bewegung (außerhalb der DKP) ist. Das haben wir zeitweise so verstanden, als wäre er deshalb auch die H a u p t g e f a h r. Das trifft jedoch nur bedingt zu. Für unsere eigene Organisation müssen wir sogar ganz klar sagen, daß „Abweichungen" bisher viel eher nach rechts als nach „links" gegangen sind.

Grundsätzlich bildet der Rechtsopportunismus auf längere Sicht immer die Hauptgefahr innerhalb der kommunistischen Bewegung und in der Arbeiterbewegung insgesamt (was nicht heißt, daß nicht in bestimmten Situationen der „linke" Opportunismus vorübergehend zur Hauptgefahr werden könnte.)

Das zeigt sich gerade in der Betriebsarbeit. Eine Politik des „Vorauseilens" wird in der Regel überhaupt keine oder äußerst kurzfristige Erfolge bringen können. – Eine rechtsopportunistische Politik der Anpassung an linkssozialdemokratische Strömungen, an das Bewußtsein von „fortschrittlichen Gewerkschaftern", vermag dagegen längerfristig Schein-Erfolge vorzuspiegeln („Verankerung" im gewerkschaftlichen Vertrauenskörper, Wahl in den Betriebsrat u.a.m.). Solange die Arbeiterbewegung auf einem relativ niedrigen Stand bleibt, erscheint es zwangsläufig sehr „attraktiv", sich diesem Stand einfach „ein bißchen" anzupassen.

Merck als Vorbild?

Die „Merck-Linie" war eine rechtsopportunistische Tendenz, die vor einigen Monaten vor allem im Chemie-Bereich des KB/Gruppe Hamburg auftrat.

Die Auseinandersetzungen bei Merck Darmstadt sind im ARBEITERKAMPF 22 und 23 ausführlich geschildert worden. Dort hatten linke Vertrauensleute der IG Chemie bei den Betriebsratswahlen einen relativen Erfolg erkämpft.

Die Artikel bemühten sich, konkret die einzelnen Schritte der Merck-Linken und die Maßnahmen der Kapitalisten und ihrer verschiedenen Handlanger (reaktionärer Betriebsrat, bürgerliche Presse etc.) darzustellen. Mit diesen Artikeln sollte auch Diskussionsmaterial für Kommunisten und Sozialisten, die im Betrieb kämpfen, geliefert werden.

Die Darstellung der Auseinandersetzungen bei Merck im ARBEITERKAMPF machte jedoch den Fehler, die Politik der linken Vertrauensleute bei Merck nicht nur objektivistisch, sondern geradezu idealisierend wiederzugeben („klarer Kurs", „realistisches Kampfprogramm"). Der ARBEITERKAMPF versäumte zunächst eine klare Einschätzung der Auseinandersetzungen, wie sie z.T. inzwischen in AK 25 („Gegenoffensive der Rechten") „nachgeholt" wurde.

So wurde die Politik der linken Vertrauensleute bei Merck zunächst in unkritischer Weise als Vorbild für unsere eigene Arbeit hingestellt. Konsequent zu Ende gedacht, hätte diese falsche Linie die Umwandlung des Kommunistischen Bundes in eine bloße Gewerkschaftsopposition zur Folge haben müssen.

Besonders im Hamburger Chemie-Bereich des KB, der sich besonders mit den Vorgängen bei Merck beschäftigt hatte, entstanden tatsächlich falsche Vorstellungen in diese Richtung.

Statt möglichst große Teile der Gewerkschaftsopposition politisch-theoretisch auf das kommunistische Niveau herauf zu entwickeln, schien es so, als müßte sich der Kommunistische Bund auf das Niveau einer Gewerkschaftsopposition herunter entwickeln. Die relativen Erfolge der linken Vertrauensleute bei Merck wurden mit unserer eigenen Arbeit verglichen, die bei diesem Vergleich dann manchem Genossen doch recht mickerig und schäbig erschien. Die Tendenz war dann: „So wie bei Merck müßten wir es eben auch machen!"

Diese Tendenz ging soweit, daß die Herausgabe einzelner Betriebs- und Branchenzeitungen im Chemie-Bereich vorübergehend völlig eingestellt wurde in der Absicht, aus diesen Zeitungen Organe fortschrittlicher Vertrauensleute zu machen (etwa nach dem Vorbild der von den Merck-Vertrauensleuten herausgegebenen Zeitung „Gewerkschafter").

Es wurde der Fehler gemacht, unsere eigene politische Arbeit im Betrieb „neidisch" an Erfolgen zu messen, die eine objektiv linkssozialdemokratische Betriebspolitik hier und dort aufweisen kann. Über diesen linkssozialdemokratischen Charakter der Vertrauensleute-Politik bei Merck sind z.T. sogar von Leitungsgenossen flasche Vorstellungen gehegt und verbreitet worden, indem sie davon sprachen, dieser oder jener fortschrittliche Kollege (bei Merck) „verstehe" sich als Kommunist. Das besondere Merkmal der Vertrauensleute-Arbeit bei Merck war eben das Taktieren gegenüber der Gewerkschaftsführung, die man auf einzelne „fortschrittliche" Äußerungen festzunageln versuchte, statt ihre Politik grundsätzlich aufzudecken.

Die Arbeit bei Merck in Darmstadt kann mit der Arbeit in Hamburg kaum verglichen werden. Um nur einen wesentlichen Punkt zu nennen: es gibt in Darmstadt keine kommunistische Organisation (abgesehen von den „Partei"-Chaoten), und die linken Vertrauensleute waren gezwungen, sich weitgehend nur auf sich selbst und die Kollegen zu verlassen, statt ihren Kampf „von außen" durch eine kommunistische Propaganda abstützen zu können. Gerade deshalb wäre es aber falsch, wenn sich der Kommunistische Bund in Hamburg, eine Organisation mit mehreren hundert Mitgliedern und zahlreichen Betriebszellen in fast allen Branchen, sich an momentanen Erfolgen einer solchen objektiv linkssozialdemokratischen Betriebsarbeit wie bei Merck orientieren würde.

Es ist klar, daß beim derzeitigen politischen Niveau der westdeutschen Arbeiterbewegung sich mit einer linkssozialdemokratischen Politik in Betrieb und Gewerkschaft oberflächlich betrachtet „erfolgreicher" arbeiten läßt als mit kommunistischer Politik.

Eine linkssozialdemokratische Politik kommt heute den politisch-ideologischen Vorstellungen eines Teils der westdeutschen Arbeiterklasse entgegen, der schrittweise und teilweise von der SPD-Politik abrückt, ohne sich schon von der sozialdemokratischen Ideologie insgesamt gelöst zu haben. Diese linkssozialdemokratischen Teile der Arbeiterklasse, wie sie sich insbesondere in den Zentren der westdeutschen Arbeiterbewegung (Ruhrgebiet, Nordbaden u.a.) schon in größerem Umfang herausgebildet haben, sind sozusagen die „Spitze" der Arbeiterbewegung in der BRD. Dem gegenüber akzeptiert die Mehrheit der westdeutschen Arbeiter und Angestellten noch die Politik der rechten SPD-Führer „im Großen und Ganzen", läßt sich noch von deren Demagogie täuschen usw.

Der arbeiterfeindliche Charakter der SPD-Politik wird zuerst in den ökonomischen Kämpfen sichtbar: die DGB-Führer bringen miese Tarifabschlüsse mit nach Hause, die SPD-Regierung erhöht die Steuern etc. Daß die SPD mit der Umrüstung des „Bundesgrenzschutzes" zur Bürgerkriegsarmee, mit der „Baader-Meinhof"-Jagd, mit der Verfolgung und Unterdrückung von ausländischen Kollegen etc. Instrumente zur gewaltsamen Niederhaltung der westdeutschen Arbeiterklasse schafft, wird breiten Massen der Arbeiterklasse zunächst noch nicht klar.

Alle sozialistischen und kommunistischen Gruppen und Organisationen, die tatsächlich im Betrieb und in der Gewerkschaft arbeiten oder dies schon einmal versucht haben, wissen, wie unendlich schwer es ist, beim derzeitigen Entwicklungsstand der Arbeiterbewegung in der BRD wirkliche Erfolge für die Arbeiter zu organisieren, wirklich das Kräfteverhältnis im Betrieb zugunsten der Arbeiter und Angestellten zu verschieben.

An diesem Problem scheiterten schon viele „kommunistische Orga-
schon viele „kommunistische Orga-
nisationen", besonders solche, die personell und politisch aus der Studentenrevolte hervorgegangen sind und mit großem Elan und reichlich viel Illusionen an die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit herangingen.

Die Auflösung ehemals in der linken Bewegung so einflußreicher Gruppen wie KB/ML Westberlin und PL-PI Westberlin hat in diesem Problem ebenso Wurzeln wie der Verfall der „KPD/ML"s.

So antworteten z.B. Genossen des ehemaligen KB/ML Westberlin dem Heidelberger NRF, nachdem die Heidelberger Genossen sich zuvor bemühten, die Auflösung des KB/ML aus seiner angeblich „falschen Theorie" und „falschen Linie in der Klassenanalyse" zu erklären:

„Die Fehler des KB/ML wie die anderer Zirkel sind Probleme seiner historischen Entwicklungsbedingungen als von der Arbeiterbewegung weitgehend abgehobener kommunistischer Intellektuellenzirkel. Dementsprechend ist auch seine Auflösung nicht Ergebnis einer falschen Theorie, sondern der Erkenntnis der politischen Unbrauchbarkeit dieses kommunistischen Intellektuellenzirkels für die Entwicklung der Klassenkämpfe . . . in ihrem gegenwärtigen Stadium." (vgl. Sondernummer des Westberliner „Kommunist" 3/72 und „NRF" 6/72).

Auch das „Zentralbüro" der „KPD/ML" („Rote Fahne") steht derzeit ratlos vor den Trümmern seiner mehrjährigen Arbeit. Diese „Organisation" zerfällt gegenwärtig in einem rasanten Tempo. Um diesen Zerfall in letzter Minute vielleicht doch noch aufzuhalten oder wenigstens zu verzögern, hat das „Zentralbüro" eine „Breite Kampagne" der „Kritik und Selbstkritik" der bisherigen Arbeit angesetzt und in diesem Zusammenhang auch einige schriftliche Beiträge von Ortsgruppen etc. in ihren Zeitungen veröffentlicht.

In der Dezember-Ausgabe (Nr. 11/72) des „Zentralorgans des KJVD" (das ist der „Jugendverband der KPD/ML") heißt es in einem Beitrag der Hannover-Gruppe zur Selbsteinschätzung ihrer Arbeit u.a.:

„Die Jugendbetriebsgruppen (JBG's; gemeint sind Gruppen des „KJVD") *haben – allgemein gesagt – in dem einen Jahr ihrer Existenz die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterjugend mit bedrucktem Papier zu führen versucht . . . Die JBG's versuchten auf allen möglichen Wegen, die Führung des betrieblichen Kampfes von außen zu erringen . . .*

Alldieweil hatten die Jugendlichen Kämpfe längst aufgenommen und zwar ohne unsere weisen Ratschläge, gegen wen und was sie zu kämpfen hatten! . . . Die Jugend kämpft, und zwar auch ohne uns . . . Wir aber stehen dabei und sagen der Jugend, daß sie noch mehr kämpfen soll und versuchen, selbst weitere Kämpfe zu initiieren . . . Es fragt sich hier, ob die Organisation den Anspruch aufrechterhalten kann, Partei des Proletariats zu sein. Es ist doch so, daß in der KP die besten aus der Arbeiterklasse – und das meint: aus ihren Reihen! – zusammengeschlossen sein müssen. In der KPD/ML kann man diese Arbeiter nicht finden, wohl nicht zuletzt deshalb, weil die KPD/ML am Rande der Arbeiterbewegung entstanden ist und offensichtlich die Verbindung mit dieser nicht hat schaffen können.

Für den Jugendverband zeigt sich das ebenso. Zwar sind Sympathisanten, das heißt bessere Kontakte, gewonnen worden. Es gibt aber keinen Kollegen aus einem der Zielbetriebe, der sich im KJVD organisiert hätte . . ."

In diesen Ausführungen zeigt sich zugleich, wie Mißerfolge mit einer „links"sektiererischen Arbeit umschlagen in Tendenzen zur Verherrlichung der spontanen Arbeiterbewegung.

Soweit also die „KPD/ML"-„Rote Fahne". Stehen andere Gruppen der „ML"-Bewegung wesentlich besser da ?

Nehmen wir die von Westberlin aus operierende Gruppe „KPD" („Rote Fahne"). Bevor sie in verschiedenen westdeutschen Städten „Betriebsarbeit aufnahm", meinten ihre Führer, mit ihren am Schreibtisch erdachten „betrieblichen Kampfprogrammen" den Stein der Weisen für Erfolge in der kommunistischen Betriebsarbeit gefunden zu haben.

Indes, nach etwa zweijähriger „prinzipienfester Betriebsarbeit auf der Basis betrieblicher Kampfprogramme" muß das „ZK" dieser Gruppe in seinem letzten Rechenschaftsbericht zugeben, daß noch in keinem einzigen
geben, daß noch in keinem einzigen
Fall irgendwelche Erfolge im Betrieb mit Hilfe dieser „Kampfprogramme" erzeilt werden konnten.

Oder nehmen wir die mittlerweile auf „Heidelberger Linie" (NRF) neugegründete „Kommunistische Gruppe" (KG) in Frankfurt.

Diese „KG" wurde das erste Mal etwa Mitte 1970 von einer Gruppe Frankfurter Germanistik-Studenten gegründet. Sie gab fortan eine regelmäßig erscheinende „Rote Arbeiterzeitung" (RAZ) sowie ein halbes Dutzend Betriebs- und Branchenzeitungen heraus.

Nach nicht ganz zwei Jahren kontinuierlicher Arbeit gab die KG auf und zerfiel wieder. Der Grund: eine sinnvolle Perspektive für weitere Arbeit wie bisher schien den Genossen nicht mehr gegeben. Es war in der ganzen Zeit nicht gelungen, auch nur einen einzigen Kollegen für die KG zu gewinnen. Eine kleine „Kollegen-Gruppe", mit der „auf gewerkschaftlicher Ebene" dann und wann Gespräche geführt wurden, zerfiel, nachdem der betroffene Betrieb dicht machte.

Eine kleine Restgruppe dieser Frankfurter KG hat jetzt, nach personeller Verstärkung aus dem „Kommunistischen Studentenverband" (KSV) Frankfurt, einen zweiten Anlauf unternommen. Nach Heidelberger Vorbild wird eine „Arbeiter-Zeitung" herausgegeben. Die KG-Genossen haben indes nicht plausibel machen können, wieso ihr zweiter Versuch mehr bringen sollte als der erste.

In keiner besseren Lage sind die – ebenfalls auf „Heidelberger Linie" arbeitenden „KG Köln" und „KG Braunschweig", die durch „Zell-Teilung" aus örtlichen sozialistischen Studentengruppen hervorgegangen sind. In Hamburg ist die „Sozialistische Studentengruppe" ebenfalls auf dem schönsten Weg, sich zur „KG" zu mausern, um noch rechtzeitig zum bevorstehenden „Gründungsparteitag" des Zirkelblocks Heidelberg-Bremen zu kommen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß heute ein bedeutender Teil der westdeutschen kommunistischen Bewegung sich um eine „Arbeit im Proletariat" bemüht, aber in den meisten Fällen „vom Geschäft nichts versteht". Diese Erkenntnis setzt sich regelmäßig auch bei den betreffenden Genossen durch, das dauert aber manchmal ziemlich lange.

Im Gegensatz zu den hier erwähnten super„linken" Gruppen arbeitet unsere Organisation seit mehreren Jahren kontinuierlich in einer Reihe von Industrie- und Dienstleistungsbetrieben, sowie in den wichtigsten Gewerkschaften. Bis auf einzelne Ausnahmen arbeiten alle Mitglieder unserer Organisation im Betrieb.

In dieser Zeit wurden viele wertvolle Erfahrungen gesammelt, neue Kollegen in die Organisation einbezogen, weitere Gruppen in Betrieb und Gewerkschaft aufgebaut, gewerkschaftliche und betriebliche Vertrauensstellungen erkämpft usw.

Daneben gab es auch Rückschläge. Fortschrittliche Kollegen, die wir schon auf dem direkten Weg zum Kommunismus wähnten, wandten sich wieder ab. Wertvolle Beziehungen zerbrachen oder schliefen ein, Genossen resignierten.

Im Gegensatz zu den ständigen Hurra - Verlautbarungen super „linker" Gruppen wie auch der DKP haben wir die Feststellung gemacht, daß nirgendwo in unserer Arbeit irgendwelche bedeutenden „Überraschungserfolge" gemacht werden konnten. Alles Erreichte ist Produkt einer mühseligen Kleinarbeit, deren Entwicklungstempo sehr zähflüssig ist, häufig den Schein eines völligen Stillstandes hat. Das kann unserer Meinung nach bei der derzeitigen Entwicklung der westdeutschen Arbeiterbewegung auch gar nicht anders sein.

Stand und Entwicklung unserer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit brachten immer wieder Versuche hervor, die bisherigen Erfahrungen über Bord zu werfen. Statt dessen sollte „ein ganz neuer Anfang gemacht werden", „ganz neue Konzepte" ausprobiert werden.

Unbewußt versuchen die Genossen damit aus der „Tretmühle" der tagtäglichen Kleinarbeit in die Illusion eines Patent-Rezeptes zu flüchten, das als Ei des Kolumbus im Handumdrehen zu den gewünschten Erfolgen führen soll. Regelmäßig blieben bei solchen „Fluchtversuchen" erhebliche Erfahrungen der Arbeiterbewegung oder Bestandteile des wissenschaftlichen Sozialismus auf der Strecke.

Fehler des „Vorauseilens" wie auch des „Nachhinkens" sind in der Regel die Folge einer ungenügenden Ein-
die Folge einer ungenügenden Ein-
schätzung der Realität.

Ein besonders häufiger Fall ist dabei das Umkippen von übertrieben optimistischen Vorstellungen in Resignation und Apathie, die dann oft rechtsopportunistische Schwenks oder ein Ausscheiden aus der politischen Arbeit zur Folge haben.

„Unter den Funktionären muß man restlos mit allen Vorstellungen aufräumen, daß der Sieg mühelos, durch glückliche Zufälle erlangt werden könnte – ohne harte und bittere Kämpfe, ohne Schweiß und Blut" (Mao).

Nehmen wir nochmals das Beispiel der „Merck-Linie" im Chemiebereich des KB in Hamburg.

Vor allem das Eingreifen in die Tarifrunde 71 hatte im Chemie-Bereich zu beachtlichen Anfangserfolgen geführt. In der Folge mußten wir erleben, wie aus den wichtigsten Hamburger Chemiebetrieben die aktivsten und fähigsten KB-Genossen hinausgedrängt wurden (in der Regel durch Entlassung). Das war an sich schon ein schwerer Schlag gegen unsere Arbeit in den Hamburger Chemie-Betrieben. Dazu kam aber noch, daß auch Sympathisanten und zur Zusammenarbeit bereite Kollegen von uns abzurücken begannen, um nicht ebenfalls in die Schußlinie zu geraten, und weil sie nach der Entfernung unserer aktivsten und fähigsten Genossen keine Perspektive für die weitere Arbeit mehr sahen.

Diese Entwicklung hat die materiellen Voraussetzungen geschaffen, auf denen sich dann die „Merck-Linie" und ähnliche Fehlorientierungen entfalten konnten.

Ähnliche Tendenzen gibt es auch in anderen Bereichen der Betriebsarbeit; z.B. bei einigen Genossen das Schielen nach rechtsopportunistischen Gruppierungen wie dem „Sozialistischen Zentrum" oder der Bremer „Arbeiterpolitik", von denen sich einige Genossen leichtere Erfolge versprechen.

Bei der Korrektur solcher falscher Tendenzen muß die Q u a l i t ä t an erster Stelle stehen. Das heißt, daß durch eine regelmäßigere, systematische Schulung und durch Untersuchungsarbeiten in den Einheiten und Bereichen die Ausgangsbedingungen für unsere Betriebsarbeit verbessert werden (wie diese Probleme im Chemie-Bereich angegangen wurden, nachdem die „Merck-Linie" erkannt war, soll möglichst bald in einem Bericht behandelt werden).

Forts. nächste Seite

Einige Fehler im Wahlkampf

Der Kommunistische Bund hat schon frühzeitig gegen die super-„linke" Theorie vom „Hauptstoß gegen die SPD" Stellung genommen. Bei den Bundestagswahlen 72 sind wir mit der Empfehlung aufgetreten, der SPD die Stimme zu geben als gegenwärtiger Weg, um auf dieser Ebene einen Wahlsieg der CDU/CSU zu verhindern. Gleichzeitig sollte natürlich keine „Reklame" für die SPD gemacht werden, sondern diese Partei sollte gerade in ihrem arbeiterfeindlichen Charakter entlarvt werden.

Diese Linie stellt an alle Genossen der Organisation viel größere politisch-ideologische und praktische Anforderungen als das naive Geschrei der Super-„Linken", die zwischen SPD und CDU einfach ein Gleichheitszeichen setzen.

So sind auch politisch-ideologische und praktische Schwächen in der Organisation während des Wahlkampfs besonders deutlich geworden.

Manche Genossen sehen die CDU/CSU als die einzige oder doch fast ausschließliche Kraft der gegenwärtigen Rechtsentwicklung, d.h. der Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Die Gefährlichkeit der SPD-Politik wird unterschätzt, die SPD als Träger der gegenwärtigen reaktionären Maßnahmen wird nicht genügend berücksichtigt.

Solche rechtsopportunistischen Tendenzen sind zwar nicht kennzeichnend für den Zustand der Organisation, aber sie treten doch in der Organisation und unter den Sympathisanten vereinzelt immer wieder auf.

Ein „Meisterwerk" in diesem Gebiet war während des Wahlkampfs 72 das Flugblatt einer Stadtteil-Gruppe in Hamburg (in den Stadtteil-Gruppen sind Sympathisanten des KB organisiert, die nicht im Betrieb arbeiten). Dieses Flugblatt endete mit einer Parole, in der es sinngemäß hieß: „Nur eine Stimmabgabe für die SPD kann den Faschismus verhindern."

Es wurden also drei grobe Fehler auf einmal gemacht: es wurde so getan, als stünde direkt schon der Faschismus zur Wahl; es wurde die Möglichkeit vorge-

stünde direkt schon der Faschismus zur Wahl; es wurde die Möglichkeit vorgespiegelt, den Faschismus mit dem Stimmzettel zurückzuschlagen; und es wurde schließlich die SPD als eine antifaschistische Partei hingestellt, ihr Anteil an der gegenwärtigen Faschisierung von Staat und Gesellschaft fiel völlig unter den Tisch.

Hier muß die Leitung grundsätzlich einen Riegel vorschieben, indem jedes Flugblatt, das im Namen der Organisation oder ihrer Sympathisanten erscheint, zum Schutz gegen derartige „Hämmer" verbindlich kontrolliert wird.

Natürlich kann das aber nur eine Übergangsregelung sein. Das eigentliche Ziel muß sein, das politisch-ideologische Niveau aller Einheiten so zu heben, daß diese ihre politische Arbeit weitgehend selbständig durchführen können.

Ein anderer Fall ist das Auftreten einzelner Sympathisantengruppen des KB auf Wahlveranstaltungen der DKP, das von den Demagogen des Zirkelblocks Heidelberg-Bremen weidlich ausgeschlachtet worden ist (vgl. „Wahrheit", Nov. 72 und „Neues Rotes Forum", 4 - 5/72).

Diese Genossen erhoben - statt die revisionistische Politik der DKP zu kritisieren – gegen die DKP im wesentlichen bloß den Vorwurf, sie würde mit ihrer selbständigen Kandidatur der SPD Stimmen wegnehmen. Mit dieser flauen Argumentation wurden sie von den Revisionisten natürlich an die Wand gespielt.

Den Flensburger Genossen gelang es, zu den Neuwahlen entscheidend an der Schaffung einer breiteren Aktionseinheit mitzuwirken. Die Basis dieser Aktionseinheit waren fünf betriebliche Komitees, mehrere Oberschüler-Komitees, zwei kirchliche Jugendkreise.

„Der KB/Flensburg half maßgeblich bei der Organisierung von Arbeiter- und Schülerkomitees, in denen ca. 200 Menschen organisiert waren – aber er verzichtete bis gegen Ende des Wahlkampfes auf eine eigenständige Agitation, die wesentlich über die politische Plattform der Komitees hinausging" (aus dem Artikel „Die Leitungstätigkeit und den Arbeitsstil verbessern!" in UNSER WEG 18).

Aus dem Bericht der Kieler Genossen zum Wahlkampf geht hervor, daß „bei manchen Genossen politisch-ideologische Unsicherheiten und Schwächen" aufgetreten sind.

„. . . die Wurzel all dieser Fehler liegt . . . im mangelnden politisch-ideologischen Niveau, in der unentwickelten Selbständigkeit jedes einzelnen Genossen begründet. Hier wird man auch den Hebel ansetzen müssen . . . Einmal mehr erweist es sich als brennend notwendig, schleunigst die lebendige politisch - ideologische Auseinandersetzung in allen Einheiten unserer Organisation anzukurbeln und diese anzuleiten . . ." (aus dem Bericht der Kieler Genossen).

Die Kieler Genossen berichteten weiter, daß es in der Gruppe vereinzelt „gefährliche Illusionen über die von uns im Wahlkampf zu erzielenden Erfolge" gegeben hätte.

„Kurzfristig lassen sich die Resultate politisch-ideologischer Arbeit jedoch nicht messen; kurzfristig läßt sich nur auswerten, ob es unseren Genossen gelungen ist, die Positionen des KB (vor allem prinzipielle Kritik gegen SPD und Jusos) überzeugend zu vertreten. Wenn kurzfristig Erfolgsbilanzen erwartet werden, so muß die Resignation auf dem Fuße folgen, letzten Endes gar das Vertrauen in den Massen verloren gehen. . ." (aus dem Bericht).

Die Lübecker Genossen gaben sich große Mühe, in einer Aktionseinheit mitzuarbeiten, die wesentlich von Jusos und DKP beherrscht wurde, in der aber sogar die „KPD/ML" („Roter Morgen") auftauchte. Leider scheinen die Genossen allzu sehr darauf versessen gewesen zu sein, bei den anwesenden Individuen von Jusos, DKP etc. einen möglichst „guten Eindruck" zu hinterlassen, etwa nach dem Motto „Wir sind in Wahrheit gar nicht so, und so wie die „KPD/ML" sind wir erst recht nicht". So wurde sogar die korrekte Benennung der Faschisierung im Zusammenhang mit F. J. Strauß zurückgezogen.

Die Genossen in Lübeck scheinen noch einige Illusionen bezüglich der DKP zu haben, die wir vor etwa zwei Jahren auch in Hamburg noch hatten. Wir meinten damals, wir müßten nur genügend unsere Bereitschaft zur Aktionseinheit hervorheben, das würden dann die „ehrlichen Genossen" in der DKP schon einsehen, und der „Schwarze Peter" würde schließlich bei der DKP-Führung liegen.

Heute können wir sagen, daß wir der DKP-Führung wohl ein rundes Dutzend von Angeboten zu gemeinsamen Aktionen gemacht haben. Das höchste, was wir damit überhaupt erreichten, war, daß wir einmal bis ins Sekretariat des Landesvorstandes „vordringen" konnten. Dort wartete freilich kein Mitglied des Landesvorstandes (was uns vorher ausdrücklich zugesagt worden war), sondern eine Sekretärin, die nur zur Entgegennahme eines Schreibens bereit war. Wohlgemerkt, das war schon das „höchste".

In all diesen Fällen hat sich die DKP-Führung 100%ig als Spalter entlarvt (aber vor wem?), hat sich bodenlose Unverschämtheiten geleistet (zuletzt die Ansetzung einer Vietnam-Demonstration genau gleichzeitig mit unserer und in nur etwa fünf Minuten Entfernung); es hat sich auch gezeigt, daß zu unseren Aktionen heute schon mehr Menschen kommen als zur DKP (was auf nationaler Ebene auch ein Vergleich der zentralen Vietnam-Demonstrationen in Bonn und Dortmund zeigt). All das – und doch fast ohne jedes sichtbare Ergebnis. Die „ehrlichen Genossen" in der DKP haben das alles geschluckt. Manche sind so „ehrlich" wie ein ziemlich „prominenter" Genosse der DKP in Hamburg: im Privatgespräch zeigte er sich „sehr angetan", „man müßte doch mal über alles miteinander sprechen" usw. Danach ließ er nichts mehr von sich hören, auch auf unser „Nachbohren" hin nicht.

Natürlich kämpfen wir auch gegenüber der DKP um jeden Genossen. Aber wir müssen feststellen, daß es sich nicht lohnt, dem Revisionismus auch nur ein Schrittchen entgegen zu gehen in der Hoffnung, bei irgendeinem „ehrlichen Genossen" dadurch Vorurteile abzubauen, Sympathien zu gewinnen etc. – Diese Kritik gilt übrigens erst recht für die Heidelberger Genossen vom NRF, die als Initiatoren der Bonner Vietnam-Demonstration den Revisionisten förmlich in den Arsch krochen, um zu einer Vereinbarung zu gelangen. Offenbar sind auch in diesem Fall gigantische Erwartungen angelegt, wie schön man nun aber den Revisionisten den „Schwarzen Peter" zuschieben kann, weil man sie ja „völlig entlarvt" hat.

Wir haben manchmal Überraschungs-Effekte bei DKP-Genossen erreicht, die dann im ersten Moment sehr freundlich und diskussionsbereit erschienen, um später nichts mehr von sich hören zu lassen. Das liegt zum einen an der mörderischen Hetze, die innerhalb der DKP gegen uns entfaltet wird. Etwas ähnliches haben wir auch festgestellt, nachdem in Bremen – Sitz des KBB – zweimal der ARBEITERKAMPF von Genossen verkauft worden ist. Sie wurden da von KBB-Genossen angesprochen, die tolle Vorstellungen über den Inhalt unserer Politik hatten; es stellte sich dann regelmäßig heraus, daß sie überhaupt noch keinen ARBEITERKAMPF gelesen hatten, sondern ihre „Weisheiten" samt und sonders aus der Hetze, die die KBB-Führer in ihrer Organisation gegen uns betreiben.

Zum zweiten müssen wir feststellen, daß bei vielen „ehrlichen Genossen" der DKP die „These 41" (Verbot der Aktionseinheit mit „Maoisten" etc.) und eine falsch verstandene Disziplin stärker wirken als selbst guter Wille und bessere Einsicht. Wenn es überhaupt in einzelnen Fällen gelungen ist, zur solidarischen Zusammenarbeit mit Genossen der DKP zu kommen, dann immer durch langfristige Arbeit, vor allem im Betrieb. Auch hier wäre es falsch, irgendwelche Erfolge auf kurze Sicht zu erwarten, und zugunsten der erhofften Erfolge auch nur die geringste Konzession an den modernen Revisionismus zu machen.

Gehen wir nun auf ein anderes Beispiel ein, das zumindest in zeitlicher Verbindung mit dem Wahlkampf und der „Merck-Linie" in der Hamburger Gruppe auftrat: nämlich der Eintritt einzelner Genossen in die SPD.

Zumeist war der Wunsch nach „Absicherung" der Grund. Genossen, die z.B. im Betrieb gute Arbeit machten und schon in die Schußlinie reaktionärer Betriebsratsfürsten der SPD geraten waren, hofften, sich durch einen Eintritt in die SPD „abzusichern". In anderen Fällen war man der Meinung, durch Eintritt in die SPD etwas über die Betriebsarbeit dieser Partei zu erfahren, politischen Einfluß zu nehmen u.a.m.

Dieses Vorgehen erfolgte z.T. auf Initiative, zumindest mit Zustimmung von Genossen der Leitung. Diese Linie wurde noch vor den Wahlen korrigiert, die betreffenden Genossen sind wieder aus der SPD ausgetreten.

Es handelte sich offenbar um eine Form des Opportunismus, die die Verbotsdrohung der Bourgeoisie gegen die Kommunisten hervorbringt. Einige Genossen waren kurzfristig tatsächlich der Meinung, man könnte sich vielleicht in der SPD „verstecken", gar „Fraktionsarbeit" dort machen.

Allgemein läßt sich dazu folgendes sagen: wenn ein Genosse im Betrieb schon „unangenehm aufgefallen" ist, dann wird ihm auch der Eintritt in die SPD nichts mehr nützen. Wenn er sich dort nicht „anpaßt", werden seine Schwierigkeiten nur noch schlimmer werden. Der Eintritt in die SPD wird nur Verwirrung bei den Kollegen stiften, die ja den Genossen als ehrlichen Kämpfer kennengelernt haben, „und der geht jetzt zur SPD". Wem würde es nützen, wenn unsere Genossen vor den Kollegen in der Maske linker SPD-Mitglieder erscheinen? Die Antwort liegt auf der Hand!

Der Wahlkampf und auch die Episode mit den SPD-Eintritten können für die Organisation zu einer „Fundgrube" nützlicher Lehren werden. Allerdings bedeutet das Erkennen eines Fehlers nicht auch schon seine Überwindung. Es kommt vor, daß Fehler in der Theorie „völlig begriffen" sind, während sie in der Praxis in veränderter Form doch wieder auftauchen. Die Überwindung dieser Fehler wird längere Zeit in Anspruch nehmen.

Leitungsschwächen systematisch überwinden

Wenn mitunter einzelne Genossen, Einheiten oder gar Bereiche vorübergehend „aus dem Tritt" geraten, dann hängt das wesentlich auch mit Schwächen der Anleitung zusammen.

Nehmen wir das Beispiel des Wahlkampfes" 72. Daß es Neuwahlen geben würde, zeichnete sich schon im Mai, ein gutes halbes Jahr vor dem endgültigen Termin ab. „An sich" hätte also eine relativ lange Zeit für eine gründliche Vorbereitung unseres Eingreifens in den „Wahlkampf" gegeben sein müssen. Dennoch wurde diese Zeit nur unvollkommen genutzt.

Zwei wesentliche Aufgaben, die sich die Leitung zu den Neuwahlen gestellt hatte, wurden nicht erfüllt. Das war zum ersten die Auswertung der Stellungnahmen, die auf Initiative der Leitung von fast allen Einheiten der Organisation (insgesamt 66 Berichte) zu unserem Eingreifen bis Anfang August vorlagen. Im ARBEITERKAMPF 21 hatte die Leitung angekündigt: „Gestützt auf die aus der breiten Aussprache gewonnenen Einschätzungen und Vorschläge, die jetzt von der Leitung zusammengefaßt und in die Organisation zurückgetragen werden, wird der Kommunistische Bund mit größter Einheitlichkeit und Zielbewußtheit (!) zu den Bundestagsneuwahlen eingreifen. Die breite Aussprache erlaubt zugleich, politisch-ideologische Schwächen in einzelnen Grundeinheiten zu erkennen und in der Anleitungstätigkeit zu überwinden." (S.11)

Das war „an sich" ein ausgezeichneter Plan. Tatsächlich aber wurden diese Berichte so gut wie gar nicht ausgewertet, oder jedenfalls nur in praktischer Hinsicht (Aufnahme bestimmter Vorschläge zu Aktionsformen) und nicht politisch-ideologisch.

Mit der breiten Aussprache zu den Neuwahlen in allen Einheiten der Organisation (deren Ergebnis dann die Berichte waren), hatte die Leitung eine sehr gute Initiative ergriffen, die keine auch nur annähernde Parallele bei anderen kommunistischen Organisationen der BRD hat. In keiner Organisation ist das Eingreifen zu den Neuwahlen so breit vorher diskutiert worden wie im Kommunistischen Bund. Daß eine politische Entscheidung von der ganzen Organisation so ausführlich diskutiert wurde, war im Grunde überhaupt etwas Neues in der kommunistischen Bewegung in der BRD.

Leider muß man aber feststellen, daß solche ausgezeichneten Initiativen verpuffen, wenn sie von der Leitung nicht genutzt werden, um die gesamte Arbeit organisatorisch-praktisch und politisch-ideologisch voranzubringen. Wenn die Leitung mit den Berichten der Einheiten nichts anzufangen weiß, muß bei den Genossen der Eindruck entstehen, sie hätten ihre Berichte bloß für den Papierkorb geschrieben. Das dämpft die Bereitschaft, in Zukunft noch einmal in derselben Weise zu diskutieren, Berichte zu schreiben usw. (was ja für die Genossen der Grundeinheiten auch beträchtliche Arbeiten mit sich bringt).

Das zweite, was die Leitung geplant hatte, war die Erarbeitung einer Broschüre zum „Wahlkampf" (für den Massenverkauf bei Veranstaltungen der bürgerlichen Parteien usw.). Diese Broschüre sollte die Funktion des Parlamentarismus und der Wahlen im bürgerlichen Staat beleuchten, sie sollte eine Einschätzung der Parteien enthalten, und die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse sollte propagiert werden. Ein detaillierter Arbeitsplan zu der Broschüre war schon in der Leitung diskutiert worden; das Projekt scheiterte jedoch schlichtweg daran, daß kein geeigneter Genosse „Zeit" hatte, um das Schreiben der Broschüre zu übernehmen.

Schließlich konnte auf dieser Basis zunächst auch die Absicht nicht realisiert werden, nach den Wahlen die Erfahrungen während des „Wahlkampfs 72" zu sammeln und auszuwerten. Eine solche Auswertung wäre aber „an sich" erforderlich, damit die ganze Organisation systematisch aus den Erfolgen und Fehlern der Vergangenheit lernen kann. Hier ist allerdings anzumerken, daß eine solche Auswertung mit einiger Verspätung gegenwärtig vom „Wahlausschuß" (der unser Eingreifen direkt anleitete), vorgenommen wird.

Nehmen wir nun ein anderes Beispiel, nämlich das Berichtswesen allgemein. Schon vor längerer Zeit wurde von der Leitung die Notwendigkeit grundsätzlich erkannt, ein funktionierendes, d.h. kontinuierliches und systematisches Berichtswesen von oben nach unten und von unten nach oben in der Organisation in Gang zu bringen: zum einen muß die Leitung stets genau informiert sein, was in der Organisation vor sich geht. Und zwar nicht auf der Ebene von mehr oder weniger zufälligen Gesprächen, die dieser oder jener Genosse der Leitung hier oder dort führt und bei denen manchmal große „Überraschungen" zu Tage kommen; sondern eben auf der Ebene eines verbindlichen Berichtswesens. Und zum anderen müssen natürlich alle Genossen wissen, was die Leitung tut und was in der Organisation allgemein vor sich geht (wir brauchen hier nicht auf die Frage einzugehen, daß natürlich nicht jede Tätigkeit, z.B. in der Betriebsarbeit, sich dazu eignet, in allen Einzelheiten schriftlich protokolliert oder gar öffentlich bekannt gemacht zu werden).

Deshalb wurde vor etwa einem halben Jahr der Beschluß gefaßt, „das Berichtswesen anzukurbeln". Von den Einheiten kamen auch eine Reihe von Berichten, jedoch wurden diese wieder nicht von der Leitung insgesamt, (sondern jeweils nur von einzelnen Genossen) ausgewertet, so daß relativ wenig aus der Leitung in die Einheiten und Bereiche zurückgetragen wurde. Das führte natürlich dazu, daß die Berichte mit der Zeit spärlicher wurden.

Auf der anderen Seite wurde von der Leitung diskutiert, welche Themen sie zum Gegenstand von Rechenschaftsberichten machen müßte. Klar war auch, daß negative Formen von „Rechenschaftsberichten" vermieden werden müßten; so haben die Münchner „Arbeiterbasisgruppen" (ABG) einen „Rechenschaftsbericht" veröffentlicht, in dem statt konkreter Arbeitsberichte im wesentlichen bloß allgemeine Loblieder auf das Wachstum und die Stärke dieser Gruppe, die ungeheure Weisheit und Korrektheit ihrer Führer usw. zu finden waren.

Nachdem diese Grundsätze geklärt waren, wurden Arbeitsgebiete auf einzelne Genossen verteilt und ein bestimmter Termin für die Vorlage der Berichte festgelegt. Indessen zeigte

Forts. nächste Seite

sich, daß aus „Zeitmangel" zum festgelegten Termin absolut n i c h t s vorlag. Der erste Bericht, der dann fertiggestellt werden konnte, berührt einen Randbereich unserer Organisation, nämlich die Stadtteil- und Vertriebsarbeit (abgedruckt in UNSER WEG 18). Ein weiterer Bericht steht kurz vor der Fertigstellung; er soll die überregionale Arbeit des Kommunistischen Bundes behandeln. Die Berichte über diejenigen Bereiche, die den Schwerpunkt unserer Arbeit bilden, d.h. in erster Linie die Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft, stecken bisher noch in den Anfängen. Obwohl also grundsätzlich und „an sich" die Notwendigkeit der Erarbeitung dieser Berichte von der Leitung schon vor mehreren Monaten erkannt worden ist, kommt die Arbeit bestenfalls schleppend voran.

Was sind nun die Ursachen solcher Leitungsschwächen? Allgemein gesprochen erscheint in der Regel „Zeitmangel" als Ursache. Die Leitungsgenossen haben zu der allgemeinen Arbeit jeweils noch speziell zwei „Bereiche" unserer politischen Arbeit direkt persönlich anzuleiten (ein „Bereich" ist z.B. die Betriebsarbeit Metall, Druck, Hafen usw. oder auch Außenkontakte, Technik u.a.m.). Dazu kommt die Zeitungsarbeit, die von der Leitung insgesamt diskutiert wird und an der einige Genossen regelmäßig direkt teilnehmen.

Dieser Zustand führt dazu, daß die Genossen der Leitung durch den „Alltagskram" so überlastet sind, daß grundsätzliche, längerfristige Aufgaben immer wieder „auf die lange Bank" geschoben werden.

Eine 'zweite Linie' aufbauen und das Niveau der ganzen Organisation heben!

Es erweist sich immer wieder, daß für die zentrale Anleitungstätigkeit ein allzu kleiner Kreis von Genossen zur Verfügung steht. Das ist in doppelter Hinsicht gefährlich. Zum einen erlaubt dieser Zustand uns nicht, e n t s c h e i d e n d e Fortschritte in der organisatorisch-praktischen und politisch-theoretischen Arbeit zu machen. Zum anderen wird die Aufgabe vernachlässigt, r e c h t z e i t i g den Aufbau einer „zweiten Linie" durchzuführen. Unter „zweiter Linie" verstehen wir, daß im Falle einer Illegalisierung (Verbot) unserer Organisation genug qualifizierte Genossen vorhanden sind, die an die Stelle von verhafteten usw. Leitungsgenossen treten könnten.

Heute muß man davon ausgehen, daß die anleitenden Genossen dem Staatsapparat im wesentlichen bekannt sind. Ihre Ausschaltung wäre relativ leicht. Beim gegenwärtigen Zustand der Organisation ist schwer vorstellbar, daß nötigenfalls sofort eine „zweite Linie" an Stelle der jetzigen Leitungsgenossen treten könnte.

„Bis Mitte 1935 waren von 422 führenden Funktionären der KPD mehr als die Hälfte – 219 – verhaftet; in einigen Bezirken waren von März 1933 bis April 1935 bis zu a c h t Leitungen nacheinander tätig..."
(nach „KAB-Revisionismus-Kritik 3", S.4).

Wir gehen zwar nicht davon aus, daß eine faschistische Zerschlagung der Arbeiterbewegung oder auch nur die totale Unterdrückung der Kommunisten u n m i t t e l b a r bevorsteht. Selbst in der CDU scheinen noch immer die Kräfte zu überwiegen, die eine Neuauflage des KPD-Verbots zum jetzigen Zeitpunkt für „taktisch ungeschickt" halten. Dennoch wäre es höchst gefährlich, sich in einer falschen Sicherheit zu wiegen.

Die kommunistischen Organisationen sehen sich heute schon dem Angriff des Staatsapparats gegenüber, die Freiheit der politischen Arbeit in wesentlichen Punkten – nämlich gerade in der Propagierung der sozialistischen Revolution – einschneidend und zu begrenzen. Davon zeugt eine Reihe von Prozessen, die u.a. gegen die Führer der „KPD/ML"s („Roter Morgen" und „Rote Fahne") eingeleitet worden sind.

Es ist naheliegend, daß der Staatsapparat uns auf seine Absichten nicht einige Monate vorher sozusagen vorbeugend hinweist, sondern diese Maßnahmen können v o n h e u t e a u f m o r g e n kommen, ebenso wie das Verbot der palästinensischen Organisationen GUPS und GUPA.

Daher gilt es, schon jetzt die wesentlichen Voraussetzungen zu schaffen, um einem solchen Schlag stand zu halten. Wenn wir eine längere Zeit „legaler" politischer Arbeit noch vor uns haben – umso besser! Wenn aber in relativ kurzer Zeit schwerere Schläge kommen sollten, so müssen wir auch darauf vorbereitet sein.

Deshalb ist der Aufbau einer „zweiten Linie" in doppelter Hinsicht wichtig: sowohl zur Konsolidierung unserer politischen Arbeit in der Gegenwart wie auch als Absicherung dieser Arbeit für härtere Zeiten in der Zukunft.

Zur Heranziehung eines größeren Kreises von Genossen zur Leitungstätigkeit sind die ersten Schritte getan worden. Einer dieser Schritte ist die Schaffung der „Erweiterten Leitung", d.h. die Heranziehung von Genossen aus den Bereichen der Betriebsarbeit zu Leitungssitzungen. Ein anderer Schritt ist die systematische Heranziehung von Genossen zur Redaktionsarbeit am ARBEITERKAMPF, die sich im gegenwärtigen Stadium auf bestimmte Arbeitsgebiete spezialisieren. In diese Arbeit sind eine Reihe von Genossen einbezogen worden, die bisher nicht an unserer Presse-Arbeit teilgenommen haben.

Die bisherige Arbeit hat schon eine Reihe von „schlummernden Talenten" ans Licht gebracht. „An sich" ist auch schon längst klar gewesen, daß es in unserer Organisation, die allein in Hamburg mehrere hundert Mitglieder hat (abgesehen von den Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF und den Sympathisanten im studentischen Bereich, die eine weitere „Reserve" sind), sehr viele solcher „schlummernden Talente" gibt. Allerdings kommen diese Genossen nicht im Selbstlauf zu verantwortlichen Tätigkeiten in der Anleitung, in der Presse-Arbeit etc. In der Regel ist es nötig, diese „schlummernden Talente" erst einmal zu „wecken", und diese Arbeit muß noch sehr oft direkt von Genossen der Leitung übernommen werden. Dabei hat sich gezeigt, daß einige Arbeit von Seiten der Leitung investiert werden muß, um Genossen zu fördern. Manchmal ist es so, daß am Anfang mehr an Arbeit von Seiten der Leitungsgenossen hineingesteckt werden muß als nachher an konkreten Ergebnissen herauskommt. Das hat in der Vergangenheit mitunter zu Tendenzen bei einigen Genossen der Leitung und der Redaktion geführt, aus Bequemlichkeit die Flinte ins Korn zu werfen und die entsprechende Sache lieber gleich selbst zu machen, statt andere Genossen aus der Organisation an dieser Arbeit zu qualifizieren. Eine solche Haltung ist natürlich kurzsichtig, weil sie in der Konsequenz die gegenwärtigen Elemente von Handwerkelei verewigen würde.

Eine weitere große „Reserve", die bisher noch längst nicht genügend genutzt worden ist, sind die KB-Gruppen außerhalb von Hamburg. Das naturwüchsige Schwergewicht der Hamburger Gruppe innerhalb des Kommunistischen Bundes hat zeitweilig zu einer Vernachlässigung der anderen Gruppen geführt. In dieser Zeit war die Linie vorherrschend, daß „in Hamburg das Kind schon geschaukelt wird". Tatsächlich hat sich aber gezeigt, daß die Leitung in Hamburg vor der Aufgabe weitgehend v e r s a g t hat, die politische Arbeit der gesamten Organisation zentral anzuleiten. Ein Schritt zur Überwindung dieses Zustandes ist die Bildung der „Zentralen Regionalkommission" des KB im Spätsommer 1972. Die ZRK hat die Aufgabe, unter direkter Anleitung der Leitung die Vorbereitung einer wirklich zentralen Leitungstätigkeit innerhalb des Kommunistischen Bundes in Angriff zu nehmen (zu diesem Thema: „Die Leitungstätigkeit und den Arbeitsstil verbessern!" in UNSER WEG Nr. 18).

Außerdem sind Schritte eingeleitet, um die Gruppen und Genossen außerhalb von Hamburg stärker zur Mitarbeit an unseren Zeitungen heranzuziehen (Betriebsberichte, Diskussionsartikel etc.).

Neben der gezielten Qualifizierung einzelner Genossen an bestimmten Arbeiten gilt es, die Organisation insgesamt politisch-theoretisch voranzubringen. Dazu gehört neben der Verbesserung und Systematisierung der Schulung auch das Übernehmen von Untersuchungsarbeiten durch Genossen aus den Grundeinheiten und Bereichen. Diese Untersuchungsarbeiten werden zunächst im engeren Arbeitsbereich der Genossen angesiedelt. So z.B. Fragen der Jugendpolitik (Ausbildung), Rationalisierung (im Arbeitsbereich der Genossen), Lohnsysteme, „Arbeitsplatz-Gestaltung" etc. Längerfristig geht es darum, den Genossen der Grundeinheiten und Bereiche auch Aufgaben außerhalb ihres engeren Arbeitsgebietes zu stellen, um eine a l l s e i t i g e Weiterentwicklung zu erreichen. Heute haben sich z.B. schon Genossen aus einem bestimmten Bereich die Aufgabe gestellt, über den Zusammenhang von Opportunismus und Illegalität zu arbeiten, d.h. welche Formen des Opportunismus die Illegalität der Arbeiterorganisationen hervorbringt (untersucht wird das Sozialisten-Gesetz Bismarcks, die Stolypinsche Reaktion in Rußland und das KPD-Verbot von 1956).

Es liegt auf der Hand, daß von der Inangriffnahme von Untersuchungsarbeiten durch die Genossen aus den Einheiten und Bereichen auch unsere gesamte Zeitungsarbeit „profitiert". Das hat sich im ARBEITERKAMPF zuletzt u.a. im Artikel zum Chemie-Gewerkschaftstag niedergeschlagen.

Natürlich „profitieren" auch die Betriebs- und Branchenzeitungen davon, wenn mehr konkrete Untersuchungsarbeit in den Einheiten und Bereichen geleistet wird.

In einem Bereich ist es z.B. vorgekommen, daß die betreffende Branchen-Zeitung im Wesentlichen vom anleitenden Genossen, einem Mitglied der Leitung, geschrieben wurde. Als der Genosse wegen anderer Arbeiten aus der Branchen-Zeitung „ausstieg", entschlummerte diese erstmal sanft. In anderen Bereichen führt mangelnde Untersuchungsarbeit mitunter dazu, daß in wichtigen Situationen (Tarifkampf) noch schnell etwas „zusammengedonnert" wird, während bei gründlicherer Vorbereitung politisch sorgfältiger gearbeitet werden könnte.

Nicht alles schlucken - und selbst mit anpacken!

Vor allem für die Presse-Arbeit des KB wirkt es sich negativ aus, daß der größere Teil der Organisation gegenüber ARBEITERKAMPF und UNSER WEG immer noch die Haltung des passiven Konsumenten einnimmt, der sich von den wenigen Genossen der Redaktion abfüttern läßt.

Der Inhalt unserer Zeitungen wird weitgehend geschluckt, als wäre er wirklich in jedem Fall „der Wahrheit letzter Schluß".

Wenn unsere Zeitungsarbeit erfolgreich sein soll, dann ist es unbedingt notwendig, daß die Genossen der Redaktion durch die g e s a m t e Organisation unterstützt werden. Das können eigene Beiträge sein, Ergänzungen und Kritik zu bestimmten Artikeln usw. Für die Redaktion (und auch für die Leitung) ist es ebenso eine Hilfe, wenn sie ein Protokoll darüber erhalten, wie in einer bestimmten Einheit mit einem bestimmten Artikel gearbeitet worden ist.

Es ist doch eine bemerkenswerte Erscheinung, daß die Redaktion des ARBEITERKAMPF die meisten schriftlichen Kritiken zu einem Thema erhalten hat, das wirklich am Rande unserer Arbeit liegt. Das war der Artikel über die Aktion palästinensischer Revolutionäre während der Olympischen Spiele in München 72; es ging um die Frage, ob wir die Aktionen ausländischer Gruppen „verurteilen" können oder nicht (vgl. dazu AK 22 und 23). Da die Stellung des Kommunistischen Bundes zum individuellen Terror längst klar ist, war die in AK 22 und 23 aufgegriffene Frage wirklich zweitrangig, berührte kaum den Inhalt unserer Arbeit. Gerade diese Frage hat aber offenbar die Gemüter mehr beunruhigt als z.B. die grundsätzlichen drei Artikel zum Faschismus, die drei Artikel zur SPD und die Auseinandersetzung mit den Zirkelblock-Führern aus Heidelberg und Bremen.

Natürlich ist es besser, wenn Genossen so eine nebensächliche Frage zum Gegenstand von Kritik machen, als wenn überhaupt a l l e s , was im ARBEITERKAMPF steht, passiv „geschluckt" wird. Aber es ist immer noch eine negative Erscheinung, wenn Nebenfragen in den Mittelpunkt der Kritik gestellt werden, während die Redaktion zu grundsätzlichen Fragen kaum ein Echo aus der Organisation hat.

Eine „gegensätzliche" Erscheinung ist, daß manche Genossen, wenn es Mißerfolge gibt oder sie mit etwas nicht einverstanden sind, die Schuld automatisch allein bei der Leitung und der Redaktion suchen. Das ist aber nur die andere Seite der Medaille zur Tendenz „Alles schlucken". Beide Haltungen entspringen der Mentalität des passiven Konsumenten.

Da beschwert sich z.B. ein anleitender Genosse aus einem Bereich unserer Betriebsarbeit, daß im ARBEITERKAMPF zu wenig Betriebsberichte zu finden sind. Als ob die Redaktion nicht heilfroh wäre, wenn sie gute Betriebsberichte, wie z.B. den der Kieler Genossen über den Streik bei HDW, erhält. Leider ist es aber immer noch sehr schwer, solche vorbildlichen Berichte zu erhalten, in denen Fragen kommunistischer Arbeit im Betrieb etc. grundsätzlich und am konkreten Beispiel beleuchtet werden. – Geradezu grotesk wird diese Geschichte dadurch, daß die Branchenzeitung im Bereich dieses Genossen seit mehr als zwei Monaten nicht mehr erschienen ist.

Auch im studentischen Bereich haben wir die Erscheinung, daß es relativ leicht ist, von manchen Genossen „vernichtende Kritiken" am ARBEITERKAMPF zu hören, während es ziemlich schwer ist, brauchbare Beiträge für die Zeitungsarbeit zu erhalten.

Insgesamt läßt sich sagen, daß viele Genossen immer noch ein falsches Verhältnis zur Leitung und zur Redaktion haben. Sie betrachten diese sozusagen als eine Art Fußball-Team o.ä., dessen Spiel sie von der Tribüne aus mit Beifall oder gelegentlich auch mit Pfiffen verfolgen. Wichtig ist, daß a l l e Genossen selbst „mitspielen", selbst mit anpacken – sonst wird die Sache nicht vom Fleck kommen. ■

Maulkorb im Betrieb

Am 29. Dezember vorigen Jahres fand beim Arbeitsgericht Wetzlar ein Prozeß statt, den die 22-jährige Arbeiterin Karin Ostersetzer gegen die Firma Philips führt. Die Firma hat sie im letzten Oktober aus politischen Gründen entlassen, Karin O. klagte auf Wiedereinstellung. Sie gewann ihren Prozeß, der Kapitalistenverband, der die Interessen der Firma Philips wahrnimmt, hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Worum ging es? Karin O. hatte auf einer Betriebsversammlung im August das Wort ergriffen. Sie nannte dabei die Firma Philips u.a. einen „Schinderbetrieb mit mörderischen Akkorden". Über diesen Beitrag der Kollegin auf der Betriebsversammlung berichtete Anfang Oktober der „Rote-Leitz-Arbeiter"; das ist eine Zeitung, die von einer „KPD/ML" bei der Firma Leitz (also nicht bei Philips selbst) verteilt wird.

Die Firma Philips nahm den Artikel im „Roten Leitz-Arbeiter" zum Vorwand, um die Kollegin zu kündigen. Zuerst hieß es, sie sei die Verfasserin des Artikels. Als die Kapitalisten damit nicht durchkamen, wandten sie sich gegen das Grundrecht der freien Meinungsäußerung überhaupt. Mit ihren freimütigen Worten auf der Betriebsversammlung habe Karin O. „den Interessen des Arbeitgebers zuwidergehandelt". Dazu kam, daß die Kollegin zwar bestritt, den Artikel im „Roten Leitz-Arbeiter" geschrieben zu haben; sie war aber auch auf Druck der Geschäftsleitung nicht bereit, sich von dem Artikel zu „distanzieren".

Kollegin Karin, deren Rechtsvertretung die Gewerkschaft übernommen hat, hat im ersten Prozeß Recht bekommen. Das ist aber alles andere als ein endgültiger Sieg. Das geltende bürgerliche Arbeits„recht" gibt den Kapitalisten sehr viele Möglichkeiten, um kämpferischen Arbeitern ein Bein zu stellen. W i e aber letzten Endes der Prozeß auch ausgehen wird: sie hat wahrscheinlich ihren Arbeitsplatz bei Philips verloren und wird es auch sehr schwer haben, nachdem sie beim Kapitalistenverband einmal auf der „Schwarzen Liste" steht, eine neue Arbeit zu finden. Das zeigt: wenn wir es Einzelnen überlassen, für unsere gemeinsamen Interessen den Mund auf zu machen, dann fällt es den Kapitalisten leicht, diese Kollegen fertigzumachen. „Einen Finger kann man brechen, fünf Finger sind eine Faust!" ■

Zur Strategie der "betriebsnahen Tarifpolitik"

Der Artikel „Zur Strategie der ‚betriebsnahen Tarifpolitik' " ist ein Diskussionsbeitrag der Chemie-Gewerkschaftskommission der Hamburger KB-Gruppe. In fast allen Gewerkschaften wird dieses Thema z.T. sehr breit und heftig diskutiert. Dagegen haben kommunistische Gruppen zu diesem Thema noch fast gar nichts gesagt, was u.a. Ausdruck ihrer allgemeinen politisch-theoretischen Schwäche ist. Auch die DKP schweigt sich zu diesem Thema beharrlich aus. Der KB selbst hat schon zweimal im ARBEITERKAMPF dazu seine grundlegende Position dargelegt (das erste Mal schon vor über einem Jahr), ohne aber schon diesen Komplex in seiner Breite und Tiefe aufzudecken und sich mit anderen z.T. weit in der linken Bewegung Westdeutschlands verbreiteten Auffassungen auseinanderzusetzen. (Vergl. hierzu auch AK 14/Jan. 72: „Texaco-Streik – ‚Betriebsnahe Tarifpolitik'?" und AK 22/Okt. 72: „Heimliche Vorbereitung auf den IG-Chemie-Gewerkschaftstag '72"). Diese Artikel beziehen sich – wie auch dieser wieder – im wesentlichen auf Erfahrungen aus dem Bereich der IG-Chemie, obgleich Auseinandersetzungen darüber in der IG-Metall schon viel breiteren Umfang angenommen haben und bis in die 50iger Jahre zurückreichen.

In den letzten 2 Jahren erlebt das Konzept der „betriebsnahen Tarifpolitik" der Gewerkschaftsführung einen wahren Popularitätsboom. Zumal in der Chemiebranche wurde es nach dem Streik '71 in der Gewerkschaftspresse, auf Betriebsversammlungen und Vertrauensleutesitzungen den Kollegen als das Erfolgsrezept zur Durchsetzung ihrer Forderungen empfohlen. Der Zeitpunkt war günstig, da die Kritik an der Lohnpolitik der IG-Chemie gerade sehr groß war.

Die Propaganda der Gewerkschaftsführer für die „betriebsnahe Tarifpolitik" soll vor allem von der eigenen Rolle, von ihrer kapitalhörigen Haltung und Politik ablenken. Statt dessen wird vor allem die äußere Form der Tarifverhandlungen, die regionale Verhandlungsführung, als „nicht mehr zeitgemäß" in den Vordergrund gespielt.

Das Konzept der „betriebsnahen Tarifpolitik" ist nach eigener Darstellung der Gewerkschaftsführung zwar noch nicht bis ins einzelne durchdacht und festgelegt. Es wird aber jetzt schon als ein in den siebziger Jahren zu verwirklichendes Programm, als „der Schlüssel für die siebziger Jahre" hingestellt.

Gerade „linke" Gewerkschafter und SPD'ler preisen „betriebsnahe Tarifpolitik" als die Möglichkeit, eine „Basiskontrolle" über die Verhandlungen zu erreichen. Als Begründung dient allein die Tatsache, daß die Tarifverhandlungen dann vom einzelnen Betrieb oder Konzern durch „betriebliche Tarifkommissionen" (und nicht mehr regional wie bisher) geführt werden. Mit solchen Schnacks werden vor allem kampfstarke Betriebe geködert, die bisher Anführer von Tarifbewegungen sind. Durch betriebliche Verhandlungsführung soll sich angeblich der Einfluß der Kollegen im Betrieb auf die Verhandlungsführung ungeheuer erweitern.

Bisher ist es so, daß die Gewerkschaftsführung unabhängig von den Kollegen die Verhandlungen mit den Kapitalisten führt und das Lohnergebnis ausmauschelt.

Dagegen mutet es schon recht seltsam an, wenn jetzt die Gewerkschaftsführung selbst ein Rezept vorlegt, mit dem angeblich ihre unumschränkten Entscheidungsbefugnisse zurückgedrängt werden können.

Diese scheinbar fortschrittliche Argumentation soll im Grunde auch nur darüber hinweg täuschen, daß die Gewerkschaftsführung in Wirklichkeit bloß eine endlose Aufsplitterung von Lohnverhandlungen ins Auge gefaßt hat, die allerdings nicht im Interesse der Arbeiter und Angestellten liegen kann.

Während sich die Kapitalisten bereits auf EWG-Niveau gegenseitig „Solidarität" erweisen (z.B. EWG-Lohnleitlinien, EWG-Streikbekämpfung), soll die Kampfkraft der Arbeiterklasse mit dem Mittel der „betriebsnahen Tarifpolitik" noch weiter zersplittert werden.

„Betriebsnahe Tarifpolitik" ist nichts weiter als ein Versuch der Kapitalisten, die Arbeiterklasse „klein" zu halten und breite Lohnkämpfe zu verhindern.

Die Gewerkschaftsführung läßt sich wieder einmal vor ihren Karren spannen.

Der Gewerkschaftstag der IG-Chemie verabschiedete im September '72 einen Antrag des Hauptvorstandes zur „betriebsnahen Tarifpolitik". Wo immer sich die Möglichkeit biete, werde die IG-Chemie Spartentarifverträge, Konzerntarifverträge, Betriebstarifverträge, u.a. anstreben, heißt es darin.

Mit solchen Tarifverträgen soll eine
– bessere Anpassung an die technologische und wirtschaftliche Entwicklung erreicht
– die stärkere Beteiligung von Mitgliedern und Vertrauensleuten bei Lohnkämpfen
– und der Abbau der Differenz zwischen tariflichen und tatsächlichen Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen bewirkt werden.

Ein ähnlich lautender Antrag zur „betriebsnahen Tarifpolitik" wurde bereits auf dem Gewerkschaftstag der IG-Chemie 1969 beschlossen. Stolz konnte Erwin Grützner vom Hauptvorstand daher 1972 berichten, daß die IG-Chemie jährlich 932 (!) Tarifverträge abschließe, wovon ca. 60 Konzern- und Betriebstarifverträge sind.

Wirklich eine stolze Bilanz der Zersplitterung von Lohnverhandlungen!

Der Hauptvorstand hat bisher nur im engsten Kreis seine Vorstellungen zur „betriebsnahen Tarifpolitik" exakt dargelegt. Trotz eindringlicher Nachfragen einiger Delegierter auf dem Gewerkschaftstag '72 und der Warnung, daß durch eine nur betriebsbezogene Tarifpolitik eine breite Solidarität in den Kämpfen der Arbeiterklasse untergraben werde, war der Hauptvorstand nicht bereit, seine Konzeption näher zu erläutern.

Untersuchen wir die drei Argumente der IG-Chemie-Führung, die eine „betriebsnahe Tarifpolitik" rechtfertigen sollen:

Technischer Fortschritt: Für wen?

Durch „betriebsnahe Tarifpolitik" soll angeblich eine „bessere Anpassung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen an die technologische und wirtschaftliche Entwicklung" erreicht werden.

Bereits der Begriff „Anpassung" ist so schwammig, daß er die gegensätzlichen Interessen von Arbeitern und Kapitalisten im Rahmen der „technologischen Entwicklung" verwischt.

Was kommt an „technologischer Entwicklung" auf die Arbeiter und Angestellten zu? Was haben die Kapitalisten vor?

Nach Schätzung der Gewerkschaftsführung werden bis zum Jahre 1980 etwa 10 Millionen Arbeitsplätze durch die „technologische Entwicklung" grundlegend verändert oder verschwinden ganz. Fast die Hälfte aller Kollegen, nämlich jeder 2,5te ist davon betroffen – die Kollegen in der chemischen Industrie in besonderem Maße, da hier der Automationsgrad noch höher als in anderen Branchen ist.

Rationalisierung und Automation sollen sich auf vier Ebenen vollziehen:
1. Die Bereiche der Mechanisierung werden automatisiert. In der Verwaltung wird der Computer-Einsatz und seine Nutzung verstärkt.
2. Die Bereiche von Einzelmaschinen werden durch Vervollkommnung zur Hochmechanisierung übergehen und/oder durch Verbundsysteme zu Maschinenstraßen und in größere Produktionssysteme integriert.
3. Die Bereiche manueller, vorwiegend repetitiver (wiederholender) Arbeiten werden maschinell übernommen. Dabei werden bestehende Organisationsformen umstrukturiert.
4. In allen Bereichen menschlicher Arbeit werden quantitative und qualitative Normen und Leistungsanreize die Arbeitsgrundlagen sein. Die Vielfalt von Methoden zielt einheitlich auf die STEIGERUNG DER ARBEITSPRODUKTIVITÄT."

(Aus „Geschäftsbericht über die Jahre 69-71" des IG-Chemie-Hauptvorstandes).

Durch die unter 1-3 genannten Veränderungen werden Arbeiten, zu denen heute noch eine gewisse Fingerfertigkeit, eine längere Einarbeitungszeit an der Maschine oder sogar eine handwerkliche Ausbildung gehört, entweder ganz wegfallen oder noch stupider, nervlich belastender werden. Im unternehmerfreundlichen Jargon wird das einfach „Qualifikationsüberhang" genannt. Das bedeutet, daß zunehmend qualifizierte Arbeitskräfte durch die wachsende Technisierung der Produktion überflüssig und entweder „rausrationalisiert" werden oder sich mit „einfacherer" Arbeit und Lohneinbußen abfinden müssen.

In der Gewerkschaftspresse wird immer wieder lobend hervorgehoben, daß dank der Technisierung der Produktion „schwere körperliche Arbeit immer weniger" werde, zugunsten von „Überwachungstätigkeiten mit großer Verantwortung" für den einzelnen Arbeiter oder Angestellten.

In welchem Maße schwere körperliche Arbeit im Einzelfall tatsächlich verschwindet, davon können z.B. die Kollegen im „hochautomatisierten" Stahlbetrieb „Hamburger Stahlwerke" (HSW) viel erzählen. Dort müssen die Kollegen zum Teil bei Temperaturen bis zu 60 °C und mehr die Stahlschmelze „überwachen" und auch öfter mal zupacken, wenn ein glühender Stahlstrom aus dem Laufband springt. Die schweren Arbeitsunfälle in diesem Werk sind überdurchschnittlich hoch. (Vgl. hierzu ARBEITERKAMPF Nr. 20, „Der Kampf der ‚Roten Gruppe' ")

Ist es nicht die körperliche Strapaze, dann ist es die grausame Eintönigkeit, die die Menschen kaputtmacht. Die Zahl der Kollegen, die automatische Produktionsprozesse durch „Kontrolle" grüner und roter Lämpchen zu überwachen haben, wird in Zukunft stark anwachsen.

Es ist wohl eine Zumutung, wenn von denen auch noch verlangt wird, sie sollten sich beim Kapitalisten für die „große Verantwortung" bedanken, zehntausendmal am Tag zur richtigen Zeit auf den richtigen Knopf drücken zu dürfen.

Eine ganze Lawine an derartigen Eingriffen in die Arbeitsverhältnisse kommt auf die Arbeiterklasse zu. Sie ist das Ergebnis eines immer rasanteren Tempos der Konzentration des Kapitals.

Die westdeutsche Kapitalistenklasse gräbt die Startlöcher, um in Europa ihre wirtschaftliche Vormachtstellung weiter auszubauen. Die nationalen und übernationelen Unternehmenszusammenschlüsse, die die Konkurrenz in der EWG aus dem Felde schlagen sollen, wachsen fast stündlich. Die Vormachtstellung in der EWG soll für die westdeutsche Kapitalistenklasse das Sprungbrett für die Vormachtstellung in der Welt sein.

Diese Ziele zu erreichen, bedeutet eine scharfe Politik gegenüber der Arbeiterklasse: Durchrationalisierung der Produktion, Reduzierung der Belegschaften auf ein Mindestmaß, Senkung des Lohnniveaus und Steigerung des Arbeitstempos.

Die Kapitalisten wissen, daß die Arbeiterklasse diese Angriffe nicht kampflos hinnehmen wird. Sie suchen – und finden – daher Konzepte und Strategien, wie sie diesen Widerstand möglichst „ungefährlich" halten können. Eines dieser Konzepte ist die „betriebsnahe Tarifpolitik".

Die Kapitalisten spekulieren darauf, daß eine noch stärkere Differenzierung im Lohnniveau und in den Arbeitsbedingungen ein einheitliches Vorgehen der Arbeiter immer schwieriger werden läßt und sie somit mögliche Abwehrkämpfe der Arbeiter von Betrieb zu Betrieb, von Abteilung zu Abteilung leichter „abfertigen" können.

Durch eine betriebsnahe Regelung der Arbeitsbedingungen, der Löhne und Gehälter kann außerdem optimal auf die unterschiedlichen Produktionsbedingungen und die jeweilige Profitlage der einzelnen Monopolkapitalisten eingegangen werden.



Tarifkampf 1971 in der Chemiebranche Demonstration während der Chemiestreiks 1971

Mehr Arbeitsleistung – weniger Lohn

Ein weiterer „Vorteil" der „betriebsnahen Tarifpolitik" soll der „Abbau der Differenz zwischen tariflich vereinbarten und tatsächlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen" sein.

Genau diese Differenz, die Tatsache also, daß die Gewerkschaftsführung die von den Kapitalisten tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter nicht tariflich absichert, sondern die Tarife meist beträchtlich unter den tatsächlich gezahlten Löhnen und Gehältern liegen, wurde von fortschrittlichen Kollegen immer wieder kritisiert.

Darin liegt eine ausgekochte Taktik der Gewerkschaftsführung. Sie läßt den Kapitalisten bewußt einen „eingeplanten Spielraum", damit diese je nach Konjunktur- bzw. Profitlage, je nach Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften und je nach größerer oder geringerer Kampfstärke der Belegschaften Möglichkeiten zu Lohnmanipulationen haben. Dieser „eingeplante Spielraum" wird natürlich auf der anderen Seite auch von den Kollegen kampfstarker Betriebe auszunutzen versucht.

Dem soll nun ein Riegel vorgeschoben werden. Dazu dient eine „betriebsnahe" Festlegung der Löhne und Gehälter und Veränderungen in den Methoden der Entlohnung selbst.

Gerade von den neuen Methoden der Lohn- und Gehalts„findung" errechnen sich die Kapitalisten offenbar mehr Vorteile als vom „eingeplanten Spielraum."

Daher kann die Gewerkschaftsführung jetzt unbekümmert der Forderung „Abbau der Differenz von Effektiv- und Tariflohn" stattgeben.

Durch Veränderungen in den Entlohnungsmethoden sollen Arbeitsabläufe rationalisiert und Arbeitsleitungen intensiviert werden.

Es werden zunehmend
– Personal-, Platz-, Arbeits-, Leistungs- oder Systemanalysen angewendet oder
– Personalbemessungs-, -beurteilungs- oder Personalführungssysteme
– Managementtechniken
– Plan-, Ziel- oder Richtzeiten
– Systeme vorbestimmter Zeiten
– Lohnanreiz- oder Leistungsvergütungssysteme.

Durch derartige Arbeitsbewertungsverfahren werden „Kriterien" festgelegt, die es erlauben, bestimmte Arbeitsplätze künftig in ihrem Lohn herunterzustufen.

Bei den sog. Lohnanreizsystemen findet heute zunehmend eine Umwandlung des traditionellen Akkords statt. Ziel dabei ist, den Einfluß der Arbeiter auf die Bestimmung der Vorgabezeiten zu brechen. Das, was in den Betrieben als „Normalleistung" gilt, und die davon abgeleiteten Vorgabezeiten, spiegelten schon immer den Stand der innerbetrieblichen Machtverhältnisse wider.

Hingegen hat die Verwendung von Kleinst-Zeitverfahren (Systeme vorbestimmter Zeiten: MTM und work factor) den wesentlichen Vorteil für den Kapitalisten, daß die Planzeiten, einmal durch Betriebsvereinbarung oder Tarifvertrag akzeptiert – nicht mehr verhandlungsfähig sind. Für den einzelnen Akkordarbeiter oder die Akkordgruppe ist es auf jeden Fall schwieriger, das ganze System vorbestimmter Zeiten infrage zu stellen, als eine Neuaufnahme per Stoppuhr zu erzwingen.

Der Arbeiter erhält bei dieser Lohnform über einen vereinbarten Zeitraum einen festgelegten Lohn, wenn er ein vorgegebenes Leistungspensum ständig erfüllt. Bleibt er unter dem geforderten Pensum, wird sein Lohn gekürzt. Ist er in der Lage, dauerhaft höhere Leistungen zu bringen, dann kann er einen neuen Lohnvertrag abschließen. Im Unterschied zum traditionellen Akkord führen Mehrleistungen nicht unmittelbar, sondern erst nach Zustimmung des Kapitalisten, zu Mehrverdiensten.

Die Gewerkschaftsführung unterstützt diese Entwicklung zur immer schärferen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft bei gleichzeitiger Lohnsenkung. Sie paßt sich den kapitalistischen Rationalisierungsplänen voll an: „Die Analyse des arbeitenden Menschen – die Personalbeurteilung – liefert die persönlichen Daten und Angaben. Beide – Arbeits- und Personalanalyse – erhöhen den Trend zur analytischen Betrachtung und liefern notwendiges (!) Material für Entlohnungszwecke."

Und: „Der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft führt zu immer größeren Unternehmenseinheiten mit zum Teil sehr heterogenen (unterschiedlichen) Grundlohn/Grundgehaltsstrukturen und -differenzierungen." (Aus Geschäftsbericht des IG-Chemie-Hauptvorstandes, S. 340).

Tja, da haben wir es wohl mit einem Naturvorgang zu tun, ähnlich wie bei einer Sonnenfinsternis. Der „Trend zur analytischen Betrachtung" ist eben da, man muß ihn schon hinnehmen. Kein Wort davon, daß dieser „Trend" ein kapitalistischer ist und nur den Kapitalisten nützt. Statt daß durch den technischen Fortschritt die Arbeit leichter und angenehmer, der Arbeitstag kürzer wird, ist genau das Gegenteil der Fall. Solange der Kapitalismus existiert, wird der technische Fortschritt einseitig von den Kapitalisten ausgenutzt. Erst im Sozialismus kann die Arbeiterklasse die technischen „Verbesserungen und Erleichterungen" zu ihrem Vorteil wenden.

Die Gewerkschaftsführung hat sogar die Stirn zu behaupten, daß durch Arbeitsbewertungsverfahren, durch Lohn- und Gehaltsdifferenzierungen eine „gerechtere" Entlohnung gegeben ist. Das ist rein demagogisch. Die Demagogie liegt darin, daß nur die Arbeiter und Angestellten untereinander verglichen werden. Das Verhältnis von Löhnen und Profiten steht jedoch gar nicht zur Debatte.

So bleibt auch außen vor, daß durch diese Differenzierungen das Lohnniveau insgesamt gesenkt werden soll.

Der Hauptvorstand feiert dementsprechend die derzeit von den einzelnen Bezirken vorgenommene Vermehrung der Lohn- und Gehaltsgruppen als „einen großen Durchbruch in Richtung einer betriebsnäheren Tarifpolitik".

„Betriebsnahe Tarifpolitik" – gegen Solidarität der Arbeiterklasse

„Betriebsnahe Tarifpolitik" ist ein zentraler Programmpunkt der Gewerkschaftsführung für die siebziger Jahre. Sie bedeutet einen weitreichenden Versuch der Zerschlagung der Kampfkraft der Arbeiterklasse.

Die Weichen wurden bereits 1945 gestellt. Aus der Erfahrung des Leidens und der Ohnmacht der Arbeiterklasse unter dem Faschismus gab es damals viele Gewerkschafter, die eine Gewerkschaftsorganisation für alle Arbeiter und Angestellten forderten.

Ein Alptraum für die Kapitalisten: die Arbeiterklasse würde ihnen in einheitlichem Kampf z.B. um höhere Löhne oder soziale Verbesserungen gegenüberstehen. Die Bemühungen um die Bildung einer Einheitsorganisation wurden von den westlichen Alliierten und ihren Agenten zerschlagen. Auch das Prinzip: „Eine Branche – eine Gewerkschaft – ein Kampf" ist zunehmend aufgeweicht worden (vgl.: IG-Chemie schließt jährlich über 900 Tarifverträge ab!). Wichtige Sparten, wie z.B. die Mineralöl-, Kautschuk- (Gummi-), Asbest- oder Kunststoffindustrie, sind schon lange aus den allgemeinen Chemie-Tarifverhandlungen „ausgelagert" worden.

Im Chemiestreik '71 zeigte sich für die Masse der streikenden Kollegen die eigene Schwäche gegenüber den Kapitalisten – ein Ergebnis der Zersplitterungspolitik der Gewerkschaftsführung: Die unwirksame „Nadelstichtaktik" konnte die Kapitalisten nicht erschüttern; die „Schlüsselbetriebe" Bayer, Hoechst und BASF durften nicht mitstreiken. In diesen 3 Konzernen sind allein 1/3 der gesamten Chemiearbeiterschaft konzentriert, etwa 200 000 Kollegen. Ein gewaltiges Potential, das die Kapitalisten durch einen Streik empfindlich hätte treffen können. Das lag jedoch weder im Interesse dieser Konzernherren noch im Interesse der Gewerkschaftsführung, die die kurzfristig aufflackernde Streikbereitschaft eines Teils der Belegschaft bei Bayer oder Hoechst absacken ließ.

Die Belegschaften dieser Betriebe zu „befrieden", ist das Ziel von Kapitalisten und Gewerkschaftsführung seit 1945.

Um Streiks und „Unruhen" auf ein Mindestmaß zu begrenzen, zahlen die Kapitalisten dort übertarifliche Zulagen von 30-50 % (!). Mit Werkswohnungen und Werkskrediten werden viele Kollegen noch enger an das Unternehmen gebunden.

Die Gewerkschaftsführung hat kaum Anstrengungen gemacht, den Aufbau antigewerkschaftlicher (betrieblicher) Vertrauensleutekörper in diesen Konzernen zu verhindern.

Die Aufgaben der „betrieblichen Vertrauensleute" werden von Geschäftsleitung und Betriebsrat festgelegt: Die Vertrauensleute haben die „Verbindung" zwischen Belegschaft und Betriebsführung herzustellen. Sie sind also keine Interessenvertretung der Kollegen, sondern ein verlängerter Arm der Geschäftsleitung. Nach diesem Prinzip waren auch die „Arbeitervertretungen" im Nazi-Reich aufgebaut!

Die Belegschaften dieser Betriebe werden von jeglichen gewerkschaftlichen Kämpfen ausgeschaltet. Z.B. stellt die Gewerkschaftsführung in den jeweiligen Bezirken (Hessen: Hoechst, Nordrhein: Bayer, Rheinland/Pfalz: BASF) derart niedrige Forderungen auf, daß sich aus der Sicht dieser Kollegen ein Kampf dafür „nicht lohnt". Sie bekommen eh seit Jahren weit höhere Löhne.

BASF schlägt gemäß einer Vereinbarung mit der IG-Chemie automatisch 5 % auf jede Tariferhöhung auf.

Was ist das anderes als „betriebsnahe Tarifpolitik" an den strategisch entscheidenden Stellen? Im Gegensatz zu den Illusionen „linker" Verteidiger der „betriebsnahen Tarifpolitik" hat dies jedoch nicht zu einer Steigerung der Kampftätigkeit geführt, sondern zur „Befriedigung" der Belegschaften.

Forts. nächste Seite

Bisher ist es jedenfalls gelungen, die Kollegen in diesen Konzernen als politischen Faktor, als „Anführer" der Gewerkschaftsbewegung auszuschalten.

Betriebe wie Merck/Darmstadt oder Clouth/Köln, die eine gewisse Kampfstärke behaupten konnten, „müssen" im Zuge der Durchsetzung „betriebsnaher Tarifpolitik" ebenfalls als Anführer von Streikbewegungen ausgeschaltet werden.

Die Bedeutung der Großbetriebe für die Entfaltung der Gewerkschaftsbewegung schnitt ein Kollege (Mitglied des Vertrauenskörpers von Merck) auf dem letzten Gewerkschaftstag an.

Er forderte eine Tarifpolitik, bei der sich die gewerkschaftlichen Forderungen bei Tarifverhandlungen an solchen Betrieben orientieren, die an der Spitze der Lohnskala im jeweiligen Bezirk stehen. Ziel müßte sein, allen Kollegen, auch in kleineren Betrieben, die Vorteile zu verschaffen, die in den Großbetrieben erreicht worden sind.

Denjenigen, die ein Geschrei anfangen, weil dann angeblich die kleineren Betriebe pleite machen würden, erklärte dieser Kollege: „Da sollte eiskalt unsere Antwort sein: Wir haben kein Interesse daran, dann eine Konzentration zu verhindern, wenn gleichzeitig unsere Bewegung in diesen Betrieben mitwächst; **denn ich habe kein Interesse an einer Stabilisierung des Kapitalismus, sondern an einer Stärkung der Gewerkschaftsbewegung."**

Er nahm damit eindeutig Stellung gegen eine „betriebsnahe Tarifpolitik", deren Ziel ja gerade die „Anpassung" (d.h. Unterordnung) der Löhne und Gehälter an die Profitlage des einzelnen Unternehmens und die Zersplitterung gewerkschaftlicher Kämpfe ist.

Das „Risiko", das auch von seiten der Gewerkschaftsführung häufig aus der Gespensterkiste gezaubert wird, daß nämlich bei zu hohen Lohnforderungen kleinere Betriebe dicht machen und die Kollegen auf die Straße fliegen, liegt ja nicht am Kampf der Kollegen, sondern ist im kapitalistischen System selbst begründet, d.h. in der Konkurrenz der Kapitalisten untereinander. Die zunehmende Konzentration des Kapitals, in deren Zuge auch immer mehr Kapitalisten aufgeben müssen und Pleite machen, kann nicht durch „Wohlverhalten" der Arbeiter gebremst werden – wie es die Gewerkschaftsführer immer wieder demagogisch unterstellen. Massives und kämpferisches Auftreten der Arbeiterklasse kann dagegen die Gefahr eindämmen, daß die negativen Auswirkungen dieses Prozesses einseitig auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden. Die Möglichkeit dazu wird allerdings durch die weitere Zersplitterung der Arbeiterklasse, wie sie von den Gewerkschaftsführern mit ihrem Konzept der „betriebsnahen Tarifpolitik" anvisiert wird, weiter erschwert.

Eine schlechte Ware will gut verkauft werden

Die Verpackungen, in denen die „betriebsnahe Tarifpolitik" den Kollegen angeboten wird, sind bunt und verführerisch.

Ein „volkstümliches" Argument der Gewerkschaftsführung ist: Der Spatz in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dach. Also: in einem Haustarifvertrag, kann jeder Betrieb angeblich das rausholen, was an Kampfstärke in der Belegschaf[illegible]

Während bei regionalen Verhandlungen – so argumentiert die Gewerkschaftsführung weiter – es immer Betriebe gibt, die nicht mitziehen, und die dann auf das Ergebnis drücken. Erinnern wir uns: im Chemiestreik '71 wurde den Kollegen in Hamburg erzählt, die Streikfront in Hessen bröckele bereits ab, die Kollegen wären nicht mehr streikwillig. Den Kollegen in Hessen wurde erzählt, die Betriebe in Hamburg wollten nicht mehr weiterstreiken. Beides stimmte nicht, sollte aber Unsicherheit verbreiten. Mit dem „Argument" vom „Abbröckeln der Streikfront" bemühte sich die Gewerkschaftsführung dann im nachhinein, den Kollegen den miesen Abschluß zu verkaufen. Es war also gar nicht so, daß die „streikenden" Kollegen das Verhandlungsergebnis gedrückt haben, sondern die verhandelnden Herren Gewerkschaftsführer sind den streikenden Kollegen in den Rücken gefallen.

Bei betrieblichen Verhandlungen soll das aber ganz anders werden.

Das Argument, mit dem gerade fortschrittliche und kritische Kollegen für „betriebsnahe Tarifpolitik" eingefangen werden sollen, heißt: „betriebsnahe Tarifpolitik" ist kämpferische Tarifpolitik, bedeutet mehr Einfluß der Mitglieder und Vertrauensleute auf die Auseinandersetzung mit dem Kapitalisten.

Dieses Argument wird besonders gern von „linken" Gewerkschaftern und SPD'lern vorgebracht.

Sehen wir uns einige wichtige Argumente eines besonders „linken" Vertreters dieser Richtung an.

Eberhard Schmidt, Redakteur „linkssozialistischer" Zeitungen wie „express international" – seit neuestem „Express" – des weiteren Mitarbeiter beim „Sozialistischen Büro" in Offenbach und Autor linkspopulärer Gewerkschaftsbücher wie „Gewerkschaften als Ordnungsfaktor oder Gegenmacht" schreibt:

„Betriebliche Tarifkommissionen, in denen Betriebsratsmitglieder, Vertrauensleute und andere Gewerkschaftsmitglieder vertreten *wären*, *hätten* Forderungen auszuarbeiten, die konkret auf die betriebliche Situation zugeschnitten *wären*, und sie in Zusammenarbeit mit der örtlichen oder regionalen Gewerkschaftsführung durchzusetzen. Sie *wären* darüber hinaus dafür zuständig, die Einhaltung dieser Abkommen zu überwachen." (E. Schmidt, Artikel zur „Betriebsnahen Tarifpolitik" in „Gewerkschaften und Klassenkampf"; Hervorhebungen von uns – Die Red.)

Herr Schmidt benutzt in seinen Ausführungen die Möglichkeitsform wie ein Kind, das träumt: Schön wäre es, wenn ... Nicht umsonst. Herr Schmidt weiß als intimer Kenner der Gewerkschaften genau, daß es hinterher in der Wirklichkeit anders aussieht, daß „Zusammenarbeit mit der ... Gewerkschaftsführung" Unterordnung der Interessen der Kollegen unter die der Kapitalisten bedeutet.



Streik bei Texaco 1971

Die Gewerkschaftsführung überläßt es solchen Träumern und Spekulanten natürlich gern, derartige Illusionen in der Arbeiterklasse zu verbreiten.

Folgen wir den Spekulationen weiter: „Die Beteiligung der Mitglieder an den tarifpolitischen Auseinandersetzungen *wäre* einmal durch die Möglichkeit der wirksamen Kontrolle ihrer Vertreter in der betrieblichen Tarifkommission gesichert (in der Regel Vertrauensleute) und zum anderen verstärkt durch die von den unmittelbaren Befürfnissen und Erfahrungen des einzelnen Arbeiters und Arbeitsgruppe abgeleiteten Forderungen."

Auch hier wieder nichts als Träume und Illusionen. Schmidt verschweigt bewußt die Erfahrungen, die bereits in der Wirklichkeit mit betrieblichen Tarifkommissionen gemacht wurden.

Am Beispiel der Klöcknerhütte Bremen können wir sehen, ob diese Erwartungen auch nur annähernd in Erfüllung gegangen sind:

Klöckner hat eine eigene Tarifkommission, die vom Vertrauenskörper „kontrolliert" wird. Dieses Jahr beschloß diese Tarifkommission einstimmig eine Forderung nach Erhöhung des Stundenlohns der Arbeiter um 90 Pfg. und eine Gehaltserhöhung für die Angestellten um 16,5 %. Diese Forderung blieb jedoch ohne jede Bedeutung für die Klöcknerkollegen. Kaltlächelnd wurde sie vom IG-Metall-Vorstand auf 11 % zurechtgestutzt und damit dem „allgemeinen" Forderungsniveau „angeglichen."

Gerade dieser Vorfall, der jede Menge Parallelen hat, zeigt, daß unabhängig von betriebsnaher oder regionaler Verhandlungsführung die Gewerkschaftsführung allein und <u>unabhängig von den Kollegen</u> die Forderungen festsetzt. Es ist die Gewerkschaftsführung, die den gewerkschaftlichen Kampf immer wieder sabotiert, die von den Arbeitern aufgestellten Forderungen mißachtet und die Niederlagen der Kollegen organisiert.

Schmidt selbst sieht durchaus die Tatsache, daß es den westdeutschen Arbeitern bisher nicht gelungen ist, die kapitalistische Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung zu durchbrechen. Schmidt selbst preist daher seine Wunschvorstellungen zur „betriebsnahen Tarifpolitik" als <u>Voraussetzung</u> dafür an, die Kampfkraft der Arbeiter zu vergrößern, nach dem Motto: „Wenn wir die ‚betriebsnahe Tarifpolitik' erst einmal haben, dann aber ..."

Andererseits muß er zugeben, daß seine gut gemeinten „speziellen" Vorstellungen von „betriebsnaher Tarifpolitik", die eine entscheidende Einschränkung der Macht der Gewerkschaftsführer zugunsten der Arbeiter bedeuten würden, nicht ohne Kampf erreicht werden können:

„Auch in der Bundesrepublik wird sich die betriebsnahe Tarifpolitik **nur gegen den harten Widerstand der Arbeitgeber** und von Teilen (? !?) der Gewerkschaftsführung **durchsetzen** lassen." („Gewerkschaften und Klassenkampf", Artikel zur Betriebsnahen Tarifpolitik).

Und woher sollen die Arbeiter die Kampfkraft nehmen, den „harten Widerstand der Arbeitgeber und ... der Gewerkschaftsführung" zu brechen? Schmidt kann es nicht verraten.

Tatsächlich hat Schmidt Voraussetzung und Folge miteinander verwechselt: Was tatsächlich nur <u>Folge</u>, d.h. Ergebnis harter Klassenauseinandersetzungen sein könnte, die die Arbeiter zu ihren Gunsten entscheiden müßten, versucht Schmidt als <u>Voraussetzung</u> solcher Klassenauseinandersetzungen den Kollegen aufzuschwatzen.

Schmidts Wunschträume von „betriebsnaher Tarifpolitik" laufen auf eine weitgehende „Entmachtung" der Gewerkschaftsführung hinaus. Die Kontrolle der Arbeiterklasse durch die Gewerkschaftsführung ist aber tatsächlich eine entscheidende Existenzbedingung des ganzen kapitalistischen Gesellschaftssystems. Um zu einer solchen „Entmachtung" der Gewerkschaftsführung zu kommen, muß die Arbeiterklasse ungeheure Anstrengungen unternehmen, zu denen sie heute einfach noch nicht in der Lage ist.

Wenn sie aber soweit sein sollte, wird sie mit Sicherheit nicht bereit sein, ihre Kraft für die Verwirklichung von Schmidtchens Wunschträumen einzusetzen. Dann werden ganz andere Aufgaben für die Arbeiterklasse auf der Tagesordnung stehen.

Schmidt verspricht den Arbeitern mit seinen „speziellen" Spekulationen zur „betriebsnahen Tarifpolitik" „direkten und unmittelbaren Einfluß" in den Lohnkämpfen und sonstigen Klassenauseinandersetzungen. Da er nicht angeben kann, **wie** die Arbeiterklasse dies gegen den „harten Widerstand der Arbeitgeber und ... der Gewerkschaftsführung" durchsetzen kann, sind seine gesamten Überlegungen zu diesem Thema – allgemein gesehen – haltlos. Im besonderen entlarvt sich der demagogische Charakter seiner Überlegungen dadurch, daß er seine Konzeption mit Hilfe eines Teils (!) der Gewerkschaftsführung durchsetzen will, der es überhaupt nicht um die eigene „Entmachtung" geht, sondern um die Verteidigung des Kapitalismus.

Schmidt wandelt auch das Gesetz der Kapitalisten gegen die „betriebsnahe Tarifpolitik" in ein Argument dafür um. Er geht mit der oberflächlichen Logik daran: Wenn die Kapitalisten so sehr dagegen sind, dann muß das für die Arbeiter gut sein. Damit fällt er aber auf eine bewährte Taktik der Kapitalisten herein. Diese „wettern" auch gegen die „paritätische Mitbestimmung". Eine von ihnen selbst in Auftrag gegebene Analyse der „paritätischen Mitbestimmung" in der Montanindustrie, der sog. „Biedenkopf-Bericht" hat dagegen klar ergeben, daß sich die „paritätische Mitbestimmung" als politischer „Stabilisierungsfaktor" im Sinne der Kapitalisten bewährt hat.

Auch der „harte Widerstand" der Kapitalisten gegen die „betriebsnahe Tarifpolitik" hat vor allem die Funktion, der Gewerkschaftsführung die Verbreitung dieses Konzeptes „im Interesse der Arbeitnehmer" zu erleichtern. Es handelt sich hier um ein Spiel mit verteilten Rollen zwischen Kapitalisten-Verbänden und Gewerkschaftsführung!

Auch die „Richtungskämpfe" zwischen „rechten" und „linken" Gewerkschaftsführern haben nur die Funktion, der Arbeiterklasse „Auseinandersetzungen um Grundsatzfragen" vorzutäuschen, während es sich in Wahrheit doch höchstens um unterschiedliche Ansichten in taktischen Detailfragen handelt.

Schmidt sitzt hier einem Scheingefecht auf und trägt seinerseits dazu bei, dieses Scheingefecht um eine besondere „linke" Nuance zu bereichern.

Die DKP schweigt im wesentlichen zu der Frage der „betriebsnahen Tarifpolitik". Uns ist nicht eine einzige Stellungnahme bekannt. Das ist für eine Partei, die sich immer als die „einzige Partei der Arbeiterklasse" darstellt, vordergründig verwunderlich. Scheinbar hat die DKP-Führung noch Hemmungen, ein derart arbeiterfeindliches Konzept der westdeutschen Arbeiterklasse anzupreisen. Andererseits scheut sie in bekannter Manier die öffentliche Kritik an Zielen und Vorstellungen der Gewerkschaftsführung. Dem Konflikt entzieht sie sich durch Schweigen ... ■

Im letzten ARBEITERKAMPF hatten wir am Ende des Artikels „Gegenoffensive der Rechten bei Merck, Darmstadt" angekündigt, daß wir in dieser Nummer auf einige allgemeine Fragen kommunistischer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit eingehen wollten. Der Artikel sollte die Überschrift „Merck als Vorbild? " haben und sich besonders mit einer Tendenz, die fortschrittliche Arbeit der Merck-Vertrauensleute <u>kritiklos</u> zu übernehmen, auseinandersetzen. Die Überlegungen, die zu diesem Artikel gemacht wurden, überschnitten sich weitgehend mit einem Teil des Artikels „Schritt halten" in dieser Nummer, sodaß es zweckmäßig schien, keinen extra Artikel zu machen, sondern diese Gedanken dort miteingehen zu lassen.

AK-Redaktion



Demonstration der streikenden Akkordarbeiter von Hülsbeck und Fürst durch Velbert am 2. Feb. 1973

Seit mehr als drei Wochen streiken die 180 Akkordarbeiter der Firma Hülsbeck und Fürst (Huf) in Velbert. Statt der 8,5 % Erhöhung sollten sie nur 6,5 % erhalten. Begründung der Unternehmensleitung: die Akkordarbeiter verdienen sowieso schon genug! Dieser erste Streik seit 19 Jahren bei Huf verlief sehr solidarisch. Die 50 ausländischen Arbeiterinnen schlossen sich an, obwohl sie die 8,5 % erhielten. Mehrfach kam es zu Demonstrationen in Velbert, an denen sich auch Arbeiter aus anderen Betrieben und Nicht-Streikende des 1600-Mann-Betriebes beteiligten (die größte hatte etwa 400 Teilnehmer). In allen Abteilungen von Huf wurden Spendenaktionen zur Unterstützung der Streikenden gestartet. Mehr als 100 Solidaritätsadressen aus anderen Betrieben und von Gewerkschaftssitzungen trafen ein. Nach zwei Wochen macht die Unternehmensleitung ihr erstes Angebot, nachdem sie vorher mit allen Mitteln versucht hatte, mit Klage wegen Hausfriedensbruch, Streichung des Versicherungsschutzes und Preisgabe der Namen der Streikenden an das Arbeitsamt, die Aktion zu verhindern. 7,5 % und Bezahlung von drei Streiktagen wurden angeboten. Die Streikenden lehnten ab. Sie fordern 8,5 % und Bezahlung der vollen Streikzeit. (Der Streik dauert noch an.)

Indianermorde in Lateinamerika

Aus Paraguay wurden kürzlich Berichte über die systematische Ausrottung eines ganzen Indianerstammes bekannt. Solche Vorfälle sind keine Seltenheit in Lateinamerika. Vor einiger Zeit wurde in Brasilien mit Napalm, vergifteten Lebensmitteln, Lepra und Pockeninfektionen gegen die Eingeborenen vorgegangen.

Wer hat ein Interesse an dieser planmäßigen Vernichtung von Menschen und wer betreibt sie?

Zum einen stehen die Indianer den Interessen der Großgrundbesitzer im Wege. Diese haben z.B. in Paraguay das Recht, das für die Indios reservierte Staatsland in ihren Besitz zu übernehmen, sobald kein Indianer mehr darauf lebt und es bereits landwirtschaftlich genutzt wird. So schickten verschiedene Großgrundbesitzer Paraguays im Laufe der letzten Jahre mehrere „Expeditionen" zur systematischen Menschenjagd aus.

Hunderte von Indianern wurden ermordet oder in Reservate gesteckt – wo sie an Unterernährung oder Krankheiten sterben – ihre Kinder werden als Hausdiener aufgezogen oder verkauft.

Die einheimischen Regierungen unternehmen nichts gegen diesen planmäßigen Völkermord. Allenfalls werden – wie zur Zeit in Brasilien – zur moralischen Rechtfertigung einige Gesetze zum „Schutz der Eingeborenen" erlassen, deren Anwendung und Durchführung sogar die bürgerliche Presse bezweifelt.

Dieses Vorgehen entspricht zugleich imperialistischen Interessen. Für die Ausdehnung und Neuansiedlung imperialistischer Unternehmen in Südamerika wird das Land der Eingeborenen gebraucht und rücksichtslos genutzt. So wird zur Zeit in Brasilien mit der Erschließung der Amazonas-Urwälder durch „multinationale Konzerne" begonnen; ein Projekt, das den Lebensraum der Indianer und damit ihre Existenzmöglichkeit völlig vernichtet.

Zur Rechtfertigung beschwört die bürgerliche Presse den bedauerlichen, aber „unvermeidlichen" Widerspruch zwischen „fortschreitender Zivilisation" und der „Steinzeitkultur" der Eingeborenen.

Es ist richtig, daß die Industrialisierung der Länder Südamerikas unbedingt Vorrang haben muß vor den unmittelbaren Interessen der Indianer. Aber hier wird die Industrialisierung ohne Rücksicht auf die Interessen der betroffenen Völker von den Imperialisten betrieben, die sich dabei auch nicht mit der Frage nach einer allmählichen Eingliederung der Eingeborenen aufhalten. „Fortschreitende Zivilisation" heißt hier nichts anderes als der verstärkte Ausbau der Profitquellen der Imperialisten in Lateinamerika und brutale Unterdrückung der betroffenen Menchen. ■

Amilcar Cabral ermordet



Von den Imperialisten ermordet: Amilcar Cabral, Führer der Befreiungsorganisation von Giunea/Bissao – Cap Verde.

Am Abend des 20. Januar wurde Amilcar Cabral, der Gründer und Führer der PAIGC, von einem gekauften Verräter aus den eigenen Reihen erschossen. Die PAIGC kämpft für die Befreiung der portugiesischen Kolonie Guinea/Bissao – Cap Verde. Mit der Ermordung Cabrals ist es den Imperialisten und ihren Handlangern erneut geglückt, einen hervorragenden Kämpfer gegen den portugiesischen Kolonialismus hinterhältig auszuschalten – 1969 ließ der portugiesische Geheimdienst Eduardo Mondlane, den damaligen Führer der Befreiungsfront Mosambik's (FRELIMO) durch eine Paketbombe ermorden.

Unter der Führung Cabrals begann die PAIGC am 3. August 1961 nach gründlicher Vorbereitung mit kleineren Sabotage-Aktionen gegen den portugiesischen Kolonialismus. Genau zwei Jahre vorher hatten die Hafenarbeiter von Pijiguiti in Guinea/Bissao gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen und für höhere Löhne gestreikt. Die Kolonialherren ließen den Streik durch Soldaten niederschlagen, wobei 50 Arbeiter ermordet wurden.



Der Befreiungskampf des Volkes von Guinea/Bissao hat seither große politische, wirtschaftliche und militärische Fortschritte gemacht.

Schon jetzt sind zwei Drittel Guinea /Bissao's befreit, unter der Leitung der PAIGC wird dort eine sozialistische Gesellschaft aufgebaut.

„Sobald der Feind die Kontrolle über ein Gebiet verloren hat, arbeitet die Partei unter dem Volk darauf hin, daß jeder portugiesische Versuch, die Macht zurückzuerobern, von einem wirklichen Massenaufstand des Volkes geschlagen wird, das unwiderruflich für ein Leben ohne portugiesische Herrschaft gewonnen ist. Das ist der Grund, weshalb der Feind gezwungen wurde, bestimmte Gebiete für immer aufzugeben... Der nationale Wiederaufbau beginnt mit der Aufrechterhaltung der Produktion, was bedeutet, das Volk in den befreiten Gebieten bei seiner täglichen Arbeit zu schützen, Volksläden zu organisieren, Grundbedürfnisse zu befriedigen, Krankenhäuser zu bauen und das Volk zu erziehen." (Bericht einer FRELIMO-Delegation über einen Besuch in Guinea/Bissao)



Karte von Bissao

Große gesellschaftliche Veränderungen

Da es den Kolonialisten nur darum ging, große Profite aus Afrika herauszupressen, zwangen sie die Bauern mit brutaler Gewalt, in riesigen Monokulturen zu arbeiten. In diesen Farmen mußten sie ausschließlich Pflanzen anbauen, deren Verkauf den Kolonialherren hohe Profite brachte (wie z.B. Baumwolle). Was produziert wurde, richtete sich nicht nach den Bedürfnissen des Volkes von Guinea/Bissao, sondern nach den Profitinteressen der Kolonialherren.

In den befreiten Gebieten dagegen wurden die Monokulturen abgeschafft. Die Landwirtschaft dort hat die Aufgabe, Nahrungsmittel zu produzieren, um Hunger und Unterernährung, die eine typische Folge des Kolonialismus sind, erfolgreich zu bekämpfen. Die PAIGC führte überall neue Nutzpflanzen und auch die Viehhaltung ein, die den Bauern unter der Kolonialherrschaft meist unbekannt waren. Das Volk entwickelt gemeinschaftliche Produktionsmethoden und machte derartige Fortschritte, daß heute sogar landwirtschaftliche Produkte aus den befreiten Gebieten exportiert werden.

Gleichzeitig hat das Volk die Verwaltung in den befreiten Gebieten Guinea/Bissao's übernommen. Die Grundeinheiten der Verwaltung sind Komitees, die in jedem Dorf gewählt werden; sie bestehen aus jeweils fünf Mitgliedern, von denen mindestens zwei Frauen sein müssen. Mit Hilfe dieser Komitees organisiert die Bevölkerung sämtliche lokalen Angelegenheiten, wie z.B. Ernteeinsätze, Dorfversammlungen, die Sitzungen der gewählten Volksgerichte, den Nachschub für die Streitkräfte und die Verteidigung ihres Dorfes. Außerdem werden Geburten, Heiraten und Todesfälle genauso registriert wie der Umfang der Ernte, die Bewegungen des Feindes und die Ergebnisse der politischen Diskussionen im Dorf.

Die starke Beteiligung des Volkes an der Selbstverwaltung zeugt von dem hohen politischen Niveau, das während des Kampfes erreicht wurde. Nur weil die Menschen jeden Tag erfahren, daß der Befreiungskampf ihre Lage entscheidend verbessert, sind sie entschlossen, das Erreichte zu verteidigen und ihre Anstrengungen zu verstärken, um den Volkskrieg bis zum Sieg zu führen. Diese Einheit von Armee und Volk ist unschlagbar. Obwohl bei einer Bevölkerung von nur einer Million in Guinea/ Bissao 40 000 portugiesische Soldaten stationiert sind, erleidet der Kolonialismus dort eine Niederlage nach der anderen.

Aggression und Terror

Um ihren sicheren Untergang aufzuhalten, ist den Imperialisten jedes Mittel recht:

Zum ersten wollen sie durch Drohungen und direkte militärische Aggression die unabhängigen Nachbarstaaten von Guinea/Bissao zwingen, den Befreiungskampf nicht mehr zu unterstützen. Das beweisen verschiedene Angriffe gegen Senegal und die gescheiterte portugiesische Invasion gegen die Republik Guinea im November 1970, an deren Organisierung auch der westdeutsche Imperialismus beteiligt war. Die Untersuchung der UNO hat ergeben, daß dieser Überfall nicht nur dazu dienen sollte, mit Hilfe konterrevolutionärer Elemente die anti-imperialistische Regierung der Republik Guinea zu stürzen, sondern daß der portugiesische Geheimdienst schon damals versuchte, gleichzeitig Amilcar Cabral, der sich in der Republik Guinea aufhielt, ermorden zu lassen. Nur durch einen Zufall entging Cabral damals seinen Mördern.

Zum zweiten steigern die Kolonialherren den Terror gegen das Volk von Guinea/Bissao und versuchen mit Napalmbomben und chemischen Kampfmitteln, jedes Leben in den befreiten Gebieten auszulöschen. Außerdem wird die Bevölkerung der noch umkämpften Gebiete „zum Schutz vor Terroristen" in scharf bewachte Lager gesperrt, damit sie keinen Kontakt zur PAIGC aufnehmen kann. Diese Methode stützt sich auf die Erfahrungen, die die US-Imperialisten in Vietnam mit den sogenannten „Wehrdörfern" gesammelt haben. Allerdings haben die US-Imperialisten mit den „Wehrdörfern" die Ausbreitung des Volkskrieges nicht verhindern können, und den portugiesischen Kolonialherren in Afrika ergeht es ebenso.

Drittens versuchen die Kolonialisten neben der Anwendung brutaler Gewalt, das Volk mit Versprechungen und scheinbaren Zugeständnissen zu täuschen. So werden im Rahmen der „psychologischen Kriegführung" außer Bonbons tausende von Flugblättern über den befreiten Gebieten abgeworfen, die dem Volk eine glückliche Zukunft unter portugiesischer Herrschaft vorgaukeln wollen.

In jenen Gebieten, die die Kolonialherren noch besetzt halten, steigern sie die politische Unterdrückung und die wirtschaftliche Ausbeutung, um noch mehr als bisher aus den Kolonien herauszupressen, denn die portugiesischen Kriegskosten steigen von Tag zu Tag.

Aber das Volk weiß, wofür es kämpft; und läßt sich weder durch Terror noch durch Verlockungen von seinen Zielen abbringen. Der Befreiungskampf ist inzwischen schon soweit fortgeschritten, daß Amilcar Carbral im letzten Jahr vor der UNO die einseitige Unabhängigkeitserklärung Guinea/Bissao's für 1973 ankündigen konnte. Das Volk wird dann eine Nationalversammlung wählen, die aus 120 Delegierten bestehen soll. Die Bildung dieser Regierung, die nicht irgendwo im Exil, sondern in den befreiten Gebieten Guinea/Bissao's arbeiten soll, wäre ein weiteres sichtbares Zeichen der Niederlage des portugiesischen Kolonialismus.



Der anti-imperialistische Befreiungskampf muß auch die afrikanische Frau befreien. In den Dorfkomitees der befreiten Gebiete von Guinea/Bissao müssen mindestens zwei von fünf Mitgliedern Frauen sein.

Die Ermordung Cabrals wird von den anti-imperialistischen Menschen nicht nur in Afrika betrauert; diese feige Tat der Imperialisten wird aber den Befreiungskampf nicht aufhalten können, sondern den Haß der Massen gegen den Kolonialismus nur noch steigern.

Heuchelei der Mord-Komplizen

Angesichts der weltweiten Empörung über das Attentat sah sich auch die Bundesregierung genötigt, die Ermordung Cabrals „mit Bestürzung" zur Kenntnis zu nehmen. Die Bundesregierung „bedauerte" diesen „neuen Fall politischer Gewalt" und erklärte, daß sie „Mord und Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele verurteilt".

Dabei ist die BRD einer der größten internationalen Waffenhändler. Natürlich weiß auch die Bundesregierung, daß diese Waffen von den betreffenden reaktionären Regierungen nicht zum Tontauben-Schießen gebraucht werden, sondern daß sie der „politischen Gewalt", der Tötung von Menschen, der Unterdrückung von Völkern, dienen.

Das gilt besonders für Portugal, das vom BRD-Imperialismus reichlich mit Waffen ausgestattet worden ist: Kampfflugzeuge, Transport-Flugzeuge (zum Einsatz von Fallschirmjägern in den Kolonien), Korvetten (Schiffe, die vor allem zum Einsatz in den flachen Küstengewässern Guinea/Bissao's bestimmt sind; die Korvetten wurden bei Blohm & Voss in Hamburg gebaut), Schnellfeuer-Gewehre, Militär-Fahrzeuge.

Portugal selbst ist ein „unterentwickeltes" Land. Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 2 000 Mark im Jahr gehört es zu den ärmsten Ländern in Europa. Der Lebensstandard des portugiesischen Volkes ist niedriger als z.B. der in Mexico. Portugal gibt fast 50% seines Staats-Haushalts für die Kolonialkriege in Afrika aus. **„Die herrschende Klasse Portugals könnte nicht selbst unser Land beherrschen, wenn sie nicht vom Welt-Imperialismus unterstützt würde, von den USA, von der Bundesrepublik Deutschland und anderen" (Amilcar Cabral).**

Portugals Kolonial-Kriege werden von den Imperialisten, an erster Stelle denen der USA und der BRD, überhaupt erst möglich gemacht. Sie unterstützen diese Kriege, weil der portugiesische Kolonialismus ihre Interessen in Afrika vertritt. Die westdeutschen Imperialisten haben Geld in den afrikanischen Kolonien Portugals investiert. Krupp ist an der Ausbeutung der Eisenerz-Vorkommen in der Kolonie Angola beteiligt, westdeutsche Firmen arbeiten am Staudamm von Cabora Bassa in Mosambik.

Aber die Situation zwingt die westdeutschen Imperialisten, „zweigleisig" zu fahren. Denn sie wollen ja auch mit den unabhängigen, anti-imperialistischen afrikanischen Staaten H[illegible] treiben, Rohstoffe ausbeuten, Geld investieren, etc. Die Imperialisten müssen sich sogar auf eine Lage vorbereiten, wo die Macht Portugals in seinen Kolonien gebrochen sein wird, wo die Imperialisten es auch dort mit unabhängigen Regierungen zu tun haben werden.

Deshalb „verurteilt" die Bundesregierung Taten wie die Ermordung Cabrals, sucht ihre Komplizenschaft mit den portugiesischen Kolonialherren zu verbergen, „unterstützt" sogar in Worten das Unabhängigkeitsstreben der afrikanischen Völker. – Aber alle Heuchelei kann nicht die Tatsache verdecken, daß die BRD-Imperialisten zu den unmittelbaren Hintermännern des Mordes an Amilcar Cabral gehören.



Drei Soldaten der portugiesischen Kolonialtruppen sind zu den Befreiungs-Streikräften übergelaufen und haben ihre Waffen mitgebracht: ein 60 mm-Mörser (aus USA), eine Maschinenpistole G-3 (aus der BRD), eine Maschinenpistole Walter (aus der BRD) sowie ein Funkgerät (aus Südafrika). Alle Ausrüstungsgegenstände sind von den Komplizen des portugiesischen Kolonialismus geliefert worden!

ISRAEL

Kaltblütiger Mord

Israelische Jagdflugzeuge haben am 21. Februar über der Halbinsel Sinai eine mit 104 Passagieren und neun Besatzungsmitgliedern besetzte Maschine der zivilen Luftfahrt abgeschossen, die sich auf dem Flug von Tripolis (Lybien) nach Kairo befand. Mindestens 92 Menschen starben beim Absturz. Das ist der widerlichste Anschlag, der bisher gegen die zivile Luftfahrt begangen wurde.

Zwölf Stunden zuvor hatten israelische Truppen zwei Flüchtlingslager im Nordlibanon überfallen. Im Schutz der Dunkelheit waren israelische Kriegsschiffe an der libanesischen Küste gelandet, Stoßtrupps drangen in die Lager ein und töteten oder verletzten eine größere Zahl palästinensischer Flüchtlinge.

Beide Verbrechen stehen nicht nur zeitlich, sondern auch sachlich in engem Zusammenhang.

Nachdem in Vietnam und Laos ein Waffenstillstand zustande gekommen ist, sollten jetzt auch durch Vermittlung der USA und der Sowjetunion in Nahost Friedensverhandlungen eingeleitet werden. Diese Verhandlungen wollen die extremsten Scharfmacher in Israel, vor allem die Kräfte in der Armee und im Geheimdienst, durch provokatorische und grauenhafte Verbrechen durchkreuzen. Ohnehin wollten die Großmächte die Friedensverhandlungen über den Nahen Osten so führen, daß es Israel gestattet worden wäre, große Teile der geraubten Gebiete zu behalten. Das wäre aber den extremsten Scharfmachern Israels noch nicht genug: sie wollen alles behalten, und suchen zugleich nach Vorwänden, um neue Raubzüge zu starten.

Der Abschuß einer Passagier-Maschine, d.h. der kaltblütige Mord an so vielen Menschen, ist beispiellos in der Geschichte der zivilen Luftfahrt. Selbst erklärte Freunde des israelischen Staates haben mit „Entsetzen" reagiert. Dieses Massaker ist aber keine „Panne", sondern folgt demselben Plan wie zwölf Stunden zuvor der Überfall auf den Libanon. Die Gangster-Logik der Herrschenden in Israel wird immer offensichtlicher, ihre Verbrechen immer abscheulicher.

Großmachträume und „Blitzkrieg"

Der israelische Staat wurde geschaffen, indem mehr als eine Million Palästinenser vertrieben wurden, um den einwandernden Juden Platz zu machen. Diese Palästinenser leben bis heute in Flüchtlingslagern und Elendsquartieren, sie wollen in ihre Heimat zurück. Den Herrschenden Israels reicht das aber noch nicht. Entsprechend ihrer rassistischen Ideologie wollen sie das „Reich Davids und Salomons wiederherstellen", ein „Israel vom Nil bis zum Euphrat" erobern. Das bedeutet fortgesetzte Aggression gegen die arabischen Nachbarn Israels. Nach dem Vorbild von Hitlers Überfall auf die Sowjetunion haben die Israelis 1967 ihren „Blitzkrieg" geführt. Seither halten sie Gebiete besetzt, die mehr als zweimal so groß sind wie der Staat Israel selbst. Das Bestreben der Herrschenden Israels ist darauf gerichtet, möglichst große Teile der besetzten Gebiete durch Neuansiedlung von jüdischen Einwanderern, starke militärische Stützpunkte etc. fest einzuverleiben. Zum gegebenen Zeitpunkt sind neue Raubzüge geplant.

Es ist bekannt, wie der deutsche Faschismus gegen die Juden gewütet hat. Im Rahmen der sogenannten „Endlösung" sind wahrscheinlich mehr als 6 Millionen Juden ermordet worden, das ist mehr als das Doppelte der gegenwärtigen Einwohner Israels. Der von den Nazis betriebene Massenmord an den Juden reiht sich ein in die Kette von Verbrechen, die am polnischen Volk, am russischen Volk und nicht zuletzt auch am deutschen Volk selbst vom Faschismus begangen worden sind.

„Wiedergutmachung" – ein Schwindel

Mit diesen Verbrechen ist begründet worden, daß die Regierungen der BRD seit Adenauers Zeiten Milliarden sogenannter „Wiedergutmachung" gezahlt haben. Diese „Wiedergutmachung" ist aber nur zum allerkleinsten Teil den wirklich Geschädigten und ihren Angehörigen zugutegekommen; vielmehr hat die „Wiedergutmachung" dazu gedient, Israel gegen seine arabischen Nachbarn aufzurüsten und seine Raubzüge zu finanzieren. Die angebliche „Wiedergutmachung" besteht also wesentlich darin, daß die BRD Israel dabei hilft, Verbrechen gegen andere Völker zu begehen. Das ist keine „Wiedergutmachung", das ist eine direkte Fortsetzung der vom Faschismus begangenen Verbrechen.

Schließlich ist es kein Zufall, daß in der Bundesrepublik die größten Hetzer und Reaktionäre, allen voran Springer, ZDF-Löwenthal und Franz Josef Strauß die engsten Freunde Israels sind.

Zugleich lassen sich aber viele Menschen wegen der Schuld, die Deutschland in der Zeit des „Nationalsozialismus" auf sich geladen hat, dazu verleiten, Israel zu unterstützen und zu verteilen.

Das ist aber eine falsche Schlußfolgerung. Vielmehr kommt es darauf an, konsequent diejenigen Kräfte zu bekämpfen, die die Verbrechen des Faschismus überhaupt erst möglich gemacht haben. Und diese Kräfte sind noch allemal das Großkapital und die politische Reaktion.

Für ein freies Palästina

Der israelische Staat stellt eine ständige Quelle von Aggression und Terror im Nahen Osten dar. Diese Lage ist für die palästinensischen Flüchtlinge und für die arabischen Nachbarn Israels unerträglich. Ebenso unerträglich ist sie aber für die jüdischen Menschen in Israel selbst, die immer wieder Gefahren ausgesetzt sind und in ständiger Feindschaft mit ihren Nachbarn leben müssen. Der israelische Staat unterdrückt nicht nur die arabischen Einwohner (von denen es in Israel noch einige Hunderttausend gibt) und in den besetzten Gebieten – er diskriminiert z.B. auch die Juden, die aus Nordafrika, dem Nahen Osten u.a. eingewandert sind, und die geradezu als „Menschen zweiter Klasse" in Israel behandelt werden. Immer deutlicher wird aber auch, daß der israelische Staat die breiten Massen der jüdischen Werktätigen im Land unterdrückt und ausbeutet, daß die Kämpfe der jüdischen Werktätigen zunehmen. Der israelische Staat ist nicht nur ein Feind der Palästinenser und Araber, er ist auch ein Feind der Juden selbst.

Das Programm der palästinensischen Befreiungsorganisationen zielt deshalb auf die Schaffung eines Staates, in dem Juden und Palästinenser, ebenso wie bestimmte nationale Minderheiten, ungeachtet ihrer Nationalität und ihres Glaubens gleichberechtigt miteinander leben können. ■

Schulstreik in Frankfurt

Am 29. 1. 1973 demonstrierten in Frankfurt ca. 15 000 Schüler und Berufsschüler gegen „Bildungsnotstand" und numerus clausus. Vorangegangen war ein mehrtägiger Schulstreik an Gymnasien und einigen kaufmännischen Berufsschulen. Die Protestaktionen richteten sich gegen die Forderung des Frankfurter Universitätspräsidenten Kantzenbach, für das Sommersemester einen totalen Aufnahmestop für zahlreiche Fächer zu verhängen. Zudem hatte Kantzenbach die grundsätzliche Änderung der Bildungspolitik Hessens gefordert, die bislang den Abbau der Zulassungsbeschränkungen als Ziel ausgab.

Eine solche Politik ist ganz im Interesse des Kapitals, denn die Industrie benötigt nur eine begrenzte Zahl von Akademikern. Diese Entwicklung zielt dahin, nur noch eine Elite – im Sinne des Kapitals – an den Hochschulen heranzubilden. Damit sinken zugleich die ohnehin schon sehr geringen Bildungschancen der Arbeiterkinder.

KB/Gruppe Frankfurt

Bremen

Im ARBEITERKAMPF 25 war von einem „Buchladen des KBB" in Bremen die Rede. Dieser Buchladen, nämlich „Das Politische Buch", hat uns durch einen Brief mitgeteilt, daß der Laden nicht dem KBB gehört:

„,Das Politische Buch' ist kein KBB-Laden, wenngleich wir die Linie des KBB für die richtige halten und sie mit unseren Mitteln auch vertreten."

Wir stellen dies hiermit richtig.– In einem anderen Punkt haben uns jedoch die Genossen vom „Politischen Buch" anscheinend völlig mißverstanden. Wir hatten nicht unterstellt, daß in diesem Buchladen irgendeine direkte Zensur gegen den ARBEITERKAMPF ausgeübt wird. Wir haben allerdings behauptet, daß von der demagogischen Stimmungsmache der KBB-Führer gegen den ARBEITERKAMPF eine indirekte Zensur ausgeht und daß damit die Aufgabe einer Auseinandersetzung um Strategie und Taktik zwischen den Kommunisten sabotiert wird.

In ihrem Brief haben die Genossen vom „Politischen Buch" außerdem angekündigt, sie würden wahrscheinlich ihre Bestellung auf den ARBEITERKAMPF (bisher je 80 Stück) weiter einschränken, nachdem der ARBEITERKAMPF von uns regelmäßig in Bremen verkauft wird. Dadurch würden viele Kunden sich den ARBEITERKAMPF schon bei unseren Verkäufern besorgen, statt im Buchladen.

Inzwischen ist ein zweiter Brief von „Das Politische Buch" gekommen. Darin werden von AK 24 und 25 jeweils 50 Stück nachbestellt. Aus dem Brief geht hervor, daß diese Exemplare für die Mitglieder des KBB bestimmt sind. Bisher war es so, daß viele Genossen des KBB Vorurteile gegen den Kommunistischen Bund und den ARBEITERKAMPF hatten, ohne unsere Politik und unsere Zeitung überhaupt zu kennen. Diese primitive Form der Verhetzung können die KBB-Führer offenbar nicht mehr aufrecht erhalten! Das ist gut so!

Peron in Argentinien

Am 17. November 72 kehrte Juan D. Peron nach 17-jährigem Exil in Spanien (!) nach Argentinien zurück. Die Tatsache und der Zeitpunkt dieser Reise des 1955 gestürzten ehemaligen argentinischen Diktators sind nicht zufällig.

Die ökonomische und politische Krise, in der sich die argentinische Bourgeoisie seit Jahren befindet, spitzte sich in der letzten Zeit immer mehr zu: 1969 kämpfte das Volk in einem auf das ganze Land ausgedehnten Generalstreik für die Abschaffung der Militärdiktatur und für ein „demokratisches Argentinien". Im Herbst 1970 kämpften über 10 Mio. Menschen trotz Streikverbots, trotz des Einsatzes von schwerbewaffneter Polizei und Militär in mehreren Generalstreiks für allgemeine Lohnerhöhungen, größere soziale Sicherheit, für die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Freilassung politischer Gefangener. Mitte dieses Jahres kam es in verschiedenen Provinzen des Landes – auch in ländlichen, bisher als „ruhig" geltenden Gebieten – zu Protestaktionen gegen vom Militär eingesetzte Verwaltungen, der Rücktritt eines Provinzgouverneurs wurde erzwungen.

Verschiedene Guerillagruppen scheinen sich, vor allem in den argentinischen Industriezentren, mehr und mehr in der Bevölkerung zu verankern.

Weder die Scheindemokratien, die unter Ausschluß und gegen Kommunisten und Peronisten regierten (1958-66), noch der „brasilianische Weg", d.h. die ständige brutale Unterdrückung des Volkes durch Militärdiktaturen konnten die Verschärfung der Klassenkämpfe verhindern. In dieser Situation sieht die argentinische Bourgeoisie den einzigen Weg zur Sicherung ihrer Herrschaft in der Einsetzung einer neuen Regierung, die sich auf eine Massenbasis in der Bevölkerung stützen kann.

Vor diesem Hintergrund hat der derzeitige Militärdiktator Lanusse für März 73 „freie Wahlen" und die „Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie" angekündigt.

Die Bildung einer neuen Regierung, die sich auf die Zustimmung von Teilen des Volkes stützen kann, setzt eine Beteiligung der Peronisten voraus. Die peronistische Bewegung stellt immer noch die stärkste politische Kraft in Argentinien dar. Der große Einfluß, den die peronistische Partei und die Gewerkschaften auf die Massen besitzen, beruht zum einen auf der scheinbar fortschrittlichen Politik, die Peron zu Beginn seiner Regierungszeit (1946) durchführte: allgemeine Lohnerhöhungen, Sozialgesetzgebung und die Organisierung der Mehrheit der nichtorganisierten und auch der rückständigen Teile der argentinischen Arbeiterklasse; beruht zum anderen darauf, daß Peron zu dem Zeitpunkt gestürzt wurde, als die Arbeiterklasse gerade erst anfing, den Charakter seiner Herrschaft zu durchschauen und daß die auf Peron folgenden Regierungen nichts als die ständige Verschlechterung der Lebensbedingungen und totale politische Unterdrückung brachten. Die Bindung eines großen Teiles der argentinischen Arbeiterklasse an die peronistische Ideologie vom gerechten Ausgleich zwischen Arbeitern und Kapitalisten, vom „dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus" stellt eine entscheidende Schwäche der argentinischen Arbeiterbewegung dar.

Im Laufe der Verschärfung der Klassenkämpfe während der letzten Jahre haben sich aber die rechten peronistischen Partei- und Gewerkschaftsführer durch ihre Kollaboration mit den Militärregimes und ihre aktive Beteiligung an der Unterdrückung der Kommunisten mehr und mehr entlarvt und ständig an Einfluß verloren.

Das heißt, es stellt sich für die argentinische Bourgeoisie zugleich die Aufgabe, die weitere Radikalisierung der peronistischen Bewegung zu verhindern. Darum mußte Peron selber nach Argentinien geholt werden.

Peron, der immer noch weitgehend das Vertrauen der Massen besitzt, ist die geeignete Persönlichkeit, um die Position der rechtsperonistischen Führer zu stärken und die Massen auf ihren Kurs einzuschwören.

Seine weitere Aufgabe besteht nicht in der persönlichen Kandidatur für die Präsidentschaft – inzwischen ist Peron wieder nach Spanien zurückgekehrt – sondern darin, die Beteiligung der Peronisten an der neuen Regierung vorzubereiten. Peron ist der Mann, der die zukünftige Zusammenarbeit der Peronisten mit dem Militär oder mit einer der konservativen bürgerlichen Parteien rechtfertigen kann. Es geht darum, das Programm der „großen nationalen Versöhnung" in den Massen zu verankern und damit die Herrschaft der Bourgeoisie in Argentinien zu sichern. ■



Perón, Ehefrau Isabel

Der Sturm auf die Bastille findet nicht statt



Generalstreik am 7. Juni 1972

Die gaullistische Partei Frankreichs fürchtet um ihre Vertreibung aus der Regierung, die sie seit Gründung der V. Republik 1958 ununterbrochen ausübt. Im Juni letzten Jahres haben die Kommunistische Partei (PCF) und die Sozialistische Partei (PS) ein gemeinsames Regierungsprogramm vorgelegt, mit dem sie auf der Basis einer Stimmenmehrheit bei den Parlamentswahlen am 4. und 11. März dem gaullistischen Regime ein Ende bereiten wollen. Tatsächlich ist ein Wahlsieg dieses Linksbündnisses möglich, da der Wunsch breiter Teile der Bevölkerung nach einer Änderung im Land ständig zunimmt.

Ob ein solcher Wahlsieg dann aber auch zu einer Volksfront-Regierung führen würde, ist dennoch nicht sicher. Der gegenwärtige Staatsprädident Pompidou, der der gaullistischen UDR („Union zur Verteidigung der Republik") angehört, bleibt weiter im Amt. Ebenso, wie er aus taktischen Gründen das PCF-PS-Bündnis mit der Regierungsbildung beauftragen könnte, ebenso könnte er sich auch über einen für seine Partei ungünstigen Wahlausgang hinwegsetzen: Nach der 1958 von de Gaulle veranlaßten Verfassung hat er als Staatspräsident das „Recht", die Wahlen durch Parlamentsauflösung wiederholen zu lassen, eine gaullistische Minderheitsregierung zu ernennen oder das Parlament durch einen „Ermächtigungsparagraphen" der Verfassung ganz auszuschalten. Pompidou hat öffentlich erklärt, daß er sich alle diese Möglichkeiten offenhalten will.

Um die gegenwärtigen politischen Vorgänge in Frankreich besser zu verstehen, wollen wir in unserem Artikel folgenden Fragen nachgehen: In welcher Situation befindet sich das französische Monopolkapital? Wie ist die Lage der französischen Arbeiterklasse? Wie ist das Bündnis von PCF und PS einzuschätzen? Welche Vorstellungen verfolgen sie in ihrem gemeinsamen Regierungsprogramm? Vor welchen Problemen steht die französische Arbeiterbewegung?

Das Problem der Kapitalisten Expansion ihrer Macht

Der französische Imperialismus gehört zu den führenden imperialistischen Staaten Westeuropas. Gegenüber seinen „Partnern" in der EWG hat er einige bedeutende Vorteile, aber auch eine Reihe von Schwächen, die ihn gegenwärtig noch hindern, sein Gewicht innerhalb der EWG auszubauen und damit auch eine bedeutendere Stellung in der imperialistisch beherrschten Welt einzunehmen. Es liegt auf der Hand, daß die französischen Kapitalisten danach trachten, diesen Zustand zu ihren Gunsten zu ändern.

Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des französischen Bruttosozialprodukts (BSP) betrug im Zeitraum 1959 – 1968 real 5,7%. Japan lag mit 11,3% durchschnittlichem Zuwachs seines BSP erheblich vor Frankreich. Aber der Zuwachs in den anderen bedeutenden kapitalistischen Industriestaaten blieb hinter dem Frankreichs zurück: Italien 5,6%, BRD 4,8%, USA 4,5% und Großbritannien nur 3,2%.

Im Verhältnis des Bruttosozialprodukts zu seiner Bevölkerungszahl zeigt sich die Stärke des französischen Kapitalismus ebenso.

Der absolute Wert des BSP pro Einwohner betrug 1970 in Frankreich 2.428 Dollar. Demgegenüber lagen die USA mit 3.842 Dollar zwar noch weit günstiger, aber alle übrigen großen kapitalistischen Staaten rangierten erst hinter Frankreich: BRD 2.202 Dollar, Belgien 2.002 Dollar, Großbritannien 1.864 Dollar, Niederlande 1.660 Dollar, Japan 1.376 Dollar und Italien 1.312 Dollar.

Diese Wachstumsraten sind in Frankreich u.a. durch eine erhebliche Steigerung der Investitionstätigkeit in den letzten Jahren erzielt worden, wobei diese Investitionen voll auf Kosten der französischen Arbeiterklasse gingen: die Löhne wurden niedrig gehalten und für soziale Reformen blieb im Geldsack auch nichts übrig.

Andererseits bleibt der Anteil des Industriesektors am französischen Bruttoinlandsprodukt hinter dem vergleichbarer kapitalistischer Staaten zurück. 1968 entfielen 54,5% des Bruttoinlandsprodukts auf die Industrie (einschl. Transportwesen), 37,9% auf den privaten und öffentlichen Dienstleistungssektor und 7,6% auf die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft. Demgegenüber liegt der vergleichbare Anteil des Industriesektors am Bruttoinlandsprodukt in der BRD schon seit 1960 über 60%. Nach einer Statistik der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) sind in Frankreich 40% der Gesamtzahl der Beschäftigten in der Industrie tätig; in Großbritannien macht dieser Anteil hingegen 46,5% aus und in der BRD 50,3%.

Demzufolge ist auch der französische Anteil an der Industrieproduktion der kapitalistischen Länder insgesamt noch vergleichsweise gering. Er wuchs im Zeitraum von 1960 bis 1970 lediglich von 4,7% auf 4,8%. Die Entwicklung sah in einigen anderen kapitalistischen Ländern folgendermaßen aus: USA von 45,8% auf 41,4% gesunken, Japan von 4,4% auf 9,8% gestiegen, BRD von 9,6% auf 9,8% gestiegen, Großbritannien von 9,3% auf 7,0% gefallen und Italien von 3,4% auf 3,6% gestiegen.

1970 waren unter den 100 kapitalistischen Industrieunternehmen mit dem größten Umsatz in der Welt nur 3 französische. Die USA stellten hingegen 64, die BRD 9, Großbritannien 9 (davon ein Unternehmen mit Minderheits- und eines mit Mehrheitsbeteiligung durch niederländisches Kapital), Japan 8, Niederlande 2 (plus die beiden Beteiligungen mit Großbritannien), Italien 3, Australien und die Schweiz je 1. Unter den 50 weltgrößten kapitalistischen Industrieunternehmen war 1970 kein französisches; hingegen 32 nordamerikanische, 6 westdeutsche, 4 japanische, 3 britische, 2 italienische, 1 niederländisches und die beiden britisch-niederländischen.

Die relative Schwäche des französischen Industriesektors ist für die Welthandelsposition Frankreichs von Bedeutung. Seit 1962 schließt die französische Außenhandelsbilanz regelmäßig mit einem Defizit ab. Der Anteil Frankreichs am Weltexportvolumen betrug 1969 nur 5,5%, gegenüber 13,5% der USA, 10,4% der BRD, 6,1% Großbritanniens und 5,8% Japans.

Staatliche Förderung der Monopole

Mit Hilfe staatlicher Planungsprogramme (der Planification) versuchen die französischen Kapitalisten diese Schwächen zu überwinden, wobei in letzter Zeit bereits einiges erreicht wurde. Der 5. Plan (für den Zeitraum 1966 – 1970) beabsichtigte vor allem eine langfristige Stärkung der „internationalen Konkurrenzfähigkeit" durch Stärkung der „Konzerne von internationaler Größenordnung", welche das „Gerüst der künftigen französischen Industrie" abgeben sollen. Das sah vor allem so aus, daß eine enorme finanzielle Hilfe für Fusionen seitens des Staatshaushalts gewährt wurde und die staatliche Förderung der industriellen Forschung deutlicher zugunsten der Konzerne ausgerichtet wurde. Der 5. Plan stellte ausdrücklich fest, daß für die wichtigsten Industriesektoren „die Zahl dieser Gruppen (d.h. Konzerne) häufig selbst auf ein oder zwei" beschränkt bleiben müsse.

Großenteils wurde dies bereits bis 1969 erreicht. Die französische Stahlindustrie wird heute von den Konzernen Usinor und De Wendel-Sidelor beherrscht; die Elektro- und Elektronikindustrie von der Compagnie Generale d'Electricite und von Thomson-Brandt; die Automobilindustrie von Renault, Citroen und Peugeot, wobei es bereits wichtige kartellartige Verbindungen zwischen Renault und Peugeot gibt; in der Chemie-Industrie herrschen Rhone-Poulenc, Pechiney-Ugine-Kuhlmann und Saint-Gobain-Pont-a-Mousson, ebenfalls mit engen Verbindungen zwischen Rhone-Poulenc und Pechiney; und in der Luft- und Raumfahrtindustrie konzentriert sich die Produktion auf die Société Nationale Aérospatial und auf die Avions M. Dassault.

Der 6. Plan für die Zeit von 1971 bis 1975 hat sich die forcierte Beschleunigung des industriellen Wachstums zum Ziel gesetzt. Dabei soll eine jährliche reale Wachstumsrate von 6% für das Bruttosozialprodukt und zwischen 7,5 und 8% für die industrielle Produktion dadurch erreicht werden, daß die Anteile des privaten Verbrauchs und der Staatsausgaben zugunsten der privaten Kapitalakkumulation weiter eingeschränkt werden. Senkung des privaten Verbrauchs bedeutet dabei natürlich eine Senkung des Lohnniveaus der werktätigen Bevölkerung, und eine Senkung der Staatsausgaben heißt im Kapitalismus Senkung der Ausgaben für soziale Reformen. Beides zur Stärkung des französischen Imperialismus gegenüber seinen Konkurrenten.

Zur Lage der französischen Arbeiterklasse

Das Linksbündnis will bei einer möglichen Regierungsbildung eine Reihe sozialer und politischer Reformen durchführen und eine „fortgeschrittene Demokratie" schaffen, die eine „Form des Übergangs zum Sozialismus" darstellen soll. Das hat die Gaullisten und alle übrigen Reaktionäre des Landes veranlaßt, der französischen Bevölkerung ein „wirtschaftliches Chaos" und das „Ende der freiheitlichen Lebensform" zu prophezeien. Der größte Teil der französischen Bevölkerung hat die „freiheitliche Lebensform" unter dem gaullistischen Regime lange Jahre hindurch zur Genüge „genießen" können und zumindest die französischen Arbeiter wird eine Ankündigung des Endes dieser Lebensform daher kaum schrecken.

Wie sieht die Lage der französischen Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Bevölkerung aus? Ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebensrechte sind unter dem gaullistischen Regime fortwährend zum Vorteil der expansionsbestrebten Kapitalisten geschmälert worden.

Der Stundenlohn der französischen Arbeiter ist weit niedriger als in den USA und in den Staaten der „Europäischen Gemeinschaft" mit Ausnahme Italiens. Von insgesamt 15 Millionen Lohnarbeitern erhalten 5 Millionen unter oder bis zu 1000 Franc monatlich, was einer maximalen Kaufkraft von ca. 665 DM in der BRD entspricht. Ungefähr 600 000 Arbeiter und ihre Familien müssen mit dem gegenwärtigen Mindestlohn von 840 Franc auskommen (vergleichbar mit 560 DM).

Dabei sind die Preissteigerungen in Frankreich nicht geringer, sondern eher noch höher als in anderen kapitalistischen Ländern. 1971 betrug die Steigerungsrate der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr 5,3%. Ein großer Teil des Lohnraubs wird direkt vom Staat betrieben, durch die Steuerpolitik. Die direkten Steuern, die ein französischer Arbeiter im Laufe eines Jahres aufzubringen hat, erreichen oft die Höhe seines Monatslohns. An indirekten Steuern zahlt jeder Franzose alljährlich noch mehr, nämlich im Durchschnitt 2000 Franc: Frankreich hat die höchste Verbrauchssteuer von allen west-europäischen Ländern.

Trotz ihrer geringen Löhne haben die französischen Arbeiter die längste Arbeitswoche unter allen ihren Klassenbrüdern in den industriell entwickelten Ländern. Die tatsächliche Dauer der Arbeitswoche in Frankreich betrug in der gesamten Nachkriegsperiode bis heute im Durchschnitt 45 bis 46 Stunden (in der extraktiven Industrie 47,9 und in der Bauwirtschaft 48,6 Stunden). Und das, obwohl eine 40-Stunden-Woche gesetzlich eingeführt ist.

Auf der anderen Seite haben sich die Kapitalisten ein wachsendes Arbeitslosenheer geschaffen, das ihnen zur Verschärfung des Konkurrenzdrucks unter der gesamten Arbeiterschaft und damit zur Erzwingung höherer Leistungen dient. Anfang 1972 betrug die die Arbeitslosenquote 2,3% der arbeitsfähigen werktätigen Bevölkerung (in der Bundesrepublik Ende 1971: 0,7%). Das sind 500 000 Arbeitslose, darunter im Raum Paris allein 41 000. Gegenwärtig ist diese Zahl bereits auf ungefähr 800 000 angestiegen. Besonders betroffen von der Arbeitslosigkeit ist die junge Generation der Arbeiterklasse: jeder 3. Arbeitslose ist unter 25 Jahre alt. Hinzu kommt eine wachsende Zahl der Kurzarbeiter und eine Zunahme der angelernten und ungelernten Tätigkeiten, wobei die Lohngruppeneinstufung vieler Arbeiter sich bei „produktionsbedingtem" Arbeitsplatzwechsel enorm verschlechtert.

Die Kapitalisten bedienen sich auch immer mehr der Frauenarbeit, aber nicht etwa, indem zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern indem männliche Arbeitskräfte entlassen werden. Die Frauenarbeit wird bei gleichwertiger Tätigkeit weit unter dem Lohn für männliche Arbeitskräfte bezahlt. Obwohl die Frauen in Frankreich heute fast ein Drittel der Lohnarbeiter stellen, ist ihr Lohn im Durchschnitt 33,6% niedriger als der ihrer männlichen Kollegen.

Die zunehmende Ausbeutung, das wachsende Arbeitstempo und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, geht auf Kosten der Gesundheit der Arbeiterklasse. Mindestens 40% der bei schweren Tätigkeiten eingesetzten Arbeiter leiden heute bereits unter einer Überlastung des Nervensystems. Arbeitsschutz bedeutet den Kapitalisten nur zusätzliche Profitschmälerung, die sie zu ihrem eigenen Vorteil besser vermeiden. Die Zahl der Betriebsunfälle erhöhte sich so von 991 000 im Jahre 1960 (darunter 1 600 mit tödlichem Ausgang) auf 1 085 000 im Jahr 1969 (darunter 2.200 mit tödlichem Ausgang). Die Sterblichkeit unter den Arbeitern im Alter von 25 bis 54 Jahren liegt 2,1 mal so hoch wie unter den Angehörigen freier Berufe und des ingenieurtechnischen Personals. Der Herzinfarkt und zahlreiche andere „Stress-Erscheinungen" sind keine „Manager-Krankheit", sondern kapitalverschuldete Arbeiterleiden.

Ebenso groß wie am Arbeitsplatz sind die Nöte der werktätigen Bevölkerung in anderen Bereichen: bei den Wohnverhältnissen, den Möglichkeiten zur Bildung und der Ausbildung der Arbeiterjugend, bei der Freizeitgestaltung und Erholung. usw. usw. Was den Wohnraum betrifft, so wohnen etwa 5 Millionen Menschen in beengten Verhältnissen, dazu meist noch ohne ausreichende sanitäre Anlagen, teilweise in feuchten und ungenügend heizbaren Räumen. Von 1,2 Millionen Wohnungen in Paris sind beispielsweise 24,5% im vorigen Jahrhundert gebaut worden, 46,2% vor dem 1. Weltkrieg, 19,6% vor den 50er Jahren und nur etwa 10% in den letzten 20 Jahren.

Forts. nächste Seite

Aber nicht nur die Arbeiterklasse hat die ökonomische und soziale Zeche für das Kapital zu zahlen. Auch andere Schichten der Bevölkerung sind zunehmend von einer Verschlechterung ihrer „freiheitlichen Lebensform" betroffen. Die Konzentration der Betriebe in den weiter entwickelten Regionen Frankreichs (nach kapitalistischen Gesichtspunkten der kürzesten und billigsten Trapsportmöglichkeiten usw.) verhindert vor allem eine notwendige Entwicklung der ländlichen Gebiete. Die Landwirtschaftspolitik der EWG bürdet der Landbevölkerung zusätzliche Lasten auf, sie ruiniert eine große Zahl kleiner und mittlerer Bauernhöfe und treibt viele Menschen zur Landflucht. Gab es 1956 noch 2 284 000 bäuerliche Betriebe, so waren es 1970 nur noch 1,5 Millionen. Nach einer vor kurzem angestellten Schätzung wird die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung Frankreichs sich bis 1985 auf 700 000 Menschen verringern.

Auch die städtischen Mittelschichten spüren die Lasten der kapitalistischen Wirtschaft heute stärker auf ihren Schultern. Unter den 500 000 Arbeitslosen Anfang 1972waren beispielsweise 70 000 Ingenieure und Techniker.

Die Verschlechterung der ökonomischen und sozialen Lebensrechte der französischen Bevölkerung wird begleitet von einer wachsenden politischen Entrechtung in allen Lebensbereichen. Vor allem den Kämpfen der Arbeiterklasse tritt die polizeiliche und staatliche Macht immer offener und rücksichtsloser gegenüber. Seit dem Mai 1968 werden immer häufiger Polizeitruppen eingesetzt, um Streiks und Betriebsbesetzungen zu brechen. Dabei reichen die angewandten Mittel der Polizei von Absperrungen der Produktionsanlagen bis zum Einsatz von Schlagstöcken und Tränengasgranaten.

Im Mai 1968 hatte die Polizei auch Schußwaffen eingesetzt, um Betriebe zu



Bei der Demonstration gegen die Ermordung eines algerischen Arbeiters am 16. Dezember 1972: Französische Polizei „säubert die Straße"

räumen und Arbeiter- und Studentendemonstrationen auseinanderzutreiben. Im Februar 1972 wurde Pierre Overney vom Chef des Renault-Werkschützes erschossen, als er vor den Renault-Werken in Billancourt Flugblätter verteilte.

Es ist bekannt geworden, daß die Polizei und Justizwärter Häftlinge in den französischen Gefängnissen foltern und sich die Fälle häufen, wo Gefangene unter mysteriösen Umständen in ihren Zellen „tot aufgefunden" werden. In zwei Berichten vom Juli 1971 und vom Januar 1972 berichtete der „Spiegel" über Verprügelungen von Häftlingen durch die Wärter, über Folterungen mittels Elektroschocks an den Geschlechtsteilen, über Strafvollstreckungen, wo Gefangene manchmal tagelang an Armen und Beinen auf Holz- oder auf Steintischen gefesselt gehalten werden, wobei sie zwischendurch nicht einmal zum Klo gelassen werden, usw.

Die staatliche Repression in Frankreich hat ein Maß angenommen, wo von der bloßen Verfolgung politischer Gegner schrittweise zum staatlich organisierten Terror gegen die gesamte werktätige Bevölkerung übergegangen wird.

Das Linksbündnis: Bündnistreue durch Anbiederei?

Mit der Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebensrechte ist die Empörung der werktätigen Bevölkerung in Frankreich ständig angewachsen. Diese Empörung ist heute nicht mehr auf die zügellose Ausbeutung der Konzerne und auf einige „Randerscheinungen" der sozialen Not begrenzt, sondern sie richtet sich darüberhinaus vor allem gegen die gaullistische Regierung, die seit nunmehr 15 Jahren die Regierungsgeschäfte führt; die Empörung wendet sich immer mehr gegen das gesamte Regierungssystem, das gerade unter den Gaullisten vollständig in den Dienst des Monopolkapitals gestellt wurde.

Auf dieser Grundlage hat die Französische Kommunistische Partei (PCF) vor einiger Zeit ihre Anstrengungen verstärkt, zu einem Bündnis mit der Sozialistischen Partei (PS) zu gelangen, das die Gaullisten über einen parlamentarischen Wahlsieg aus der Regierung vertreiben könnte. Im Juni 1972 legten PCF und PS ein gemeinsames Regierungsprogramm für die Wahlen im März 1973 vor, das im darauffolgenden Monat von der nationalen Parteikonferenz der PCF und vom Nationalkonvent der PS gebilligt wurde.

Das Bündnis mit den „Sozialisten" wird von der PCF schon lange angestrebt; es hat auch schon zeitweise bestanden, zumeist allerdings nur für begrenzte Fragen. Die „Sozialistischen" Führer haben es jedoch immer verstanden, ein derartiges Bündnis unter Vorwänden zu verhindern bzw. wieder zu zerstören. Die Hauptmethode der PCF hingegen ist es dabei gewesen, durch zunehmende Annäherung an die Positionen der „Sozialisten" das Bündnis doch endlich zustande zu bringen.

So wurde bereits 1934 ein Abkommen über die Aktionseinheit zwischen den beiden Parteien geschlossen, dem zwei Jahre später die Bildung einer Volksfront-Regierung folgte, der sich weitere Parteien angeschlossen hatten. Diese Volksfront-Regierung brach 1938 endgültig auseinander, ohne daß sie bedeutende Reformen verwirklicht hatte, wie dies in ihrem Programm angekündigt war.

Während des 2. Weltkrieges hatte es eine enge Zusammenarbeit zwischen Kommunisten, Sozialisten und anderen Gruppierungen im Kampf gegen den deutschen Faschismus und gegen die Kollaboration französisch-bürgerlicher Kreise gegeben. Es wurde eine nationale Front und ein gemeinsamer Nationalrat der französischen Resistance (Widerstandsbewegung) gebildet, der sich vor allem auf das solidarische Zusammenstehen der Arbeiter an der „Basis" ihrer Parteien stützen konnte.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges war die PCF dann für kurze Zeit mit einigen Ministern in der Regierung vertreten. Als 1946 jedoch eine neue Verfassung, die Verfassung der IV. Republik, erlassen wurde, lehnte die „Sozialistische Partei" (die bis 1968 noch den Namen SFIO trug) eine weitere Teilnahme der PCF an der Regierung ab, obwohl PCF und SFIO damals über eine Mehrheit in der verfassungsgebenden Versammlung verfügten. Es zeigte sich auch sehr schnell, warum die „Sozialisten" die PCF nicht in der Regierung gebrauchen konnten: Sie verfolgten nämlich eine zügige Wiedererrichtung des französischen Imperialismus, der auch militärisch um die Erhaltung seines alten Kolonialsystems kämpfen mußte. Die Regierung des „Sozialisten" Leon Blum, der auch 1934 die Volksfront-Regierung führte, begann Ende 1946 den Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk und leitete ebenso blutige Unterdrückungsmaßnahmen in anderen von Frankreich noch abhängigen Gebieten ein. Später, als die „Sozialisten" 1956 die Regierung anführten, verlängerten und verschärften sie den Kolonialkrieg gegen Algerien und beteiligten sich am Suezkanal-Abenteuer.

Der kapitalistische Staat reagierte auf die wachsende Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse gegen die imperialistische Kriegspolitik mit offener Gewalt im eigenen Land: Demonstrationen wurden blutig niedergeschlagen, Versammlungsverbote verhängt und andere demokratische Rechte eingeschränkt. In Algier und Ajaccio (Korsika) fanden im Mai 1958 Militärputsche mit dem Ziel der Errichtung einer faschistischen Diktatur in ganz Frankreich statt. Mit Hilfe der von ihr selbst erzeugten Spannung im Land gelang es der Bourgeoisie, die „untaugliche" IV. Republik auf „legalem"* Wege zu beseitigen. De Gaulle übernahm die Regierungsgewalt und errichtete die V. Republik - wie die PCF damals feststellte: eine „Regierung der persönlichen Diktatur, die dem Faschismus den Weg bahnt". Die Errichtung der V. Republik mit dem durch die neue Präsidialverfassung abgesicherten gaullistischen Regierungssystem bedeutete eine Niederlage für die französische Arbeiterbewegung. Die PCF hat damals die SFIO zum gemeinsamen Handeln aufgefordert, was aber von der „sozialistischen" Führung abgelehnt und praktisch sabotiert wurde. Guy Mollet, einer der „sozialistischen" Führer, kleidete die Haltung seiner Partei in die wenigen Worte:„Der Gaullismus ist mir lieber als die Volksfront."

Die SFIO hat in dieser Zeit eine Menge ihres Vertrauens unter der werktätigen Bevölkerung eingebüßt. Bei den Parlamentswahlen von 1962 erhielt sie 2,3 Mill. Stimmen (= 12,6 %) gegenüber 3,2 Mill. (= 15,7 %) bei den vorangegangenen Wahlen 1958; die PCF vergrößerte ihren Stimmenanteil auf über 4 Millionen.

Bei den folgenden Präsidentschaftswahlen 1965 und den Parlamentswahlen 1967 kam es zu begrenzten Absprachen zwischen PCF und der Sozialistischen Partei, die wesentlich darin bestanden, daß die PCF bei den Präsidentschaftswahlen auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtete und Mitterrand unterstützte, und bei den Parlamentswahlen ebenfalls eine Reihe ihrer Kandidaten zugunsten der „Sozialisten" zurückzog. Die PCF erreichte bei den Parlamentswahlen mit 5 Mill. Stimmen ca. 22,5 %, während die „Sozialisten" zusammen mit dem linken Flügel der „Radikalen Partei" und einigen anderen Gruppen ca. 19 % erlangten.

Nach den Mai-Kämpfen 1968, in denen nicht nur die „Sozialisten", sondern auch die PCF durch ihre opportunistische Politik viel Sympathien bei den Arbeitern verlor, erlitten beide Gruppierungen in den nachfolgenden Wahlen eine Stimmeneinbuße von je ca. 2,5 %. Die SFIO hat sich daraufhin im Dezember 1968 zur heutigen PS umbenannt.

Nach dem Mai 68 kam es dann auch auf Initiative der PCF zu einer Reihe von Absprachen mit der PS, die in der Veröffentlichung von gemeinsamen Kommuniqués mündeten, in denen die erreichten Übereinstimmungen festgestellt und der Wille zu einem gemeinsamen Handeln betont wurden. Die PCF, die sich bei ihrem Bündnis ja auch der Erfahrung der französischen Arbeiter mit dem fortwährenden Verrat der „Sozialisten" gegenübersieht, weist heute guten Glaubens darauf hin, daß die PS 1969 „die Lehren aus der Niederlage ihrer Politik in der vorhergehenden Zeit" gezogen und nunmehr beschlossen habe, „den Weg zur Einigung der Linken zu beschreiten und jedwedes Bündnis mit den Rechten aufzugeben". Es dient aber keineswegs einer größeren politischen Klarheit der Arbeiterklasse, wenn die PCF selbst dazu beiträgt, die bitteren Erfahrungen der Arbeiter mit den „Sozialisten" jetzt herunterzuspielen und zu verwischen und alles unter dem täuschenden Mantel einer „Einsicht" der PS-Führer zuzudecken. Versprechen abzugeben und „Einsicht' zu bekunden - darin waren die „sozialistischen" Führer schon immer groß; aber noch größer waren sie bislang zweifellos im Bruch ihrer Versprechen und in der Sabotage ihrer angeblichen „Einsicht". 1958, als die „Sozialisten" einen gemeinsamen Kampf gegen das gaullistische Regime auf schäbigste Art sabotierten, da warf die PCF namentlich auch dem heutigen PS-Führer Mitterrand vor, daß er „die elementare Notwendigkeit des Kampfes, die offensichtliche Dringlichkeit des Zusammenschlusses" einfach „vergessen" hätte. Was sollte Mitterrand und seinesgleichen heute wohl hindern, dies erneut zu „vergessen"?

Zudem ist es so, daß nicht eine "Einsicht" der PS zum gegenwärtigen Bündnis geführt hat, sondern die Tatsache, daß die PCF sich den Positionen der PS angenähert hat, daß sie sich ihr durch zunehmende Aufgabe der revolutionären Ziele des Sozialismus förmlich „an die Brust geworfen" hat. Der Verzicht auf revolutionäre Ziele ist überhaupt die Grundlage, auf der die PS schließlich „Einsicht" zeigte. Sicherlich ist dies für die französische Arbeiterbewegung kein Grund zu überschwengli-



Francois Mitterand, Chef der Sozialistischen Partei Frankreichs: „Unser Sozialismus ist der, den mein Freund Olof Palme in Schweden praktiziert." (in einer Fernsehdiskussion am 16.2.73)

chem Jubel, wie ihn die Führung der PCF veranstaltet, die von einem „bedeutenden Ereignis" spricht, das „seit einem halben Jahrhundert ohne Vorbild in der Geschichte der demokratischen und Arbeiterbewegung unseres Landes ist"; die den Arbeitern mit dem gemeinsamen Regierungsprogramm „die kühnste Politik auf sozialem Gebiet" verheißt, „die es in diesem Land bisher gegeben hat", eine „bisher ungekannte Verbesserung" für die werktätige Bevölkerung, eine „echte Förderung der Frau in der Gesellschaft" und die „Eröffnung völlig neuer und begeisternder Aussichten für die Jugend", schließlich den „Übergang zum Sozialismus".



Französische Polizei marschiert zum Einsatz gegen eine Demonstration

Immerhin hat Mitterrand erst kürzlich wieder in einer Fernsehdiskussion deutlich gesagt, was er und seine Partei wollen: „Unser Sozialismus ist der, den mein Freund Olof Palme in Schweden praktiziert." Das ist eine interessante Erläuterung zu der im gemeinsamen Regierungsprogramm verkündeten Absicht, „den Weg zum Sozialismus zu öffnen".

Die bürgerliche Presse versucht antikommunistische Stimmungen gegen das Bündnis zu mobilisieren, indem sie behauptet, die PS sei der „Gefangene" der PCF. Aber die Frage, wer von wem „gefangen" ist, ist keine Frage des Übergewichts einer Partei durch ihre Mitgliederstärke, sondern eine Frage, welche Politik die Vorherrschaft in einem solchen Bündnis führt, die proletarische oder die bürgerliche.

Die PCF hatte im Oktober 1971 noch ein eigenes „Programm für eine demokratische Regierung der Volkseinheit" vorgelegt, das selbst schon auf Opportunismus getrimmt war. Nun hat sie nur 8 Monate später ihre Positionen (in der Frage der der Verstaatlichungen und Entschädigungen, der EWG, der NATO, der frz. Kolonien, usw.) noch weiter reduzieren müssen, damit das gemeinsame Regierungsprogramm auch ein „gemeinsames" wird. Bei der folgenden Auseinandersetzung mit den wesentlichen Punkten dieses Programms bleibt festzustellen, daß die PCF auch als selbständige Partei (also über das Bündnis mit der PS hinaus) außer billigen Phrasen konkret keine weitergehenden Auffassungen mehr verficht.

Das Regierungsprogramm des Linksbündnisses

Das gemeinsame Regierungsprogramm beginnt mit der Aufzählung einer Vielzahl von Reformen, die das PCF-PS-Bündnis verwirklichen will: Erhöhung des Mindestlohns, Sicherung der Preisstabilität, Verringerung der Steuerlast für die Werktätigen, Herabsetzung des Rentenalters, Verringerung der tatsächlichen Arbeitszeit, Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung, Reform der Arbeitsgesetzgebung, Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sozialversicherung, Herabsetzung der Militärdienstzeit, Reformen auf den Gebieten Stadtplanung, Wohnungsbau und gesellschaftliche Einrichtungen usw.

Das sind alles Reformvorhaben, die die Lage der französischen Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Bevölkerung sicher verbessern würden. Nur: schöne Pläne und und Versprechen sind solange nichts wert, wie man nicht die Mittel ihrer Durchführung beherrscht. Die Betriebe sind in den Händen der Kapitalisten, und es ist eine Tatsache, daß die politische wie die ökonomische Macht aus dem Besitz und der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel erwächst.

Das gemeinsame Regierungsprogramm sieht nun zur „Befreiung von der Herrschaft des Großkapitals" eine Politik der schrittweisen Verstaatlichung und eine „immer weiter gehende Mitwirkung (!) der Werktätigen in der Führung des Betriebs wie des Landes" vor. Was hat es damit auf sich?

Es wird erklärt, daß der Bank- und Finanzsektor gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode verstaatlicht werden soll, während für die Industriebetriebe nur eine „Mindestschwelle", ein „Minimum von Verstaatlichungen" geplant ist. Ein Minimum ist definitionsgemäß immer „so wenig wie möglich", und das Programm hält sich auch an diese Definition. Es werden nicht mehr als 9 Konzerne aufgeführt, die allerdings auch zu den größten der französischen Industrie zählen. Auf der nationalen Parteikonferenz der PCF am 9. Juli letzten Jahres hat deren Generalsekretär Georges Marchais sich energisch gegen die „reaktionäre Propaganda" gewandt, die der PCF und PS vorwirft, sie würden eine „totale Verstaatlichung" anstreben. Marchais sagte zu den geplanten Verstaatlichungen: „Die Gesamtheit dieses Sektors wird nur wenig mehr als 2,5 Millionen Beschäftigte bei einer Gesamtzahl von 15 Millionen Beschäftigten der heutigen Wirtschaft umfassen. Es bleibt also ein umfangreicher privater Sektor bestehen."

Dabei ist zu ergänzen, daß in dieser Rechnung bereits die etlichen hunderttausend Beschäftigten der heute schon verstaatlichten Unternehmen enthalten sind (Renault, Elektrizitätswerke, Eisenbahn, Post u. a.).

Wichtiger zum Verständnis der Verstaatlichungspläne als deren begrenzte Zahl ist aber die Tatsache, daß diese gegen Entschädigung erfolgen sollen, daß die Regierung die betreffenden Unternehmen aufkaufen will. Im ursprünglichen eigenen Entwurf eines Regierungsprogramms (Oktober 1971) wollte die PCF nur die Kleinaktionäre entschädigen. Nach dem gemeinsamen Regierungsprogramm mit der PS sollen aber alle Aktionäre entschädigt werden, wobei nur noch ein nicht näher bezeichneter „Unterschied zwischen den Großaktionären und den kleinen und mittleren Aktienbesitzern" vorgesehen ist.

Die Regierung könnte eine solche Transaktion natürlich nur mit Steuergeldern finanzieren, die vor allem aus der Tasche der Werktätigen kommen. Letztlich läuft eine Verstaatlichung gegen Entschädigung also darauf hinaus, daß die Arbeiter eine doppelte Zeche zu zahlen haben: Zuerst haben sie den Mehrwert produziert, den die Kapitalisten sich in Form der Produktionsanlagen angeeignet haben - und dann müssen sie noch einen weiteren Teil ihres Lohns in Form von Steuern aufbringen, um die aus ihrer Hände Arbeit gewachsenen Produktionsanlagen in den Besitz der Regierung zu bringen.

Und was glauben PCF und PS wohl, würden die auf solch konziliante Art „enteigneten" Kapitalisten mit ihrer „Entschädigung" machen? Ob sie das Geld in den Gärten ihrer Villen vergraben oder gar unter die Armen verteilen?? Natürlich würden sie diese unermeßlichen Summen, die selbst für den üppigen privaten Luxusbedarf eines Konzernherrn unverzehrbar sind, erneut „anlegen". Sie würden damit andere Aktien der ja noch reichlich vorhandenen Privatindustrie aufkaufen. Einen größeren Teil als bislang würden sie, damit wäre zu rechnen, durch Kapitalexport in der ausländischen Industrie investieren. Nicht nur, daß die „enteigneten" Kapitalisten also ihr Geschäft der Ausbeutung in Frankreich weiterbetreiben könnten. Die Regierung würde ihnen durch die „Entschädigung" auch noch ausreichende finanzielle Mittel verschaffen, mit denen sie im Ausland investieren und so ihren Anteil an der imperialistischen Ausbeutung anderer Länder vergrößern könnten - was zweifellos im Sinne des 6. staatlichen Plans ist.

Ebensowenig wie die Verstaatlichungspläne kann das PCF-PS-Konzept über die „Mitwirkung der Werktätigen in der Führung des Betriebes wie des Landes" die Herrschaft des Monopolkapitals beseitigen. Das Konzept der „Mitwirkung", wie es in allen französischen Betrieben eingeführt werden soll, weicht in seinem Wesen in nichts von allerlei sattsam bekannten sozialdemokratischen Konzeptionen der „Mitbestimmung", der „Wirtschaftsdemokratie"* usw. ab.

Lediglich in den verstaatlichten Betrieben werden die Rechte der Arbeiter laut Programm weitergehend sein. Aber damit ist die entscheidende Frage der Herrschaft über diese Betriebe noch gar nicht berührt. Und zeigt nicht auch die Situation der Arbeiter in einem verstaatlichten Betrieb wie Renault, daß durch die Verstaatlichung allein noch gar nichts erreicht ist? Bezeichnenderweise hat Marchais auf dem nationalen Parteikongreß der PCF gerade Renault und die französische Elektrizitätsgesellschaft EDF als Vorbilder für ihre Verstaatlichungspläne angesprochen!

Die „unwichtige" Frage der Macht im Staat

Die entscheidende Frage aber, wenn man „tiefe Veränderungen im politischen, ökonomischen und sozialen Leben" anstrebt, wenn man gar „den Weg zum Sozialismus öffnen" will, das ist die Frage nach der staatlichen Macht. Das ist zugleich auch aus. Sie betreffen den gesamten Staatsapparat, der sich im wesentlichen aus dem Militär, der Polizei, der Justiz und der ausgewucherten Administration zusammensetzt. In Frankreich spielt das Parlament dabei aufgrund der Präsidialverfassung der V. Republik eine noch bedeutungslosere Rolle als in einigen anderen kapitalistischen Demokratien.

Die Demokratie und der „soziale Frieden" im Kapitalismus ist für die Bourgeoisie lediglich ein Instrument, auf das sie sich solange einläßt, wie es ihr nützlich erscheint. Dahinter drohen die Bajonette und Panzer. Die Geschichte, und namentlich auch die französische, hat der Arbeiterbewegung noch nie den Anlaß zum geringsten Zweifel gegeben, daß die Bourgeoisie zum blutigen Terror bereit ist, um die Arbeiterklasse daran zu hindern, ihr Joch der Ausbeutung und Unterdrückung abzuschütteln.

Was ist da einfacher zu begreifen, als die Tatsache, daß die Arbeiter selbst zu den Waffen greifen müssen, um sich vor den Waffen der Bourgeoisie zu schützen? Und welche andere Aufgabe sollte es für eine kratischen Gruppen, verbrannten nach dem Vorbild der Nazis in aller Öffentlichkeit antifaschistische Zeitungen usw. Das ZK der PCF sagte damals zu diesem Terror: „Unser Volk erkennt darin die Methoden der Hitlerfaschisten, die Mentalität der SS wieder".

Wodurch sollte diese Mentalität aus der französischen Armee gewichen sein? Was berechtigt zur Annahme, daß die Bourgeoisie diese Fußtruppen nicht wieder in größerem Maße gegen die Arbeiterbewegung mobilisieren könnte? Nein, solange der Bourgeoisie diese Werkzeuge nicht aus der Hand geschlagen sind, kann sich kein „Weg zum Sozialismus öffnen".

Dasselbe gilt für die Polizei und ihre Spezialeinheiten, wie die berüchtigte CRS, eine Art Bereitschaftspolizei, die vornehmlich auf den bewaffneten Einsatz gegen Streiks und Demonstrationen gedrillt ist. Auch die Polizeitruppen haben vielfach unter Beweis gestellt, daß sie nicht zum Schutz der Bevölkerung vor Verbrechen, sondern zum Schutz des Verbrechens vor der Bevölkerung da sind. Vor 11 Jahren, im Februar 1962, wurden an der Pariser U-Bahn-Station Charonne acht Arbeiter von der Polizei erschossen, als sie gegen die faschistische Geheimarmee OAS demonstrierten. Im Mai 1968 wurden u.a. zwei streikende Arbeiter im Automobilwerk Peugeot in Sochaux von CRS-Polizisten erschossen; im Februar 1972 Pierre Overney vom Werkschutz, als er vor Renault Flugblätter verteilte. Unzählige Male ist deutlich geworden, auf wessen Seite die kapitalistische Polizei steht.

Es ist aber auch erklärlich, ja es ist eine positive Entwicklung im Bewußtsein der Bevölkerung, daß immer weniger Menschen in Frankreich dieser Polizei vertrauen, daß immer mehr sich gegen sie auflehnen. Was aber schreiben PCF und PS in ihrem gemeinsamen Regierungsprogramm? Die Polizei solle wieder „die Achtung der Staatsbürger zurückerlangen"!

Dies ist ein Meisterstück an revisionistischer (besser: sozialdemokratischer) Konsequenz, zu der die PCF sich um des Bündnisses mit der PS und des parlamentarischen Wahlsieges willen politisch heruntergewirtschaftet hat. Hier tut sich ein Abgrund an opportunistischem Verrat an den revolutionären Zielen der Arbeiterbewegung auf, der von der zunehmenden Ablehnung der Diktatur des Proletariats „schrittweise" in den Sumpf der Verteidigung der

Mit der Nato gegen die Nato

Wir wollen noch kurz auf zwei Punkte des gemeinsamen Regierungsprogramms eingehen, die von größerer Bedeutung sind: die Stellung des französischen Linksbündnissen zur NATO und ihre Stellung zur EWG.

Frankreich hat bekanntlich vor einiger Zeit offiziell einen gewissen Rückzug seiner Präsenz innerhalb der NATO angetreten, aber dennoch gehört es diesem Militärpakt faktisch weiter an und es haben sich auch abseits des breiten öffentlichen Bekanntwerdens umfangreichere Wiedereingliederungsmaßnahmen der französischen Truppen in die NATO vollzogen. Die PCF hat so noch im Oktober 1971, in ihrem selbständigen Entwurf eines „Programms der demokratischen Regierung der Volkseinheit" die Auffassung vertreten: „Frankreich muß von seinem Engagement innerhalb des Atlantischen Pakts zurückkehren. Der Atlantik-Pakt ist eine politisch-militärische Organisation mit aggressiven Zielsetzungen, unter der Führung der USA."

Nur 8 Monate (!) später, im gemeinsamen Regierungsprogramm mit der PS, hat



Generalstreik am 23. Juni 1972

die Frage, um die sich das gemeinsame Regierungsprogramm mit äußerster Behutsamkeit herumdrückt – wie ein Dieb, der am Ort seines Diebstahls erkannt zu werden fürchtet. Bei der PS ist das absolut in keiner Weise verwunderlich, beruft sie sich doch ausdrücklich auf den bürgerlichen Staat. Aber bezeichnend ist, daß auch die PCF in ihren selbständigen Erklärungen den revolutionären Sturz der Kapitalistenherrschaft, die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats über die alten Ausbeuterklassen nicht mehr propagiert.

In dem gemeinsamen Regierungsprogramm ist zu lesen, daß das PCF-PS-Bündnis die dem französischen Volk gehörenden „demokratischen Traditionen bewahren und erweitern" will: „Alle Gesetze, die die Freiheiten der Bürger beschneiden, müssen aufgehoben und statt dessen Gesetze beschlossen werden, die diese Freiheiten schützen."

In diesem Sinn plant das PCF-PS-Bündnis die Abschaffung der in Frankreich immer noch praktizierten Todesstrafe, den Schutz vor willkürlicher Verhaftung, die Anerkennung des Asylrechts, die Garantie der Gedanken- und Redefreiheit, das Verbot jeder rassistischen und antisemitischen Diskriminierung, die ausdrückliche Bestätigung des Demonstrationsrechts, des Versammlungsrechts und des Koalitionsrechts und die Gewährleistung des Streikrechts. Ferner wollen PCF und PS „keine Korruption mehr dulden" und noch einiges mehr.

Schön und gut, aber das ist keine Angelegenheit von worteichen Beteuerungen und feierlichen Absichtserklärungen! Worauf sollen sich diese Garantien und Gewährleistungen stützen – das ist die entscheidende Frage! Wo sind die Machtorgane und die Machtmittel, die in der Praxis dafür Sorge tragen, daß diese Rechte vor den Zugriffen der Reaktion geschützt sind?

Auf diese Frage finden wir im gemeinsamen Regierungsprogramm keine Antwort, mit Ausnahme der, daß man alles „demokratisieren" will.

Durch eine bloße Regierungsübernahme durch PCF und PS ist das Problem der staatlichen Macht aber noch nicht einmal ansatzweise gelöst. Die Stützen der politischen Herrschaft des Kapitals gehen weit über die Regierung und das Parlament hin- „Volksfront"-Regierung geben, wenn sie „den Weg zum Sozialismus öffnen will", als jene, die Arbeiter für diesen Kampf um die Macht auszurüsten, sie zumindest mit den ihr verfügbaren Mitteln darauf vorzubereiten? Aber das gemeinsame Regierungsprogramm von PCF und PS hüllt sich in Schweigen und vertraut auf seine erstrebte parlamentarische Mehrheit und, wer weiß, auf die „Einsicht" der Bourgeoisie.

Das Militär wird im gemeinsamen Regierungsprogramm als innenpolitisches Instrument der Bourgeoisie überhaupt nicht mehr in Betracht gezogen, sondern lediglich als außenpolitisches. Dabei ist es noch keine fünf Jahre her, daß de Gaulle im Mai/Juni 1968 den Aufmarsch einsatzfähiger Panzertruppen rund um Paris veranlaßte, als in der Stadt heftige Streiks, Besetzungen und Demonstrationen der Arbeiter und Studenten stattfanden. Kommandiert wurden diese Truppen von General Massu, ein wegen seiner „Indochina- und Algerien-Erfahrung" hochgelobter Offizier der Bourgeoisie. Die französische Armee verfügt über eine Reihe von Spezialeinheiten, vor allem die Fallschirmjäger, die weit vom Volk getrennt und von einem reaktionären Geist durchzogen sind, die sich für eine freiwillige „Einsicht", sich auf die Seite des Volkes und gegen die Bourgeoisie zu stellen, weitgehend unempfindlich machen. Mit diesem Werkzeug der Bourgeoisie muß die französische Arbeiterbewegung auch dann noch rechnen, wenn das PCF-PS-Bündnis tatsächlich die Regierung bilden würde. Es handelt sich um Truppen, die 1946-54 gegen das vietnamesische Volk gekämpft haben, die 1954-62 die algerische Unabhängigkeits-bewegung im Blut zu ersticken versuchten, die 1967 in Somalia und Guadeloupe Volksbewegungen blutig nierderschlugen, die 1969 gegen die nationale Befreiungsbewegung im Tschad eingriffen und die heute immer noch in mehreren von Frankreich abhängigen Ländern darüber wachen, daß diese sich nicht gegen den französischen Imperialismus erheben, wie 1946 Vietnam und 1954 Algerien. Spezialverbände der französischen Armee waren es auch, die 1958 Instrument der Gewaltstreiche in Algier und auf Korsika waren, die damit einen „Funken" zur Errichtung eines faschistischen Regimes in Frankreich selbst entzünden wollten. Gleichzeitig organisierten Fallschirmjäger-Einheiten zusammen mit anderen reaktionären Kräften Überfälle auf Räumlichkeiten von Arbeiterorganisationen und anderen demo-

Fortgeschrittene Demokratie? Wahre politische und ökonomische Demokratie? Demokratie mit fortgeschrittenem sozialen und ökonomischen Inhalt? ... Oder wäre nicht besser, demokratische Demokratie?



Georges Marchais, Generalsekretär der Französischen Kommunistischen Partei

Diktatur der Bourgeoisie führen wird, und der heute bereits seinen treffendsten Ausdruck in dem kürzlich von Georges Marchais formulierten Satz gefunden hat: „Wir haben Staatsbewußtsein".

„Staatsbewußte Kommunisten" – mit dem „kleinen Fehler" nur, daß der Staat, der ihnen diese Achtung abringt, ein kapitalistischer Staat ist!

die PCF ihre vorige Auffassung verraten und fordert „die gleichzeitige Auflösung des Nordatlantik-Paktes und des Warschauer Vertrages", was „schrittweise" erreicht werden soll. In seiner Erklärung vor der nationalen Parteikonferenz gießt Marchais die neue Linie in die lächerliche Form, daß das „demokratische Frankreich" auf einen „Weg der Unabhängigkeit von jedem politisch-militärischen Block" geführt werden soll, ohne – man höre – „in der gegenwärtigen Etappe (!) seine Zugehörigkeit zum atlantischen Bündnis in Frage zu stellen".

Wir haben bereits auf das Eingreifen der französischen Streitkräfte zur Unterdrückung anderer Länder hingewiesen. In diesem Zusammenhang ist es noch einmal nützlich, einige Stellungnahmen der PCF zur Frage der ehemaligen und der noch bestehenden französischen Kolonien zu erinnern (die jetzt vornehmer nicht mehr Kolonien, sondern „überseeische Departements und Territorien" genannt werden, eine Sprachregelung der französischen Bourgeoisie, an die sich auch die „staatsbewußte" PCF hält).

Die PCF hat eine lange Tradition mit ihrer unmarxistischen Haltung gegenüber dem Unabhängigkeitsstreben anderer Völker. Bereits 1939 bezeichnete der damalige Generalsekretär der PCF, Maurice Thorez, die französischen Kolonialvölker in einer Rede in Algier als „eingebürgerte Franzosen". Und 1946, als der algerische Befreiungskampf noch völlig unentwickelt war, sagte ein Parlamentsabgeordneter der PCF in der Konstituierenden Nationalversammlung Frankreichs: „Algerien ist ein unabtrennbarer Teil Frankreichs'. 1958, während die französische Armee ein blutiges Gemetzel gegen das algerische Volk durchführte, nahm diese Haltung der PCF in einer ihrer Zeitungen sogar den Charakter einer unverhüllten Drohung an: „Die Frage besteht darin", schrieb die „kommunistische" Zeitschrift „Neue Demokratie", „ob diese bereits unvermeidliche Unabhängigkeit sich mit Frankreich oder ohne Frankreich und gegen Frankreich vollziehen soll. Die Interessen unseres Landes (!) erfordern es, daß sie es mit Frankreich tun.' Warum sie dies „erforderten", das erklärte Maurice Thorez bereits im Bericht des ZK auf dem X. Parteitag der PCF 1945: Die größte Sorge von Thorez und anderen war, daß Algerien jährlich an Frankreich „eine Million Schafe" und bedeutende Mengen Weizen liefern sollte, um Frankreichs „Mangel an Fleisch" und sein „Getreidedefizit" zu beheben.

Forts. nächste Seite

Und als die französische Armee 1969 im Tschad gegen die nationale Befreiungsbewegung eingriff, da klammerte die PCF ihre „Kritik" an die Tatsache, daß auch „Unfreiwillige" (reguläre) Soldaten diesem imperialistischen Kriegsverbrechen zubeordert wurden.

In dem gemeinsamen Regierungsprogramm, auf das die PCF sich festgelegt hat, finden sich insgesamt nicht mehr als drei Sätze (!) zu den „französischen überseeischen Departements und Gebieten". Darin wird großzügig das Recht auf Selbstbestimmung dieser Gebiete (Guadeloupe, Guajana, Martinique und Réunion) „anerkannt", aber ihre „Rechte" sollen weiterhin auf der französischen Verfassung beruhen und eine „neue Grundordnung" soll „mit der (französischen) Regierung „abgesprochen" werden.

Dazu läßt sich nur das wiederholen, was Lenin einmal in Bezug auf die Parteien der II. (sozialdemokratischen) Internationale gesagt hat: daß sich der Sozialchauvinismus vom Chauvinismus dadurch unterscheide, daß er zwar „allgemein" das Recht auf Unabhängigkeit der Völker und Länder anerkenne, daß dies aber dort aufhöre, wo es sich um Völker handelt, die von der eigenen Nation unterdrückt werden.

EWG kontra Großkapital

In ihrem eigenen Regierungsprogramm-Entwurf von 1971 bezeichnete die PCF die EWG noch als „einen Block der monopolistischen Trusts". Nichtsdestoweniger erklärte Marchais dann wieder acht Monate später: „Wir haben es schon seit Jahren gesagt und sagen es auch heute, daß der Gemeinsame Markt eine Realität ist und daß sich Frankreich aus diesem Grunde nicht ohne Schaden aus ihm zurückziehen kann." Daher wolle man weiter an der EWG teilnehmen. Das gemeinsame Regierungsprogramm stellt dabei wieder eine Reihe von hirnrissigen Spekulationen an, wie man die EWG nun „demokratisieren" und wie man sie „von der Herrschaft des Großkapitals befreien" will.

Auf dem XV. Parteitag der PCF im Juli 1959 (zwei Jahre nach Unterzeichnung der die EWG begründenden Römischen Verträge) gab das ZK in seinem Rechenschaftsbericht eine Analyse der EWG, der man heute weitestgehend noch ehrlichen Gewissens zustimmen kann. Die EWG wurde als „Europa der Konzerne" benannt. Die Pläne der EWG zielen „unter Berufung auf den sozialen Fortschritt darauf ab, den Lebensstandard der Werktätigen zu senken und sie zu knechten" – hieß es weiter. Besonders hervorgehoben wurde die Beschleunigung der Konzentration des Kapitals, in deren Folge sich Arbeitslosigkeit und eine allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen entwickeln. Die Konzerne „werden bestrebt sein, die Arbeits- und Lebensbedingungen der französischen Arbeiter auf das Niveau jenes ‚europäischen' Landes zu bringen, in dem die jeweils schlechtesten Bedingungen herrschen". Desweiteren wurde besonders davor gewarnt, daß der Konkurrenzkampf in der EWG sich „zum Vorteil des stärksten Landes, also Westdeutschlands, auswirken" wird, und daß die Zunahme des „ökonomischen Gewichts Westdeutschlands innerhalb der Montanunion . . . zwangsläufig eine Verstärkung seines politischen Übergewichts nach sich ziehen" wird.

Gleichzeitig liebäugelte die PCF aber auch damals schon realitätsfern mit dem „parlamentarischen Weg" als „eine Form des Übergangs zum Sozialismus". Man war in der Formulierung der revisionistischen Standpunkte noch etwas zaghafter, man hatte es auch noch nicht ganz verworfen, die Notwendigkeit der Vernichtung des alten Staatsapparats zur Durchsetzung der Arbeiterinteressen beim Namen zu nennen; man wies andererseits aber auch schon deutlicher den weiteren Entwicklungsweg der PCF, wenn das ZK unter Maurice Thorez beispielsweise kundtat, man wolle „das Parlament aus einem Werkzeug der Herrschaft der Bourgeoisie zu einem Instrument der sozialistischen Umgestaltung des Landes" machen.

Der Revisionismus der ehemals kommunistischen Parteien entwickelte sich nicht von heute auf morgen, sondern er wurde schrittweise zu einem die Politik der gesamten Partei umfassenden System ausgebaut. Diese Entwicklung ist auch mit Sicherheit noch nicht am Abschluß, wenngleich die Übergänge zwischen revisionistischen und sozialdemokratischen Positionen heute bereits in einer Reihe von Fragen „fließend" sind.

Die Arbeiterbewegung befindet sich auch in Frankreich noch unter einem großen Einfluß dieser Leute und wahrscheinlich werden viele Arbeiter mangels Alternative zu den Gaullisten das Linksbündnis von PCF und PS wählen. Aber in der französischen Arbeiterbewegung zeigen sich auch neue, vorerst noch schwache Tendenzen, die auf eine revolutionäre Lösung der gesellschaftlichen Widersprüche hinsteuern, und die auf diesem langen Weg auch schließlich den Einfluß des Revisionismus und Sozialdemokratismus hinter sich lassen werden.

Das Problem der Arbeiter: Herausbildung einer revolutionären Führung

Der französische Mai 1968 war der bedeutendste revolutionäre Ansturm einer westeuropäischen Arbeiterklasse seit dem Ende des zweiten Weltkrieges. Streiks, Betriebsbesetzungen und Demonstrationen flammten im ganzen Land auf und erreichten am 23. Mai eine Teilnahme von 8 – 10 Millionen Arbeitern. Die Kämpfe rührten bis nahe an den Punkt heran, wo die Frage der Macht im Staat gestellt ist.

Diese Kämpfe mußten jedoch letztlich daran scheitern, daß sie von einer spontanen, unorganisierten Massenbewegung getragen wurden, daß in ihnen die revolutionäre Organisation fehlte, die diesen Aufstand hätte vorbereiten und führen können. Die PCF hat diese Aufgabe nicht wahrgenommen, weil sie seit langem die falsche Politik vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus" verfolgt und deshalb auf die „Vermeidung" jeder gewaltsamen Konfrontation zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse aus ist. So sah sie sich an einem bestimmten Punkt der Kämpfe veranlaßt, die unvorbereiteten und ohne revolutionäre Führung gelassenen Arbeiter zur Rückkehr in die Betriebe aufzufordern, um Schlimmeres zu verhüten. Die Bourgeoisie ihrerseits hält nämlich nichts von „friedlichen Spielregeln", wovon der brutale Einsatz knüppelnder und schießender Polizeitruppen und die Bereitstellung von Panzereinheiten der französischen Armee rund um Paris zeugen. In der Tat hätten die französischen Arbeiter eine solche Konfrontation unter einem gewaltigen Blutbad verloren. Aber nicht, weil sie überhaupt zu kämpfen wagten, sondern weil sie von ihrer reformistischen „Führung" im Stich gelassen wurden, weil die PCF (und mit ihr die CGT-Gewerkschaft) in den ganzen Jahren keinen Finger zur Vorbereitung der Arbeiter auf eine solche Konfrontation gekrümmt hatten.

Der Bourgeoisie ist dennoch die in den spontanen Massenkämpfen sichtbar gewordene Stärke der französischen Arbeiterklasse erheblich in die Glieder gefahren. Sie weiß mittlerweile, was für einen Gegner sie sich mit der französischen Arbeiterklasse „herangezüchtet" hat – und sie bereitet sich mit größter Energie ideologisch, politisch und militärisch auf die unvermeidlichen künftigen Schlachten vor.

Gegenüber der Zeit vor dem Mai 1968 haben die Kämpfe der französischen Arbeiterklasse merklich zugenommen, sie haben an politischer Klarheit und praktischer Stoßkraft gewonnen. Direkt nach dem Mai 68 erlebten die Kämpfe zwar eine Phase des Abschwungs, wo es galt, die politische Bilanz zu ziehen, die Resignation zu bekämpfen und den weiteren Weg zu diskutieren. Mittlerweile hat die Intensität der Kämpfe aber unter dem Druck einer allseitigen Offensive der Bourgeoisie wieder zugenommen.

Dabei sind einige Kampferrungenschaften kennzeichnend für das Niveau der Arbeiterbewegung in Frankreich.

Die Arbeiter sind durch zahlreiche Erfahrungen hindurch stärker als vor dem Mai 68 bemüht, die Kämpfe selbst in die Hand zu nehmen und sich nicht mehr so sehr auf die Verhandlungstaktik und die reformistische Strategie der Gewerkschaftsführung zu verlassen. Delegationen, die mit einer Verhandlungsführung beauftragt werden, unterliegen häufig einer direkten Kontrolle durch Belegschaftsversammlungen. Es werden teilweise Kämpfe aufgenommen oder weitergeführt, auch wenn die Gewerkschaftsführung damit nicht einverstanden ist oder einen Abbruch auf der Grundlage unzumutbarer Konzessionen an die Kapitalisten empfiehlt. Andererseits darf das Niveau und die Festigkeit, mit der die Arbeiter in den Kämpfen teilweise die reformistische Strategie der Gewerkschaftsführung in Frage stellen, auch nicht überschätzt werden. Insgesamt bleiben die Gewerkschaftsführungen noch Herr der Lage, da die Bewegung noch sehr am Anfang steht und die Zersplitterung der Kämpfe in den Regionen und Industriezweigen noch lange nicht überwunden ist.

Es zeigt sich jedoch ein besseres Verständnis der Arbeiter vom Wesen ihres Kampfes gegen die Kapitalisten. Da diese es immer vermocht haben, sich erkämpfte Lohnerhöhungen sehr schnell auf andere Weise zurückzuholen, stellen die Arbeiter ihre Forderungen mehr und mehr auf anderen Gebieten: vor allem gegen die miserablen Arbeitsbedingungen, gegen zu schnelles Arbeitstempo, gegen Arbeitsunfälle, gegen Entlassungen und Arbeitslosigkeit, für eine Revision der Lohntabellen insgesamt.

Wo die Gewerkschaftsführung die Forderungen aufgestellt hat, da wurden diese Probleme zwar auch teilweise unter dem Druck der Arbeiter berücksichtigt. Aber es wurden dann lange Listen mit einer Reihe ungewichteter Forderungen aufgestellt, woraus die Unternehmer sich jeweils diejenigen aussuchen konnten, wo sie zu geringen Zugeständnissen bereit waren, während andere wichtige Forderungen dann ganz unter den Tisch fielen. Das ist dort nicht mehr möglich, wo die Arbeiter den Kapitalisten diese Wahl nicht mehr lassen. Wo die Arbeiter ihre Forderungen selbständig aufstellen, da beschränken sie sich heute zumeist auf eine oder zwei vorrangige Forderungen, die den Kapitalisten dann präsentiert werden. Nicht mehr die Kapitalisten wählen aus, wo sie Zugeständnisse machen wollen, sondern die Arbeiter wählen aus, wo die Kapitalisten Zugeständnisse machen sollen.

Dabei haben sich auch Kampfformen entwickelt, die geeigneter sind, optimale Ergebnisse für die Arbeiter zu erzielen, d.h. die geeignet sind, bei geringstmöglichstem Lohnausfall den Kapitalisten größtmöglichen Schaden zuzufügen und sie so zu Zugeständnissen zu zwingen. Als eine sehr wirksame Kampfform hat sich dabei der sogenannte „Thrombose-Streik" erwiesen. Bei dieser Streikform legt nur ein Teil der Belegschaft eine zentral wichtige Abteilung des Betriebes still, wodurch aber die gesamte Produktion „abgeschnürt" wird, d.h. der Betrieb „technisch stillgelegt" ist. Eine andere Form ist der „gegliederte Streik", wo die Abteilungen eines Betriebs reihum je einen Tag streiken, so daß auch hier die Lohneinbußen (jeweils nur die Streikenden) gering gehalten werden, der Betrieb aber nicht „zur Ruhe kommt".

Häufig sind die Streiks mit einer Besetzung des Betriebs verbunden. Verschiedentlich haben die Arbeiter es auch unternommen, nicht auf die Erfüllung ihrer Forderungen zu warten, sondern selbständig das Produktionstempo zu senken oder die Arbeitszeit zu verkürzen. Dies war jedoch bislang nur für sehr kurze Zeit möglich, da dies immer zu einer direkten Kraftprobe führen mußte, in der die Kapitalisten schließlich aufgrund ihrer Machtmittel die Oberhand behielten. Außerdem wurden verschiedentlich Revolten gegen die Hierarchie im Betrieb durchgeführt, gegen die Disziplinierung von oben. Oder es wurden leitende Angestellte in ihren Büros eingesperrt und festgehalten, um die Kampfbereitschaft zu bekräftigen.

Diesen Aktionsformen liegt die Erfahrung der Härte und Brutalität der Kapitalisten zugrunde, die immer wieder Polizeitruppen zur Räumung der Produktionsanlagen und zur Niederschlagung eines Streiks herbeigerufen haben. Die Vielfalt der Kampfformen und die in ihnen gestellten Forderungen sind Ausdruck des sich entwickelnden politischen Bewußtseins der Arbeiter.

Bei mehreren Streiks hat es auch bedeutende Solidarisierungsaktionen anderer Teile der Bevölkerung gegeben. In ländlichen Regionen sind mehrfach Teile der Bauernschaft den Arbeitern zu Hilfe geeilt, indem sie sie bei Lohnausfall während eines Streiks mit Lebensmitteln zum Selbstkostenpreis versorgten.

PCF und CGT haben oft genug versucht, die Kämpfe der Arbeiter zu bremsen und ihrer Strategie zur Erringung eines parlamentarischen Wahlsiegs unterzuordnen. Besonders deutlich tritt diese opportunistische und abwieglerische Politik bei der Haltung der PCF gegenüber den zahlreichen ausländischen (vor allem nordafrikanischen) Arbeitern zu Tage. Die ausländischen Arbeiter haben nämlich einen für die PCF wichtigen „Nachteil": sie sind in Frankreich nicht wahlberechtigt. So ist es nicht selten, daß kommunistische Gemeinden (wo die PCF bereits eine Mehrheit im kommunalen Vertreterorgan hat und den Bürgermeister stellt) die Kämpfe ihrer ausländischen Arbeiter nicht unterstützt, um die französischen Wähler „nicht abzuschrecken" (welche Wählerschichten wohl? !).

Da aber die revolutionären Arbeiterkerne, die unabhängig von der PCF eine konsequente Politik im Interesse der Arbeiterklasse verfolgen, insgesamt noch schwach und zersplittert sind, können PCF und CGT ihren reformistischen Einfluß in der Arbeiterbewegung noch weitgehend behaupten. Die selbständig arbeitenden Gruppen in den Gewerkschaften, die in den Kämpfen und auf Betriebsversammlungen eingreifen, sind noch wenig strukturiert, ihre politische Aktivität ist noch unregelmäßig, so daß sie nach Beendigung des jeweiligen Kampfes meist erst wieder auseinanderfallen.

Vor der französischen Arbeiterbewegung steht das Problem, sich eine revolutionäre Führung zu schaffen. Dieses Problem ist in Frankreich (ebenso wie in Italien) noch dringender als in der Bundesrepublik, da die Bourgeoisie dort aufgrund der breit entfalteten Kämpfe eher eine entscheidende Kraftprobe ansteuern wird.

Die Bourgeoisie versucht der Arbeiterbewegung eine bürgerliche Führung aufzuzwingen. Da die gaullistische Regierung ihren Rückhalt in der Bevölkerung zunehmend verliert, könnte der Bourgeoisie zumindest für eine gewisse Zeit das PCF-PS-Bündnis als ein geeigneteres Mittel zur Durchsetzung ihrer Politik sein. Das gemeinsame Regierungsprogramm von PCF und PS und das Verhalten der PCF gegenüber den jüngsten Kämpfen der französischen Arbeiter kommt dem sehr entgegen.

Ob das der Bourgeoisie aber bereits ausreicht, wird sich erst zeigen müssen. Solange die PCF sich nicht voll zur Aufrechterhaltung der Kapitalistenherrschaft bekennt, bleibt die Bourgeoisie natürlich skeptisch, ihr die Regierung zu übertragen. Diese Erfahrung hat auch die Sozialdemokratie auf ihrem Weg zu einer offen bürgerlichen Partei gemacht: Sie hat lange um ihre Anerkennung durch die Bourgeoisie kämpfen müssen.

Der Reformismus bleibt ein zweischneidiges Schwert für die Bourgeoisie. Er trägt in sich den Keim einer mobilisierenden Wirkung auf die Arbeiterklasse, auch wenn er selbst die Vernebelung des Kampfbewußtseins zum Ziel hat und seine völlige Untauglichkeit zur Zerschlagung der Kapitalistenherrschaft längst bewiesen hat. Welcher Taktik die französische Bourgeosie den Vorzug gibt, wird sich erst nach dem Ausgang der Wahlen im März entscheiden. Ein Wahlsieg von PCF und PS wird mit Sicherheit nicht dazu führen, in Frankreich „den Weg zum Sozialismus zu öffnen"; nichtsdestoweniger wird aber die Entscheidung der Bourgeoisie nach den Wahlen ihren Einfluß auf den weiteren Verlauf der französischen Arbeiterbewegung haben: sie wird sie so oder so, angesichts einer möglichen „Volksfront"-Regierung oder angesichts einer stärkeren Hinwendung zu staatlicher Repression mittels einer Fortführung des gaullistischen Regimes gegen das Votum breiter Teile der werktätigen Bevölkerung, vor neue Aufgaben stellen, die das Problem der Herausbildung einer revolutionären Führung der Arbeiterbewegung im einem wie im anderen Fall stärker in den Vordergrund rücken. ■



Mehrere zehntausend Menschen machen das Begräbnis des erschossenen Studenten Roberto Franceschi zu einer politischen Demonstration gegen den bürgerlichen Staat.

Italien Staatliches Banditentum

In dem Augenblick, wo in Italien besonders im Metallbereich, der Klassenzusammenstoß härter wird, wetteifern staatliches und faschistisches Banditentum in der Anwendung der brutalsten Mittel zur Einschüchterung der Arbeiterklasse. Auf der Tagesordnung stehen Polizeieinsätze gegen Streikende und Streikposten, die oft die von den Bossen in vielen Betrieben organisierten Privattruppen Seite an Seite unterstützen: am 22. Januar gingen die Polizeikräfte mit großer Härte gegen die Arbeiter vor, die das Automobilwerk Lancia besetzt hatten; am 26. Januar schossen Polizisten auf Arbeiter in Bergamo.

Die brutalste Aktion dieser Monate richtete sich am 24. Januar gegen Mailänder Studenten: die Ermordung eines weiteren Genossen, Roberto Franceschi, 21 Jahre, und die schwere Verletzung des Arbeiters Roberto Piacentini waren die tragische Bilanz einer grundlosen und kaltblütig ausgeführten Aggression.

Die Studenten der Universität Bocconi hatten zwar die Erlaubnis für eine Versammlung erhalten, aber unter der Bedingung, daß keine „Fremden" daran teilnehmen durften. Gegen 22 Uhr, nach einer Stunde vergeblichen Wartens auf die Aufhebung dieser unzumutbaren Auflage, hatten die Studenten beschlossen auseinanderzugehen, um mögliche Provokationen zu vermeiden (die Polizisten waren schon vor dem Gebäude postiert). Während die Menge sich auflöste, schlug die Polizei ohne irgendein Zeichen oder Ultimatum und ohne irgendwelche Provokation seitens der Studenten plötzlich zu. Außer zu den üblichen Knüppeln und Tränengasbomben griff sie auch zu den Pistolen. Mehrmals wurde gezielt in eine Gruppe geschossen, die in eine Querstraße abbog. Zwei Genossen wurden getroffen.

Zum ersten Mal wurde von den Polizeibehörden kein Versuch unternommen, die Schüsse den Studenten anzulasten. Daß ein Polizist geschossen hatte, konnte nicht bestritten werden: aber man hatte die Stirn, aller Wahrscheinlichkeit zum Trotz, alles in die Verantwortung eines von plötzlicher Raserei gepackten Polizisten zu stellen. Der Polizist hätte die Selbstkontrolle verloren, nachdem eine Molotowflasche angeblich das Stahldach seines Wagens durchbrannt und seine Mütze in Flammen gesetzt hatte (erstaunlicherweise wurden seine Haare nicht angesengt!) Vom Wahnsinn besessen sei er aus dem Wagen gestiegen und habe zweimal geschossen (und, trotz seines Verwirrungszustandes, zweimal getroffen). Dann sei er von einem Kollegen aufgehalten worden.

Diese an und für sich schon groteske und absolut unglaubwürdige Version wurde in den folgenden Tagen von mehreren Augenzeugenberichten dementiert. Aus ihnen ergab sich, daß kein aus einem Wagen herausgesprungener uniformierter Polizist, sondern ein zivilgekleideter Mann, der unter den Polizisten stand und ihnen Befehle erteilte, kaltblütig und gezielt geschossen hatte; daß mindestens vier Polizisten von der Pistole Gebrauch gemacht hatten; daß die Geschichte des in Flammen gesetzten Wagens völlig erdichtet war; daß es sich also um keinen Zufall, sondern um eine vorsätzliche Provokation der Polizei gehandelt hatte.

Außer der Brutalität dieser vorsätzlichen Polizeiaktion sind zwei Elemente hervorzuheben. Einerseits die ruhige Unverschämtheit der Polizeibehörden, des Innenministeriums und der Regierung, die sich mit der Logik des Stärkeren haben erlauben können, die absurden Versionen zu verbreiten, ohne sich um ein Minimum an Wahrschein-

lichkeit zu kümmern (d.h.: „ob es so war, oder nicht, so muß es aussehen; im Übrigen brauchen wir uns vor keinem zu rechtfertigen". Und tatsächlich scheint die Untersuchung schon im Sumpf gelandet zu sein).

Andererseits das Verhalten der Revisionisten: zwar waren sie gezwungen, die große Demonstration beim Begräbnis des erschossenen Studenten Roberto Fraceschi zu unterstützen (ebenso wie die Sozialistische Partei und die Gewerkschaften). Zugleich benutzte die PCI-Führung aber die Gelegenheit, um den bis jetzt heftigsten Angriff gegen die linken Gruppen zu starten. Statt bei dieser Gelegenheit wenigstens die bis vor zwei Jahren von der PCI geführte reformistische Kampagne für die „Entwaffnung der Polizei" wieder aufzunehmen, haben sich die PCI-Führer zu einer Rolle von Denunzianten herabgelassen, der gegenüber die Bezeichnung „sozialfaschistisch" nicht übertrieben ist. Denn letztlich macht es keinen Unterschied, ob jemand einen bewaffneten Polizeieinsatz gegen eine Studenten- und Arbeiter-Veranstaltung anordnet und befehligt, oder ob ein anderer sich dazu hergibt, diesen Einsatz zu rechtfertigen und zu beschönigen! Es handelt sich hier weder um die übliche „Distanzierung" der PCI-Führer von den Linken, noch um die gewöhnliche Verleumdung: die PCI hat ausdrücklich die bürgerliche Rechtsregierung aufgefordert, die revolutionäre Linke zu liquidieren. Cossutta, einer der Hauptführer der PCI, erklärte im Parlament:

„Es gibt sehr mächtige Kräfte, italienische und ausländische, die versucht haben, die italienische Demokratie (!) tödlich zu treffen. Noch jetzt handeln diese Kräfte weiter, sie betreiben und leiten Provokationszentren, die in den verzweifelten Rechtsgruppen, aber auch in den abenteuerlichen Gruppen vorhanden sind, die sich Linksgruppen nennen, aber in Wirklichkeit nur den Rechten in die Hände spielen . . . Es ist jetzt an der Zeit, daß man aufhört, die Kommunisten mit diesen Gruppen zu verwechseln. Rumor (ital. Innenminister) sollte sich nicht auf bloße Worte beschränken, daß er die Provokation verhindern will; er sollte auch in dieser Richtung konkret handeln (!)".

Bei diesem Geschäft, d.h. bei der Liquidierung der revolutionären Linken, will die PCI-Führung stärker als bisher auch selbst mit „zupacken". Auf einer Sitzung des ZK der PCI im Februar erklärte Partei-Chef Berlinguer:

„. . . es ist notwendig geworden, im Kampf gegen die abenteuerlichen Gruppen einen Schritt vorwärts zu machen: das heißt nicht nur Abgrenzung und politisch-ideologische Polemik, sondern die Mobilisierung (!) der werktätigen Volksmassen, um diese Gruppen in der öffentlichen Meinung zu isolieren und um nach Möglichkeit ihre unüberlegten Handlungen, ihre Provokationen zu verhindern. In der heutigen konkreten Situation setzt der Kampf, um die Faschisten und die Rechte zu isolieren und zu schlagen, auch eine einschneidendere Aktion gegen diese „ultralinken" Gruppen voraus . . Wir können uns daher nicht den Luxus der Toleranz erlauben; das wäre ein Verbrechen gegen die Arbeiterbewegung, gegen die Sache der Demokratie."
(Zitat nach „Unita", Organ der PCI, 11.2.73) ■

Italiens Arbeiter kämpfen weiter

Der Verlauf der Tarifkämpfe in der italienischen Metallindustrie erreichte in den letzten Wochen zwei politische Höhepunkte durch zwei Kampfaktionen, an denen sich Millionen von Arbeitern beteiligten: der Generalstreik gegen die Andreotti-Regierung am 12. Januar und die Demonstration der Metaller in Rom am 9. Februar.

Beim Generalstreik traten die Widersprüche zwischen der gewerkschaftlichen Führung der Tarifkämpfe und der Kampfbereitschaft der Arbeiter am deutlichsten hervor. Die Vorbereitung dieses Streiks, zu dem anderthalb Monate vorher aufgerufen worden war – oder besser: der um anderthalb Monate verschoben wurde – war durch die Zögerungen und Schwankungen der Gewerkschaftsspitzen gekennzeichnet und durch ihren Versuch, den Streik so sehr wie möglich zu „verharmlosen". Aber die von den Gewerkschaftsführungen gewünschte „weiche Linie" konnte sich bei der Ausführung des Streiks nicht durchsetzen. Wenn es ihnen auch gelingen konnte, den Streik einiger Bereiche, z.B. der öffentlichen Dienste, auf eine rein symbolische Demonstration zu reduzieren, so wurde aber in vielen Betrieben die vorgesehene Dauer auf acht, sogar auf 24 Stunden erhöht. Die reformistischen Parolen der Gewerkschaften wurden oft von radikalen Parolen übertönt. Überall drückte weiche Taktik der Gewerkschaften. So wurde diese umstrittene Initiative zu einer Demonstration von Arbeiterstärke. In Nord-, Süd- und Mittelitalien waren die Einstellung der Arbeit und die Teilnahme an den Veranstaltungen sehr stark: 80 000 demonstrierten in Rom und in Neapel, 50 000 in Mailand und Bologna, Tausende in vielen anderen Städten.

Aber die größte Arbeiterdemonstration nicht nur dieser Tarifkämpfe, sondern der ganzen Nachkriegszeit war die von den Metallgewerkschaften am 9. Februar in Rom aufgerufene Nationaldemonstration. Unzählige Arbeiter, denen sich viele Schüler und Studenten angeschlossen hatten, vielleicht 300 000 Menschen insgesamt, zogen durch die Straßen von Rom: dreimal soviel wie im Herbst 69 und anderthalbmal so viel wie am 22. November 1972 in Mailand. Sie brachten die ungeheuere Stärke der Arbeiter und gleichzeitig die Tiefe der gesellschaftlichen Widersprüche zum Ausdruck.

Das war aber bloß der anschauliche Ausdruck des im Laufe dieser Tarifrunde erreichten hohen Bewußtseinsniveaus und der neuen Phase, in die die Tarifkämpfe ab Mitte Januar eingetreten sind.

Am 16. Januar unterbrach die Federmeccanica (Verband der privaten Metallunternehmer) die Verhandlungen für die Erneuerung des Vertrages. Obwohl die Gewerkschaften zwei Tage vorher ihre Bereitschaft zu einer Vereinbarung auch über die strittigsten Punkte der Plattform und damit zu einer Wiederholung des vor kurzem geschlossenen kapitalistenfreundlichen Bauarbeitervertrages erklärt hatten, entschlossen sich die Kapitalisten für die harte Linie. Seit dieser Unterbrechung der Verhandlungen, die den Willen der Kapitalisten bewies, sich nicht mit den Zugeständnissen der Gewerkschaften zufrieden zu geben, sondern die Bewegung gründlich und an der Basis abzuwürgen, trat der Kampf in die Phase einer bis jetzt unbekannten Spannung.

Die Antwort der Arbeiter auf die neue Provokation blieb nicht aus, und die zweite Hälfte des Januar wurde durch eine progressive Radikalisierung der Kampfformen gekennzeichnet. Die gegliederten Streiks wurden intensiviert und für Versammlungen und Diskussionen ausgenutzt; bei Mirafiori (Fiat) und anderen Betrieben in Turin und Mailand bildeten sich jeden Tag massenhafte Züge von Arbeitern (bis 8000), die durch die Werkstätten des ganzen Betriebs marschierten, um andere Arbeiter und vor allem die Angestellten zum Streik aufzufordern und politische Diskussionen anzuregen. Am 22. Januar wurde das Automobilwerk Lancia von den Arbeitern besetzt: es war die Antwort auf die Verhaftung eines Genossen und die Entlassung von zwanzig Kollegen.

Die italienischen Arbeiter werden „ihren" Kapitalisten auch in den kommenden Monaten noch einiges zu schaffen machen. ■

Wie der bürgerliche Staat Jugendkriminalität produziert

In Waisenhäusern, in Fürsorgeheimen und durch staatliche Jugendfürsorger überwacht der BRD-Staat die Erziehung von rund 500 000 Kindern und Jugendlichen.

6 000 Jugendliche werden jährlich in Jugendgefängnisse eingewiesen. Fast alle stammten aus zerrütteten Arbeiterfamilien, über einen Volksschul- oder Lehrabschluß verfügen nur 40 % der Inhaftierten. Für fast alle waren Waisenhäuser oder Fürsorgeheime die erste Stufe der staatlichen Erziehung, die Vorstufe für das Gefängnis.

Zwei Drittel dieser Jugendlichen sitzen, weil sie sich an der heiligen Kuh des Kapitalismus, dem Privateigentum, vergriffen haben. Aus der Zwangslage der eigenen materiellen Not und Abhängigkeit heraus und dem Wunsch, am gesellschaftlichen Reichtum teilzuhaben, eignet sich der Jugendliche durch Diebstahl Eigentum an, wie es ihm die Kapitalisten „legal" in dieser Gesellschaft vorexerzieren.

Der Staat reagiert mit Demütigung des „Delinquenten" und stößt ihn durch soziale Isolation und Ächtung und durch Verweigerung der Möglichkeit, sich seine Lebensgrundlage zu verschaffen, in noch größeres Elend.

Offiziell soll der Strafvollzug „dem Gefangenen zu der Einsicht verhelfen, daß er für begangenes Unrecht einzustehen hat ..., den Willen und die Fähigkeit des Gefangenen wecken und stärken, künftig ein gesetzmäßiges und geordnetes Leben zu führen."

Das heißt, der Gefangene soll lernen, wie er sich „draußen" zu verhalten hat, damit er als vollverwertbare Arbeitskraft ausgebeutet werden kann. Erreicht wird das Gegenteil: 50 % aller straffälligen Jugendlichen werden „rückfällig", sie landen wieder im Gefängnis; die übrigen verlassen das Gefängnis als seelische Krüppel.

Für viele ist das Gefängnis erst die „Schule des Verbrechens". Ein Jugendlicher beschreibt die allgemeine Erfahrung so: „Im Saal lernt man alles, was man für eine Verbrecherlaufbahn braucht".


Der Weg ins Leben


Mit 14 Jahren erhängte sich Norbert Roggenhofer in der Münchener Strafanstalt Stadelheim. Er zog damit einen Schlußstrich unter ein verzweifeltes Leben in Fürsorge, Erziehungsheimen und Strafanstalten. Sein Bruder hatte 2 Jahre zuvor – auch 14jährig – in einem bayrischen Gefängnis auf die gleiche Art seinem Leben ein Ende gemacht.

„Aufstehen, fressen, arbeiten, wieder fressen, ein bißchen quatschen, wichsen und schlafen", so beschreibt ein 17jähriger Häftling den Gefängnisalltag, der von militärischem Drill und totalem Reglement beherrscht wird.

Jede Regung, die spontan ist und eigener Initiative entspringt, wird als „Aufsässigkeit" bestraft. Der Gefangene wird zur Unselbständigkeit erzogen und damit zum wirklichen Gefangenen seiner Umwelt gemacht.

Kontakte zur Außenwelt schneidet man dem Häftling völlig ab, man isoliert ihn von der Gesellschaft. Besuche finden nur unter Aufsicht statt, sie können jederzeit verweigert werden.

Der Gefängnisalltag wird von „Wärtern" überwacht, die ihre Autorität meistens nur mit dem Knüppel wahren können, weil man sie nur in Selbstverteidigung statt in Pädagogik ausgebildet hat.

Der Aufenthalt im Gefängnis soll „die Arbeitsgesinnung des Gefangenen ... wecken", man verdonnert ihn zu Zwangsarbeit. Für 10 bis 40 Pfennig Stundenlohn läßt man den Jugendlichen acht Stunden lang stupide, nervtötende Arbeit verrichten: Tüten kleben, Figuren bemalen, Fahrradspeichen ziehen usw. Der volle Lohn wird dem Staat ausbezahlt, der so bis zu 30 DM am Tag an einem Häftling verdient. So zeigt man dem Häftling mit Gewalt, was der Kapitalismus von ihm erwartet: Totale Unterwerfung unter die kapitalistische Ausbeutung.

Durch menschenunwürdige Lebensbedingungen wird dem Gefangenen demonstriert, daß der Staat der Stärkere ist. Wer seine Gesetze mißachtet, bekommt schlechtes Essen, bekommt einen Eimer statt ein Klo und wird in eine feuchte Zelle gesteckt.

„Humaner Strafvollzug" soll die Lebensbedingungen der Häftlinge erleichtern, mit der Reform des Strafvollzugs brüsten sich die bürgerlichen Politiker.

Bei der Einweihung der Jugendstrafanstalt Hamburg - Neuengamme sagte Hamburgs Bürgermeister Schulz: „Dieser Neubau ist ein Stück Reform." Die Reform sah so aus, daß in den Zellen statt einer Schüssel jetzt ein Waschbecken, statt eines Kübels jetzt ein Klo steht und daß die Zellen etwas größer geworden sind.

Der Drill, die Isolation und die tierische Behandlung sind geblieben.

Viele versuchen, sich durch die Einnahme von Rauschgift aus der unmenschlichen Situation zu „befreien". Die Erkenntnis, daß Rauschgifte keine Befreiung bringen, sondern einen in noch größere Not stürzen, läßt für viele Selbstmord zum letzten Ausweg werden. Am 16.1.73 meldete die Hamburger „Morgenpost": „Häftling zündete sich in der Zelle an." Drei Selbstmordversuche des 20jährigen Häftlings in Neuengamme wurden nicht ernst genommen, nach dem vierten will man ihn gesund pflegen, um ihn wieder in die Zelle zu stecken.

Leisten die Häftlinge organisierten Widerstand, lehnen sie sich gegen die Behandlung auf, bringen knüppelnde Wärter die Häftlinge wieder zur Ruhe. Der Aufstand gegen die unmenschlichen Haftbedingungen wird mit verschärfter Einzelhaft, mit gekürzten Essensrationen und mit noch härterem Drill bestraft.

Wer aus dem Gefängnis entlassen wird, findet sich in der Regel „draußen" nicht mehr zurecht. Der Vermerk „vorbestraft" in den Papieren verwehrt dem Jugendlichen die Möglichkeit, sich Geld zu verdienen, er wird nicht eingestellt. Die soziale Ächtung, der verlorene Kontakt zu Freunden und die Unmöglichkeit, sich den Lebensunterhalt zu verdienen, treibt den Jugendlichen zum Diebstahl oder Einbruch. Der Teufelskreis ist damit geschlossen, er landet wieder im Gefängnis.

Der Arbeiterjugend vor allem droht der kapitalistische Staat das größte Elend an, damit sie Angst bekommt, ins Lumpenproletariat hinabzusinken. „Werd bloß nicht so einer!", dieser Gedanke soll Unterwürfigkeit und Bravheit auch dann noch in der Arbeiterklasse erzeugen, wenn gestreikt und gegen die Kapitalisten gekämpft wird. ■


Helmar Stafeig, mit 14 Jahren von der kapitalistischen Justiz zum Verbrecher gestempelt und ins Erziehungsheim gesteckt.


Jugendstrafvollzug: „Da lernt man alles, was man für eine Verbrecherlaufbahn braucht."

Hamburger Schulbehörde:

Ein Loch stopfen, indem man neue aufreißt

Hamburg – eine kinderfreundliche Stadt", heißt ein neuer Slogan des Hamburger Senats. Darum hat sich die Schulbehörde auch eine „echte Reform" zur „Beseitigung" des krassen Lehrermangels an den Schulen ausgedacht: Lehrkräfte sollen von den Volks- und Realschulen abgezogen werden, um an Gymnasien und Berufsschulen auszuhelfen.

Dabei ist ohne jeden Zweifel klar, daß die Bildungsmisere a l l e Schularten trifft. Diese neue Maßnahme der Schulbehörde zeigt zweierlei: Erstens ist man nach wie vor grundsätzlich zu einer Verbesserung der Situation an den Schulen nicht bereit. Der „Lehrerbestand" ist wie ein äußerst enger und dünner Mantel, an dem die Nähte platzen und der Stoff reißt. Besonders große und auffällige Löcher werden mit Flicken gestopft, die man an anderen Stellen des Mantels abtrennt. – Zweitens ist klar, daß die Flickerei in erster Linie auf Kosten der Schüler an den Volks- und Realschulen geht, und das heißt vor allem auf Kosten der Arbeiterkinder. Mit dieser „Lösung" der Schulbehörde kann niemand einverstanden sein: weder die Schüler der Volks- und Realschulen (denen die Lehrer weggenommen werden) noch die Oberschüler (die immer noch keinen „vollwertigen" Unterricht erhalten) noch die hin- und hergeschobenen Lehrer (die sich ihren neuen Aufgaben, für die sie nicht ausgebildet worden sind, nicht gewachsen sehen).

Der Elternrat der Schule Arnkielstraße 2-4 (Hamburg-Altona) hat in einem Brief an den Senat gegen diese Vorgehensweise protestiert. Dieser Brief ist verschiedenen Zeitungen, darunter auch dem ARBEITERKAMPF, mit der Bitte um Veröffentlichung zugeleitet worden. Wir drucken ihn beistehend ab. (vgl. dazu auch den Artikel „Schulkampf in Altona" in AK 24)

Elternrat der Schule Arnkielstraße 2 - 4

An den
Senat der
Freien und Hansestadt Hamburg

An die
Bürgerschaftsfraktionen
der SPD, CDU und FDP

2 Hamburg 1
Rathaus

Hamburg, den 21.1.1973

Sehr geehrte Herren!

Der Elternrat der Schule Arnkielstraße 2 - 4 wurde auf seiner Sitzung am 11.1.1973 durch den Schulleiter Herrn Jaeckel über den Plan der Schulbehörde, der eine strenge Anwendung der Lehrermeßzahlen durchsetzen soll, informiert.

Danach sollen Lehrkräfte von den Volks- und Realschulen an die Gymnasien zur Durchführung der Oberstufenreform und an die Berufsschulen versetzt werden.

Der Elternrat ist über diese Absicht empört und fordert vom Senat und den in der Bürgerschaft vertretenen Parteien, endlich die notwendigen Mittel zur Beseitigung des Lehrermangels bereitzustellen. Es wird allerhöchste Zeit, daß mit der verantwortungslosen Behandlung der Bildungsfragen in unserer Stadt ein Ende gemacht wird.

Aus diesem Grund beschloß der Elternrat, die Öffentlichkeit über all seine Aktionen, die sich auf die Bildungspolitik beziehen, z.B. Schreiben an die Schulbehörde oder an den Senat, grundsätzlich zu unterrichten.

Das Aktionskomitee der Schule Arnkielstraße nimmt mit sofortiger Wirkung seine Tätigkeit wieder auf. Ziel seiner Arbeit wird es sein, die Elternschaft der Schule Arnkielstraße und des Schulkreises 21 zu mobilisieren, um durch geeignete Maßnahmen seine Forderung nach grundlegender Beseitigung des Lehrermangels durchzusetzen. Besonders den Eltern des Kerngebiets Altona soll deutlich gemacht werden, daß in ihrem Gebiet die Chancengleichheit nicht gewährleistet ist.

Diese Beschlüsse des Elternrates der Schule Arnkielstraße mögen ihnen deutlich machen, daß der Elternrat die Methode der Schulbehörde, den Lehrermangel dadurch zu beseitigen, indem Lehrer von einer Schulart zur anderen geschoben werden, nicht hinnimmt.

Ihrer unverzüglichen Stellungnahem entgegensehend,

verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

der Elternrat der Schule Arnkielstraße.

"Bis sich einer umbringt..."

Wir haben hier eine Erklärung der Verteidigung von Marianne Herzog abgedruckt, die die Situation einer politischen Gefangenen in unserem „demokratischen Rechtsstaat" beschreibt.

Was hier geschildert wird, ist alles andere als ein Einzelfall. Der größte Teil der in Untersuchungs-Haft befindlichen angeblichen Mitglieder und Sympathisanten der „Baader-Meinhof-Gruppe" wird in totaler Einzelhaft gehalten. Die Besuche sind stark eingeschränkt; im wesentlichen werden nur die Verwandten zugelassen, mit denen die politischen Gefangenen ohnehin kaum noch eine gemeinsame Sprache haben: „Mit Angehörigen haben wir uns doch sowieso meist nichts zu sagen" (Baader). Selbst diese Besuche sind stark eingeschränkt: z.B. etwa zweimal im Monat(!) und auch dann nur für sehr kurze Zeit (Astrid Proll konnte nach Angaben der Justiz 1972 ganze 28 mal besucht werden); persönlicher Kontakt (z.B. Begrüßung durch Umarmung), der die quälende Isolation der politischen Gefangenen etwas erleichtern könnte, wird strikt unterbunden (z.B. Bericht über die Haftbedingungen von Marianne Herzog). In der Regel dürfen die politischen Gefangenen nicht an Gemeinschaftsveranstaltungen der anderen Gefangenen (Fernsehen etc.) teilnehmen, sogar zum „Rundgang im Freien" werden sie allein geführt. Post dürfen sie in der Regel nur von ihren Anwälten und von Verwandten bekommen. Dazu kommen noch individuelle Schikanen; z.B. das häufige Wecken von politischen Gefangenen durch „Lichtkontrollen" (d. h. durch Anblenden mit starken Lampen o.ä.).

Die politischen Gefangenen haben wiederholt versucht, durch Hungerstreiks, durch Erklärungen ihrer Rechtsanwälte, durch Anklagen während der bisherigen politischen Prozesse auf diese Situation aufmerksam zu machen.

Die Behandlung politischer Gefangener in unserem „demokratischen Rechtsstaat" ist kein Zufall, keine „Panne". Sie wird systematisch betrieben, um die Gefangenen kaputt zu machen und sie zum warnenden Beispiel gegen jede Art von Auflehnung zu machen. Der bürgerliche Staat weiß natürlich, daß „die strenge Isolation bei den Häftlingen psychische und physische Ausfallerscheinungen... nahezu unvermeidlich" bewirkt (Spiegel, 4/1973). Das ist kein „Versehen" – das ist volle Absicht.

Andreas Baader hat als Zeuge im Westberliner „Mahler-Prozeß" das Ziel so benannt: „Bis einer zusammenbricht oder bis sich einer umbringt oder bis vielleicht einer aussagt". Das läßt sich im einzelnen an Beispielen noch verdeutlichen:

1. Zusammenbruch. Wie das aussieht, ist im Bericht der Verteidiger von Marianne Herzog sehr anschaulich beschrieben. Ein anderes Beispiel ist Astrid Proll. Sie wurde am 6. Mai 1971 in Hamburg verhaftet und ist seither – seit 22 Monaten – ohne Prozess in Untersuchungshaft. Über ihren Auftritt als Zeugin im „Mahler-Prozess" schrieb die Hamburger „Morgenpost" am 8. Dezember 72: „Die 25jährige Zeugin wirkte krank, nervös und hatte Schwierigkeiten, sich zu konzentrieren. Die Haft hat sie offensichtlich zermürbt."

Das ist kein Wunder, denn an Astrid Proll sind alle „Feinheiten" der totalen Einzelhaft probiert worden: Isolierung in einem leeren Flügel des Gefängnisses, wo nicht einmal das Schließen von Türen die entnervende Stille unterbricht. Astrid Proll muß als ideales Opfer erscheinen; ist sie doch schon vor ihrer Verhaftung in der bürgerlichen Presse als seelisch extrem labil eingeschätzt worden.

2. Selbstmord. Das ist ein besonders schöner Erfolg der Klassenjustiz, der freilich in der Regel solide Vorarbeit erfordert. In Japan hat Anfang Januar der politische Gefangene Tsuneo Mori im Gefängnis Selbstmord begangen. Tsuneo Mori galt als Führer einer Terroristen-Gruppe namens „Vereinigte Rote Armee".

Der Selbstmord von Tsuneo Mori ist von der bürgerlichen Presse, z.B. von Springers „Welt', ausgenutzt worden, um erneut das angebliche „Scheitern" aller revolutionären Pläne zu demonstrieren.

Daß Gefangene im Knast Selbstmord behehen, kommt im „humanen Strafvollzug" der BRD nicht einmal selten vor. Wenn es der Bourgeoisie gelingen sollte, einen der politischen Gefangenen dahin zu treiben, so wäre das ein wesentlicher „Trumpf" für die konterrevolutionäre Propaganda.

3. Aussage. Die Bourgeoisie hat gegen die „Baader-Meinhof-Gruppe" schon einige „Kronzeugen" – d.h. ehemalige Sympathisanten, die zu Aussagen gegen die Genossen verführt worden sind. Mit ihren bisherigen „Kronzeugen" wird die Bourgeoisie aber nicht recht froh. Sie können kaum etwas sagen (weil sie „Randfiguren" waren und nichts wissen); was sie sich ausgedacht haben oder was ihnen eingetrichtert worden ist an „belastenden Aussagen", hat in den Prozessen nicht standgehalten. „Kronzeugen" wie Ruhland, die zuerst von der Bourgeoisie großartig angepriesen wurden, erscheinen heute eher peinlich. Während des „Mahler-Prozesses" mußte Ruhland für mehrere Wochen aus dem Verkehr gezogen werden, um neue Instruktionen zu erhalten, nachdem seine fadenscheinigen Aussagen von Mahler zerfetzt worden waren. Im Prozeß gegen Margrit Schiller in Hamburg trat die Zeugin Beate Sturm auf; um sie über die Runden zu bringen, mußte das Gericht illegal ihre Aussage ohne Zustimmung der Verteidiger von Margrit Schiller abbrechen und die Zeugin schnell nach Hause schicken.

Die Bourgeoisie hat aber die Hoffnung noch nicht aufgegeben, aus dem sogenannten „engeren Kreis" der „Baader-Meinhof-Gruppe" jemanden soweit zu bringen, daß er einen wirklichen „Kronzeugen" abgeben könnte.

Mietwucher treibt Rentner in den Tod

Dat kann ick gor nicht betolen!", war die Reaktion des 78jährigen Rentners, als seine Wohnungsmiete von 177 DM erneut um 50 DM erhöht werden sollte. Wilhelm H. hatte 36 Jahre im zweiten Stock des alten Mietshauses in der Wohlwillstraße auf St. Pauli gelebt. In einem Abschiedsbrief schreibt der Rentner: Weil die Miete jetzt zu hoch ist, hänge ich mich auf!

Selbstmord – Wahnsinnstat eines Einzelnen – oder verzweifelte Reaktion auf die sich verschlechternde materielle Situation? Der Rentner Wilhelm H. hat es für sich ganz klar in seinem Abschiedsbrief beantwortet.

Bodenspekulation und Mietwucher sind ein einträgliches Geschäft für viele, die dabei Millionen verdienen und dadurch vom grünen Tisch aus besonders die sozial schwach Gestellten (Rentner und kinderreiche Familien) in noch größeres Elend treiben. Ein anschauliches Beispiel für Wohnungsspekulation, wie sie in der gleichen Straße betrieben wird, finden wir 14 Tage vorher in der „Morgenpost" vom 15.1.73.: In einem Prozeß gegen einen „alten Hasen" in Sachen Wohnungsspekulation kommt zu Tage, wie solche Betrüger ihr Geld machen. Der Häusermakler Roman Niehaus hatte 1965 die Häuser 10 bis 18 in der Wohlwillstraße für 680.000 DM gekauft, schon 5 Jahre später verschacherte er das ganze Objekt für 900.000 DM, ohne in der Zwischenzeit etwas investiert zu haben. (Für solch einen Gewinn von 220.000 DM müßte ein Arbeiter bei einem Netto-Monatslohn von 1.000 DM 18 Jahre lang schuften.) Die Gerichte ermitteln zwar gegen einige solcher Fälle, wie sie in Westdeutschlands Großstädten Gang und Gebe sind.

Doch können wir uns von solchen Prozessen ein Ende der Bodenspekulation erhoffen? Das Gegenteil ist der Fall: solche Prozesse sollen in der Bevölkerung bloß verschleiern, was der Gesetzgeber wirklich für diese Spekulanten tut.

Alle Mieter von Hamburger Altbauwohnungen sind im neuen Jahr erst wieder mal zur Kasse gebeten worden. Die Regierung hat den Hauseigentümern gesetzlich die „Möglichkeit" gegeben, die Mieten zum Anfang des Jahres 73 um 10 % zu erhöhen. Das bedeutet für viele Mieter eine spürbare Senkung des Lebensstandards. Hinzu kommen die ständigen Verteuerungen von Lebensmitteln, Gebrauchsgütern, allgemeinen Gebühren und wieder mal Steuererhöhungen. Und das bei allgemeinen Lohnerhöhungen, die nicht einmal in der Lage sind, die Preissteigerungen für Lebensmittel aufzufangen.

Ursprünglich war zum 1.1. die Einführung des „Weißen Kreises" in Hamburg geplant, d.h. die Mietpreisbindung für Altbauwohnungen sollte aufgehoben werden. Aus wahltaktischen Gründen entschloß sich die Regierung, dieses Vorhaben um 2 Jahre zu verschieben. Damit wollten die SPD-Führer die Empörung der betroffenen Mieter verhindern.

Doch ganz leer sollten die Haus- und Grundeigentümer, die auf höhere Gewinne spekuliert hatten, nicht ausgehen. Man vertröstete sie mit der 10 %-igen Mieterhöhung. Wie schon jetzt in Einzelfällen gezeigt wurde, reicht vielen Vermietern noch nicht einmal dies: Teils nutzen sie die Unkenntnis der Mieter aus und nehmen jetzt schon zuviel Miete, schlagen auf die Wuchermieten noch mehr als 10 % auf, wie in dem Beispiel vom Rentner H., den die kapitalistische Profitgier in den Tod trieb.

Stadtteilgruppe St. Pauli
(Hamburg) ■

Haftbedingungen

Neue Grundsatzentscheidung aus Mainz: Rechtsberatung nur bei aufrechter Körperhaltung aller Beteiligten zulässig.

Ein Beschuldigter, der so entkräftet ist, daß er nur noch liegen kann, verliert den Anspruch auf Kontakt mit seinem Verteidiger. Auf die Ursachen, die ihn bewegungsunfähig machen, kommt es dabei aus Rechtsgründen nicht an.

Als Verteidiger von MARIANNE HERZOG teilen wir zur Erläuterung der Entscheidung und ihrer Hintergründe folgende Tatsachen mit:

1. Die 33jährige Journalistin Marianne Herzog, gesucht wegen angeblicher Verbindung zur „Baader-Meinhof-Bande", wurde am 2. Dezember 1971 in Köln festgenommen. Sie ließ sich widerstandslos verhaften. Sie war unbewaffnet. Sie war auch gesund.
2. Nach 5 Monaten Untersuchungshaft in den Gefängnissen Anrath und Willich kam das Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt Bochum – ein Gefängniskrankenhaus also – nicht umhin, dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs am 24. 5. 1972 schriftlich zu berichten, Marianne Herzog sei nur noch „im Rahmen des Normalvollzugs" haftfähig.
3. Im „Normalvollzug" der Untersuchungshaft hat der U-Häftling, der nach dem Gesetz als unschuldig gilt, das Recht auf zwar kontrollierten, aber sonst ungehinderten schriftlichen und mündlichen Verkehr mit der Außenwelt, auf Besuche, aber auch auf Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen in der Anstalt.
4. Praxis im Fall von Marianne Herzog: im Mai 1972 wegen „Sicherheitsbedenken" eines Gefängnisdirektors, die nicht einmal die Bundesanwaltschaft teilt, Verlegung in die Justizvollzugsanstalt in Mainz, eine Art Durchgangsanstalt, in der in der Regel niemand länger als 3 Monate bleibt, weil ihr die notwendigen Einrichtungen fehlen. Ein Antrag vom 2. 6. 1972 auf Verlegung in eine regelrechte Frauenhaftanstalt liegt seither ohne Angabe von Gründen unbearbeitet bei Gericht herum. In Mainz bis zum heutigen Tag Unterbringung in strenger Isolation, als einzige Gefangene in einem sonst unbelegten Flur mit leeren Nachbarzellen, Verbot der Teilnahme an jeder Gemeinschaftsveranstaltung. In der Zeit zwischen dem 15. Juni und dem 19. November 1972 wurden 2 (zwei) Besuche zu je 15 Minuten zugelassen. Ansonsten lediglich Arbeitsbesprechungen mit den Verteidigern zugelassen. Diese Beschränkungen beruhen auf richterlicher Anordnung.

   Eigene Zutaten der Anstaltsleitung in Mainz (Beispiele):
   - Bei der einzigen Bewegungsmöglichkeit, dem „Einzelhofgang" in einem 20 mal 20 m großen Hof, ständige Begleitung durch einen bewaffneten Beamten, der sich gelegentlich dadurch zerstreut, daß er auf 2 1/2 Schritt Distanz seine Schußwaffe entsichert und laut hörbar durchlädt.
   - Vor und nach jedem Anwaltsbesuch wird Marianne Herzog vollständig aus- und wieder angezogen und durchsucht.
   - Vollständige Abschirmung von jedem, auch dem unverdächtigsten Anzeichen der Anteilnahme Außenstehender: einen FLEUROP-Blumenstrauß zum Geburtstag weigert sich die Anstalt anzunehmen und weiterzuleiten.
   - Im Dezember 1972 erkämpft sich ein alter Bekannter Marianne Herzogs eine Erlaubnis zum 15-Minuten-Besuch (dritter Besuch seit dem 15. 6. 1972) und reist dazu von München nach Mainz. Zwei Minuten nach Besuchsbeginn wird Marianne Herzog von Bewachern weggezerrt und der Besuch abgebrochen, weil sie den Besucher zur Begrüßung umarmen wollte.
5. Zur generellen Isolierung und zu den Einzelschikanen kommt in Mainz mangelnde ärztliche Versorgung. In der Anstalt praktiziert kein Anstaltsarzt. Stattdessen steht den Gefangenen ein Amtsarzt aus Mainz zur Verfügung – an 4 Stunden wöchentlich für sämtliche Anstaltsinsassen.
6. Anfang Juni 1972 wird Marianne Herzog ein Zahn gezogen und dabei festgestellt, daß weitere Zähne entzündet und vereitert sind. 6 Monate erhält sie anstelle einer Behandlung täglich Schmerztabletten (Gelonida, Arantil, Buscopan), dazu nimmt sie seit Mai 1972 täglich 5 mg Valium.

Folgen: im November 1972 steht Marianne Herzog körperlich und psychisch vor dem Zusammenbruch.

Sie ist völlig abgemagert (48,5 kg bei 170 cm Größe), hat in immer kürzeren Abständen Schwäche- und Schwindelanfälle, Herzattacken, dazu ständig Sehstörungen.

Und dies ist der Stand vom 15. Dezember 1972: seit Montag, dem 11. Dezember 1972, ist Marianne Herzog nicht mehr imstande, das Bett in ihrer Zelle zu verlassen. Sie hat ständig Fieber (bekommt aber nicht einmal ein Thermometer), verstärkte Sehstörungen, Schmerzen, dazu Gleichgewichtsstörungen und Schüttelfrostanfälle bei jedem Aufstehversuch.

Folge:

Seit Freitag, dem 15. Dezember 1972, sind zusätzlich die Verteidiger durch die Anstaltsentscheidung vom mündlichen Verkehr mit Marianne Herzog und damit praktisch von einer ordnungsgemäßen Verteidigung ausgeschlossen.

Am Freitag Nachmittag hatten wir unsere Mandantin sprechen wollen und dabei von der erneuten Verschlechterung ihres Zustandes erfahren. Das Gespräch wurde verweigert. Die Anstalt bestritt uns gegenüber keinen Augenblick, daß Marianne Herzog ihr Bett nicht verlassen und daß sie nicht gehen kann. Man kaprizierte sich dennoch darauf, unsere Besprechung könne nur in bestimmten Räumen im Erdgeschoß der Anstalt stattfinden, für unsere Mandantin nicht erreichbar, da sie nicht gehen kann und ihre Zelle sich im Obergeschoß befindet. Nach etwa 1 1/2stündiger Verhandlung teilte die Anstaltsleitung uns definitiv mit, wir dürften Marianne Herzog am Krankenbett in der Zelle nicht aufsuchen, im übrigen in den gesamten Zellenbau keinen Fuß setzen.

Begründung: die Rechtslage sei eindeutig.

Freitag abend und Samstag, den 16. 12. 1972, haben wir uns bei dem für Haftentscheidungen zuständigen Amtsgericht Frankfurt unter voller Darlegung des alarmierenden Zustandes von Marianne Herzog um die Genehmigung bemüht, noch am Samstag einen privaten Arzt in die Anstalt schicken zu können. Der Antrag wurde aus Gründen, die wir noch nicht kennen, zurückgewiesen.

Wir weisen darauf hin, daß diese Pressemitteilung keine „Protesterklärung" ist. Über die Nutzlosigkeit von „scharfen Protesten der Verteidiger" täuschen wir uns keinen Augenblick. Klar geworden ist uns aber noch mehr. Die Staatsanwaltschaft hatte geplant, im Prozeß 150 Belastungszeugen auf Marianne Herzog loszulassen, wohl in der Hoffnung, mit Masse wettzumachen, was den Beweisen an Qualität fehlt. Der Monsterprozeß wird ausfallen müssen. Nötig ist er allerdings auch nicht mehr.

Wo der Spezialvollzug einer Spezialhaft ausreicht, noch im Untersuchungsstadium körperliche und psychische Kräfte des Betroffenen auf Null zu reduzieren, ist ein Ergebnis erzielt, das die übliche Prozedur (Anklage, Hauptverhandlung, Urteil) entbehrlich erscheinen läßt.

Auf dem Gebiet der Strafrechtspflege stehen wir vor bedeutenden Einsparungen.

Johannes Riemann – Inge Hornischer
Rechtsanwälte